

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 29. November 1967

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968

Spezialdebatte

Beratungsgruppe VI: Unterricht

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 5889)

Ordnungsruf (S. 5952)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlagen (630 und 656 d. B.):
Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968 (650 d. B.)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe VI: Kapitel 12: Unterricht, Kapitel 13: Kunst, Kapitel 14: Kultus, und Kapitel 71: Bundestheater

Spezialberichterstatter: Dipl.-Ing. Tschida (S. 5890)

Redner: Dr. Scrinzi (S. 5891), Harwalik (S. 5899), Dr. Stella Klein-Löw (S. 5905), Ofenböck (S. 5913), Peter (S. 5921), Zankl (S. 5927), Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer (S. 5931), Liwanec (S. 5934), Haas (S. 5938), Luptowits (S. 5943), Dr. Withalm (S. 5950), Sekanina

(S. 5951), Robak (S. 5951), Zeillinger (S. 5956), Lukas (S. 5963) und Bundesminister Dr. Piffl-Perčević (S. 5967)
Ausschußentschließung betreffend Sportförderung (S. 5891) — Annahme (S. 5971)
Entschließungsantrag Dr. Stella Klein-Löw betreffend Studienbeihilfen für Schüler der Oberstufe (S. 5910) — Ablehnung (S. 5971)
Annahme der Beratungsgruppe VI (S. 5971)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen

- 669: 21. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (S. 5889)
670: 17. Novelle zum Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz
671: 11. Novelle zum Landwirtschaftlichen Zuschußrentenversicherungsgesetz
680: Neuerliche Abänderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1958 (S. 5889)

Anfrage der Abgeordneten

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weih, Moser, Herta Winkler und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, betreffend Berücksichtigung eines Besetzungsvorschlages des zuständigen Professorenkollegiums (413/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta, Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner, Dritter Präsident Wallner.

geändert wird (17. Novelle zum Gewerblichen Selbständigen - Pensionsversicherungsgesetz) (670 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Landwirtschaftliche Zuschußrentenversicherungsgesetz abgeändert wird (11. Novelle zum Landwirtschaftlichen Zuschußrentenversicherungsgesetz) (671 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1958 neuerlich abgeändert wird (680 der Beilagen).

Präsident: Die von der Frau Schriftführerin verlesenen Regierungsvorlagen werde ich gemäß § 41 Abs. 4 Geschäftsordnungsgesetz in der nächsten Sitzung zuweisen.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlagen (630 und Zu 630 sowie 656 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968 (650 der Beilagen)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe VI

Kapitel 12: Unterricht

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das amtliche Protokoll der 71. Sitzung vom 27. November 1967 ist in der Kanzlei aufgelegen, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Dr. Tull und Jungwirth.

Ich ersuche die Schriftführerin, Frau Abgeordnete Herta Winkler, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführerin Herta Winkler: Von der Bundesregierung sind folgende Regierungsvorlagen eingelangt:

Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz abgeändert wird (21. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz) (669 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Gewerbliche Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz ab-

Kapitel 13: Kunst**Kapitel 14: Kultus****Kapitel 71: Bundestheater**

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Gegenstand ist das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968.

Wir gelangen nunmehr zur Spezialdebatte über die Beratungsgruppe VI.

Spezialberichterstatter ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Tschida. Ich bitte ihn um den Bericht.

Spezialberichterstatter Dipl.-Ing. Tschida: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe VI zusammengefaßten Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1968 am 10. November 1967 der Vorberatung unterzogen.

In dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Bundesvoranschlasses ist der Ausgabenrahmen für die Haushaltsskapitel 12 bis 14, also des engeren Unterrichtsbudgets, ohne die Bundestheater, mit insgesamt 8.127,813.000 S veranschlagt, von welchem Betrag 6.104,367.000 S auf den Personalaufwand und 2.023,446.000 S auf den Sachaufwand entfallen. Gegenüber den Ansätzen des Bundesfinanzgesetzes 1967 ergibt sich im Personalaufwand eine Erhöhung um 1.029,739.000 S, das sind 20,29 Prozent, und im Sachaufwand eine Erhöhung um 52,959.000 S, das sind 2,69 Prozent, zusammen also eine Erhöhung um 1.082,698.000 S, sodaß also der Ausgabenrahmen der Haushaltsskapitel 12 bis 14 eine Erhöhung um 15,37 Prozent erfährt. Die Gesamteinnahmen des Unterrichtsressorts ohne die Bundestheater sind mit 318,030.000 S veranschlagt.

Beim Personalaufwand ist — wie schon erwähnt — in den Haushaltsskapiteln 12 bis 14 eine Erhöhung um 1.029,739.000 S, das sind 20,29 Prozent, zu verzeichnen. Diese Steigerung ist nicht nur durch die allgemeine Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten bedingt, sondern zum erheblichen Teil auch auf echte Personalvermehrungen im Bereich des Unterrichtsressorts zurückzuführen, die ihrerseits wiederum eine zwangsläufige Folge der nach wie vor steigenden Hörer- und Schülerzahlen an allen Schulen Österreichs sind.

Die echten Personalvermehrungen sind vor allem auf dem Hochschulsektor, bei dem laut Dienstpostenplan zusätzlich 735 Dienstposten vorgesehen sind, davon 59 Lehrkanzeln, 451 Assistenten-Posten, 12 Bundesdienstlehrer-Posten, 18 Dienstposten für den wissenschaftlichen Dienst und 195 Dienstposten für das nichtwissenschaftliche Personal.

Auch die wissenschaftlichen Anstalten und Bibliotheken können eine Vermehrung um 30 Dienstposten verzeichnen.

Auf dem allgemeinen und berufsbildenden pädagogischen Sektor tritt eine Vermehrung um 349 Lehrer-Posten und 149 Dienstposten für das nichtwissenschaftliche Personal ein, während auf dem Kunstsektor zusätzlich 53 Dienstposten, davon 42 Dienstposten für Lehrer und den wissenschaftlichen Dienst, festzustellen sind.

Insgesamt ergibt sich also im Unterrichtsressort eine Personalvermehrung um 1346 Dienstposten.

Was den Sachaufwand anbelangt, so erhöht sich dieser, wie schon erwähnt, von 1.970,487.000 S um 2,69 Prozent auf 2.023,446.000 S. Die Erhöhung beträgt sohin 52,959.000 S.

Bei den wissenschaftlichen Einrichtungen ist vor allem die Erhöhung der Förderungsausgaben um 24,242.000 S, was einer 63prozentigen Steigerung entspricht, als besonders erfreuliche Maßnahme hervorzuheben. Der Großteil dieser Erhöhung kommt dem „Fonds für wissenschaftliche Forschung“ zugute, jedoch konnte auch für den Ausbau und Betrieb des Österreichischen Hochenergiephysik-Institutes beziehungsweise des Österreichischen Molekularbiologie-Institutes eine beträchtliche Erhöhung erreicht werden.

Die Bundestheater sind mit insgesamt 441,483.000 S in der Ausgabengebarung veranschlagt. Der Personalaufwand der Bundestheater erhöht sich von 329,983.000 S auf 357,759.000 S, somit um 27,776.000 S. Der Mehraufwand am Personalsektor, der sich durch die Auswirkungen der allgemeinen Bezugserhöhungen im öffentlichen Dienst sowie die im Jahre 1967 vorgenommene Bezugsregulierung bei den künstlerischen Gruppen (Ballett, Chor, Orchester, Bühnenmusik) ergibt, wurde nur zum Teil budgetmäßig berücksichtigt, sodaß durch Rationalisierungsmaßnahmen und verstärkte Koordination die fehlenden Budgetmittel eingespart werden müssen.

Der Sachaufwand vermindert sich von 106,652.000 S auf 83,724.000 S, das sind 22,928.000 S beziehungsweise 21,5 Prozent.

Die Einnahmen erfahren gegenüber dem Jahre 1967 eine Steigerung um 13,172.000 S, und zwar von 113,628.000 S auf 126,800.000 S.

Wenn man das Kulturbudget, also die Ausgabenansätze der Haushaltsskapitel 12 bis 14 und des Haushaltsskapitels 71, mit insgesamt 8.569,296.000 S dem Gesamtaufwand der ordentlichen Ausgabengebarung von 81.177,192.000 S gegenüberstellt, so ergibt

Dipl.-Ing. Tschida

sich, daß im Budgetjahr 1968 der Anteil des Kulturbudgets am Gesamtbudget der ordentlichen Gebarung 10,56 Prozent gegenüber 9,98 Prozent im Jahre 1967 und 9,60 Prozent im Jahre 1966 betragen wird.

An der ausführlichen Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, beteiligten sich 21 Abgeordnete. Bundesminister Dr. Piffl-Perčević beantwortete ausführlich die in der Debatte aufgeworfenen Anfragen und nahm auch zu verschiedenen Anregungen Stellung.

Von den Abgeordneten Dr. Hauser und Genossen wurde im Hinblick auf das vom Nationalrat bereits verabschiedete Forschungsförderungsgesetz der im Ausschußbericht angeführte Abänderungsantrag betreffend Haushaltsskapitel 1/12116 eingebbracht.

Bei der Abstimmung am 22. November 1967 hat der Finanz- und Budgetausschuß die finanzgesetzlichen Ansätze der zur Beratungsgruppe VI gehörenden Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1968 unter Berücksichtigung des oben erwähnten Antrages mit Stimmenmehrheit angenommen. Ein Entschließungsantrag der Abgeordneten Haas, Ofenböck und Peter, der darauf abzielt, daß den Belangen des Sports besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden soll, wurde einstimmig angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

1. Dem Kapitel 12: Unterricht, dem Kapitel 13: Kunst, dem Kapitel 14: Kultus, und dem Kapitel 71: Bundestheater, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1968 (630 der Beilagen) mit der dem Ausschußbericht angeschlossenen Abänderung wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

2. Die dem Ausschußbericht beigedruckte Entschließung wird angenommen.

Ich beantrage, sofort in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein.

Als erster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Scrinzi. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Weder Weltstaat noch Demokratie genügen sich selbst. Das Ziel, zu dem alle Wege der Politik führen, ist die Entfaltung des Geistes. Kultur hängt am politischen Gerüst. Und sie rangiert zuoberst.“

In Österreich rangiert sie so tief unten, daß es tiefer gar nicht geht ... Auf lange Sicht wird die Fehlinvestition uns teuer zu stehen kommen ... Unterentwickelter als unser Land kann heute kaum eines sein. Lassen wir

uns doch nicht von Festspielkulissen und rauschenden Festen täuschen! Sehen wir uns statt dessen das Unterrichtsbudget an ... Soll man uns wie einem anderen Land von großer Vergangenheit sagen: „Österreich ist ein armes Land, das sich den Luxus leistet, für die Universitäten wenig Geld auszugeben“? Wie lange noch gedenkt Österreich vom Kapital der Vergangenheit zu zehren?“

Meine Damen und Herren! Diesen Worten aus der Inaugurationsrede eines Rektors der Salzburger hohen Schule, der politisch zweifellos der Regierung und der Regierungspartei nahesteht, haben wir Freiheitlichen kaum etwas hinzuzufügen.

Wir danken nicht nur als Kulturstaat ab, sondern wir gefährden unser tägliches Brot. Die Forderung nach mehr Geld für Hochschule und Wissenschaft wird nicht im Interesse eines Standes, nicht zur Abgeltung von uns an sich berechtigt erscheinender persönlicher Wünsche der österreichischen Hochschullehrer oder der Studentenschaft, sondern zur Sicherung der geistigen und wirtschaftlichen Zukunft unseres Landes erhoben.

Meine Damen und Herren! Wenn wir daraufhin das uns heute vorliegende Budget der Kapitel 12, 13, 14 und 71 analysieren — ein Budget im Angesicht einer außerordentlich angespannten Haushaltsslage, für die wir allerdings in erster Linie die Regierungspartei und die Regierung verantwortlich machen —, so wollen wir durchaus anerkennen, daß es gewisse Ansätze einer progressiven Entwicklung zeigt. Es ist aber müßig, sich etwa bei einer Analyse der einzelnen Ansätze dieser Kapitel in eine echte Auseinandersetzung mit der Regierung einzulassen. Denn wir müssen uns doch darüber im klaren sein, daß wir trotz des jetzt zwar sehr beschränkt und streng nach dem Proporz geteilt aufflammenden Lichtes des Fernsehens ein Schattengefecht, ein Schattenboxen aufführen. Darüber kann auch nicht der Umstand hinwegtäuschen, daß in wochenlangen Beratungen, in sogenannten Beratungen im zuständigen Finanzausschuß und in einer ebenso langen wochenlangen Debatte des Hohen Hauses an diesem uns vorgelegten Budget nach alter, aber keineswegs bewährter Erfahrung nicht ein Jota geändert werden wird. Im Grunde rollt hier vor den Augen der österreichischen Öffentlichkeit ein großes Theater ab. Im Grunde müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß die Budgethoheit des Hohen Hauses zwar formal gewahrt ist, daß aber eine sehr geschickte Regie und ein langjähriger Brauch das Hohe Haus seit Jahren und Jahrzehnten daran hindern, von seinem Budgetrecht wirklich Gebrauch zu machen.

5892

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Dr. Scrinzi

Meine Damen und Herren! Anders als in anderen Parlamenten ist das in Österreich seit Jahren so. Ich verweise darauf, daß es im amerikanischen Repräsentantenhaus selbstverständlich möglich ist, vorgelegte Haushaltspläne der Regierung — es sind dort ja im wesentlichen die Haushaltspläne des Präsidenten — entscheidend abzuändern und Eingriffe zu machen, die von weittragender, nicht nur von umschriebener haushaltsrechtlicher Bedeutung sind, sondern es handelt sich um Eingriffe, durch die mit Hilfe geänderter, gestrichener, erweiterter Budgetansätze die Politik der Vereinigten Staaten in eine bestimmte neue Richtung gewendet werden kann. Davon ist bei uns keine Rede. Das hat eine ganze Reihe von Gründen. Nicht zuletzt ist das Hohe Haus in gewissem Umfang auch selber daran schuldig, daß ein Großteil der Mittel, über die wir hier zu beschließen haben, nämlich auch in diesem Budget runde 85 Prozent, bereits durch gesetzliche Verpflichtungen festgelegt ist und auch die längsten Beratungen an diesen Haushaltsposten von vornherein nichts ändern könnten.

Man könnte zu einer ganzen Reihe von Ansätzen des vorliegenden Haushaltvoranschlag es sehr konkrete Abänderungsvorschläge einbringen, aber deren Sinnlosigkeit, deren Erfolgslosigkeit bedeutet ja nur, daß wir hier leere Worte machen müßten. Die Mehrheit dieses Hauses ist weder in der Lage noch bereit, in eine echte Diskussion mit einem konkreten Ergebnis über das Budget einzutreten. Das ist ein Mangel dieser Budgetdebatten, der von der österreichischen Öffentlichkeit ja seit Jahren empfunden, seit Jahren kritisiert wird, allerdings zu keiner Änderung der tatsächlichen Verhältnisse geführt hat.

Nicht zuletzt hängt es damit zusammen, daß die Belange unserer Hochschulen, unserer Wissenschaft und unserer Forschung durch Jahre im Schatten der Gefälligkeitsdemokratie kümmerlich dahinvegetiert sind und jener Zustand eingetreten ist, den der damalige Rektor der Salzburger Hochschule in der Form beklagt hat, wie ich Sie Ihnen einleitend zitiert habe.

Wenn ich bewußt auf einen rein oppositionell argumentierten Angriff auf dieses Kapitel einleitend verzichtet habe, so nicht zuletzt deshalb, um zu dokumentieren, daß wir der Auffassung sind, daß das in Beratung stehende Kapitel von einer so grundsätzlichen richtungweisenden Bedeutung ist, daß die Beiträge und auch unser Beitrag, den die freiheitliche Fraktion, vorerst durch mich, zu leisten gesonnen ist, von der Verantwortung getragen werden müßten, die wir gerade auf diesem Gebiet für Gesamtösterreich, im besonderen aber für die österreichische Jugend übernehmen.

Auch ein Unterrichtsminister mit sehr viel mehr Macht und Einfluß, als der gegenwärtige Herr Unterrichtsminister sie hat, wäre natürlich nicht in der Lage gewesen, in diesem Defizitbudget wesentlich mehr für die Belange seines Ressorts durchzusetzen. Das ist natürlich keine Entschuldigung für die Regierung, ganz im Gegenteil, das ist eine Anklage gegen diese, aber auch gegen zahlreiche vorhergehende Regierungen, die die Bedeutung von Forschung, Wissenschaft und Hochschule entweder nicht richtig erkannt oder trotz anderer und besserer Erkenntnis nicht in der Lage waren, die Regierung selber zu den entsprechenden Folgerungen zu verhalten.

Die Lage der hohen Schulen, der Wissenschaft und der Forschung in Österreich ist bedrohlich. Wir haben ja seit eineinhalb Jahren bei den verschiedensten Gelegenheiten auf diese kritische Situation hingewiesen, ob aus Anlaß früherer Budgetberatungen oder aus Anlaß der Beratung und Beschußfassung des Allgemeinen Hochschulstudiengesetzes, der Novelle zum Studienbeihilfengesetz und jüngst bei der Debatte über das Forschungsförderungsgesetz. In all diesen Beiträgen ist, das gebe ich zu, von den Sprechern aller Parteien auf die schwierige Situation hingewiesen worden, der wir uns an unseren hohen Schulen gegenüberstehen. Es ist der Wille und die Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht worden, zu einer Besserung und Änderung beizutragen.

Dazu kam ja, daß die Kassandrufe aus den betroffenen Bereichen, aus den Kreisen der akademischen Hochschullehrer, aus den Kreisen des Notringes der Wissenschaft, aber auch aus der Wirtschaft und nicht zuletzt aus den Kreisen der österreichischen Hochschüler und Studentenschaft in den letzten Jahren an Lautstärke zugenommen haben. Vor wenigen Wochen haben sie zu jener mit formalen Bestimmungen allerdings nicht ganz in Einklang stehenden Demonstration geführt, die zu einer unmittelbaren Konfrontation der Volksvertretung mit der Studentenschaft vor der Rampe dieses Hohen Hauses geführt hat.

Meine Damen und Herren! Sie haben uns, die wir geglaubt haben, in dieser ernsten Situation uns den Fragen der Studenten und ihren Sprechern stellen zu müssen, Rede und Antwort zu stehen und zumindest damit zu dokumentieren, daß wir für die Sorgen, die sie uns vortragen wollten, aufgeschlossen sind, sehr gerüstet. Sie haben sich hinter formale Verstöße dieser Kundgebung zurückgezogen und sich der Diskussion mit der Studentenschaft nicht gestellt. Dies offensichtlich unter dem Einfluß eines nicht sehr guten Gewissens, das Sie auf diesem Gebiete der Hochschüler-schaft gegenüber haben.

Dr. Scrinzi

Wir haben bei der Einbegleitung des Budgets durch den Herrn Finanzminister sehr viel von dem notwendigen Investitionsstoß gehört, den die österreichische Wirtschaft braucht, wenn sie im kommenden Jahr aus dem Wellental der Konjunktur herauskommen soll, den sie braucht und den wir alle brauchen, wenn nicht in zunehmendem und gefährlichem Maße die Arbeitsplätze und damit die Vollbeschäftigung in Österreich bedroht werden sollen.

Meine Damen und Herren! Der Investitionsstoß, den unsere Hohen Schulen, den unsere Forschung und unsere Wissenschaft braucht, ist noch viel bedeutsamer, aber keineswegs weniger wichtig als die der Wirtschaft durch das Eventualprogramm in Aussicht gestellte Hilfsaktion.

Diesen Investitionsstoß müßte das vorliegende Unterrichtsbudget geben. Trotz Bemühung, wichtige Ansätze zu steigern und zu erhöhen, müssen wir Freiheitlichen feststellen, daß es nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, der hier gegeben wird, und daß diese geringe Vermehrung der wichtigsten Ansätze keineswegs ausreichend ist, um jenen Nachholbedarf sicherzustellen, den wir auf diesem Gebiete mehr als auf irgendeinem anderen in Österreich brauchen.

Meine Damen und Herren! Es ist mit unsere Aufgabe, und es soll auch mein Anliegen sein, nicht nur hier kritisch und anklagend der Regierung und der Mehrheitspartei dieses Hauses Versäumnisse vorzuhalten, sondern es ist auch mein Anliegen — und ich halte es für mindestens ebenso wichtig —, daß ins Bewußtsein der gesamten österreichischen Öffentlichkeit das Gefühl und die Überzeugung von der Notwendigkeit größerer Anstrengungen auf diesem Gebiet gebracht wird. Denn hier zeigen sich die Folgen der Unterrassungen in einer Form, daß wir sagen müssen, allein die Bereitstellung von Mitteln ist nicht ausreichend, um schwerste Strukturfehler, die eingetreten sind, auszugleichen und gutzumachen.

Wenn man jahre- und jahrzehntelang etwa die instrumentelle Ausrüstung von hohen Schulen, die bauliche Zurüstung dieser Institutionen vernachlässigt hat, so kann man das im Falle des Falles mit Geld gutmachen und in Ordnung bringen. Was man aber nicht kann, ist, das Vakuum, das auf dem personellen Sektor eingetreten ist — ich möchte sagen, die Wissenschafts- und Forschungsverdrossenheit —, mit Geld in jener gebotenen zeitlichen Kürze auszugleichen und aufzuheben, die wir in Österreich verzeichnen müssen.

Und so sind natürlich auch manche an sich begrüßenswerte Ansätze insbesondere auf dem Gebiete der Vermehrung beim qualifizierten Personal der hohen Schulen sehr begrüßens-

wert, aber es bleiben dies theoretische Bekenntnisse, denn wir haben nicht jene Hochschullehrer, Dozenten und wissenschaftlich qualifizierten Assistenten, aber auch nicht das ausgebildete technisch-wissenschaftliche Hilfspersonal zur Verfügung, wir können es vor allem auch zu den Bedingungen und Ansätzen, die hier geboten werden, nicht aus dem Boden stampfen und in unsere hohen Schulen eingliedern.

Wir haben deshalb schon aus Anlaß der Debatte des Forschungsförderungsgesetzes darauf hinweisen müssen, daß dieses an sich wichtige Gesetz, das im Ansatz zweifellos einen kleinen Schritt nach vorn bringt, indem es sich bemüht, die österreichische wissenschaftliche, also Grundlagen, aber auch die angewandte oder technisch-wirtschaftliche Forschung zusammenzufassen, die beiden Forschungsbereiche auch in einem wahrscheinlich wirksamen Ausmaß zu koordinieren. Dieses Gesetz hat aber nicht einmal die eine Voraussetzung geschaffen, die wir brauchen, wenn dieses Gesetz wirksam werden soll, nämlich ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen.

Nun kommt immer wieder der Einwand: Ja, Österreich hat die Folgen eines verlorenen Krieges zu bezahlen, Österreich war durch zehn Jahre hindurch vierfach besetzt, es gab eine Reihe von vordringlichen Aufgaben, und im Angesicht der Dringlichkeit gerade dieser ist eben die Forschung und die Wissenschaft ins Hintertreffen geraten.

Ich glaube aber — ich habe das schon einleitend gesagt —, daß Forschung und Wissenschaft ein Opfer unserer numerischen Gefälligkeitsdemokratie geworden sind. Es läßt sich nachweisen, daß man in Ländern mit vergleichbarer Geschichte, mit vergleichbarer wirtschaftlicher und soziologischer Struktur und mit vergleichbaren Hypothesen aus der Vergangenheit rechtzeitig die Weichen auf diesem Gebiet gestellt hat und heute schon auf beachtliche Erfolge verweisen kann, auf die wir Österreicher nur mit Neid blicken können.

Holland war zwar kein unmittelbar kriegsführendes Land in dem Sinn, aber es war durch den ganzen Krieg hindurch besetzt, und es hat nach dem Krieg ein großes Kolonialreich mit allen seinen Hilfsquellen und seinen Reichtümern eingebüßt. Dieses bevölkerungsmäßig etwa doppelt so große Holland, das also unter ähnlich schwierigen Verhältnissen nach dem Krieg antreten mußte, gibt heute 22,9 Prozent, also ziemlich genau das Doppelte dessen, was wir ausgeben, für Bildung und Wissenschaft aus.

Wenn dieses Land dazu imstande war, das, wie schon gesagt, mit ähnlichen Hypothesen an diese Aufgabe herangehen mußte, so

5894

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Dr. Scrinzi

kann man nicht Faktoren für die grobe Vernachlässigung, für die Aushungerung und — wie es neulich in Innsbruck gesagt wurde — für die Auszehrung auf dem Sektor von Bildung, Wissenschaft und Forschung in Österreich verantwortlich machen.

Ein vielleicht noch eindrucksvolleres Beispiel: Japan. Ein Land, das zu den Kriegsverlierern im furchtbarsten Umfang und Sinn dieses Wortes gezählt hat, hat erkannt, daß es in dieser veränderten Welt, nachdem es von der Bühne der Machtpolitik und Großpolitik abtreten mußte, nur eine Chance hat, sich in dieser Welt zu behaupten und zu überleben, nämlich durch die Intensivierung seiner Wissenschaft und Forschung, durch die Aktivierung seines produktiven Genies. Japan ist sehr bald darangegangen, das durchzuführen. Heute gibt dieses Land 27 Prozent seines Budgets für Wissenschaft und Forschung aus. Und die Erfolge sind schon abzusehen. Dieses fernöstliche Japan wird wahrscheinlich im nächsten oder übernächsten Jahr die deutsche Bundesrepublik von ihrer Stellung als dritte Industriemacht der Welt verdrängen und selber dort einrücken.

Welche Vergleichszahlen immer wir nehmen, sie alle zeigen den erschreckenden Rückstand, den Österreich auf diesem Gebiet aufweist.

Wenn wir hören, daß das früher erwähnte Holland 6,13 Milliarden Schilling für Forschung ausgibt und vergleichsweise hören, daß Österreich, wenn wir alles zusammenzählen, was durch öffentliche Förderung, was an den Hochschulen, was im Bereich der Industrie und gewerblichen Wirtschaft und der verstaatlichten Industrie für Forschung aufgewendet wird, den Betrag von 700 Millionen Schilling erreicht, und wenn wir diese Zahlen reduzieren um das Bevölkerungsverhältnis, so kommt heraus, daß Holland das gut Siebenfache für Forschung ausgibt. Ohne langfristige, ausreichende Investitionen auf diesem Gebiet ist es heute nicht möglich, im harten internationalen Wettbewerb gleichzuziehen oder sich gar vorzuarbeiten.

Ich muß Sie vielleicht noch einmal mit einer Zahl langweilen. Ich habe mir vor wenigen Tagen in der französischen Zeitschrift „Les Echos“ in einem Aufsatz über die Verhältnisse in der pharmazeutischen Industrie einige Zahlen besorgt, und ich habe dort den Aufwand von acht auch bei uns im Lande sehr bekannten und vielfach lizenzenvergebenden pharmazeutischen Firmen herausgeschrieben. Diese haben im vergangenen Jahr 10 Prozent ihres Bruttoumsatzes für Forschung aufgewendet. Das macht einen Betrag von 3,6 Milliarden Schilling, je Firma also 450 Millionen Schilling, das heißt, eine einzige dieser Firmen erreicht beinahe den

gesamten Aufwand Österreichs für die Forschung auf allen in Frage kommenden gewerblichen und industriellen Gebieten der Forschung.

Meine Damen und Herren! Es wird in den letzten Jahren so viel von Strukturpolitik geredet. Man denkt dabei selbstverständlich sofort an unsere notleidende Bergbauindustrie, man denkt an unsere verstaatlichte Stahlindustrie, man denkt aber auch an eine ganze Reihe von anderen Industrien, deren schwere Strukturmängel mit Recht uns und die ganze Öffentlichkeit mit Sorge erfüllt.

Aber auf dem geistigen Gebiet ist unserer Auffassung nach noch nicht einmal der Ansatz zu einer echten Strukturpolitik, zu einer Umorientierung erfolgt. Ich werde es vielleicht etwas hart formulieren, wenn ich sage: Es wird Zeit, daß wir hier die Scholastik des 16. Jahrhunderts mit ihren Auffassungen über den Rang von Bildung, Geistigkeit, hohen Schulen überwinden und den Erfordernissen des naturwissenschaftlich-technischen 20. Jahrhunderts anpassen. Nicht zufällig ist jetzt die Forderung unserer technischen hohen Schulen gegeben, sie umzubenennen und ihre Diskriminierung zu beseitigen, indem diese Stätten hoher, international anerkannter Forschung verlangen, daß sie auch in ihrer Bezeichnung nach außen hin den Universitäten gleichgestellt werden. Hier wäre der Ansatz zu einer solchen revolutionären geistigen Strukturpolitik zu machen, wobei ich natürlich betone: nicht das Umbenennen allein ist das Wichtige, dieser Umbenennung billige ich lediglich einen symbolhaften Rang zu, selbstverständlich ist die gesamte Neuformung dieser hohen Schulen mitinbegriffen, auf personellen, auf ausstattungsmäßigen und auf verschiedenen anderen Sektoren, worauf ich noch kurz zurückkommen werde.

Es muß uns natürlich mit tiefer Sorge erfüllen, wenn gerade in diesem Augenblick und nicht zuletzt durch Maßnahmen des gegenwärtigen Finanzministers Akte gesetzt werden, die einer solchen Entwicklung geradezu entgegenlaufen. Ich rede von der Diskriminierung, welche das Buch durch die Maßnahmen des Herrn Finanzministers erlitten hat. Es kommt diese Diskriminierung des Buches aus jener unterschwelligen geist- und bildungsfeindlichen Haltung heraus, die ich schon einmal sehr zum Mißfallen der rechten Seite dieses Hauses hier kritisiert habe. Das Buch ist eben Ware, das Buch ist Marktwert, so wie das Kunstwerk. Ich mußte aus Anlaß der Novelle zum Einkommensteuergesetz auf bestimmte groteske Zustände auf diesem Gebiet im gleichen Zusammenhang hinweisen: der wissenschaftliche Vortrag wird genauso

Dr. Scrinzi

wie eine Beatle-Veranstaltung mit Vergnügungssteuer bestraft, und bei ähnlichen kulturellen Veranstaltungen ist dies auch der Fall. Daß man in dieser Situation, in der man mit der Vokabel: „Bildung ist notwendiger denn je“ das Buch mit einer erhöhten Umsatz- und Ausgleichsteuer belastet, ist geradezu verantwortungslos. Denn der Rang des Buches hat keineswegs durch die in den letzten Jahrzehnten erfolgte Entwicklung der Massenkommunikationsmittel gelitten. Im Gegenteil, gerade die Konfrontation mit diesen Mitteln der Masseninformation — Rundfunk, Fernsehen und Presse — zeigt, daß das Buch eine andere Aufgabe und einen anderen Rang hat, haben muß und weiter beibehalten soll. Denn Information allein macht noch nicht Bildung. Erst das Buch ist es, welches die Information zur echten Bildung verdichtet. Ein Volk, das nur mehr Zeitungen liest, Radio hört und vorm Fernseher sitzt, hat aufgehört, eine Kulturnation zu sein.

Es ist also bedauerlich, daß dieser Prozeß der Buchfeindlichkeit, der Indifferenz gegen das Buch durch Maßnahmen gefördert wird, deren finanzielle Auswirkungen — nebenbei bemerkt — in diesem Defizitbudget bedeutsungslos sind. Nicht bedeutsungslos ist es aber für den bildungsbedürftigen, den bildungshungrigen jungen Menschen, aber auch für den alten Menschen, ob durch die neuerliche Diskriminierung des Buches Bücher wesentlich teurer werden. Sehen wir davon ab, daß wir hier auch gegen eine UNESCO-Empfehlung handeln, der Österreich beigetreten ist. Aber wir halten es hier wie auf manchen anderen Gebieten auch: Wir berufen uns auf europäische Verpflichtungen, wo uns eine solche Berufung konkreter Maßnahmen und Erfordernisse enthebt, und wir vernachlässigen sie dort und übersehen sie dort, wo sie uns im Wege sind, wenn es um die Verschaffung kurzfristiger und billiger Vorteile geht.

Dabei gebe ich zu, daß es auf literarischem Gebiet durchaus Produktionen gibt, welche nicht nur die bisherige Diskriminierung durch Umsatz- und Ausgleichsteuer verdienen, wo es eine kulturpolitische Tat wäre, wenn man diese Diskriminierung durch eine zusätzliche Besteuerung dieser zum Teil minderwertigen, jugendgefährdenden Produktionen durchführen würde.

Das wäre eine Möglichkeit, über die sich der Herr Finanzminister und auch der Herr Unterrichtsminister einmal den Kopf zerbrechen sollten. Ob man hier nicht eben eine differenzierte Verhandlung dessen, was sich heute Buch nennt, vornehmen sollte. Wir machen solche Differenzierungen ja auch auf anderen Gebieten und kalkulieren jeweils den

Wert und geistigen Rang eines Produktes ein. Das gleiche gilt in mancher Richtung für die Presse. Wir laufen Gefahr, die Möglichkeiten der objektiven Information der Öffentlichkeit durch die Notlage der Presse ganz allgemein zu gefährden.

Aber auch hier ist zu sagen: Sosehr wir Freiheitlichen dafür eintreten, daß die gute, die objektive, die unabhängige Informationspresse, die das Salz dieser Demokratie sein muß und zum Teil auch ist, gefördert werden sollte, daß sie von Lasten befreit werden sollte, die sie in anderen vergleichbaren Ländern schon lang nicht mehr trägt, würden wir uns sehr dagegen wehren, daß eine bestimmte Gruppe von Presseerzeugnissen, die vielleicht mit dem Epitheton der Boulevard-Presse abzustempeln ist, daß aber auch die Schundliteratur, die in Form von zahlreichen Illustrierten und dergleichen erscheint, keineswegs in den Genuß solcher Privilegien kommen sollte, für die wir uns hinsichtlich der früher zitierten Presse rückhaltlos einsetzen wollen.

Ich habe davon gesprochen, daß geistige Strukturpolitik insbesondere im Hochschulraum notwendig ist. Wenn ich das betone, so soll das nicht etwa eine Unterschätzung oder gar Abwertung einer gleichen Strukturpolitik im Bereich der höheren allgemeinbildenden oder auch der Pflichtschulen bedeuten. Im Gegenteil, mein Parteifreund Peter wird sich mit diesem Sektor in seinem Beitrag zu diesem Kapitel noch ausführlich beschäftigen.

Ich habe mir aber vorgenommen, in erster Linie, wie schon oft an diesem Pult, mich um die Angelegenheiten unserer hohen Schulen zu kümmern. Dabei ist uns klar, daß eine solche Strukturpolitik im Hochschulraum selbstverständlich von europäischen Perspektiven getragen sein muß. Es ist anzunehmen, daß die vor kurzem in Wien abgelaufene Tagung der europäischen Unterrichtsminister wertvolle Anregungen und Impulse dazu gibt. Ich gebe meiner Hoffnung Ausdruck, daß der Herr Unterrichtsminister vielleicht auch über einige grundlegende Erkenntnisse und Ergebnisse gerade dieser sehr interessanten und wichtigen Konferenz dem Hohen Hause hier berichten wird.

Diese Strukturpolitik muß also als letztes Ziel neben der notwendigen Aufrüstung der österreichischen Hochschulen die Koordinierung der Hochschularbeit im ganzen freien europäischen Raum im Auge haben. Dazu wird in Österreich unter anderem gehören: die Koordinierung der universitären und außeruniversitären wissenschaftlichen und Forschungsarbeit. Ich wiederhole noch einmal, daß das Forschungsförderungsgesetz, für das wir leider aus den schon hier deponierten

5896

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Dr. Scrinzi

Gründen nicht stimmen konnten, einen ersten Schritt getan hat. Denn es ist festzustellen, daß im außeruniversitären Bereich hier schon echte europäische Ansätze festzustellen sind — ich erwähne nur EURATOM und CERN und ähnliche Einrichtungen — und daß es möglich sein muß, auch im eigentlichen akademischen Raum diese enge Zusammenarbeit der hohen Schulen herbeizuführen und zu fördern.

Dazu gehört vor allem auch der freie Austausch von akademischen Lehrern wie der von Hochschulassistenten und Studenten. Leider sind die im Budget hiefür vorgesehenen Mittel mehr als bescheiden und völlig unzureichend, um hier eine echte, lebendige Strömung in Gang zu bringen. Wenn es nicht eine Reihe von privaten Institutionen und Förderungseinrichtungen gäbe, so wäre Österreich heute wissenschaftlich und geistig noch abgenabelt von der übrigen Welt, so ähnlich, wie es unter anderen Verhältnissen vielleicht das China des 19. Jahrhunderts war.

Ich meine, daß aber gerade für diese Ausrichtung auf die europäische Koordinierung ein Ziel angestrebt werden sollte: die effektive Zweisprachigkeit für jeden, der in Österreich Hochschulreife erlangt. Denn das ist selbstverständlich eine Voraussetzung, um die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Universitäten zu fördern. Leider ist festzustellen, daß zwar der Fremdsprachenunterricht in den höheren Schulen in Österreich Pflichtfach ist, daß aber der Schulerfolg gerade auf dem Gebiete der Beherrschung von Fremdsprachen im Zeitpunkt der Matura ein sehr bescheidener ist, wovon man sich immer wieder überzeugen kann. Man wird sich deshalb Gedanken machen müssen, ob nicht auch dieser Fremdsprachenunterricht zu reformieren ist und ob nicht auch auf dem Gebiete der höheren Schulen der internationale Austausch von Schülern beschleunigt und verstärkt werden muß.

Um eine europäische Koordinierung in den Hochschulen eines Tages erreichen zu können, ist selbstverständlich die Fortsetzung der Bemühungen um die Angleichung in den Strukturen der Lehrkörper anzustreben. Ich wage es gar nicht, davon zu reden, daß selbstverständlich auch die Angleichung in der Honorierung dieser Lehrer erfolgen muß, wenn nicht dieses verhängnisvolle Gefälle ins Ausland, das uns Jahr für Jahr qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchs entzieht, zunehmen soll. Wir sehen ja, wenn wir in den letzten Jahren laufend eine große Zahl von Lehrkanzeln in Österreich unbesetzt hatten — es waren im Schnitt immer über 100 freie Lehrkanzeln —, so war dies nicht zuletzt eine Auswirkung der Honorierung

unserer akademischen Lehrer und Assistenten. Daß die Dozenten ein wirkliches Hungerdasein gefristet haben, daß ihre Honorierung, im wesentlichen gestützt auf Kollegiengelder, vielfach nicht ausgereicht hat, um Straßenbahn- und Telephonspesen zu bezahlen, die dabei auflaufen, möchte ich nur am Rande erwähnen.

Was weiterhin notwendig ist, ist die Schwerpunktbildung beim Ausbau und bei der Neuerrichtung von Hochschulen. Auch hier sind die vermehrten Anätze nur ein sehr bescheidener Betrag. Es ist nicht zu erwarten, daß hier wirklich die Angleichung an europäische Verhältnisse erreicht werden kann.

Wenn gestern darauf hingewiesen wurde, daß wir im Rahmen der derzeit für den Straßenbau zur Verfügung stehenden Mittel nicht in der Lage sind, das österreichische Straßennetz in jenem Umfang und mit jenem Tempo auszubauen, wie es die europäische Entwicklung erforderte, so gilt das gleich und noch vielmehr für die hohen Schulen. Ich habe mich aus verschiedenen Anlässen — und das ist für einen Vertreter der Opposition keineswegs ganz einfach — insgesamt für Maßnahmen einsetzen müssen, die eine zusätzliche und raschere Finanzierung dieses Nachholbedarfes gewährleisten. Denn sollen diese Maßnahmen wirksam sein, müssen sie, ähnlich wie in der übrigen Wirtschaft, langfristig, mindestens aber mittelfristig konzipiert werden können. Das werden wir unter Umständen eben auf dem Umweg über eine gewisse Konsumbeschränkung auf Gebieten, die wirklich nicht als lebensnotwendig und existenzentscheidend bezeichnet werden müssen, zu erreichen trachten. Ich glaube aber — ich wiederhole das immer wieder —, daß eine ausreichende Aufklärung der österreichischen Öffentlichkeit in unserer Bevölkerung auch das notwendige Verständnis dafür schaffen wird.

Die OECD hat in einem Bericht vorausberechnet, daß es Ziel ihrer Mitglieder sein muß, in den Jahren zwischen 1960 und 1970 ein 50prozentiges Wachstum des Nationalprodukts zu erzielen. In der ersten, schon abgelaufenen Hälfte dieses Dezenniums ist es zum Teil auch gelungen, dieses Ziel zu erreichen, in einzelnen Mitgliedstaaten konnte es sogar überschritten werden. Aber eines ist klar: Wenn wir uns nicht anstrengen, durch Investitionsmaßnahmen auf dem Gebiete von Wissenschaft und Forschung die Grundlagen für dieses Ziel zu schaffen und zu verbessern, dann werden wir es nicht erreichen, dann werden wir zurückbleiben, und das wäre besonders in der gegenwärtigen Situation für uns mehr als gefährlich.

Dr. Scrinzi

In derselben Studie wurde für uns errechnet, daß in diesem Zeitraum der Bedarf an Matranten um 168 Prozent wächst und daß jener der Hochschüler um 127 Prozent wachsen muß, wobei sich auch hier sehr deutlich eine Schwerpunktbildung zugunsten der technisch-naturwissenschaftlichen Studienrichtungen abzeichnet. Wir werden im Jahre 1980 in Österreich etwa 50.000 Diplomingenieure brauchen. Ich habe aber gerade gestern abend mit einem jungen Diplomingenieur der Technischen Hochschule in Wien, der dort Atomphysik studiert hat und vor wenigen Wochen fertig geworden ist, gesprochen und habe ihn gefragt: Was machen Sie nun, Herr Kollege? Was haben Sie für Aussichten? Und er mußte mir sagen: Keine, nicht die geringsten! Mein Chef, mein Doktorvater, hat mir zwar sofort eine Stelle in der Bundesrepublik vermitteln können, aber hier in Österreich habe ich in den Monaten, in denen ich mich nunmehr bemüht habe, unterzukommen, keine Möglichkeit dazu gefunden.

Das ist die Lage! Diese Leute, die jetzt wegzugehen gezwungen sind, weil wir eine ganze Reihe von Forschungs- und industriellen Produktionsgebieten überhaupt nicht entwickelt haben, werden uns in wenigen Jahren bitter fehlen.

Wie kurzsichtig, wie falsch man hier gespart hat, wird Ihnen eine Zahl sehr eindrucksvoll vor Augen führen können: Das Defizit im Zahlungsverkehr von Patenten und Lizzenzen in den Jahren zwischen 1953 und 1965 beträgt 1869 Millionen Schilling! Meine Damen und Herren! Das ist jener Betrag, den wir mehr ins Ausland zahlen mußten, mit dem auf Gebieten der Forschung und industriellen Produktion ausländische Patente und Lizenzgebühren abgegolten werden mußten. Analyisiert man nun den Anteil von Lizzenzen und Patenten, die auf österreichische wissenschaftliche Forschungsarbeit und Erfindungsgabe zurückgehen, so ist es geradezu tragisch, zu sehen, daß wir einen ganz beachtlichen Anteil dieses Betrages deshalb ins Ausland zahlen müssen, weil wir vor 5, 10 oder 15 Jahren dem betreffenden jungen Gelehrten und For-scher keine Möglichkeit gegeben haben, seine Arbeit in Österreich zu entwickeln und voranzutreiben.

Wenn wir einem Memorandum aus dem akademischen Bereich entnehmen können, daß der Fehlbestand an Österreichs hohen Schulen derzeit etwa 600 Professoren, 2500 Assistenten, etwa 400 Lehrprofessoren und rund 2500 Mann technisches Personal beträgt, und wenn errechnet wurde, daß der theoretische Aufwand, der notwendig ist, um diesen Nachholbedarf finanziell sicherzustellen, rund 1,7 Milliarden Schilling beträgt, so sehen wir, daß allein das

Defizit der Patent- und Lizenzbilanz einen Betrag ausmacht, mit dem wir leicht in der Lage gewesen wären, unsere hohen Schulen entsprechend auszustatten und dieses gewaltige Passivum Österreichs in ein Aktivum zu verwandeln.

Dabei soll man es sich nicht so einfach machen, den beiden abgelaufenen Weltkriegen hiefür allein die Schuld zuzuschieben. Gewiß waren das gewaltige wirtschaftliche und auch persönliche Belastungen, aber es ist schon im Vergleich zwischen der Zweiten und der Ersten Republik nachzuweisen, daß wir eine ganze Reihe von wichtigen Forschungs- und Produktionsgebieten völlig brachliegen ließen, auf denen Österreich eine hohe wissenschaftliche und industrielle Tradition aufzuweisen hatte.

Einem Memorandum der Technischen Hochschule in Graz entnehme ich dazu eine Reihe von Hinweisen, die ich Ihnen hier vortragen möchte. Der Anteil am gesamtösterreichischen Export beträgt auf dem Sektor Maschinenbau und Elektrotechnik anders als in der ähnlich strukturierten Bundesrepublik nicht ein rundes Drittel, sondern knappe 10 Prozent. Das bedeutet, daß durch die Vernachlässigung der technischen Entwicklung und Produktion auf diesem Gebiet unsere Exporteinnahmen auf diesem Sektor nur 8 bis 10 Milliarden statt der möglichen 25 bis 28 Milliarden betragen.

In aller Eile zähle ich nur einige Gebiete auf, auf denen wir in der Produktion und in der Forschung überhaupt nicht mehr präsent sind: Flugtechnik, Großdieselbau, Personenkraftwagenbau — wobei wir, wie wir gestern wieder gehört haben, jährlich im Durchschnitt 130.000 bis 150.000 PKW nach Österreich einführen und dafür 5 Milliarden gute österreichische Schilling ausgeben müssen —, Chemieapparatebau, papierverarbeitende Maschinen, feinmechanische optische Instrumente, numerisch gesteuerte Sondermaschinen, Strömungsmaschinen, also insbesondere Pumpen, wo Österreich eine große Tradition, vor allem vor dem ersten, aber auch noch nach dem ersten Weltkrieg hatte, Turboverdichter, Dampfturbinen, Batterieautos und so weiter und so weiter. Das heißt also: Wenn wir, was angesichts der kritischen Exportlage Österreichs, der Unfähigkeit der bisherigen österreichischen Regierungen, zu einem Arrangement mit der EWG zu kommen, zweifellos dringender denn je wäre, nach Strukturmaßnahmen auf dem Gebiete der Wirtschaft schreien, wenn wir neue Dauerarbeitsplätze, vor allem in unseren Notstandsgebieten, in unseren Bergaugebieten und so weiter, fordern, dann werden wir neben den Investitionen zur Betriebsgründung auch umfangreiche und große

Dr. Scrinzi

Investitionen auf dem Gebiete der hohen Schulen und der Forschung vornehmen müssen. Etwa das Vierfache des Jetzigen brauchen wir, um diese Investitionen in jener Zeit zu realisieren, die notwendig ist, wenn nicht unkorrigierbare Strukturschäden entstehen sollen.

Daß Hand in Hand damit — das habe ich schon gesagt — auch organisatorische Veränderungen an den hohen Schulen vorgenommen werden müssen, ist selbstverständlich. Diese betreffen sowohl den akademischen Lehrkörper, die Habilitationsnormen wie auch die speziellen Studienordnungen und so weiter. Ich darf in diesem Zusammenhang auf die mir sehr lesenswert und beachtlich erscheinenden Untersuchungen, die die österreichische Studentenschaft selbst auf dem Gebiet unternommen hat und die sie uns als Resolution des 5. österreichischen Studententages aus Linz vorgelegt hat, verweisen, in denen eine ganze Reihe von sehr brauchbaren und voraussetzungen und Gedanken enthalten sind. Es gehört dazu auch, daß wir endlich einmal die Voraussetzungen schaffen — wir hatten in dem Zusammenhang schon wiederholt den Herrn Unterrichtsminister interpelliert —, daß nicht nur etwa im Hinblick auf die Anwendung des Studienbeihilfengesetzes der Begriff der Studiendauer geklärt wird, sondern daß sich auch die effektive Studiendauer in zumutbaren Grenzen hält.

Hier zeigt die Analyse insbesondere der Studiendauer an den technisch-naturwissenschaftlichen hohen Schulen, daß unerträgliche Zustände herrschen. Sehen wir davon ab, daß nur etwa rund die Hälfte der Inskribenten an diesen Schulen überhaupt den Abschluß ihres Studiums erreicht — da könnte man einwenden, daß dafür das Fehlen von Auslesemaßnahmen in den höheren allgemeinbildenden Schulen verantwortlich ist —, muß bei einer Strukturanalyse der Verhältnisse festgestellt werden, daß die Studiendauer in den verschiedensten Fachgebieten um 40, 50, 60, ja 100 Prozent über der festgelegten Norm liegt. Das kann man nicht damit abtun — ich bin davon überzeugt, und auch in Aussprachen mit vielen akademischen Lehrern wurde das bestätigt —, daß das nur damit zusammenhängt, daß etwa die moderne Hochschuljugend nicht mehr über genügend Begabung oder nicht über genügend Fleiß verfüge. Hier sind schwerste Mängel vorhanden, die ehestens beseitigt werden müssen, denn es führt nicht zuletzt die Erfahrung mit diesen unerträglich langen Studien manchen Vater, manches Elternhaus dazu, dem Sohn oder der Tochter überhaupt vom Ergreifen eines solchen Studiums abzuraten, und es führt auch dazu, daß der junge Maturant selbst vor diesen überlangen Studier-

zeiten zurückschreckt. Das machen wir auch nicht besser, wenn wir die wirtschaftliche Lage während der langen Studiendauer durch Stipendien erträglich gestalten. Das kann auch gar nicht das Ziel und die Absicht sein. Im Gegenteil. Herr Minister! Es müßte einer der Gedanken der hoffentlich bald kommenden generellen Studienbeihilfenreform sein, bei Wahrung der sozialen Zielsetzung dieser Institution durch eine Verbesserung der Verhältnisse auf den von mir kritisierten Sektoren, die Voraussetzungen zu einer echten Begabten- und Ausleseförderung zu schaffen. Ich glaube also, und ich hoffe zuversichtlich, daß das Unterrichtsministerium auf diesem Gebiet seine der Öffentlichkeit, vor allem auch der Hochschülerschaft anlässlich der Novelle zum Studienbeihilfengesetz gegebenen Versprechungen erfüllen wird und daß nun die große Reform kommen wird.

In dem Zusammenhang betone ich noch einmal, daß selbstverständlich eine solche Studienbeihilfenaktion auch die höheren mittleren Schulen erfassen müßte, und zwar nicht etwa aus den Überlegungen heraus, daß wir, wie das böswillig formuliert wurde, schon „Mittelschulrentner“ schaffen sollen — das wäre verfehlt, wenn wir hier einen Prozeß der Gegenauslese finanziell fördern, den wir nicht brauchen —, sondern mit dem Ziel eben, die breitgestreute Begabtenerfassung zu fördern. Wir haben hier schon darauf hingewiesen, daß ein großes Begabungsreservoir in der österreichischen Jugend unausgeschöpft ist und daß es hier besonders die Bauern- und Arbeiterkinder sind, die nach wie vor schwer benachteiligt sind. Zweifellos sind die Bemühungen, die mittleren Schulen, die sogenannten allgemeinbildenden höheren Schulen, stärker zu streuen, möglichst in allen Bezirksstädten solche Schulen zu errichten, dem Anliegen förderlich, aber sie werden gekoppelt sein müssen mit der Errichtung von Heimen, die es dann auch sozial minderbemittelten Kindern ermöglichen, diese Schulen zu besuchen, die es ermöglichen, das ja für viele Eltern abschreckende Fahrschülerwesen einzudämmen, und die es ermöglichen, auch den Eltern die Gewißheit zu geben, daß diese Kinder nicht nur durch eine Studienbeihilfe jetzt finanziell versorgt sind, sondern daß sie auch in guten und pädagogisch gut geleiteten Heimen ohne Sorge außerhalb des Elternhauses untergebracht werden können.

Meine Damen und Herren! Dieser Appell an den Herrn Unterrichtsminister, an die Regierung und an die Regierungspartei, aber auch an das ganze Hohe Haus war mein heutiges Hauptanliegen. Es gäbe natürlich noch eine ganze Reihe von Dingen zu dem vorliegenden Kapitel zu sagen. Wir beklagen, daß die

Dr. Scrinzi

Sportförderung nicht jenen Platz finden konnte, den sie verdienen würde, und zwar jene Sportförderung, die der körperlichen und zugleich charakterlichen Ertüchtigung der Jugend dient, wir beklagen, daß auch die Maßnahmen der Jugendförderung ganz allgemein zum Teil durch Kürzungen betroffen wurden, die bedauerlich sind. Auch auf dem Sektor der Volksbildung ist eine Lage eingetreten, die wir beklagen müssen.

Nicht zuletzt ist es die Situation auf dem Gebiete der Bundestheater, die uns bedenklich stimmen muß. Freilich stehen wir nicht an, zu erklären, daß im Rahmen der Bundestheaterverwaltung manches reformbedürftig ist, daß hier zum Teil Gelder in einem nicht vertretbaren Ausmaße verschwendet werden. Wenn es zutrifft, was wir jüngst einer Pressemitteilung entnehmen mußten, daß allein an der Staatsoper in Wien nicht weniger als 12 Millionen Schilling an Honoraren für Künstler bezahlt wurden, die nie aufgetreten sind, die nie engagiert wurden, so muß hier natürlich dringend nach Abhilfe gerufen werden.

Aber es würde heißen, daß wir durch eine Zersplitterung allzusehr davon ablenken und uns allzusehr darüber hinwegtäuschen, daß der Notstand, der auf dem Gebiete der hohen Schulen herrscht, bedrohlich ist und daß er auch durch dieses Unterrichtsbudget keineswegs beseitigt wird. Das ist der Grund, warum wir Freiheitlichen dieses Budget ablehnen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Harwalik. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Harwalik (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist nicht der Ausdruck einer sicher unangebrachten Selbstzufriedenheit, wenn ich hier herausstelle, daß im Schwerpunktprogramm des Staatshaushalt 1968 der in der Regierungserklärung 1966 proklamierte Vorrang von Bildung und Forschung abermals gewahrt ist.

Ich habe schon im Finanz- und Budgetausschuß von einem denkwürdigen Kulturbudget gesprochen. Zum erstenmal seit dem Bestand des Unterrichtsministeriums, also seit 120 Jahren, beträgt der Anteil des Kulturbudgets am gesamten Staatshaushalt mehr als 10 Prozent, die genaue Zahl ist 10,56 Prozent, mit den Schulbauten sind es 11,32 Prozent. Und das bei einem immer größeren Budget! Es ist das größte Kulturbudget, das je ein österreichischer Unterrichtsminister in Händen hatte.

In diesem Zusammenhang möchte ich den vielen Studenten antworten, die mich im Rahmen ihrer Kartenaktion gebeten haben — wie viele andere Kolleginnen und Kollegen

auch —, für eine Erhöhung des Unterrichtsbudgets einzutreten, und zwar so, „daß der Aufwand für Bildung und Forschung in Zukunft von 0,3 Prozent auf 1,5 Prozent des Bruttonationalproduktes aufgestockt wird“. Herr Professor Nemschak nimmt für 1967 ein Bruttonationalprodukt von 277 Milliarden Schilling an. Demgegenüber beträgt das Unterrichtsbudget 1967 8,145 Milliarden Schilling, somit 2,94 Prozent des Bruttonationalproduktes.

Nehmen wir noch jene Budgetbeträge hinzu, die in anderen Ressorts für Bildung und Forschung aufscheinen — ich nenne etwa das land- und forstwirtschaftliche Schul- und Versuchswesen, die Forschungsförderung zugunsten der gewerblichen Wirtschaft, die Forschungsaufträge des Verkehrs- und des Bautenministeriums und so weiter —, so ergibt sich ein Gesamtbetrag von 9,6 Milliarden Schilling, das sind 3,47 Prozent des Bruttonationalproduktes, die der Bund für Bildung und Forschung 1967 ausgibt.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit und auf diesem Wege allen Studentinnen und Studenten herzlich für das Interesse danken, das sie diesen Schicksalsfragen unseres Landes entgegenbringen. Wir haben ihre Zuständigkeit voll und ganz anerkannt.

Herr Abgeordneter Dr. Scrinzi hat bereits über den Personalzuwachs an den hohen Schulen berichtet. Ich werde es nicht wiederholen.

Ich möchte erklären, daß für den Forschungsrat 32 Millionen Schilling eingesetzt sind. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 100 Prozent. Insgesamt stehen für die Förderung der Forschung 112 Millionen Schilling zur Verfügung, abgesehen davon, daß die Ausgaben für Hochschulen der Lehre und Forschung dienen.

Wir hoffen, daß eine günstige Entwicklung die Realisierung des Eventualbudgets möglich macht, um das Geschick der zurzeit etwas unterdotierten Positionen, wie etwa die Erwachsenenbildung und die Literatur, zu lindern. Wir bekämen zusätzlich für die Hochschulen 26 Millionen Schilling, für die wissenschaftlichen Einrichtungen 14 Millionen Schilling, für die allgemeinbildenden höheren Schulen 15 Millionen Schilling, für die Kunst 38 Millionen Schilling und für die Schulbauten des Bundes zusätzlich 131 Millionen Schilling. Für die Schulbauten wird für die Zeit von 1968 bis 1972 ein Auftragsvolumen von 3 Milliarden Schilling vorgesehen.

Wir haben uns sehr ernst über die Möglichkeit einer steuerlichen Entlastung des Buches unterhalten, wir haben sehr ernst darüber gesprochen. Die Regierung wird einen Weg

5900

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Harwalik

der steuerlichen Entlastung des Buches für eine absehbare Zeit, zumindest für das nächste Jahr, suchen. Auch wir wissen, daß das Buch der erste geistige Umschlagplatz einer Nation ist.

Ich möchte nicht mißverstanden werden. Natürlich wären wir alle froh und glücklich, könnten wir für die drängenden Bildungsaufgaben, die sich auf der ganzen Welt aus der Explosionscouleur ergeben, noch mehr Geld ausgeben. Nur muß man es auch haben. Das Bildungs-Tischlein-deck-Dich gibt es noch nicht, und der Knüppel-aus-dem-Sack der Opposition wird hier einfach zum Bumerang. Wir brechen in keinen Budgetjubel aus, wir sind Realisten. Natürlich ist es so, daß sich in der Zeit des verringerten Wirtschaftswachstums auch Budgetschrifte verkürzen müssen. Im Kulturbudget Österreichs 1968 ist das nicht der Fall.

Es gab viel Unruhe um das Kulturbudget in den letzten Wochen. Herr Unterrichtsminister Dr. Piffl konnte in einer offenen und breitangelegten Aussprache mit der Österreichischen Hochschülerschaft viele Mißverständnisse um das Kulturbudget klären und viele notwendige Einsichten in die mit den gesamten Ressortaufgaben gegebenen Zusammenhänge vermitteln.

Einige Tageszeitungen Österreichs führen Meinungsbefragungen über Probleme des öffentlichen Lebens durch. Diese Stellungnahmen haben den Vorzug, direkt aus dem Leben gegriffen zu sein. Es kommen alle Berufsschichten unseres Volkes zu Wort. Ihre Unbefangenheit und ihre Treffsicherheit sind oft geradezu bestechend. Ich würde der Opposition raten, gelegentlich auch einmal auf die Stimme des Volkes zu hören und zu erkennen, wie verzerrt und verbildet oft Ansichten und Forderungen sind, die uns die Opposition vorträgt.

Bei der ersten Lesung des Budgets hat der Herr Abgeordnete Minister a. D. Dr. Kreisky versprochen, eine totale Umstrukturierung in der Förderung von Wissenschaft und Forschung vorzunehmen, sobald das österreichische Volk die Gelegenheit zur Alternative habe, die Regierung Klaus abzulösen.

Hier ist die Frage an die SPÖ offen, warum Sie ihrerseits diese Alternative der Umstrukturierung des Kulturbudgets nicht in der Zeit der Koalition herbeiführen half. Drimmel und Piffl haben oft genug um solche Unterstützungen gebeten. Sie blieben Rufer in der Wüste, denn das Interesse der SPÖ erstreckte sich nur auf koleureigene Ressorts. Ich möchte aber auf diese Proklamation des umzustrukturierenden Kulturbudgets lieber mit einem Bildungspolitiker antworten, der der SPÖ

angehört. Herr Universitätsprofessor Doktor Fellner schreibt in seinem Aufsatz „Restauration oder Fortschritt?“ in dem von Heinz Fischer herausgegebenen Büchlein „Versäumnisse und Chancen?“ unter anderem wörtlich: „... daß die Hochschulen zum Heim vorerst des Nationalismus und später des Konservatismus wurden, ist meiner Meinung nach durch das Versagen, nein, noch ärger, durch das Fehlen einer sozialistischen Bildungspolitik ermöglicht worden.“

Wie soll nun die Umstrukturierung des Bildungsbudgets gelingen, wenn der SPÖ aus den eigenen Reihen von einer wissenschaftlichen Autorität dieses harte Urteil gesprochen wird, niemals eine selbständige Bildungspolitik entriert zu haben?

Wir möchten hier gerechter sein als Herr Professor Fellner, der anscheinend die Bildungsgesellschaft in Bildungsklassen versteht. Das wäre verhängnisvoll. Sicher hat die SPÖ in Österreich durch ihre aktive Mitarbeit an den Konzepten Drimms und Piffls und vor allem durch ihr initiatives Ja zur Schulreform ihren verdienstvollen Anteil am Bildungsaufbruch in Österreich. Ich bedaure nur, daß es die SPÖ immer wieder selbst ist, die dieses ihr Verdienst durch ihre Kritik verdunkelt.

Viel schwerer aber wiegt und als bitterer Vorgeschmack der Breitseiten, die die SPÖ heute wieder gegen unsere Kulturpolitik eröffnen wird, liegt uns auf der Zunge der Ausspruch der Frau Abgeordneten Dr. Firnberg auf dem jüngsten BSA-Treffen in Salzburg, die ÖVP habe von Anbeginn den Vorrang für Bildung und Forschung nur als Verbesserung ihres eigenen Image verstanden und Österreich — hören Sie und staunen Sie — stehe nun in diesen Tagen vor dem Bankrott von Bildung und Kultur. Soweit wörtlich die Frau Abgeordnete. (Abg. Hartl: Ja, ja!)

Ist es wirklich, meine Damen und Herren aller Parteien, der Bankrott unserer Kultur, wenn wir in Gemeinden, im Land und in Bund mehr Schulhäuser gebaut haben als im gleichen Zeiträumen je vorher, wenn wir durch die Verdichtung des Hauptschulnetzes und dann des Mittelschulnetzes die sozial gerechte Verteilung der Bildungschancen in einem noch vor wenigen Jahren nie geahnten Ausmaße erreichen konnten? Nennen Sie den Bau neuer Hochschulen, zahlreicher Institute, die Ausweitung des Hochschul- und Forschungsbudgets, die großzügige Förderung unserer Studentenschaft, wie sie ein Rektor unserer Hochschulen als solche bezeichnet hat, den Bau von Studentenheimen und so weiter wirklich den Bankrott der Kultur? Meine Damen und Herren links zulande! Das ist nicht der Goldrahmen der Vergangenheit,

Harwalik

das ist die harte kulturpolitische Währung der Gegenwart, von der ich hier spreche. (Beifall bei der ÖVP.)

Unsere Staatsoper zählt zu den ersten Häusern der Welt. Mit ihr die künstlerischen Weltdivisionen der Burg, der Philharmoniker, der Wiener Sängerknaben und der Spanischen Hofreitschule. Unsere Salzburger Festspiele und alles, was in diesem Lande klingt und singt und schreibt und malt und in Schönheit erstrahlt, das sollte die Opposition in ihrem dunklen Drange nicht auslöschen. Das Wort der Opposition darf doch nicht zum Schlaginstrument gegen die kulturpolitische Wahrheit und Wirklichkeit dieses Landes werden. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Libal: Die schwarze Welle und der graue Schirm!)

Sicher haben wir viel nachzuholen. Unsere Freiheit, meine Damen und Herren, und ich möchte das hier dem österreichischen Volk noch einmal als Sprecher zum Kulturbudget sagen, unsere Freiheit hat uns zehn Jahre Reparationslieferungen an Rußland gekostet, die uns, hätten wir sie für Bildung und For schung einsetzen dürfen, bereits viel weiter auf dem Wege sähe. Seien wir doch in der Kritik an uns selbst angesichts eines solchen nationalen Existenzpreises nicht billig. Wir sind keine geistige Rückzugsarmee Europas. Die für alle Welt offenen Hochschulen sind mehr als ein Symbol für die geistige Aufgeschlossenheit dieses Landes.

Ich möchte den Studenten, auf die wir in erster Linie unsere Zukunftshoffnungen setzen und die wir in ihrem Demonstrationswillen respektiert haben, in bezug auf ihr Plakat „billig — billiger — Bildung“ sagen, daß Bildung auf keiner Ebene und in keiner Dimension billig ist.

Ich behaupte nicht, die Koalition sei an allem schuld. Sie war 1945 die Weisheit unserer Staatsführung. Das K. und K. ist ein wesenhaftes Signum auch der Zweiten Republik — so widerspruchsvoll das erscheinen mag. Ich meine: Koalition und Kompromiß, so lange, bis sich die Partneraktionen nicht in die Koalitionskriege verwandelt haben. Wir sind nicht schuld, daß das Pramat der Parteipolitik vor der Staatspolitik in der SPÖ proklamiert wurde. Die Partei mächtig, den Staat schmächtig, da mußte es zu diesen Folgen kommen, die hier eingetreten sind. Eines ist sicher: Alle Unterlassungssünden der zuletzt nicht mehr regierungsfähigen Koalition münden selbstverständlich auch in das Budget.

Dazu kommt die Wirtschaftsrezession, die wir im Westen wie im Osten vorfinden und die bei uns mehr den Charakter der Konjunktur- und Strukturschwäche zeigt. Es gibt keinen Vergleich mit der Dramatik Englands. Sie

kennen Schiller — nicht den „Räuber“-Schiller, sondern den deutschen Wirtschaftsminister Schiller. Er arbeitet jetzt sehr fleißig an der Partitur der Straußschen Sparoper „Mifrifi“ mit.

Wenn, meine Damen und Herren, von der Stunde der Wahrheit gesprochen wird, dann meine ich, sollten wir von der Stunde der Besinnung aller Politiker dieses Landes sprechen, aber auch aller Staatsbürger, da es das Budget aller Bürger dieses Landes ist und damit das Ordnungsfundament aller Bürger Österreichs, das wir nicht auf eine schiefe Ebene abgleiten lassen dürfen.

Es mag den Anschein haben, als münze sich das Budgetdefizit in das politische Kapital der Opposition um. Aber glauben Sie uns: Es ist unsere feste Zuversicht, daß die Politik der ÖVP, die in ihren Zielsetzungen eine Wohlfahrtssicherung auf lange Dauer hat, die uns heute da und dort Opfer abfordert, daß diese Politik der ÖVP immer besser eingeschätzt und dann vom Wähler auch wieder besser honoriert werden wird. (Abg. Czettel: Warum applaudieren Sie denn nicht? — Beifall bei der ÖVP. — Abg. Withalm: Geschieht schon! — Abg. Peter: ÖVP-Klub unter der Regie von Czettel! — Abg. Weikhart: Die gestrigen Eisenbahnerwahlen haben gerade das Gegenteil honoriert!)

Es war erfreulich, daß der Klubobmann der ÖVP, Herr Abgeordneter Dr. Withalm, trotz seiner geäußerten Sorge von der Öffentlichkeit nicht mißverstanden wurde, als er auf die enormen Anspannungen hinwies, die selbstverständlich die Erneuerung unseres Schulwesens und der Ausbau unseres Sozialwesens für lange Zeiten an die Republik Österreich stellen werden. Schulreform ist Anspannung auf Jahrzehnte, zu allen Zeiten und in allen Staaten der Welt, auch in den wohlhabenden Staaten.

Es gibt nun hie und da Stimmen — sie kommen zum größten Teil aus sehr ernst zu nehmenden Wirtschaftskreisen —, die eventuell Mißverständnisse hervorrufen könnten. Auf sie eingehend, muß ich hervorheben, daß wir ja die Schulgesetze in einer Zeit der wirtschaftlichen Konjunktur verabschiedet haben. Jeder Wirtschaftsaufstieg Österreichs wäre in Zukunft in Frage gestellt, würden wir nicht mit einer modernen Bildungspolitik die Voraussetzungen für das Wachstum der Wirtschaft schaffen. Bildung determiniert die Wirtschaft. Das ist ein Axiom dieser Zeit. Wann hätten wir denn je eine bessere Stunde für unsere Schulreform gehabt als damals, 1962? Schulreform ist keine Art Luxusaktion, die man nur in Gold- und Silberzeiten starten kann. Schulreform bedeutet härteste nationale Anstrengungen.

Harwalik

Vergessen wir nicht, meine Damen und Herren, auf jene Länder zu sehen, die wirtschaftlich mit uns überhaupt nicht vergleichbar sind, wie etwa Griechenland, und die unter viel härteren nationalen Opfern ihre Schulreform durchführen müssen, um morgen an der Weltkonkurrenz teilnehmen zu können. Halten wir uns das alle — das ist nicht an eine Partei, das ist an alle Bürger dieses Landes gerichtet, vor allem an alle Kritiker — vor Augen, wenn wir versucht werden sollten, an der Richtigkeit unserer Bildungsanstren- gungen Zweifel zu hegen. (Abg. Weikhart: *Die Militärdiktatur in Griechenland ist kein Beispiel für uns!*) Es gibt andere, Herr Staats- sekretär, sicher, das gebe ich zu.

Hier hat ein Satz Kennedys seine Berechti- gung, der schlicht und einfach sagte: Unser Fortschritt als Nation kann nicht größer sein als der Fortschritt unseres Bildungssystems.

Zu einigen Schulfragen: Wir haben gute Erfahrungsberichte über die Führung der Polytechnischen Lehrgänge in Österreich. Hoffen wir, daß von der Wirtschaft nun gute Bewährungsberichte über die ersten Absol- venten dieses Schultyps folgen werden. Darauf sind wir neugierig, und wir hoffen, daß sie sich bewähren. Natürlich haben die Schul- behörden, die Schulerhalter und die Lehrer mit vielen Anfangsschwierigkeiten zu kämpfen. Niemand wird das leugnen. Das gehört sozusagen zum Programm und ist nicht von heute auf morgen zu überwinden.

Der Herr Abgeordnete Peter — ich muß ihn nun doch zitieren — hat die Landesschul- räte im Zusammenhang mit ihren Erfahrungs- berichten wörtlich einer „unverzeihlichen Schönfärberei“ bezichtigt. Das ist ein schwerer Vorwurf gegen unsere Schulverwaltung und gegen unsere Schulaufsicht, für den der Herr Abgeordnete Peter den Beweis schuldig geblieben ist. So einfach sollte ein Politiker seinen Leibkomplex nicht abreagieren; ich meine den Anti-Polytechnikum-Komplex. Die Lehrer der Polytechnischen Lehrgänge selbst schildern ihre Arbeit in dieser Schulform sehr realistisch und als absolut befriedigend. Die Pädagogen korrigieren hier den Pädagogen und Politiker Peter.

Auch die Elternschaft hat eine positive Stellungnahme gefunden (Abg. Peter: *Ihnen scheint der Koren-Bericht unbekannt zu sein!*) Doch, doch, ich kenne ihn sehr gut. Ich habe den Herrn Abgeordneten Peter von diesem Pult aus so intensiv polytechnisch aufgeklärt, aber die polytechnische Verstocktheit des Herrn Abgeordneten Peter hat eine andere Wurzel. Glauben Sie es mir, Herr Abgeordneter, es ist kein Staat mehr zu machen mit einer Mini-Offensive gegen das 9. Schuljahr, aber

ein Staat zu gewinnen mit einer offensiven Bildungsfront, das glaube ich. (Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Peter: *Kennen Sie den Koren-Bericht wirklich?*) Ja, ich kenne ihn, er ist ein Vorschlag an die Regierung, zu dem ich keine offiziöse Stimme der Regierung oder der Partei gehört habe, die erklärt, das 9. Schuljahr werde abgeschafft. Der Wissen- schaftler Koren hat seine Anregung in einem Elaborat gebracht, Sie müssen mir erst eine offiziöse Stimme der Bundesparteileitung der ÖVP nachweisen, daß sie nun daran denkt, das 9. Schuljahr abzuschaffen. (Abg. Peter: *Da ist die Regierung und nicht die ÖVP- Parteileitung zuständig! Wollen wir das einmal klären!*)

Der bekannte Pädagoge Dr. Rudolf Hauser hat in einem Brief an den Herrn Bundes- minister für Unterricht vom Polytechnischen Lehrgang gesagt, daß „hier ein Wurf gelungen sei“, der erst allmählich klar wird. Hauser spricht von der Beibehaltung der bisherigen Konzeption, nicht von einer Umformung in eine reine 9. Schulstufe, sondern daß die Schüler, die diese 9. Schulstufe in der Volks- oder Hauptschule nicht erreichen, zusammen- geschlossen werden, um in den artbildenden Gegenständen jenen Bildungsgewinn zu erzielen, der in der pädagogischen Zielsetzung des Polytechnischen Lehrganges steht. Doktor Hauser sagt richtig, es geht hier nicht um ein Schulprestige, sondern es geht darum, daß „aus diesem Lehrgang junge Menschen mit geläuterten Anschauungen über die Fragen ihres Lebens hervorgehen“.

Den Berichten aller Schulformen entnehmen wir, daß die neueingeführte Wirtschafts- und Sozialkunde viel Interesse bei den Schülern erweckt hat, daß die Lebensbezüge der Schule blutvoller werden, daß mehr Umwelt- und Gesellschaftsverständnis, vor allem aber auch mehr wirtschaftliches Verständnis die Folge sein werden, wenn einmal in Jahren die durch- gehende formende Wirkung dieser Sozial- und Wirtschaftskunde festzustellen sein wird.

Sie erinnern sich, meine Damen und Herren, alle noch der Rechenaufgaben in der Schule, die sich weit in unsere Zeit hinein behauptet haben. Beispielsweise: Ein Kaufmann kauft eine Ware um 10 S, er verkauft sie um 14 S; wieviel Prozent beträgt sein Gewinn? Nichts von Kalkulation, von Schwund, von Lohn- kosten, von Sozialkosten. So einfach verdient der Kaufmann! Aber nur in der Schule! Ich will damit darauf hinweisen, daß die Schule von heute die jungen Menschen noch mehr als je auf das Leben vorbereiten soll und in vielem wird umdenken müssen, die Schule, die immer zu den konservativsten Gesellschaftsphänomenen aller Zeiten und aller

Harwalik

Staaten gehört hat, die bei ihren Wandlungsprozessen immer der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung eigentlich nachhinkt und die in der Öffentlichkeit und auch in den Parlamenten der Welt oft mehr gebremst als beschleunigt wird. Große Schulreformen werden immer von schweren Geburtswehen begleitet.

Gerade der Polytechnische Lehrgang ist in seiner aufgelockerten Lehrplangestaltung Ansatzpunkt für eine flexiblere Gestaltung des inneren Schulwesens überhaupt. Ich behaupte, daß unsere Lehrpläne bei ihrer großen Güte immer noch zuviel auf die Vermittlung statischen Wissens angelegt sind, und das in einer Zeit, die nach den Worten von Professor Dr. Eugen Fink auf dem jüngsten Europagespräch in Wien die „Umwandlung der geschlossenen Gesellschaft in offene dynamische Sozialformen durch die Wissenschaft“ beschleunigen wird. Die Revolutionierung unserer Didaktik ist ausgeblieben. Die Architektur unseres Lehrstoffgebäudes ist in ihren Dimensionen noch weit hinter den Hochformen des technischen Fortschrittes zurück. Nach Wilkinson, USA, dürfte eine Anpassung im Falle eines Nachhinkens der kulturellen Werte um mehr als eine Generation unmöglich oder nutzlos werden. Der Fortschrittsgeist unserer Zeit kann sich einfach nicht außerhalb unseres öffentlichen Bildungswesens entwickeln und entfalten. Die Technisierung unserer Pädagogik oder Didaktik bedeutet keineswegs ihre Entseelung, sondern ihre Anpassung an das treibende Geschehen im Raum der Wissenschaft, die unsere Zeit prägt. Wir fordern aus vielen Gründen im Geschichtsunterricht die Gegenwartskunde, die Jetztgeschichte. Wir müssen in allen Unterrichtsdisziplinen diese Forderung der Gegenwart, also eines angepaßten und sinnvollen Modernismus, aufstellen.

Wir freuen uns, daß die bildungspolitische Devise unseres Unterrichtsministers Dr. Piffl: „Die Schule hat zu den Kindern und zu den Eltern zu kommen und nicht umgekehrt“, nun auch im Raum der höheren Schule in einem größtmöglichen Ausmaß verwirklicht erscheint. Bis auf einige großstadtnahe Landbezirke hat nun jede österreichische Bezirkshauptmannschaft mindestens eine höhere Schule. Diese Verdichtung des Bildungsnetzes in Österreich ist soziale Gerechtigkeit und ist in jeder Hinsicht zukunftsträchtig für unser Land.

Was die Stipendien für die höheren Schüler betrifft, möchte ich im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Doktor Scrinzi sagen, daß wir seinerzeit den sozialistischen Entwurf zurückweisen mußten, weil

er völlig ungenügend ist, weil er die Unterstufe, also das Heranbringen der Volksschüler an die höhere Schule, nicht berücksichtigt, weil er ungerecht ist, weil er die Privatschulen nicht berücksichtigt. Der Herr Bundesminister für Unterricht hat den Vorschlag eines Teamworks mit den Ländern und mit allen anderen Stipendiengewerben gemacht. Ich möchte darüber hinaus sagen, und ich würde das gerne von den anderen Ländern hören, daß in der Steiermark kein einziges Land- oder Arbeiterkind oder wer immer es sei, wenn es begabt ist, vom Besuch der höheren Schule ausgeschlossen ist, weil die Länder in reichem Maße und zusätzlich auch das Bundesministerium für Unterricht Stipendien auch für höhere Schulen geben.

Einige wenige Zahlen: Die Durchschnittsschülerzahl 1966/67 betrug 28,2, und zwar an Volksschulen 32, an Hauptschulen 23, an Sonderschulen 14 und an Polytechnischen Lehrgängen 25. Herr Abgeordneter Peter! Wenn man regionale Depressionen aufzeigt, dann dürfen die Zahlen des Gesamtbildes aber nicht übersehen werden.

Wir hoffen, den bisherigen Fehlbestand an Lehrern von 4500 heuer auf 3800 herabdrücken zu können. Die Pädagogischen Akademien laufen im Jahre 1968 an, sie werden in jeder Hinsicht bestens vorbereitet, vor allem was das Lehrpersonal betrifft. Wir führen in allen Ländern Maturantenlehrgänge, die uns auch im nächsten Jahr noch zahlreiche Pflichtschullehrer an die Schulen bringen werden. Sicherlich ist die Absenkung der Klassenschülerzahlen auf 36 fällig, sicher ist der Übergang zur akademischen Lehrerbildung im Jahre 1969 mit einem Ausfall verbunden, bis dann die Schüler der Musisch-pädagogischen Realgymnasien als breiter Strom für den Lehrernachwuchs heranstehen, die uns den schrittweisen Abbau des Lehrermangels ab 1970 ermöglichen, wobei wir genau wissen, daß selbstverständlich nicht alle Besucher der Musisch-pädagogischen Realgymnasien die Akademie besuchen werden, denn sie sollen nach ihren Begabungsrichtungen ihre Studienrichtungen wählen.

An den beiden Pädagogischen Akademien, die noch als Schulversuche in Wien laufen, begann der zweite Lehrgang. Auch hier sind die Zahlen interessant. Die Nennungen liegen an beiden Anstalten mehr als doppelt so hoch als im Vorjahr. An den Pädagogischen Akademien des Bundes haben sich heuer 255 gemeldet, im Vorjahr 116, inskribiert haben an jener der Erzdiözese Wien 72, gegenüber 26 im Vorjahr. In diesem Zusammenhang spricht der Informationsdienst für Bildungspolitik und Forschung von einem „Ansturm auf die Lehrerbildung“.

5904

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Harwalik

Wenn ich kurz auf Fragen der Hochschulpolitik eingehe, so möchte ich keineswegs die Diskussion um die eben erst verabschiedete Studienreform neu aufreißen. Wir sind dankbar, wenn und daß die Hochschulen sehr rasche Vorarbeit für die besonderen Studiengesetze leisten. Ich möchte aber an einigen Stimmen nicht vorübergehen, die da und dort aufklingen und die wegen ihrer Gegenläufigkeit zu vielen Untersuchungen und Meinungen geradezu sensationell wirken.

Professor Dr. Riese von der Hochschule in Linz hielt unlängst einen Vortrag über „Bildungspolitik in der Gesellschaft von heute“ in Wien, und er sagte, daß bei „Beibehaltung der gegenwärtigen Struktur unseres Hochschulwesens ein immer größerer Prozentsatz der Altersjahrgänge zur Hochschulreife geführt wird und so zwangsläufig eines Tages ein Angebotsüberschuß an Akademikern auftreten muß“. Diese These — so bekennt Riese selbst — hat in Deutschland geradezu wie eine Sensation gewirkt. Er hat diese Arbeit im Auftrage des Deutschen Wissenschaftsrates geschrieben. Riese meint, daß alle bisherigen Hochschulreformen den Weg der Ausbildung zum Akademiker völlig unangetastet ließen. Hier liege die entscheidende Schwäche unserer Bildungspolitik. Er sieht den Ausweg aus dem Dilemma in der Einführung einer akademischen Mittelstufe in Form des Bakkalaureats. Nur so ließen sich einerseits das „Recht auf Bildung“ und andererseits das „Recht auf einen Beruf“ als gleichwertige Grundlagen der Bildungspolitik verwirklichen. Dies verlange natürlich wichtige Korrekturen im Ausbildungsgang.

Zur Umsetzung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in rationellere Produktionsmethoden ist sicher eine breite Schichte von geschulten Managern und Technikern notwendig, die ähnlich wie im amerikanischen Collegesystem ausgebildet werden können. Das sind sicher keine Vollakademiker in unserem Sinn, brauchten aber die Stufe des Bakkalaureats, um an das wissenschaftliche Denken herangeführt zu werden.

Und sehr hart wird Riese in der Feststellung, daß man im deutschsprachigen Hochschulraum über das Wesen der Unternehmung philosophiere, während man in den USA Managementschulung betreibe. Und so verlangt er eine Bewußtseinsänderung, weil sonst Österreich den Anschluß an die moderne Welt nicht finde und jede Strukturpolitik vergebens sei.

Und siehe da, zu gleicher Zeit kamen mir Stimmen aus der deutschen Bundesrepublik zu Gehör. Hilke Schläger schreibt in einem Aufsatz der deutschen Wochenzeitung „Die

Zeit“ mit dem Thema „Warenhaus der Ausbildung“ zum Dahrendorf-Plan — Gesamthochschule in Württemberg, ein Versuch einer differenzierten Gesamthochschule, wörtlich: „Wohin mit den Abiturienten?“ Und auch hier wird die Forderung nach Einrichtung von Kurzstudien im Bereich der wissenschaftlichen Hochschulen aufgestellt, die mit einer berufsqualifizierenden Prüfung, dem Bakkalaureat, abzuschließen hätten.

Und nun könnten wir fragen: Hat unser Hochschulrat diese Stimmen nicht gehört? Sind sie ihm nicht bekannt gewesen? — Sehr genau. Die Studien, die Dr. Steindl für Österreich im Rahmen des OECD-Projektes durchgeführt hat, ergaben — Riese weist selbst darauf hin —, daß die Diskrepanz zwischen dem erwarteten Zustrom zu den Hochschulen und dem Bedarf wesentlich größer ist als in Deutschland. Und von da her erhalten auch unsere Ausbaupläne der Hochschulen und die Neugründungen auch der höheren Schulen ihre volle Rechtfertigung. Wir sollten nur diese Stimmen nicht überhören und uns dann flexibel zeigen, wenn in der fließenden Reform, in der auch die Hochschule selbst steht, die Stunde in diese Richtung weist.

Dr. Steindl hat schon im OECD-Bericht selbst erklärt, daß der demographische Bestimmungsfaktor in den siebziger Jahren noch ungünstig sein wird, daß es aber in den achtziger Jahren relativ leicht sein wird, Graduierte zu erhalten.

Ich möchte nicht versäumen, die mahnenden Worte des Grazer Hochschulprofessors Dipl.-Ing. Dr. Pietsch vor das Forum dieses Hohen Hauses zu bringen, die auf den 50prozentigen Rückgang von Studenten der Technik gegenüber dem Anschwellen der Hörerzahlen an den Universitäten hinweisen. Hier drohen unserer Wirtschaft nicht wiedergutzumachende Ausfallserscheinungen. Dies ist unter anderem durch moderne Studiengesetze, die die Technikstudenten schon zeitlich nicht gegenüber den Studenten der Universität benachteiligen, und eine bessere Ausstattung der Institute zu sichern.

Ich stimme Dr. Steindl zu, daß 20 Prozent mehr Absolventen der Handelsakademien und der höheren technischen Lehranstalten ebenfalls einen Ausgleich zugunsten unserer Wirtschaft bringen würden, weil jene Absolventen, die nicht an die Hochschule gehen, trotzdem als hervorragende Fachleute in die Wirtschaft kämen. Steindl meint, daß der erhöhte Bedarf an Absolventen dieser Schulen den Bedarf an Absolventen der allgemeinbildenden höheren Schulen verringert.

Hier ist in diesem Zusammenhang ein Vorschlag der „Aktion 20“ interessant, der nach

Harwalik

der Einrichtung der mittleren Reife zielt. Sie sollte nach dem erfolgreichen Besuch einer 7. Klasse der allgemeinbildenden höheren Schulen ausgesprochen werden und für den gehobenen Verwaltungsdienst befähigen. Das würde auch eine Entlastung der Hochschulen bedeuten, die immer mehr mit Studenten rechnen könnten, die in bedeutend größeren Prozentsätzen den Abschluß ihrer Studien anstreben. Aber eine heikle Frage, sie muß auf eine breite Gesprächsbasis gestellt werden und sie muß allseits bis zum Präsidenten der Akademie der Wissenschaften — behauptet ich — erhärtet werden, bevor wir an solche Konsequenzen schreiten, aber sie steht in Diskussion — sehr ernst —, und wir sollten die Augen vor dieser Diskussion nicht verschließen.

Das sind alles bildungspolitische Fragen unserer Zeit, die vorbedacht sein wollen, sollen sie morgen die richtige Antwort finden. Wer kritisch, aber sachlich und gerecht eingestellt ist, wer den Fortschritt allein der Bildungspolitik in Österreich bei all dem Fehlbestand, den es gibt und den es auch in den wohlhabenden Ländern in der Zeit der Bildungsexplosion gibt, sachlich prüft — sie ist ja nur eines der vielen Aufgabengebiete des Unterrichtsministeriums —, wird gleichermaßen zur verdienten Würdigung der Ressortleistungen unseres Unterrichtsministers Doktor Piffl kommen. In der Generalstabskarte seiner Bildungsoffensive zeichnen sich verdichtet jene Fortschritte ab, die den Bildungszuwachs in Österreich so erfreulich markieren.

Ich werde es als Abgeordneter eines Wahlkreises, in dem in den letzten Jahren vier höhere Schulen errichtet wurden, gleich bestätigen — eine baulich bereits fertige höhere Schule in Gleisdorf ist jetzt schon wieder zu klein. Das ist die anerkennende Genugtuung jener Eltern, die in den bisherigen pädagogischen und sozialen Sperrgebieten keine höheren Bildungsstätten für ihre begabten Kinder gefunden haben. Ihnen zu sagen, meine Damen und Herren, Österreich stehe vor dem Bankrott von Kultur und Bildung, würde diese Elternverständnislos finden, auch wenn sie als Wähler den gleichen Stimmzettel abgeben wie die Frau Abgeordnete Dr. Firnberg, deren vernichtendes Urteil über unsere Kulturpolitik heute in diesem Hohen Hause auf der Prüfwage steht. Nicht nur die rechte Seite dieses Hauses weiß, daß es vor der kulturpolitischen Wahrheit und Wirklichkeit in Österreich nicht bestehen kann.

Die Österreichische Volkspartei wird dem Kapitel Unterricht ihre Zustimmung geben. (Anhaltender Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Stella Klein-Löw. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Dr. Stella **Klein-Löw** (SPÖ): Hohes Haus! Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich zum Thema des heutigen Tages, zur Besprechung des Unterrichtsbudgets für das kommende Jahr gelange, möchte ich doch auf einige Bemerkungen meines geschätzten Vorredners antworten. Ich möchte hier mit aller Deutlichkeit nur eines sagen: Schauen wir uns die Bestandsaufnahme an. Wie schaut es in Österreich aus?

Nehmen wir die Hochschulen. Keiner von uns wird das bezweifeln, was die Hochschülervertreter, was die Herren Professoren sagen. Die Hochschulen haben zuwenig Geld, sie sind nicht modernisiert in dem Sinn, in dem sie unsere Zeit braucht. An den Hochschulen fehlt es an Platz, es fehlt an Lehrkanzeln, an Professoren, es fehlt an Apparaten in den Laboratorien, an Büchern in den Büchereien.

Schauen wir uns die Schulen an. Zunächst das Schulwesen auf dem Gebiete der Pflichtschule. Die Schulbauten, auf die der Herr Kollege Harwalik hingewiesen hat, sind in kleinen und kleinsten Gemeinden wirklich zu bewundern. Wenn ich durch Österreich fahre und sehe, was in ganz kleinen Gemeinden an Schulen entstanden ist, dann wundere ich mich oft, daß das möglich war, und bewundere die Tatkraft dieser Gemeinden und ihren Opfermut. (Präsident Dipl.-Ing. Waldbunner übernimmt den Vorsitz.)

Vergessen wir aber nicht: das sind die Gemeinden, die dann auf anderen Gebieten sehr wenig Geld haben, weil sie aus der Erkenntnis heraus, wie wichtig Schule und Bildung sind, alles, was sie haben, dafür geopfert haben. In den kleineren wie in den größeren Gemeinden, hat man damit begonnen, die organisierten Pflichtschulen im höher organisierte zu verwandeln. Zugegeben: Spät, aber doch. Es besteht Lehrermangel. Die Klassen sind überfüllt, sodaß man sogar die durch die Schulgesetze festgesetzte Schülerzahl für einige Zeit verändern mußte.

Schauen wir uns das Gebiet der allgemeinbildenden höheren Schulen, der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen an: Viel zu wenige Schüler besuchen diese Schulen, in Welt- und in unserer eigenen Sicht viel zu wenige!

Es fehlt noch immer an Schulbauten. Ich erinnere mich daran, daß ich am Beginn der Schuldebatte im Jahre 1959 oder 1960 darauf hingewiesen habe, wie schlecht es ist, daß man der Bevölkerungsumschichtung in Österreich und auch in den einzelnen Städten, zum Beispiel in Wien, nicht rechtzeitig Rechnung getragen

5906

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Dr. Stella Klein-Löw

hat. Damals war es Herr Abgeordneter Harwalik, der bezweifelte, ob das wirklich so war. Es war so. Es besteht also noch jetzt auf dem Gebiete der Schulbauten ein ungeheuerer Notstand; er wird abgebaut, aber er ist da.

Ich möchte zum Schluß noch mit einem Wort auf die Erwachsenenbildung zu sprechen kommen. Die Mittel für die Erwachsenenbildung, die in der heutigen Zeit von besonderer Wichtigkeit ist, wurden diesmal gekürzt. Darauf werde ich noch zu sprechen kommen. Die für die Erwachsenenbildung Zuständigen klagen darüber, daß der Mangel an Mitteln sie daran hindert, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Wenn heute in Wien und wahrscheinlich auch in anderen Städten — von Wien weiß ich es sicher — Protestversammlungen gegen dieses Budget und die Dotierung der Erwachsenenbildung stattfinden, so wissen wir doch, daß das keine parteipolitische Maßnahme ist: Professoren, Präsidenten, Menschen, die in der Volksbildung wirklich sehr, sehr viel geleistet haben, die verschiedenen Parteien angehören, sagen doch ebenso wie wir: Das ist zuwenig, die Erwachsenenbildung versagt, wenn sie nicht mehr Mittel zur Verfügung hat!

Erlauben Sie mir, daß ich das wiederhole, was ich voriges Jahr gesagt habe: Es fällt nicht auf das Schuldskonto eines Ministers, des Ministers, der jetzt Unterrichtsminister ist, daß es so ist, sondern es ist eine Tatsache, daß die Österreichische Volkspartei das Ressort der Kultur und des Unterrichts in der Zweiten Republik immer innehatte. Sie hätte etwas machen müssen und machen können! (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Herr Abgeordneter Harwalik! Ich will gar nicht sagen, ob Ihre Bemerkungen Schönfärberei oder Schwarzfärberei sind, nämlich Schwarzfärberei — politisch gesehen. Das liegt jetzt nahe beieinander. (*Abg. Harwalik: Das waren reale Zahlen der Tatbestände!*)

Lassen Sie uns doch nicht immer davon sprechen, was früher schlecht oder noch schlechter war, was in anderen Ländern schlecht, noch schlechter ist. Ja ab und zu können wir das zum Vergleich nehmen, aber ich möchte Ihnen mit ganz einfacher Logik sagen, daß das Volk Österreichs von dieser Regierung nicht erwartet, daß sie ihm ununterbrochen sagt, was schlechter gewesen ist, was hätte verhütet werden können, müssen oder sollen. Das Volk will, daß die Regierung mit diesem Budget und mit allen Gesetzen unter Beweis stellt, daß sie mit den Problemen, die Probleme unseres Landes und unseres Volkes sind, fertig zu werden versucht und daß sie das zustandebringt. (*Beifall bei der SPÖ.*) Darum geht es.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nachdem ich mit ein paar Worten versucht habe, dem zu entgegnen, was in den Ausführungen des Kollegen Harwalik zu einseitig war, möchte ich nun untersuchen, was wir in Österreich zu tun haben, wenn wir das Unterrichtsbudget, die Unterrichtspolitik und die Kulturpolitik planen wollen.

Ganz Europa, ja die ganze Welt befindet sich in einem Wettlauf der Bildung. Es ist das die Bildung der Kinder, die Bildung der jungen Menschen und die Bildung der Erwachsenen. Es handelt sich aber auch um den Wettkampf um die industrielle und wirtschaftliche Entwicklung, die ja letzten Endes alles andere bestimmt. Es geht um das Mithalten- und Schritthalten-Können.

Es gibt in unserer Welt keine Trennung mehr in voneinander unabhängige Gebiete: Die Wirtschafts-, die Sozialpolitik, die Innenpolitik und die Außenpolitik sind mit der Kulturpolitik eng verbunden. Alles ist miteinander verknüpft. Eines hängt vom andern und alles voneinander ab. Das ist die Primärerkenntnis unserer Zeit.

In dieser Zeit brauchen wir gute Schulen, gebildete Menschen, ob sie nun im ersten Bildungsweg der Schule oder im Beruf oder im zweiten Bildungsweg über Beruf und Leben oder ob sie sich in ihrer Freizeit selbst bilden.

Was soll also jedes Kulturbudget? Es sollte ein Schritt weiter zur Bildung und Kultur auf weitestem Gebiete sein, zum Aufstieg der Persönlichkeit und zum wirtschaftlichen Aufstieg des Landes, zum kulturellen Aufstieg des Volkes und zur Sicherung unseres Vaterlandes. Ist das dieses Budget auf dem Gebiete, das wir heute betrachten?

Der Herr Finanzminister sagte in seiner Rede einleitend zu diesem Kapitel: Der Vorrang für Unterricht, Bildung und Forschung soll so wie in den Vorjahren auch im nächsten Jahre gewahrt werden.

Wie schaut es nun im Budget aus? Eine knappe Zusammenfassung: 8,1 Milliarden sind für Unterricht, Kunst und Kultur vorgesehen, davon 6,1 Milliarden für den Personalaufwand, 2 Milliarden für den Sachaufwand. Personalaufwand: zum großen Teil Gehälter — natürlich, das muß sein, gesteigertes Personal ist zu begrüßen. Aber wir wollen feststellen: Nur 2 Milliarden für den Sachaufwand! Was das bedeutet, weiß jeder, der in der Praxis der Schule, in der Praxis der Hochschulen, in der Praxis der Erwachsenenbildung jemals mitgewirkt hat. Auf dem Personalsektor beträgt die Erhöhung 20,29 Prozent, also fast 30 Prozent, auf dem Sektor Sachaufwand 2,69 Prozent, also rund 2,7 Prozent.

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

5907

Dr. Stella Klein-Löw

8,5 Milliarden sieht das Unterrichtsbudget einschließlich der Bundestheater vor, das sind 10,56 Prozent des Gesamtbudgets.

Was ist nun der Auftrag unserer Zeit? Der Auftrag unserer Zeit ist:

1. Ausbau des Volks-, Haupt- und Sonder-schulwesens durch Verringerung des wenig gegliederten Schulwesens;
2. Maßnahmen zur Überwindung des Lehrermangels;
3. Ausbau des höheren allgemeinbildenden, des mittleren und des höheren berufsbildenden Schulwesens;
4. Lehrpläne, die stärker den Grundgedanken des Schulwerkes angepaßt sind;
5. ein Schulunterrichtsgesetz als Ausgangspunkt der inneren Schulreform unseres Landes;
6. Familienmaßnahmen, wie Schülerheime, Halbinternate und Internate, die es den Kindern aller Schichten erlauben, die ihrer Begabung und ihrem Alter angemessene Schule zu besuchen;
7. gesamtösterreichische Planung des Ausbaues und der Modernisierung der Hochschulen;
8. Steigerung der Forschungstätigkeit;
9. Steigerung und Intensivierung der Erwachsenenbildung.

Wenn der Herr Abgeordnete Harwalik sagt, daß dies ein denkwürdiges Jahr sei — er hat es im Ausschuß auch schon gesagt und es hier wiederholt —, weil seit 120 Jahren zum ersten Mal das Kulturbudget 10 Prozent überschritten hat, und diese Grenze hat es überschritten, ich habe es ja gesagt, mit Schulbauten sind es sogar 11,32 Prozent, so müssen wir bedenken, was sich seit 120 Jahren geändert hat. Bedenken Sie, das war das Jahr 1847, ein Jahr vor der Achtundvierzigerrevolution, eine völlig andere Welt, eine Welt, die mit der heutigen nicht verglichen werden kann. Lassen Sie sich das sagen: Die heutige Welt, die so veränderlich, so kompliziert, so schwer überblickbar ist, muß gerade auf kulturellem und Schulgebiet besondere Leistungen erweisen.

Lassen Sie mich mit der Erwachsenenbildung beginnen! Die Budgetpost für die Erwachsenenbildung wurde um rund 4 Millionen gekürzt, das zu einer Zeit, in der der Erwachsenenbildung und der sinnvollen Gestaltung der Freizeit besondere Bedeutung zukommt.

Wenn wir wissen, daß die Volksbildung früher über 22 Millionen bekommen hat — wenig genug! — und diesmal 18 Millionen kriegt, so verstehen wir, wenn der Präsident Professor Kerschagl sagt, daß sie vor einer

Katastrophe steht. Schon jetzt ist die finanzielle Benachteiligung der Volksbildung groß gewesen. Durch Subventionskürzung aber ist sie unerträglich verschärft.

Man muß hier wieder sagen, daß es an der Zeit wäre, eine gesetzliche Regelung zur Sicherung des Volksbildungswesens zu treffen. Es droht die Schließung von Volksschulen in Wien und in den anderen Bundesländern. Wenn wir wissen, welche Bedeutung der Volksbildung, der Erwachsenenbildung zukommt, dann verstehen wir, daß alle Volkshochschulen protestieren, daß im besonderen der Verband österreichischer Volkshochschulen dagegen protestiert hat.

Ich darf den Herrn Bundesminister für Unterricht Dr. Piffl-Perčević zitieren, der laut „Parlamentskorrespondenz“ und auch nach meiner Erinnerung am Schluß der Unterrichtsdebatte im Budgetausschuß gesagt hat, daß die Kürzung einzelner Budgetposten für ihn außerordentlich schmerzlich sei und eine schmerzliche Situation für eine Reihe von Gebieten gebracht habe. Er sagte aber, es ergebe sich daraus, daß man zuwenig Geld hat, eine gewisse Rangordnung der Dringlichkeit. Er meinte, wir befinden uns auf dem Gebiet der primären Bildung in einem Dezennium, das von Österreich Anstrengungen wie nie zuvor in der Geschichte fordere. Angesichts der ungeheuerlichen Größe dieser Aufgabe sei es nicht zu vermeiden gewesen, Kürzungen, zum Beispiel bei der Volksbildung und beim Büchereiwesen, vorzunehmen. Der Herr Minister sagte:

„Angesichts des erreichten relativen und absoluten Wohlstandes wird man in einer solchen Rezessionssituation wie jetzt von der Bevölkerung erwarten können, daß auch das private Kulturbudget etwas stärker belastet wird.“

Dazu möchte ich sagen: Gewiß wird man das von der Bevölkerung erwarten, aber den Anstoß dazu müssen eben die Volkshochschulen, müssen die Bücher geben, die die Menschen lesen. Wenn sie nicht die Möglichkeit haben, Bücher zu lesen, nicht die Möglichkeit haben, in die Volkshochschulen zu Kursen zu gehen und sich weiterzubilden, dann werden sie niemals, niemals den Anstoß bekommen, aus eigenem für die Kultur mehr Geld aufzuwenden. Und darum geht es! Es gibt hier keine Reihenordnung der Dringlichkeit; es ist ebenso dringend, bei den Kindern zu beginnen, wie auch den Jugendlichen mit Förderung zur Seite zu stehen, hier den Bildungsauftrag zu erkennen, sowie auch auf dem Gebiete der Erwachsenenbildung das zu tun, was die Zeit erfordert: den Menschen zu zeigen, wofür die Freizeit

5908

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Dr. Stella Klein-Löw

da ist, und ihnen zu helfen, das Richtige zu tun.

Wenn der Herr Minister in der Einleitung zu der Broschüre „Freizeitfahrplan aus Oberösterreich“ sagt, daß die vermehrte Freizeit heute durch die erhöhten Anforderungen dringlicher benötigt werde als je zuvor, so hat er recht. Er hat auch recht, wenn er sagt, die Weiterbildung komme für die beruflich tätige Bevölkerung vorwiegend in der Freizeit in Betracht. Zum Schluß erkennt er die Aufgabe und sagt, das Bundesministerium für Unterricht sei nicht nur für das Schulwesen zuständig, auch die Anliegen der Erwachsenenbildung fallen in seinen Aufgabenkreis. Ja, Herr Minister! Auch sie fallen in Ihren Aufgabenbereich. Hier gibt es keinen Dringlichkeitsvorrang! Ich muß es noch einmal wiederholen: Das sind durchwegs Aufgaben Ihres Ressorts, aber darüber hinaus Verpflichtungen unserer ganzen Gesellschaft. (Beifall bei der SPÖ.)

Es ist das Zeichen unserer Zeit, daß der Mensch nie aufhören darf, sich zu bilden. Ein rasanter Entwicklungsgang wie der von heute, die Unübersichtlichkeit, die Kompliziertheit, die Nähe, die Ferne — sie ändern sich dauernd — können nur bewältigt werden, wenn der Mensch nie aufhört, sich zu bilden. Darum: Tore auf der Erwachsenenbildung! Planung, Subventionierung, Hilfe, Ansporn — und nicht Kürzung und nicht Tore schließen! Das ist nicht der Auftrag unserer Zeit.

Der nächste Auftrag: die Planung. Soll man planen? Darf man planen? Ich habe mit Interesse — soweit ich konnte — die Themen und die Behandlung der Themen der Unterrichtsministerkonferenz, der UNESCO-Konferenz, die vor kurzem stattgefunden hat, verfolgt. „Zugang zu höherer Bildung“ war das Thema. Ich glaube, daß sich schließlich die Vertreter des Westens und des Ostens in einem einigen konnten: daß Bildung geplant werden kann. Der Generaldirektor der UNESCO-Konferenz sagte: Ohne Bildungsplanung kommt die moderne Gesellschaft nicht aus! — Die Frage ist nur: Was heißt Planung? Meiner Meinung nach heißt Planung, die Bedürfnisse des Landes und der Welt erkennen und anerkennen, den Bedarf an Kräften auf diesem Gebiet kennen, aber dann die Entscheidung nicht von oben zu treffen, sondern der Persönlichkeit zu überlassen. Das heißt: Das Ministerium, die Gesellschaft müssen das planen, was wichtig ist. Aber dann muß es die Menschen, schon die Kinder, so weit bringen, daß sie erst ihre Persönlichkeit entfalten und sich dann zu etwas entschließen. Wichtig ist, daß alle Möglichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

Was geschah nun in Österreich? — Die Schulgesetze wurden beschlossen, das Hochschulgesetz wurde beschlossen. Vor kurzer Zeit wurde das Forschungsförderungsgesetz beschlossen, ein Studienbeihilfengesetz existiert. Was braucht Österreich also?

1. Diese Gesetze, die wir beschlossen haben, müssen auch ihrem Sinn nach erfüllt werden, ihr Geist darf nicht verkrüppelt werden.

2. Wir brauchen alle Möglichkeiten, die das, was Gesetz ist, zu lebendigem Geschehen machen.

Als wir ein 9. Schuljahr für die Pflichtschulen und ein zusätzliches Schuljahr für die allgemeinbildenden höheren Schulen eingeführt haben, sind wir von einer Erkenntnis ausgegangen, die die Psychologen, die Pädagogen, alle die, die mit der Jugend zu tun haben, gewonnen haben, daß der junge Mensch heute ein Jahr dazu braucht, um mit der Welt, die schwieriger und schwerer verständlich geworden ist, fertig zu werden.

Die Frage 5. oder 9. Schuljahr ist eine Frage, über die es in vielen Kreisen keine Einigung gibt. Da kann man verschiedener Meinung sein. Ich bin der Meinung, daß nur das 9. Schuljahr das richtige ist, weil nur dieses Jahr ein wirklich nutzbringendes Jahr ist. Das Kind kann in vier Schuljahren die Grundelemente lernen, im neunten Jahr aber muß der junge Mensch neben der Allgemeinbildung die Vorbereitung auf das Leben und den Beruf bekommen, und dazu ist der 14jährige fähig, für den 10jährigen dagegen wäre es zu früh.

Über die Polytechnischen Lehrgänge will ich nicht sprechen, es wird Gelegenheit sein, darüber noch einiges zu hören. Ich möchte nur eines mit aller Bestimmtheit sagen: Sie dürfen nicht dadurch entwertet werden, daß weiterführende Schulen Schüler aufnehmen, die ein Jahr Stenographie und Maschinschreiben lernen, aber fast keine allgemeinbildenden Fächer. Diese Schülerinnen und Schüler ersparen sich den Polytechnischen Lehrgang. Das ist gegen den Sinn des Gesetzes. Das Gesetz will ja, daß das 9. Schuljahr der allgemeinen Bildung und der Berufsvorbereitung und nicht einer einseitigen Fachausbildung diene. Ich habe dieses Thema bereits im Ausschuß behandelt. Der Herr Minister hat damals gesagt, daß er dieser Frage, die eine Kardinalfrage ist, seine besondere Aufmerksamkeit schenkt und schenken wird.

Der OECD-Bericht sagt aus, daß in Österreich die Zahl der Maturanten aller höheren Schulen von 1965 mit nicht ganz 12.000 — ich gebe die Zusammenfassung — bis 1975 bestenfalls auf etwa 16.000 bis 18.000 steigen wird. Wie viele werden wir brauchen? 28.000, soweit man voraussehen kann. 1965 betrug

Dr. Stella Klein-Löw

der Anteil der Maturanten 12 Prozent der Gesamtzahl der Menschen dieses Alters. 1975 werden es etwa 16 Prozent sein. Wie viele werden wir brauchen? 26 Prozent! Gewiß, Österreich ist kein Einzelfall. In anderen Ländern fehlt es auch an Menschen, man hat das auch errechnet. Aber wir müssen für Österreich planen.

1980 wird man 129.000 Akademiker brauchen. Wir haben jetzt ein Defizit von rund 2500 Akademikern. Bis 1980 können es, wenn es so weiter geht, 12.000 werden.

Bis 1975/76 wird man jährlich etwa 28.000 Maturanten brauchen — 12.000 sind es jetzt —, aber nur etwa 18.000 bekommen.

Die Zahl der Mittelschulingenieure wird von 23.000 im Jahre 1961 auf 61.000 steigen müssen. Bereits jetzt besteht ein Defizit von etwa 4000.

Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Wird es möglich sein, das mit einem Budget wie diesem zu schaffen? In zehn Jahren wird es nicht nur zuwenig Maturanten, Hochschüler und Hochschulabsolventen geben, es werden auch 5000 geprüfte Lehrer für alle Arten von Pflichtschulen fehlen, ebenso viele geprüfte Lehrer für die allgemeinbildenden höheren Schulen. Wir haben ein Defizit an Diplomingenieuren, an Hochschulprofessoren, an Hochschuldozenten, an Hochschulassistenten, an Forschern, an wissenschaftlichem Personal.

Mobilisieren wir geistige Reserven? Gibt es in diesem Lande geistige Reserven? Das ist nicht nur ein Kulturproblem, das ist nicht nur ein Problem der intellektuellen Kräfte, die wir für die Kultur brauchen. Der Bedarf an intellektuellen Kräften aller Bildungsgrade in allen Berufen ist eine Frage der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes, ist eine Frage, ob wir Wohlstand und Reichtum haben werden.

Hohes Haus! Immer wieder haben die Sozialisten in Voraussicht dieser Entwicklung von der Unterrichtsverwaltung verlangt, sie gemahnt, daß sie einen Bildungsplan erstellen und danach handeln soll. Jetzt, da die OECD diese Forderung stellt, diese Konstaterung trifft und Hilfe anbietet, jetzt wird damit begonnen: Spät, aber doch. Wir sind froh, daß begonnen wurde. Wir hoffen, daß es nicht zu spät ist, wenn es energisch geschieht, wenn man weiß, was auf dem Spiel steht.

Höhere Bildung ist die Voraussetzung dafür, daß man mit den Problemen der Welt von heute fertig wird und mit der stürmischen Entwicklung Schritt hält; höhere Bildung ist die Voraussetzung dafür, daß man durch eigenes Urteil die Reklame, die Massenmedien, die komplizierten Zusammenhänge korrigiert.

Wo liegen die Reserven? Bei den Bauern, bei den Angestellten, bei den Arbeitern, bei den kleinen Familien in Stadt und Land, dort sind sie zu holen.

Ich darf Ihnen ein Erlebnis erzählen. In einer Beratungsstunde in einem Wiener Bezirk haben sich in zwei Stunden 18 Menschen — Mütter, Väter, zum Teil mit ihren Kindern — Rat geholt in Fragen der höheren Bildung. Alle 18 haben ausnahmslos gefragt: Werden wir es uns leisten können? Wird unser Kind, dem ich zu Hause keine Nachhilfe geben kann, weil ich selbst kein Gymnasium besucht habe, mitkommen? Wird unser Kind nicht „auf der Strecke“ bleiben?

Das muß uns doch zu denken geben. Wir wollen, daß mehr Kinder an die höheren Schulen, an die mittleren und höheren allgemein- und berufsbildenden Schulen kommen. Das ist die erste Lehre aus dem OECD-Bericht, die wir erkannt haben, als die SPÖ schon im vergangenen Jahr mit dem Gedanken in die Öffentlichkeit gegangen ist: Mehr Kinder an die höheren Schulen! Sie hat damit dem Bedürfnis weiter Bevölkerungskreise Rechnung getragen.

Ich möchte Ihnen nur einige Zahlen nennen, damit Sie sehen, wie es damit ausschaut. Sie sind den Statistischen Nachrichten des letzten Jahres entnommen. Im Burgenland sind 40.103 Schüler und Schülerinnen im Pflichtschulalter, 1492 davon besuchen allgemeinbildende höhere Schulen, das sind etwa 3 Prozent. In Kärnten besuchen von 81.744 Pflichtschülern 4463 allgemeinbildende höhere Schulen, das sind über 5 Prozent. In Niederösterreich ist dasselbe Bild: Von 183.362 9125, das sind 5 Prozent. Tirol: Von 73.188 3383, das sind 4 Prozent. Vorarlberg steht mit 7 Prozent am höchsten unter den Ländern. Wien: 15 Prozent.

Aber ist das das, was wir wollen? Ist das die Bildung, die wir vor Augen haben? Etwa 7 Prozent der österreichischen Kinder im schulpflichtigen Alter besuchen die allgemeinbildenden höheren Schulen. Es ist gegenüber dem Vorjahr allerdings eine Steigerung um 1 Prozent eingetreten, das gebe ich zu.

Wie ist es im allgemeinen gesehen? Jetzt kommen Zahlen, die geradezu alarmierend sind. Ich habe mir die Zahlen der 1., der 5. und der 8. Gymnasialklassen herausgeschrieben und möchte Ihnen das Ergebnis sagen: Im Durchschnitt können es im Burgenland nur ein Viertel der Kinder schaffen, bis in die 8. Klasse zu kommen, in Kärnten ein Drittel, in Niederösterreich über ein Drittel, in Oberösterreich 40 Prozent und so weiter und so fort, in Tirol über ein Drittel, in Wien über 50 Prozent.

5910

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Dr. Stella Klein-Löw

Was sagen denn die Zahlen? Zweierlei: Vielzuwenig Kinder gehen von vornherein, im „ersten Bildungsgang“, möchte ich sagen, in die allgemeinbildenden höheren Schulen. Wenn sie hingehen, dann ist ein solcher Verlust zwischen der 1. und der 8. Klasse zu bemerken, daß es ganz wenige werden.

Erlauben Sie mir, weil ich das für ein Politikum halte — ein Politikum in dem Sinne, daß unsere Existenz als Österreicher davon abhängt —, daß ich auf die Ursachen eingehne. Von der 1. zur 2. Klasse — das ist ein natürlicher Abfall, da stellt sich eben heraus, daß die Kinder es nicht schaffen, wobei ich sagen möchte, daß es Arbeiterkinder, Angestelltenkinder und Bauernkinder schwerer haben als Kinder aus Intelligenzkreisen, denen die Eltern zu Hause helfen können. Sie sprechen eine andere Sprache, sie fühlen sich oft als Fremdkörper.

In der 5. Klasse kommt der große Bruch. Warum? Der große Bruch kommt deswegen dort, weil sich so viele Eltern nicht trauen, ihren Kindern die kostspielige Weiterbildung zu leisten. Sie wissen nicht, ob sie es schaffen. Der große Bruch kommt deswegen, weil hier viele Kinder austreten und weil sich die Schwierigkeiten der Pubertätszeit auswirken.

Kein Staat kann sich heute ein Brachliegen der Talente leisten, keine Gesellschaft eine Vergeudung der Begabungen. Was tun? Eltern aufklären! Eltern Mut machen! Schulreformatorische Maßnahmen treffen, sodaß auch Kinder aus Familien, in denen man keine Nachhilfe geben kann, mit den Schulproblemen der allgemeinbildenden höheren Schulen fertig werden! Aber das Wichtigste, Herr Minister, Hohes Haus, ist, viele Typen schaffen, besonders Aufbautypen, möglichst viele Typen, in die das Kind erst nach dem 14. Lebensjahr eintreten kann.

Die Musisch-pädagogischen Gymnasien — in Österreich hat es im vorigen Jahr 48 gegeben, heuer sind es schon über 50 — wurden von 3755 Knaben und von 5122 Mädchen besucht. Der Typus Musisch-pädagogisches Gymnasium darf nicht abgewertet werden, ihm muß die Wichtigkeit zukommen, die er hat. Denn er ist ja nicht nur einer von vielen Typen der allgemeinbildenden höheren Schulen, er ist der Typus, aus dem wir die zukünftigen Lehrer gewinnen.

Wenn ich also sagte, wo die Ressourcen liegen, auf dem Lande und bei den Kindern von Arbeitern, Angestellten und kleinen Beamten, so darf ich noch etwas von der Mädchenbildung erwähnen. Viel zuwenig Mädchen studieren. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Eltern noch nicht erkannt haben, welche Bedeutung der Mädchenbildung zukommt.

Uns liegt daran, daß es überall gleiche Anfangschancen gibt, denn nur wo gleiche Startbedingungen sind, kann der Beginn der differenzierten Bildung sichergestellt werden. Später Beginn der multilateralen, der differenzierten Bildung! Haben wir Mut zu Neuerungen! Versuchen wir neue Wege!

Aber, meine Damen und Herren, es ist so, daß wir auch Mut haben müssen zur Wiederholung eines Experiments, das große Schulreformer vor uns gewagt haben. Ich habe in der Zeitung gelesen, daß Schwedens Unterrichtsminister gesagt hat, wie gut sich in seinem Land die Einheitsschule bewährt hat. Denken wir auch daran, daß wir erst spät trennen wollen, spät differenzieren wollen, um möglichst vielen die gleichen Chancen zu bieten.

Auch wir wollen, daß es mehr Erstklässler in den allgemeinbildenden höheren Schulen gibt, aber auch mehr Übertritte aus dem 8. Pflichtschuljahr in die höheren und mittleren allgemeinen und berufsbildenden Schulen. Beides.

Dazu braucht man Internate, Bundeserziehungsanstalten, Tagesschulheime. Ich wiederhole wieder das Ersuchen, doch eine Bundeserziehungsanstalt für Knaben in Wien einzuplanen, die auch den Kindern Niederösterreichs und des Burgenlandes zur Verfügung stehen soll. Der Herr Minister sagte mir in der Debatte zum Kapitel Unterricht im Finanzausschuß, dies sei nicht mehr nötig oder nicht so nötig, weil es ja Schulen in der Nähe gebe. Das allein ist nicht immer ausschlaggebend, sondern auch die Familiensituation von heute, die Berufssituation der Frau von heute. Wir brauchen Bundeserziehungsanstalten, wir brauchen eine für Wien/Niederösterreich.

Und das Wichtigste: Verschaffen wir den Eltern die Gewißheit, daß ihre Kinder die Schule bis zur Reifeprüfung und dann die Hochschule besuchen können. Wir haben Studienbeihilfen für die Hochschüler. Schaffen wir doch Studienbeihilfen für Schüler der allgemeinbildenden höheren Schulen, für die mittleren und höheren Berufsschulen. Ich erlaube mir im Namen meiner Fraktion einen Entschließungsantrag, gezeichnet von den Abgeordneten Dr. Stella Klein-Löw, Dr. Hertha Firnberg, Zankl und Genossen, vorzulegen.

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die eine Studienförderung für Schüler der Oberstufe der allgemeinbildenden höheren Schulen und Schüler der mittleren und höheren berufsbildenden Schulen nach

Dr. Stella Klein-Löw

den Grundsätzen der Studienförderung für Hochschüler zum Gegenstand hat.

Ich bitte Sie, nicht bei Ihrem absoluten Nein zu bleiben. Ich bitte Sie, zu bedenken, welche Wichtigkeit dieser Tatsache zukommt.

Es wurde gesagt, es seien ja Förderungen von überall vorhanden. Nicht darauf kommt es an. Auf die gesetzlich gesicherte Förderung kommt es an, und diese kann nur durch ein Studienbeihilfengesetz geschaffen werden. Darum geht es.

Moderne Schulen, Büchereien, Apparate, Lehrmittel, all das muß im Vordergrund unseres Verlangens stehen. Daher bin ich so bestürzt gewesen, als ich sah, wie wenig der Sachaufwand hergegeben wird. Kürzungen jeder Art müssen auf diesem Gebiet eine Anpassung an die Zeit unbedingt verzögern.

Audio-visuelle Hilfsmittel müssen beschafft, Schulbücher beigestellt werden. Eine wichtige Frage, verehrte Damen und Herren, Herr Minister! Es gibt heute in Österreich noch immer viele Eltern, für die der Ankauf der Schulbücher ein finanziell unlösbares Problem darstellt. Die Beistellung der Lernmittel gehört zur modernen Schule.

Vor allem aber muß der Schulunterricht der Zeit angepaßt werden. Den Menschen des 21. Jahrhunderts muß ein anderer Unterricht, als wir ihn gewohnt waren, gegeben werden. Das Schulunterrichtsgesetz ist in Behandlung, steht zur Diskussion. So wie es vorgeschlagen wurde, war es nicht brauchbar. Es wird in einer neuen Form wahrscheinlich mehr geben können. Von diesem Schulunterrichtsgesetz versprechen und erwarten wir uns eben die innere Reform der österreichischen Schulen.

Familienpolitik in der Schule, freie Lernmittel, Schulfahrten, Aufenthaltsräume in den Schulen werden anzustreben sein gemeinsam mit dem Bestreben, mehr Lehrer, mehr Erzieher auszubilden.

Auch darüber werden andere Kollegen sprechen. Ich möchte nur für die allgemeinbildenden höheren Schulen wieder darauf hinweisen, wie lebenswichtig das Studiengesetz zur Ausbildung der Professoren ist; ein Gesetz, in dem die Pädagogik von gleicher Wichtigkeit ist wie die fachliche Ausbildung, in dem die Praxis schon vor dem Dienstantritt vorgesehen ist.

Die Professoren der allgemeinbildenden höheren Schulen bekommen in manchen Fächern geradezu Seltenheitswert. Ich habe gehört, daß es Schulen gibt, in denen fast nur ungeprüfte unterrichten. Es soll in Österreich eine Schule geben — so wurde mir gesagt —, in der es nur einen einzigen Geprüften gibt — das ist der Direktor. Ich weiß nicht, ob das stimmt.

Das ist natürlich ein Notstand schlimmster Art. Denn vergessen Sie nicht: Es ist für die Schule schlecht, es ist aber auch für die ungeprüften Lehrer schlecht, denn sie kommen nicht dazu, die Prüfungen zu machen. Wenn man in der Schule wirklich arbeitet, wenn man in den ersten Jahren wirklich daranhangt, dann ist es unmöglich, richtig zu studieren. Das kann ich Ihnen aus eigener Erfahrung sagen. Da verzögert sich dann das Studium. Wir kommen immer später zu einer richtigen Auswahl unter den Lehrern und zu einem Abbau des Lehrermangels.

Die Schulbauten sind eine Zentralfrage: schneller bauen, der Bevölkerungsumschichtung Rechnung tragen. Gestern hat Kollege Staudinger lange Zeit hindurch Zahlen um Zahlen gesagt, wie viele Millionen verbaut werden. Ich darf Ihnen sagen: Das ist schon möglich, aber dieser Notstand ist seit Jahren vorhanden. Was sonst viel bedeutet, ist hier sehr wenig. Ich kenne einige Schulen, die allein in Wien dringend gebaut werden müßten; ich möchte sie hier nicht erwähnen.

Wenn eine Zeitung — keine sozialistische Zeitung —, „Die Presse“, am 4. Juli 1967 von den „Mittelschülern als Obdachlosen von morgen“ geschrieben hat und davon, daß das „Österreich-Schulbautenprogramm“ immer mehr hinter den Erfordernissen zurückbleibt, so ist das nur das, was wir Sozialisten seit Jahren sagen. Ich habe darauf hingewiesen, daß dies, seitdem ich im Parlament bin, jedes Jahr gesagt wurde, sei es vom Herrn Präsidenten Neugebauer, sei es von den einzelnen Kollegen aus den Ländern oder sei es auch von mir.

Mittlere und höhere technische Lehranstalten sind ein Sorgenkind: keine Lehrer, besonders für Chemie und Physik. Manche Abteilungen sind in der Gefahr, geschlossen werden zu müssen. All das hat voriges Jahr Kollege Scheibengraf erwähnt. Ist seither etwas geschehen? Hat sich hier die Situation ernstlich gebessert? — Hier müssen wir planen und lenken, denn das sind Schulen, die von besonderer Wichtigkeit sind.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist heute viel über Hochschulen gesprochen worden. Ich möchte sehr wenig dazu sagen, da meine Fraktionskollegin Frau Dr. Firnberg in der letzten Zeit wiederholt Gelegenheit hatte, zum Notstand der Hochschulen und der Forschung Stellung zu nehmen, und es in einer Weise getan hat, daß diese Belange wirklich in den Mittelpunkt gerückt wurden.

Darf ich nur daran erinnern, wie wichtig es ist, daß die Tore der Hochschulen weit geöffnet werden für Inländer und Ausländer. Auch wenn wenig Platz ist, müssen in Österreich

5912

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Dr. Stella Klein-Löw

Ausländer studieren können. Österreich, das Land am Eisernen Vorhang, das Land im Herzen Europas, muß den Menschen, die unsere demokratische Welt bis jetzt nicht kennen, diese demokratische Welt vorleben.

Wir müssen besonders aufpassen, daß mehr Fächer, die der heutigen Zeit entsprechen, mehr Lehrkanzeln eingeplant werden. Wir haben gehört, wie viele Lehrkanzeln eingeplant wurden. Werden sie besetzt werden? Verehrter Herr Minister: Wie werden sie besetzt werden? Werden sie so besetzt werden wie die Politikwissenschaft in Innsbruck? Werden sie so besetzt werden, daß das Antlitz der Demokratie den inländischen und ausländischen Studenten klar vor Augen geführt wird?

Gestern hat mir nicht das Schicksal, sondern der Postbote eine Zeitung, die ich sonst nicht täglich lesen kann, nämlich die „Tiroler Tageszeitung“, ins Haus gebracht. In dieser Zeitung lese ich von einem Vortrag des Universitätsprofessors Dr. Clemens August Andreae vor Innsbrucker Studenten. Herr Professor Andreae sagte — ich zitiere —:

„Unser ganzes Volk gehört zu den wirtschaftlichen Analphabeten, da in Österreich nur an einzelnen Fakultäten volkswirtschaftliche Bildung betrieben wird, nicht aber an Volks-, Haupt- und Mittelschulen. Wir können nämlich keine wirtschaftliche Politik betreiben, wenn die breite Masse die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge nicht kennt und harte, aber notwendige Maßnahmen rein emotionell beurteilt.“ So Herr Professor Andreae.

Er hat recht, wenn er sagt, daß wir keine wirtschaftliche Politik betreiben können, wenn die Menschen sie nicht verstehen. Aber, Hohes Haus, Herr Minister, meine Damen und Herren, darf ich folgende Bemerkung machen: Die Herren Professoren an den hohen Schulen haben, weil sie die Bildung haben, die viele andere Menschen nicht haben können, nicht genießen konnten, die Pflicht, doppelt vorsichtig mit dem zu sein, was sie lehren und vortragen. Man darf nicht ein ganzes Volk ein „Volk der wirtschaftlichen Analphabeten“ nennen! Das darf man nicht! Man darf nicht allein die Schul- und die Hochschulbildung in einem Fach als die einzige Voraussetzung einer Wirtschaftseinstellung nennen. Kontakt mit Wirtschaft und Wirklichkeit schafft auch eine wirtschaftliche Bildung. Wir haben Volksbildung, Erwachsenenbildung, wir haben Gewerkschaften, die regelmäßig wirtschaftliche Bildung vermitteln. Unsere demokratischen Parteien vermitteln im Rahmen ihrer Bildungsarbeit Bildung. Ich selbst erinnere mich an die vielen, vielen Gelegenheiten, bei denen Arbeiter und Angestellte ohne jede

höhere Bildung dagesessen sind, diskutiert und unter Beweis gestellt haben, daß sie weit davon entfernt sind, „wirtschaftliche Analphabeten“ zu sein.

Einiges von dem, was Professor Andreae sagt, hat seine Richtigkeit. Aber glauben Sie nicht, daß es gefährlich ist, vor Studenten so etwas zu sagen? Glauben Sie nicht, daß das zur Gefahr der geistigen Überheblichkeit führt? Glauben Sie nicht, daß solche Bemerkungen dazu führen, daß sich einige, die nicht wissen, worum es geht, für eine Elite halten?

Es war vielleicht anders gemeint. Ich weiß es nicht. Wir sind nicht alle ein „Volk der wirtschaftlichen Analphabeten“; die Arbeiter nicht, die Bauern nicht, die Angestellten nicht. Analphabeten sind solche, die die Sprache der Wirtschaft nicht beherrschen und nicht lesen können. Nein. Das kann man nicht einem ganzen Volke in die Schuhe schieben.

Ich komme zu den Lehrkanzeln zurück, möchte auf ihre Bedeutung hinweisen, auf die modernen Hochschulen, auf die Apparaturen, die Laboratorien.

Und noch etwas, zum x-ten Mal: An jeder Hochschule müssen alle Lehrmeinungen, die Lern- und Lehrfreiheit garantiert sein. Mehr junge Menschen an Hochschulen, aber sie sollen dort verschiedene Meinungen hören.

Studienbeihilfen in erhöhtem Maße, Förderung auf Studentenheime und Menschen. Ich habe es kritisiert und bedaure es, daß dieser Förderungsbeitrag vom Jahre 1966 — 46 Millionen — auf 30 Millionen des Jahres 1967 und 21 Millionen — also weniger als die Hälfte — im Jahre 1968 gefallen ist. Überhaupt Förderung der Studenten, aber Förderung nach allen Seiten.

Die Wirtschaftsvereinigung der Arbeiterschüler hat im vergangenen Jahr 200.000 S gekriegt, im heurigen Jahr ist es mehr, glaube ich. Dort sind sozial sehr bedürftige junge Menschen. Ihnen muß man auch helfen. Es gibt keine einseitige Hilfe. Alles planen, nicht dort sparen, wo Sparen Vergeudung ist.

Hier darf ich darauf hinweisen, daß man bei den Studienbeihilfen an den Hochschulen eine Abänderung wird treffen müssen, damit diejenigen, die an einer AHS für Berufstätige die Matura gemacht haben, nicht, wenn sie im Alter von etwa 30 Jahren als Familienväter um eine Studienbeihilfe ansuchen, die Einkommensverhältnisse ihrer Eltern nachweisen müssen.

Zur Forschung möchte ich dem, was gesagt worden ist, nichts hinzufügen.

Lassen Sie mich zusammenfassen: So wie es keine Möglichkeit einer Trennung zwi-

Dr. Stella Klein-Löw

schen Wirtschaft und Politik gibt, zwischen Sozialpolitik und Kulturpolitik, zwischen Innen- und Außenpolitik, weil das eine Gebiet das andere belebt und beschwingt oder lähmt und tötet, so greift auch ein Gebiet der Schulpolitik in das andere, ein Gebiet der Kulturpolitik in das andere. Schul- und Erwachsenenbildung sind eins. Mittleres Schulwesen und höheres Schulwesen sind eins; Theater wie Bibliotheken, Wissenschaft und Kunst gehören zusammen. Impulse gehen von der Gesellschaft zum einzelnen aus, vom einzelnen zur Gemeinschaft. Jedes Kulturbudget soll und muß diese Impulse geben, jedes Kulturbudget, jedes einzelne. Es ist überall in der Welt so. Werden von diesem Budget genug starke Impulse ausgehen? Ich muß im Gegensatz zu meinem Vorrredner sagen: nein. Das sage ich, das sagt auch meine Fraktion. Seit langem ist zuwenig getan worden.

Ich wiederhole noch einmal: Nicht von dem einen Minister, der heute im Unterrichtsministerium ist, nein, von der ÖVP. Sie hat den Vorrang auf dem Gebiete gehabt, sie hat ihn nicht genutzt. Was aber fordert unsere Zeit? Gebildete Menschen.

Darf ich hier offen sagen: Es kommt weniger darauf an, daß ein paar teure Stars aus dem Ausland an unseren Theatern wirken oder einmal singen, als darauf, daß keine kulturpolitischen Belange vernachlässigt werden. Uns ist damit nicht gedient, kulturpolitische Auslage zu sein. Wir wollen planen, in die Tiefe gehen, wir wollen — ich darf hier ein Wort unseres Parteivorsitzenden Dr. Kreisky nennen — eine kulturelle Aufrüstung. Dazu gehört geplante Erziehung und geplante Bildung.

Ich habe einmal folgendes gelesen: Die parlamentarische Demokratie hat ihre inneren Gesetze, deren Verleugnung ihr gefährlich werden kann. Sie lebt von der Erfahrung, daß es in jeder Situation zwei oder mehr Möglichkeiten gibt und daß der gesunde Sinn des aufzuklärenden Volkes in der Lage sei, zwischen den Möglichkeiten zu entscheiden. Ja, aber aufzuklären muß man das Volk, man muß es wissen lassen, was los ist. Um entscheiden zu können, muß man wissen, was in Österreich geschieht.

Lassen Sie mich jetzt von der kulturpolitischen Budgetbetrachtung auf etwas ganz Aktuelles übergehen. Was geschieht in Österreich? Es waren Eisenbahnerwahlen. Ich spreche jetzt nicht darüber, wie sie ausgefallen sind. Sie werden es ja sehen, wenn Sie hören, was passiert ist. Wenige bürgerliche Zeitungen, wenn überhaupt, berichteten darüber. Die bürgerliche Presse schweigt.

Das ist ihr gutes Recht, wenn es auch nicht demokratisch ist. Aber auch Rundfunk und Fernsehen sagen nichts, daß ein so wichtiges Ereignis stattgefunden hat. Im Fernsehen soll es gestern um halb zwölf Uhr nachts kurz gesagt worden sein, um halb zwölf Uhr in der Nacht, zu einer Zeit, da das „Traummännlein“ und alle anderen schlafen. (Abg. Libal: *Das ist die „schwarze“ Welle!* — Abg. Peter: *Gleich nach dem Parlamentsbericht!* — Weitere Zwischenrufe.) Um diese Zeit wurde es mitgeteilt. Dies, verehrte Damen und Herren, ist ein Versagen der Demokratie auf dem Gebiete der Massenmedien, aber auch ein Versagen nicht nur des Generalintendanten — was erwartet man schon —, sondern auch ein Versagen der Regierung! Das darf nicht sein! Es ist unmöglich, daß, wenn eine so wichtige Entscheidung fällt, man sie entweder zu verfälschen oder totzuschweigen versucht. (Abg. Weikhart: *Eine Niederlage will die Regierung nicht eingestehen!*) Wenn wir also heute sagen, daß die Regierung durch alle Wahlauscheidungen der letzten Zeit bereits zu einer Minderheitsregierung erklärt wurde, so ist das eine Mitentscheidung; das kann man nicht abändern, indem man darüber nicht redet.

Lassen Sie mich zum Schluß sagen: Wir geben diesem Budget keine Zustimmung. Wir sehen in ihm, im Gegensatz zu dem, was der Herr Bundesminister für Finanzen sagte, keinen Ausdruck des Vorranges für Kultur und Bildung. Für uns ist dieses Budget kein Impuls für eine Zeit, in der das, was Österreich braucht, möglich gemacht werden muß. Wir werden es ablehnen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldburner: Der von der Frau Abgeordneten Dr. Stella Klein-Löw verlesene Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht zur Debatte.

Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ofenböck das Wort. (Abg. Peter: *Ofenböcks Zehntausendmeterlauf!* — Abg. Ofenböck: *Ich hoffe, wir können ihn bald gemeinsam austragen!* — Abg. Peter: *Da sind Sie mir bestimmt voraus!*)

Abgeordneter Ofenböck (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Bevor ich mich den Ausführungen, denen ich mich widmen möchte, zuwende, darf ich doch eine Bemerkung meiner Vorrrednerin gegenüber machen, weil das, was sie soeben in ihren Schlussätzen ausgeführt hat, zu einer Verlautbarung, die einer heutigen Kärntner Tageszeitung zu entnehmen ist, in einem gewissen Widerspruch steht.

Frau Kollegin Dr. Stella Klein-Löw hat gemeint, die Regierung angreifen zu müssen,

5914.

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Ofenböck

weil das Kulturbudget nicht ausreichend sei. Was sagen Sie, meine Damen und Herren, daß in dem seit Jahrzehnten sozialistisch geführten Kärnten — das ist einer heutigen Zeitung zu entnehmen — der Gesamtanteil der Gruppe Kultur von 1,9 Prozent im Jahre 1958 auf 1,6 Prozent im Jahre 1968 abgesunken ist? (*Hört! Hört!-Rufe bei der ÖVP.*) Ich sehe also wirklich nicht ein, daß Sie sich so echauffieren, zumal doch die Ausgaben für Kultur beim Bund zum erstenmal eine Höhe von mehr als 10 Prozent des Gesamthaushalts aufweisen. Ich glaube, daß das nicht sehr korrekt ist, wenn ich es sportlich sagen sollte, nicht sehr fair ist.

Ich sah mich veranlaßt, das hier sehr deutlich zum Ausdruck zu bringen, denn man kann nicht darüber schimpfen, wenn man selber nicht imstande ist, es besser zu machen. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Libal:* *Wie ist das in Niederösterreich?* — *Abg. Weikhart:* *Schauen Sie sich einmal das Budget von Niederösterreich an und vergleichen Sie!*) Ich glaube, das Budget von Niederösterreich hält ohne weiteres einen Vergleich aus. Es geht letzten Endes um die Frage des Anteiles am Gesamtbudget, und dieser wird in Kärnten vermindert. Beim Bund wird seit Jahren das Kulturbudget erhöht, daran ist nicht zu rütteln. (*Abg. Peter:* *So groß ist der Kulturanteil in Niederösterreich wieder nicht!* — *Abg. Libal:* *In Niederösterreichzahlman 5 S, damit man fernsehen kann!* — *Abg. Glaser:* *Libal, melden Sie sich zum Wort!*) Ich bitte: Vielleicht lassen Sie mich doch auch reden! (*Abg. Weikhart:* *Jetzt kommt der Sport!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gehört zu den sportlichen Traditionen, daß der Sieger eines großen Fußballspiels am Ende der Auseinandersetzung den Matchball mit den Unterschriften aller Beteiligten zur bleibenden Erinnerung an den Wettkampf als Geschenk erhält. (*Abg. Peter:* *Muß das ganze Parlament unterschreiben?*) Bei einer parlamentarischen Auseinandersetzung über Sportprobleme müssen die Sieger in Österreich die 1,2 Millionen in den Sportverbänden zusammengefaßten Sporttreibenden sein.

In Abänderung der Fußballregeln — hier im Parlament spielen, mehr als mir notwendig erscheint, nämlich drei Mannschaften oft nicht sehr fair gegeneinander (*Abg. Peter:* *Rapid—Eintracht ist erst am Abend!*) — stifte ich der Bundessportorganisation, der leider immer noch nicht offiziellen Vertretung aller Sporttreibenden in Österreich, einen Matchball. Er liegt oben auf meinem Tisch. (*Abg. Weikhart:* *Aber jetzt schießen Sie sich ein Eigentor!*) Er soll die Unterschriften jener Abgeordneten tragen, die im Interesse dieser 1,2 Millionen

Österreicher im Parlament durch ihre Debattenbeiträge dem Sport dienen. Ich hoffe damit zu erreichen, daß sich mehr Abgeordnete als bisher mit diesen an Bedeutung sprunghaft zunehmenden Problemen beschäftigen und daß der Sport auch im Parlament zwischen den Parteien integriert und mithilft, die unsichtbaren Mauern, die zwischen den Fraktionen innerhalb und außerhalb des Parlaments aufgerichtet scheinen, abzubauen. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Lanc:* *Aber den Sportlern ist mit dem Reden nicht geholfen! Die brauchen etwas anderes!* — *Abg. Weikhart:* *Vom Reden können die Sportler nicht leben!*) Ich weiß nicht: Sooft ich vom Sport zu reden beginne, werden Sie nervös — offensichtlich deshalb, weil Sie noch nicht den Mut gefunden haben, darüber zu reden. (*Abg. Czettel:* *Die Sportler haben vom Reden nichts! Sie reden unentwegt vom Sport und nehmen dem Sport das Geld weg!*) Hören Sie mir zu, Herr Minister Czettel. Sie werden mir zugeben müssen, daß ich für Sie genauso rede wie für die Leute von unten. (*Abg. Weikhart:* *Im Unterausschuß hat Ihre Partei eine andere Sprache gesprochen!*) Aber das ist ja nicht wahr! (*Abg. Czettel:* *Sie sind ein Antikicker!* — *Abg. Weikhart:* *Aber das wird noch kommen, wir werden es Ihnen schon noch beibringen! Sie haben sich zwei Eigentore geschossen!*) Ich freue mich, Herr Abgeordneter Weikhart, daß ich Sie auch zu den Sportinteressierten zählen darf. Das war bisher noch nicht der Fall. (*Abg. Weikhart:* *Das war ich schon, da waren Sie vielleicht noch gar nicht auf der Welt!*) Wenn Sie mir das vorwerfen, Herr Abgeordneter, dann ziehen Sie, glaube ich, in der Öffentlichkeit zwangsläufig den kürzeren. (*Abg. Czettel:* *Kollege Ofenböck! Warum nehmen Sie dem Sport das Geld weg?*) Herr Kollege Czettel! Ich komme darauf zu sprechen, Sie müssen mich nur reden lassen! Seien Sie doch einmal ein Demokrat! Einmal! Heute! Dann reden wir. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg:* *Sie haben es notwendig, anderen beibringen zu wollen, was ein Demokrat ist! Bleiben Sie beim Sport!* — *Abg. Weikhart:* *Das braucht er für das Fernsehen!*) Natürlich! (*Abg. Peter:* *Eine Stimmung wie im Stadion!*) Mir kann diese Stimmung nicht unangenehm sein. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg:* *Bleiben Sie beim Sport!* — *Abg. Peter:* *Hoffentlich fliegen nicht die Bierflaschen!* — *Heiterkeit.* — *Abg. Horr:* *In Niederösterreich ist die Fernsehgebühr um 5 S erhöht worden, damit überhaupt einmal etwas gemacht wird!*)

Meine Damen und Herren! Vor einem Jahr hatte ich Gelegenheit, in der Debatte über das Unterrichtsbudget für das Jahr 1967 auf die Dringlichkeit der staatlichen Mitwirkung bei der Lösung von Problemen des Sports, der als hervorragendes Mittel schulischer und

Ofenböck

außerschulischer Jugenderziehung, aber insbesondere auch wegen seiner Bedeutung für die Erhaltung der Gesundheit und der Leistungsfähigkeit unseres Volkes steigendes öffentliches Interesse verdient, aufmerksam zu machen. Das damals durchwegs positive Echo der Öffentlichkeit, aber mehr noch meine innerste Überzeugung, daß unsere Zivilisation, die Industrialisierung und Verstädterung, die mit der Ausschaltung vieler natürlicher Lebensbedingungen einhergehen, die den Menschen körperlich und seelisch zu verkümmern droht, veranlassen mich, Sie, meine sehr geschätzten Damen und Herren, mit den Problemen einer intensiveren sportlichen Erziehung unserer Jugend neuerlich zu konfrontieren und Ihr Verständnis, aber auch ihre Mitarbeit und Lösungsbereitschaft zu erbitten.

Es gibt unübersehbare, aber trotzdem nicht allgemein erkannte Alarmzeichen bei unserer Nachfolgegeneration, die uns zwingen, der sportlichen Ertüchtigung der Jugend mehr ideelle, aber auch finanzielle Unterstützung zuzuwenden. Dies wird, meine Damen und Herren, umso notwendiger, je mehr Eltern und Erziehungsberechtigte den ihnen primär zukommenden Aufgaben, insbesondere der körperlichen Erziehung und Ertüchtigung ihrer Kinder, nicht mehr nachzukommen imstande sind oder diese Aufgaben nicht hoch genug bewerten. Denn: Wer schon zur Pflichtschule mit dem Auto gefahren wird, wer später mit dem Auto selbst ins Büro fährt, wer seine Freizeit sitzend oder liegend vor dem Fernsehschirm verbringt und dessen natürlicher Bewegungstrieb nicht mehr vorhanden ist, muß verkümmern!

Vor mehr als hundert Jahren fand Schopenhauer: „Ohne tägliche gehörige Bewegung kann man auf die Dauer nicht gesund bleiben. Alle Lebensprozesse erfordern, um gehörig vollzogen zu werden, Bewegung, sowohl der Teile, darin sie vorgehen, wie des Ganzens.“

Um wieviel mehr sind seine Worte heute zutreffend, in einer Zeit, in der die wenigsten Menschen, besonders bei den jüngeren, bereit sind, sich natürlich zu bewegen oder gar sich körperlich anzustrengen. Körperliche Aktivität wird heute bei vielen jungen Menschen schon als Belästigung empfunden! Alarmzeichen hiefür sind das absinkende Leistungsniveau und auch eine bei jungen Leuten auftretende mangelhafte Kreislaufregulation. Von acht Krankheitssymptomen bei Wehrdienstpflichtigen nehmen in den letzten sieben Jahren in Österreich die Herz- und Kreislauffehler — das sind vorzeitige Alterserscheinungen — den dritten Rang ein!

Trotz aller anerkennenswerten Bemühungen der Sportvereine für vielfach versagende

Eltern, die natürliche körperliche Belastungen ihrer Kinder ängstlich vermeiden, hier in die Bresche zu springen und die jungen Menschen zu lebensnotwendiger sportlicher Aktivität zu führen, darf nicht übersehen werden, daß nur ein Viertel der Jugend bei Sportvereinen erfaßt ist und daß 75 Prozent von ihnen jeder sportlichen Betätigung entbehren. Sie sind durch allzu bequemes Leben gezeichnet. Fußdeformierungen und Haltungsfehler bei Jugendlichen nehmen daher zwangsläufig sprunghaft zu. (Abg. Horr: Weil sie noch immer 12 Stunden lernen müssen!)

Der Kompanieführer einer österreichischen Bundesheereinheit hatte seine 200 Jungmänner im Alter um 20 Jahre auf einem Sportplatz antreten lassen und von ihnen verlangt, je einen Klimmzug an der Querlatte eines Fußballtores zu machen. Von den 200 Soldaten konnten diese einfache Kraftprobe nur acht — ich wiederhole: nur acht — erfolgreich bestehen! 192 versagten also bei dieser wirklich simplen Kraftübung kläglich!

Daß diese unglaublich anmutende Leistungsschwäche bei Burschen im Zenit ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit keinen Einzelfall darstellt, beweist eine leichtathletische Prüfung bei einer anderen Heereinheit, einer Maturantenkompanie, von deren Angehörigen man eine bessere sportliche Ausbildung in der Schule anzunehmen bereit ist. Von 120 Mann dieser Kompanie konnten lediglich 30, also ein Viertel, eine Höhe von nur 90 cm überspringen. Ich muß sagen: Ein trauriger Rekord!

Es überrascht daher aber auch kaum mehr, wenn man darüber hinaus erfährt, daß 40 Prozent aller Wehrdienstpflichtigen auch des Schwimmens unkundig sind.

Der Journalist Herbert Nedomansky hat in einem ausgezeichneten Report über die Verhaltensweise unseres Nachwuchses Anfang Oktober dieses Jahres in einer unabhängigen Wochenzeitung sehr treffend dargestellt, daß für unsere Jugend die sogenannte „weiche Welle“ Trumpf sei und daß sie in ihren körperlichen Leistungen, in ihrer Belastungsfähigkeit, in ihrem Willen zu sportlicher Ertüchtigung viele, viele Wünsche offenlasse.

Ich halte es daher für ein ernstes, dringendes Anliegen und appelliere an alle in der schulischen und außerschulischen Erziehung Tätigen, darauf hinzuwirken, diesen Großteil der Jugend von ihrer derzeitigen Lebens- und Verhaltensweise abzubringen und zu beeinflussen, daß sie den negativen Zivilisationserscheinungen zu entrinnen vermag, mehr noch, gegen sie anzukämpfen bereit wird.

5916

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Ofenböck

Um dieses Ziel zu erreichen, um den körperlichen Verfallserscheinungen unseres Volkes Einhalt gebieten zu können, ist den Leibesübungen im Rahmen der Gesamterziehung innerhalb und außerhalb der Schulen die ihnen längst gebührende und mehr und mehr zunehmende Bedeutung beizumessen. Der einzige mir gangbar erscheinende Weg, der neben Gesunderhaltungsgründen und der Möglichkeit einer breiten allgemeinsportlichen Entwicklung auch zu einer breiteren Spalte im Leistungssport führen wird, ist der Weg über die Schulen, über eine intensivere körperliche Grundschulung unserer Kinder. Ich habe schon im Vorjahr auf den einzuschlagenden Weg hingewiesen und bin der festen Überzeugung, daß für diesen Weg drei Grundvoraussetzungen geschaffen werden müssen:

1. Ausreichende Turnstunden in den Lehrplänen aller Schulen.
2. Mehr und besser ausgebildete Leibeszieher für alle Schultypen. (Abg. Peter: *Mehr Turnsäle auf dem Land!*)
3. Mehr und geeignete Sportübungsstätten bei allen Schulen beziehungsweise in allen Schulgemeinden. (Abg. Peter: *Finanzen!*)

Ich komme gleich auf die Notwendigkeit der Finanzierung zu sprechen. Nur nicht voreilig sein!

Zu der Forderung nach ausreichenden Turnstunden in allen Schulen: Durch Einführung der Neigungsgruppen, das sind unverbindliche Leibesübungen im Ausmaß von zwei Stunden über den normalmäßigen Turnunterricht hinaus, wurde dieser Unterricht qualitativ und quantitativ verbessert. Die Neigungsgruppen sollten auch bei den Hauptschulen eingeführt werden.

Es gibt aber bedauerlicherweise einen Schultyp, deren Schüler vom Turnunterricht noch ausgeschlossen sind: das sind die Berufsschulen. Es handelt sich derzeit um zirka 150.000 kaufmännische, gewerbliche und landwirtschaftliche Berufsschüler, die gerade in der Zeit, in der sie der Leibesübungen am dringendsten bedürften, keinen Turnunterricht haben. Die Lücke im Turnunterricht, die zum Beispiel männliche Lehrlinge zwischen Pflichtschule und Militärdienstzeit hinnehmen müssen und die sich, wie vorhin erwähnt, so katastrophal auswirkt, müßte geschlossen werden. Ich sehe die Möglichkeit eines ersten Schrittes bei den lehrgangsmäßigen Internatsschulen, deren Schüler während des achtwöchigen, meist theoretischen Unterrichts die Schule kaum verlassen können und deshalb besonders unter Bewegungsmangel leiden.

Ich werde mir erlauben, nach Abklärung mit den zuständigen Damen und Herren

der Klubs der beiden Oppositionsparteien einen Antrag auf Ergänzung des § 47 des Schulorganisationsgesetzes 1962 einzubringen, und bitte um ihre Mitwirkung und Unterstützung.

Zu der zweiten Voraussetzung: Die zweifellos berechtigte Forderung nach einer Einführung der täglichen Turnstunde in allen Schulen bleibt so lange Utopie, solange wir nicht genügend ausgebildete Leibeszieher haben (Abg. Peter: *Mehr Turnsäle, Herr Ofenböck!*) — kommt alles! —, die imstande sind, diesen Unterricht zu vermitteln. Der Bedarf an gut ausgebildeten Leibesziehern ist derzeit schon groß und steigt ständig weiter. Werbeaktionen für den Beruf des Leibesziehers werden mit Erfolg durchgeführt. Ein im Jahr 1967 mit 70 Teilnehmern erstmals durchgeföhrter Vorbereitungslehrgang für Turnstudenten in Graz wird zu einer ständigen Einrichtung werden.

Zur dritten Forderung, und zwar zur Forderung nach zusätzlichen geeigneten Sportübungsstätten. Kollege Peter! Ich bin bei den Sportübungsstätten. Sie sind mir leider bisher nicht gefolgt. Die Frage, wann wir uns in einem sportlichen Wettkampf messen, ist immer noch offen. Vielleicht lade ich Sie ein, mit mir in den Turnsaal zu gehen. — Ja? Also bitte.

Zu der Forderung nach zusätzlichen geeigneten Sportübungsstätten habe ich dem Hohen Haus im Vorjahr berichtet, daß das Österreichische Institut für Schul- und Sportstättenbau im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht und unter Mitwirkung der Österreichischen Bundessportorganisation im September 1966 eine Bestandserhebung aller in Österreich bestehenden Sportstätten eingeleitet hat. Als Ergebnis dieser Erhebung, die über die Schulsprengel Österreichs durchgeföhr wurde, ist vorgestern als erster Teil des Österreichischen Sportstättenplanes die „Bestandsaufnahme“ der Öffentlichkeit übergeben worden.

Ich weiß, daß Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, ebenfalls durch diese hervorragende Feststellung über zweifellos bestehende Mängel — fehlende Sportstätten — informiert worden sind.

Die großangelegte und umfangreiche Erhebung — es handelt sich um 128.000 Daten, die in 24.000 Rechenoperationen ausgewertet wurden — gibt mit großer Genauigkeit an, wie viele Freianlagen, Schwimmbäder und Sport- und Turnhallen es in Österreich in den einzelnen Bundesländern, in den Gerichtsbezirken, Städten und Gemeinden gibt. Meine Damen und Herren! Insgesamt bestehen in Österreich 5180 Freianlagen, das sind also Sportplätze, Schulturnplätze, Kinder-

Ofenböck

spielplätze und sonstige Anlagen. Ich möchte jetzt nicht Länder deshalb nennen, weil sie besonders schlecht oder besonders gut — das kann man in Österreich schon fast nicht sagen — vorgesorgt haben. Die Entwicklung hat so rasch Platz gegriffen, daß, wie ich glaube, niemand auf der Welt den Dingen, die sich aus der Industrialisierung auch auf diesem Gebiet ergeben haben, so schnell zu folgen imstande war. Österreich ist da kein Ausnahmefall. Es gibt aber immerhin Bundesländer, die eine Freianlage für 648 Einwohner ihres Bundeslandes haben. Es gibt allerdings auch ein Bundesland, wo 2600 Einwohner auf eine Freianlage kommen. Daß das nicht dasselbe ist, werden Sie verstehen, und ich bin sicher, daß sich das Bundesland, das auf diesem Gebiet bisher so wenig getan hat, in Zukunft zweifellos mehr wird anstrengen müssen.

Wir kommen zu dem zweiten Erhebungsresultat. Insgesamt bestehen in Österreich 919 Schwimmbäder. Darunter sind zu verstehen: 45 Hallenbäder, 634 Freibäder mit künstlichem Becken, 208 Strandbäder und 32 Kinderfreibäder. Auch hier darf ich, bewußt ohne Namensnennung, sagen, daß es ein Bundesland gibt, in dem auf jedes Schwimmbad nur — ich sage nur — 4450 Einwohner kommen. Es gibt allerdings auch ein Bundesland, in dem auf ein Schwimmbad 21.100 Einwohner entfallen.

Das dritte ist die Erhebung über die Sport- und Turnhallen, von denen es in Österreich insgesamt 1980 gibt. Darunter sind zu verstehen: 74 Sporthallen, 1128 Turnräume, 682 Turnzimmer und 96 Mehrzweckhallen. Hier ist wieder interessant, daß in einem Bundesland schon auf 1750 Einwohner eine Turnhalle kommt — das ist ausgezeichnet —, während es in einem anderen Bundesland 5420 Einwohner sind.

Ich habe vorhin versäumt, zu sagen, daß es ein Bundesland gibt, das überhaupt kein Hallenbad hat. Das ist wieder nicht als Vorwurf gedacht. Aber man wird in der Planung, die sich aus der Erhebung ergibt, darauf Rücksicht nehmen müssen, wo jetzt Sportübungsstätten errichtet werden und welcher Art sie sein sollen.

Das, meine Damen und Herren, ist die umfangreichste, interessanteste Aufzeichnung, die auf dem Gebiet des Sports veranlaßt wurde.

Ich darf zuerst dem Bundesministerium für Unterricht danken, das im Wege des Instituts für Schul- und Sportstättenbau den Auftrag gegeben hat, diese umfangreiche Erhebung fertigzustellen. Ich danke den Mitarbeitern im Institut, darüber hinaus aber auch

allen Pflichtschullehrern, die mitgewirkt haben, daß diese Daten mit sehr großer Genauigkeit erstellt wurden — es gibt einen sehr kleinen Fehlerfaktor, der hier zu berücksichtigen ist —, und die sich im Wege der Schulen bereit gefunden haben, diese genauen Erhebungen, die Bestandsaufnahme über den ersten Teil des Sportstättenplanes zu ermöglichen.

Die Bedarfsermittlung als zweite Etappe des Sportstättenplanes wird sich aus der Auswertung der gewonnenen Daten ergeben, sie zeichnet sich aber auch bei nur flüchtigem Studium der Erhebung recht eindeutig ab.

Der Nachholbedarf an Sportstätten ist trotz erheblicher Anstrengungen von Vereinen, Verbänden, Gemeinden, Ländern und des Bundes insbesondere in den letzten Jahren relativ hoch. Von 3890 Gemeinden haben 1419 mit rund 600.000 Einwohnern überhaupt keine Freianlagen. Sicherlich ist durch die Beistellung von Totomitteln und das erfreuliche Zusammenwirken zwischen den Fußballverbänden und Gemeinden der Bedarf an Fußballspielfeldern im Vergleich zu den Rückständen bei anderen Sportanlagen verhältnismäßig gering. Es fehlt aber durchwegs an den so notwendigen Leichtathletikanlagen, insbesondere auf den Sportplätzen der Schulstädte.

Der Bestand an Schwimmhallen liegt weit unter dem europäischen Durchschnitt. Von 3890 Gemeinden haben 3187 mit insgesamt 2,5 Millionen Einwohnern überhaupt keine Schwimmmöglichkeit.

Wegen der Unwirtschaftlichkeit von Freibädern mit durchschnittlich 40 Badetagen pro Jahr werden das Ziel ganzjährig benützbare Schwimmhallen sein müssen, wenigstens je eine pro Verwaltungsbezirk beziehungsweise in größeren Städten für etwa 30.000 Einwohner ein Hallenbad. Meine im Vorjahr erhobene Forderung in dieser Beziehung wird durch die Erhebung eindeutig bestätigt.

Der Bestand an Sport- und Turnhallen in Österreich ist, international gesehen, besonders trist. Von den Schülerzahlen her ergibt sich folgendes Bild: 900.000 Schüler in Österreich ergeben 30.000 Klasseneinheiten mit rund 90.000 Turnstunden wöchentlich. Bei Schlechtwetter sollten diese Turnstunden in Turnräumen oder Turnzimmern gehalten werden. Bei 60 Wochenstunden ergibt dies 3000 gleichzeitig abzuhalten Turnstunden, was einen Bedarf von zirka 3000 Turnräumen für das gesamte Bundesgebiet ergibt. Die Bestandserhebung weist demgegenüber einen Ist-Bestand von 1810 Turnräumen und -zimmern auf, von denen ein Großteil aber nicht die wünschenswerten Mindestmaße hat. 3000 von insgesamt 4200 Volksschulen haben derzeit aber auch kein

Ofenböck

Turnzimmer! Es bedarf daher außergewöhnlicher ideeller und selbstverständlich noch mehr finanzieller Anstrengungen aller Beteiligten, nicht zuletzt aber auch aller Abgeordneten, um die fehlenden Sportstätten und Einrichtungen, wie sie die moderne Lebensweise der Menschen mehr und mehr erfordert, für die Allgemeinheit herzustellen.

In diesem Zusammenhang ist die Frage der Öffentlichkeit berechtigt, ob im Unterrichtsbudget 1968 auf die besonders auch von der Österreichischen Sportorganisation geforderte intensivere Förderung des Sports Rücksicht genommen wurde. Es ist zwar keine neuerliche Erhöhung der im Vorjahr um 23 Prozent gegenüber 1966 angehobenen Sportförderungsmittel eingetreten, aber es ist im wesentlichen auch zu keiner Verringerung des Vorjahrsbudgetansatzes gekommen. Dies bedeutet gegenüber den allgemein erfolgten Kürzungen von Förderungsausgaben anderer Ressorts zweifellos einen sehr deutlichen Erfolg. Dem Sport werden mit Rücksicht auf die 1967 um rund 23 Millionen Schilling höheren Sporttotoeinnahmen mehr Mittel zugeführt werden als jemals zuvor.

Für den Österreichischen Sportstättenplan ist im Budgetkapitel Unterricht erstmals ein eigener Posten geschaffen worden, und es werden diese dort festgesetzten Mittel fast ausschließlich den Bundesländern zur Verfügung stehen. Sie werden aber durch die Bestandserhebung des Sportstättenplanes nunmehr auch bedarfsgerechter und damit auch sparsamer verwendet werden, als dies in der Vergangenheit möglich war.

Meine Damen und Herren! Im Zusammenhang mit dem Budget 1967 habe ich auch auf die mir notwendig scheinende Legalisierung der Sportorganisationen in Bund und Ländern hingewiesen. Seither ist in dieser Angelegenheit einiges geschehen. Die Verbindungsstelle der Bundesländer hat gemeinsam mit der Bundessportorganisation eine Reihe von Vorschlägen ausgearbeitet, die alle einen gemeinsamen Grundsatz haben. Keine Beschränkung der Landeskompakten beim Sport, aber gesetzliche Fundierung gesamtösterreichischer und internationaler Sportangelegenheiten in einem Bundes-Sportförderungsgesetz, in dem die Bundessportorganisation verankert werden soll und in dem der Bund sein Bekenntnis zu weiterer Sachförderung ohne Sachbeeinflussung dokumentieren wird. Würden alle öffentlichen Institutionen nach diesem Grundsatz handeln, dann würde der Sport in Österreich schon weitergekommen sein.

Als Mitglied des Österreichischen Gewerkschaftsbundes seit 21 Jahren glaube ich es mir erlauben zu dürfen, einer intensiveren Sport-

förderung auch von Gewerkschaftsseite her das Wort zu reden. Ich glaube, daß im Interesse der Gesunderhaltung und Leistungsfähigkeit aller im Österreichischen Gewerkschaftsbund vereinten Arbeitnehmer den Sportproblemen mehr Bedeutung beigemessen werden müßte, als dies bisher der Fall war.

Der Österreichische Arbeiter- und Angestelltenbund hat zusammen mit den christlichen Gewerkschaftern in seinen Gremien Anträge zu verstärkter Aufklärung der Bevölkerung über die Bedeutung vernünftig betriebener Leibesübungen vorbereitet. Ich darf Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ-Gewerkschaftsfaktion, ersuchen, diesen Anträgen ebenso wie der höheren finanziellen Sportförderung im Österreichischen Gewerkschaftsbund die Zustimmung nicht zu verweigern.

Ich wende mich nunmehr den Vorgängen um die Olympischen Winterspiele 1968 zu. Der eigenartige Finanzierungsmodus zur Beschickung der Olympischen Winterspiele 1968 in Grenoble veranlaßt mich ebenfalls zu einigen Feststellungen: Österreich wird es sich als Schination — gestern noch führend und morgen sich anschickend, die verlorengegangene Weltführungsposition wieder zu erobern — nicht mehr leisten können, daß der Präsident des Österreichischen Schiverbandes quasi als Bettler mit dem Hut in der Hand hausieren gehen muß, um die zur Vorbereitung und Teilnahme der Schinationalmannschaft an den kommenden Winterspielen erforderlichen Mittel aufzutreiben. (Abg. Peter: *Ist das an die Regierung oder an die Opposition gerichtet? Ein Appell an die Maresi?*) Gesamtösterreich erwartet zweifellos, daß dem Devisenbringer Nummer 1, dem Schisport, jene Mittel kampflos zur Verfügung gestellt werden, die er zur Heranbildung des talentierten Nachwuchses ebenso wie zur Durchführung des Trainingsprogramms des Nationalkaders benötigt.

Das Unterrichtsressort hat im Budget 1968 erstmals auch eine Dotation für den Österreichischen Schiverband zur Bewältigung der ihm gestellten Aufgaben für das Olympiajahr 1968 vorgesehen. Die Beistellung von Professor Hoppichler als Rennsportleiter, der als lebende Subvention vom Bundesministerium für Unterricht zur Ausübung seiner Tätigkeit vom Dienste freigestellt ist, darf als weitere erhebliche Förderung des Schisports durch den Bund besondere Erwähnung finden.

Die beiden anderen Förderer des Schisports, die Fremdenverkehrswirtschaft und die Sportartikelindustrie, müssen aus guten Gründen gleichermaßen am guten Abschneiden der Rennläufer unseres Landes interessiert sein. Vielleicht könnte an Stelle der sonst notwendigen Einführung einer direkten Besteuerung

Ofenböck

der am Schisport interessierten Wirtschaftszweige (*Abg. Peter: Schon wieder eine Steuer!*) und Industrien allein schon die steuerbegünstigte Spende der wirtschaftlich Interessierten an den ÖSV Wunder wirken. (*Abg. Peter: Wunder wirkt der Schmitz keine!*) Ich bitte den Herrn Finanzminister, diese Möglichkeit in seine, wie ich hoffe, sportfreundlichen Überlegungen einzubeziehen. (*Abg. Haberl: Und die Bitte an den Finanzminister wegen der Totomittel?*) Auch dazu werde ich noch sprechen, bitte nicht vorzeitig nervös zu werden. Nur schön langsam. (*Abg. Peter: Wie lange dauert's denn?*) Kommt alles noch.

Als eine besonders hervorragende Förderung des Schisports durch den Bund sehe ich das im Winter 1968/69 fertig werdende hochalpine Bundesportheim Kitzsteinhorn an, das Gesamtausgaben von 20 Millionen Schilling notwendig macht und das der Schinationalmannschaft ebenso wie den Schulen und Vereinen zum Schitesting ganzjährig zur Verfügung stehen wird. Die unruhmliche Tatsache, daß ausgerechnet die österreichischen Schiassie ihr Sommertraining bisher entweder in Italien oder in Frankreich absolvieren mußten, wird mit der Fertigstellung der Anlagen auf dem Kitzsteinhorn aus der Welt geschafft. Die hervorragenden Trainingsmöglichkeiten werden — so hoffe ich — unseren Mädeln und Burschen in der Zukunft wieder mehr Chancen für ein künftig besseres Abschneiden einräumen als in den letzten beiden Jahren.

Nun noch einige Bemerkungen zu einem Schulversuch. Dieser Schulversuch ist seit dem Schuljahr 1967/68 entriert. Es handelt sich um die Führung eines Zuges von Schitalenten am Aufbaurealgymnasium in Zams in Tirol. In dieser 5. Klasse sind 15 vom Österreichischen Schiverband vorgeschlagene Schüler zusammengefaßt, die neben dem Lehrziel der höheren Schule auch ein intensives Training im Schilauf absolvieren können. An anderen Gymnasien ist die Führung von Sportzügen in Vorbereitung, und ich glaube damit rechnen zu dürfen, daß sie im kommenden Schuljahr bereits zum Tragen kommen.

Und nun zu der Frage der Sporttotomittel. Kollege Haberl, Sie haben vorhin wegen der Sporttotomittel gefragt. Ich komme darauf zu sprechen und darf Sie bitten, mir zu folgen. Ich weiß, daß Ihre Fraktion im Juni dieses Jahres einen Antrag eingebracht hat; ich darf Ihnen freimütig gestehen: Ich bin gar nicht böse darüber, denn das, was Sie im Antrag festgehalten haben, habe ich vor einem Jahr in der Budgetrede genauso erwähnt. (*Abg. Haberl: Aber erreicht haben Sie es nicht!*) Aber Kollege Haberl! Ich glaube, daß seit

einem Jahr ... (*Abg. Haberl: Haben Sie schon etwas erreicht?* — *Abg. Lanc: Das Reden nützt doch dem Sport nichts! Nur Handeln!*) Lassen Sie mich doch antworten! Hören Sie mir doch zu, und dann werden Sie mir einen neuen Zwischenruf machen, auf den ich selbstverständlich wieder antworten werde. (*Abg. Lanc: Bitte schön!*) Ich freue mich; da macht sich die sportliche Fairneß schon bemerkbar.

Selbstverständlich bin ich grundsätzlich dafür, daß aus den Einnahmen, die der Bund aus den Sporttotomitteln erhält, die Verbände mehr, als dies in der Vergangenheit auf Grund gesetzlicher Bestimmungen möglich war, bekommen. Aber in einer Zeit, in der der Staat überlegt, woher er neue Einnahmen nehmen soll, wage ich es wirklich nicht (*Abg. Haberl: Aber dann ist es ja ein Unsinn, wenn Sie die Schwierigkeiten aufzählen!*), jetzt zu verlangen, daß der Staat diese Einnahmen, die ihm gesetzlich garantiert sind, hergibt. Ich trete Ihrem Antrag zweifellos bei, ich darf das sagen. (*Abg. Lanc: Wann?* — *Abg. Haberl: Seit Juni keine erste Lesung!*) Selbstverständlich, wir müssen uns nur darüber unterhalten, wann das gehen wird. Sie können als Opposition nicht fordern, daß weder neue Steuern eingeführt werden, noch daß der Staat auf die Steuern verzichtet, die ihm heute nach dem Gesetz zukommen. (*Abg. Weikhart: Es kommen ja weitere Steuern!* — *Abg. Haberl: Seit einer halben Stunde haben Sie aufgezählt, was getan werden muß!*) Das geht nicht.

Wenn sich also die Staatseinnahmen wieder verbessern — und wir hoffen zweifellos, daß das in den nächsten Jahren geschieht —, dann werden wir auch darüber reden können. (*Abg. Haberl: Sie haben eine halbe Stunde lang aufgezählt, was alles getan werden mußte!*) Vielleicht wird die Opposition auch einmal mit-helfen, daß das so wird, statt nur dagegen zu reden. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Vielleicht hilft sie einmal mit und schreit nicht nur dagegen, auch wenn es gute Dinge sind, die hier gelöst werden. Das war heute zweifellos beim Kulturbudget der Fall.

Ich verstehe nicht, daß eine Opposition ihre Rolle darin sieht, immer wieder nur anzugreifen, auch wenn die Regierung noch so viel Gutes tut. Das ist keine Lösung. (*Abg. Haberl: Herr Kollege! Sie haben eine halbe Stunde selber davon gesprochen, was alles fehlt! Sie selbst haben kritisiert!*) Freilich müssen wir das finanziell lösen, freilich habe ich das getan. (*Abg. Weikhart: Sie spielen ja selbst Opposition! Eine halbe Stunde haben Sie aufgezählt, was die Regierung nicht macht!* — *Abg. Lanc: Opposition und Regierung spielen, das geht nicht! Sie müssen sich schon entscheiden!*) Ja, um Himmels willen! Ver-

5920

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Ofenböck

stehen Sie denn Demokratie so, daß Sie nur sagen dürfen, was die Partei will? Bei uns ist es anders! Hier kann ein Abgeordneter ohne weiteres behaupten, daß manches nicht so ist, wie er selber es gerne sehen würde. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Sie reden ins Blaue hinein!) Aber doch nicht ins Blaue, ich habe ja noch meine Leute hier! (Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ.) Ich habe nicht kritisiert, sondern wovon ich gesprochen habe, war der Sportstättenplan. Das war nicht Kritik, das war eine rein objektive Feststellung. Ich habe kein Bundesland etwa deshalb angegriffen, weil vielleicht in einem weniger und in einem anderen mehr Sportstätten sind. Selbstverständlich nicht! (Abg. Weikhart: Die Bundesregierung müssen Sie angreifen! — Abg. Haberl: Sie haben eine halbe Stunde kritisiert, und dann sind Sie zufrieden!)

Das, was hier steht, ist nicht Kritik (Abg. Weikhart: Die Bundesregierung muß eingreifen! Sie muß etwas in das Budget stellen!), ist keinesfalls Kritik an der Bundesregierung, in die Sie es ummünzen wollen! (Abg. Haberl: Sind Sie jetzt zufrieden?) Ich bin zufrieden, daß man einmal festgestellt hat, wo die Aufgabe liegt. (Abg. Weikhart: Sie sind schon damit zufrieden, daß Sie reden dürfen, ohne etwas zu kriegen!) Verlassen Sie sich darauf, Abgeordneter Weikhart: Wir werden schon etwas kriegen, wenn Sie nur mittun! (Abg. Lanz: Wann werden Sie Geld kriegen? — Abg. Weikhart: Sie zählen eine halbe Stunde lang auf, was notwendig ist!) Aber seien Sie doch nicht so kurzsichtig! Alles braucht seine Zeit. Wenn wir heute erst wissen, was wir auf einem Gebiet tun sollen, wo es um Milliardenbeträge geht, die zu verbauen sind, dann können Sie doch jetzt nicht sagen: Das müßten Sie voriges Jahr schon begonnen haben! (Abg. Haberl: Aber Sie haben sich doch heute dreimal darauf berufen, daß Sie schon vor Jahren das gleiche gesagt haben! — Weitere Zwischenrufe.)

Ich hätte aber zweifellos, wenn ich vor einem Jahr gewußt hätte, in welche wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht nur Österreich, sondern Europa ... (Abg. Lanz: Jetzt wäre schon Zeit, daß der Weihnachtsmann kommt! — Weitere Zwischenrufe und Gegenrufe.) Ich bin doch kein Hellseher, der alles voraussehen kann (Abg. Moser: Also viel Einfluß haben Sie nicht!), das können Sie doch nicht von mir erwarten. (Abg. Libal: Hätten Sie den Herrn Withalm gefragt! Das ist Ihr Klubobmann, der hätte es Ihnen gesagt!) Das ist ein sehr deutlicher Hinweis darauf, daß bei Ihnen nur die Partei bestimmt, was Sie sagen dürfen! (Abg. Glaser: Der Libal macht immer die gleichen

Zwischenrufe! — Abg. Weikhart: Sie werden noch die Jubiläumsrede hier halten und noch immer kein Geld kriegen!) So lang bin ich noch nicht im Parlament, daß das stimmen kann, was Sie jetzt sagen. (Abg. Weikhart: Wir werden noch darüber reden!) Kollege Weikhart! Ich werde mich gerne dann einmal mit Ihnen in eine Diskussion einlassen, wenn Sie recht haben sollten. Ich bin überzeugt, daß wir in einer besseren wirtschaftlichen Situation als der, in der wir heute sind, auch viel mehr Mittel für den Sport werden freimachen können, als das bisher der Fall war. (Abg. Horr: Das glaube ich! Besonders, wenn es darauf ankommt, dem Müllner sein verpfusches Stadion abzukaufen! Dafür ist Geld genug da!) Vielleicht einigt sich die Opposition darauf, wer zwischenruft, denn ich kann nicht allen gleichzeitig antworten.

Lassen Sie mich bitte zu einem Ende kommen. — Im Zusammenhang mit der Sportförderung darf ich auch auf die Jugendförderung eingehen. Für das Jahr 1968 sind im ordentlichen Budget 24,2 Millionen Schilling dafür vorgesehen. Davon entfallen 18 Millionen für den Österreichischen Bundesjugendplan, die an die Mitgliedsorganisationen des Bundesjugendringes und an die Herbergsorganisationen gehen.

Erlauben Sie mir, in diesem Zusammenhang dem Herrn Bundesminister für Unterricht für zwei Entscheidungen besonders Dank zu sagen; erstens, daß er trotz der Kritik durch den Rechnungshof hinsichtlich der Zuständigkeit für die Förderung des Herbergswesens daran festhält, weil bei einem Ausbleiben von Mitteln die österreichischen Jugendherbergen ihren Betrieb empfindlich einschränken müßten. Die neuerrichteten Herbergen sind größtenteils auf dem Kreditweg finanziert, wobei der Bundesjugendplan eine gewisse Sicherung der Abzahlung gewährt. (Abg. Peter, den Fußball vom Platz des Abg. Ofenböck in die Hand nehmend: Der ist weich wie der Schilling! — Abg. Weikhart: Der ist weich wie die Regierung! — Abg. Haberl: Herr Kollege Peter, machen Sie keine Firmenreklame!) Meine Damen und Herren! Wenn Sie Zeit haben — ich habe noch mehr. (Abg. Weikhart: Wozu legen Sie denn den Fußball dorthin?)

Nicht nur das Wandern der Jugend, sondern auch der internationale Jugendtourismus wird dadurch entscheidend gefördert, was dazu führt, daß die Jugend Europas die Schönheit unserer Heimat kennenlernennt.

Zum zweiten muß man feststellen, daß die Förderungsausgaben nicht der allgemeinen Kürzung um 20 Prozent zum Opfer gefallen

Ofenböck

sind, sondern auf Grund verschiedener Umstände nur 10 Prozent gestrichen wurden. Umso mehr hoffen wir, daß die im Eventual-budget vorgesehenen Ausgaben von 4,5 Millionen Schilling für die österreichische Jugend wirksam werden.

Sicher erfassen die Jugendorganisationen nicht alle Jugendlichen. Ich möchte aber darauf verweisen, daß sie neben Elternhaus und Schule ein bedeutender Faktor der Erziehung sind. Die Jugendorganisationen von heute führen ja nicht nur Gruppen, sondern haben Klubs eingerichtet, Häuser der offenen Tür, machen offene Veranstaltungen, die der gesamten Jugend dienen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf das Österreichische Institut für Jugendkunde verweisen, das wertvolle Untersuchungen etwa über das Fahrschülerproblem, über staatsbürgerliche Erziehung und ähnliches vergibt, die ebenso der Jugend Österreichs und ihren Erziehern dienen.

Die Jugend unseres Landes hat weiters durch den Österreichischen Jugendrat für Entwicklungshilfe die Möglichkeit, Dienst in den Entwicklungsländern zu tun, wodurch der Name Österreichs auch im internationalen Bereich durch das Wirken unserer Jugend einen guten Klang erhält.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Die Tätigkeit der Jugend und in der Jugend ist für die Gesellschaft von entscheidender Bedeutung. Wenn Österreich in den vergangenen Jahren nach dem Krieg Jugendprobleme nicht in der Heftigkeit aufzuweisen hatte wie andere Industrieländer, so ist das nicht zuletzt auf die Erziehungswirkung der Jugendorganisationen zurückzuführen. Dieser Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung unseres Landes ist nicht wegzudenken. Daß er gefördert werden muß, wenn Gemeinschaften Eigeninitiative entwickeln, das ist, finde ich, selbstverständlich.

Ich möchte zum Schluß kommen und sagen: Ich hoffe, daß der Gedanke, der im Sport eine Selbstverständlichkeit ist, daß nämlich dieser Sport über die Landesgrenzen hinaus Völker zusammenführen kann, auch innerhalb unseres Landes Platz greift. Ich sehe hier wirklich echte Möglichkeiten, und ich glaube, man könnte sagen: Machen wir es einfach den Sportorganisationen nach, die in völliger Einheitlichkeit, gleichgültig, welcher Parteirichtung etwa die Mitglieder der Bundessportorganisation angehören, gleichartige einheitliche Auffassungen haben und diese Auffassungen ebenso einheitlich zu verwirklichen suchen. Wenn wir uns als Parteien ähnlich wie die Sportorganisation in Österreich verhalten würden, sähe ich auch

für den Parlamentarismus neue Wege einer echten Zusammenarbeit, wie ich sie bisher in den eineinhalb Jahren meiner Tätigkeit hier im Parlament leider vermißt habe! (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Haberl: Dann dürft ihr unsere Anträge nicht ein Jahr liegenlassen!)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächster Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Peter das Wort. (Rufe: O je! — Abg. Haberl: Der nächste „Sportler“! — Abg. Lanc: Jetzt kommt der Jahn-Turnverein! — Abg. Dr. Hertha Firnberg: „Frisch, frisch, fröhlich, frei!“)

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Feststellungen des Abgeordneten Ofenböck waren ein Beweis für die Tatsache, daß sich die ÖVP-Regierungsmannschaft unter dem Trainer Klaus derzeit in einer schlechten Kondition befindet. Ihre Ausführungen waren so wenig überzeugend, Herr Abgeordneter Ofenböck, wie es das Bundesfinanzgesetz 1968 des Finanzministers Doktor Schmitz ist.

Sie waren ebensowenig überzeugend wie jene Feststellungen des Herrn Abgeordneten Harwalik, daß nunmehr der Vorrang für Bildung und Forschung in jeder Weise gewährleistet sei. Sie sprachen, Herr Abgeordneter Harwalik, vom größten Kulturbudget, über das jemals ein österreichischer Unterrichtsminister verfügte. Sie waren darüber hinaus der Meinung, daß das „dunkle Wort der Opposition“ nicht zum Schlaginstrument gegen unsere Kultur- und Bildungspolitik werden soll. Wer schlägt wen?, ist die Frage, die in diesem Zusammenhang aufgeworfen werden muß. Wie sollen in der derzeitigen Situation mit den für 1968 verfügbaren Mitteln Wissenschaft und Forschung trotz des verhältnismäßig großen Anteiles des Kulturbudgets das Auslangen finden?

Sie hätten mich dann überzeugen können, Herr Harwalik, wenn Sie nicht alles als so unabdingbar gut und so ohne jeden Fehler und Makel hingestellt hätten, wie Sie es heute in Ihren Ausführungen getan haben. (Abg. Harwalik: Das habe ich nicht getan! Ich habe darauf hingewiesen, daß wir mehr Geld brauchten!)

Es reicht beinahe schon ans Groteske, wenn gestern der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei verlangte, daß auch für die Oppositionsfraktionen der Grundsatz zu gelten habe: Staatspolitische Erkenntnisse und die gemeinsame Verantwortung gegenüber dem Staat sind parteiegoistischen Interessen überzuordnen. Es ist ebenso grotesk, Herr Abgeordneter Harwalik, wenn Sie heute von „einer Stunde der Besinnung für alle Politiker“ sprechen, Ihnen

5922

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Peter

selbst aber jede Einsicht und jeder Ansatz zur Besinnung fehlen. Denn so ausgezeichnet, wie Sie es darstellten, ist die schul- und bildungspolitische Situation Österreichs bei weitem nicht. Ich bin der Meinung, daß von allen Fraktionen dieses Hauses auch in der Frage der Bildungspolitik die Mitte erarbeitet werden muß, sollen wir jenen Aufgaben gerecht werden, die uns die Bildungsrevolution der Gegenwart auferlegt.

Wie sieht es denn mit der Bildungsplanung in unserem Staate aus? Sind Sie wirklich überzeugt, daß die bisher getätigte Bildungsforschung als Voraussetzung für die Bildungsplanung ausreichend, zufriedenstellend und ermutigend ist? Ich hege Zweifel, daß alle Vorehrungen so getroffen worden sind, wie es notwendig gewesen wäre. Ich bin davon überzeugt, daß die Kultur- und Bildungspolitik für die wirtschaftliche sowie für die soziale Entwicklung unseres Staates und seiner Bürger von grundlegender Bedeutung ist. Ein Faktor greift in den anderen. Alle Teile wirken zusammen und müssen zusammenwirken, soll das Ganze gedeihen.

Sosehr wir uns auch in einer Zeit des geistigen Umbruches befinden, im Bereich der Bildung und Erziehung sind die Grundsätze unverändert geblieben. Sie reichen von der Vergangenheit herein in unsere Gegenwart und wirken in die Zukunft weiter. Jener erziehungs-politische Grundsatz wird auch in Zukunft seine Gültigkeit haben, der da lautet: Eine gute Bildung ist für die Jugend ein Mittel der Ordnung, für das Alter ein Trost, für den Armen Reichtum und für den Reichen ein Schmuck. Der Wesensgehalt der Erziehung ist für den Menschen unserer Zeit deswegen von besonderer Bedeutung, weil sie besondere Anforderungen an ihn stellt. Vielleicht, Herr Abgeordneter Harwalik, beschränken sich unsere Bildungspolitik und unsere Erziehung noch immer zu sehr auf die Vermittlung von Wissen und Bildung. Vermutlich vernachlässigen unsere Erziehung und unsere Bildung die Weckung und Vermittlung von Fähigkeiten zu selbsttätiger Arbeit. Fertigkeiten selbstständig zu entwickeln und Wissen eigen-tätig zu erwerben ist nach meiner persönlichen Ansicht eine der entscheidendsten Aufgaben der Bildungspolitik von heute.

Ich glaube auch, Herr Abgeordneter Harwalik, daß Sie einen grundlegenden Fehler dadurch begehen, daß Sie heute Ihre „Bildungs-Bilanz“ nur von den Ziffern und Zahlen her sehen. Ziffern und Zahlen sind und bleiben, auch wenn sie für einen Oppositionsabgeordneten nicht vollinhaltlich befriedigend sein mögen, nur ein Bestandteil der äußeren Form unserer Bildungspolitik. Sie sind aber keinesfalls der

Ausdruck des Inhaltes und des Wertes der Bildung schlechthin. Ich bin der Überzeugung, daß ein chinesisches Sprichwort für die Erziehung und Bildung nach wie vor von grundlegender Bedeutung ist. Es lautet: „Gebildet ist, wer weiß, wo er findet, was er nicht weiß“. Ich glaube, daß die Aufgabe der modernen Schule von heute darin bestehen muß, den Menschen zu befähigen, die Voraussetzungen zu schaffen, daß er sich eigenständig weiterentwickelt und weiterbildet. Die umwälzenden Ereignisse unserer Zeit haben uns alle zu einer permanenten Lerngemeinschaft und Lerngesellschaft gemacht, der keiner von uns entrinnen kann.

Getragen von dieser Erkenntnis und erfüllt von dieser Überzeugung sind wir Freiheitlichen der Meinung, daß die Schule die Aufgabe hat, das Verständnis für die Gesetzmäßigkeiten der Demokratie zu entwickeln und zu entfalten. Eine der Aufgaben der modernen Schule und Erziehung sehen wir Freiheitlichen auch darin, das Verständnis für die Mehrheitsbildung als Ausdruck eines echten demokratischen Kompromisses in allen Schulgattungen zu pflegen. Die Autorität eines koalitionären obrigkeitlichen Denkens von einst soll ersetzt werden durch eine geistige Autorität, die der junge Mensch wegen des inneren Gehaltes dieser Autorität anzuerkennen bereit ist. Die Weckung des Verständnisses der jungen Menschen für die demokratische Staatsform und ihre Einrichtungen erachten wir Freiheitlichen als ebenso notwendig. Die Erziehung zum kritischen und gesellschaftlich aktiven Staatsbürger ist eines der höchsten Erziehungsziele aller Schulgattungen.

Wir Freiheitlichen sind auch der Meinung, daß das Leistungsprinzip in allen Schulbereichen besser als bisher gefördert werden müsse.

Nun, Herr Abgeordneter Harwalik, lassen Sie mich auf die Schulreform 1962 zurückkommen. Ich sehe in dieser Schulreform bis zur Stunde nach wie vor ein organisatorisches Werk ohne wirklich befriedigenden pädagogischen und bildungspolitischen Inhalt. Sie, Herr Abgeordneter Harwalik, sehen im Gegen-satz zu mir alles in einem zu schönen, in einem zu optimistischen Licht. Sie, Herr Abgeordneter Harwalik, befinden sich nach wie vor auf der Linie eines eigensinnigen und in vielen Bereichen unbegründeten Selbstlobes, das sogar so weit geht, daß Sie auch vor einer Verfälschung schulpolitischer Realitäten nicht haltmachen. (Abg. Harwalik: Zum Beispiel?)

Zum Beispiel ist die Situation und sind die Erfahrungswerte des Polytechnischen Lehr-ganges nicht für alle Bereiche Österreichs so

Peter

optimistisch zu beurteilen, wie Sie das heute wieder getan haben. (Abg. Harwalik: Ich habe die Berichte der Landesschulinspektoren selbst gehört! Vielleicht wird uns der Herr Minister darüber berichten können! Wir würden ihn sehr bitten!)

Tatsache ist, daß es auch in Ihrer Partei Auffassungen gibt, die diese Form des 9. Schuljahres als problematisch erachten. Schädigungen und Benachteiligungen des Landkindes sind Folgen des Polytechnischen Lehrganges. Auch wenn in jeder Bezirkshauptstadt eine höhere Schule errichtet wird, was begrüßenswert ist, so löst das die Problematik des 9. Schuljahres für das Landkind nicht.

Die schulpolitischen Verhältnisse sind nicht so, Herr Harwalik, wie Sie sie darstellten! Sie bagatellisieren immer dann, wenn wir Freiheitlichen andere Meinungen aus Ihrem eigenen Lager zitieren. Sie lassen den Koren-Bericht nicht gelten. Sie haben heute erklärt: Es ist die persönliche Meinung eines Universitätsprofessors. (Abg. Harwalik: Ja!) Der Koren-Bericht ist mehr als die persönliche Meinung eines Universitätsprofessors. Es handelt sich um einen Auftrag, Herr Harwalik, den ein Mitglied der österreichischen Bundesregierung erhalten hat, das verhalten und verpflichtet wurde, dem zuständigen Ministerkomitee für wirtschaftliche Angelegenheiten gemäß dem Ministerratsbeschluß vom 25. Juni 1967 dieses Gutachten zu erstatten und diesen Plan zu erarbeiten! (Abg. Harwalik: Eine Meinung darzulegen! Wissen Sie, daß der Herr Staatssekretär Dr. Koren gar nicht das Polytechnische Lehrjahr meint, sondern die höhere Schule? Das ist ein ganz anderes Problem, Herr Abgeordneter Peter!)

Damit es keinen Zweifel gibt über das, was der Herr Professor Koren meint, denn Sie versuchen ja, die Situation schon wieder so darzustellen, als würde ich falsch berichten... (Abg. Harwalik: Ich werde kein Anbeter der Opposition werden, wenn sie sich auf falsche bildungspolitische Wege begibt!) Einigen wir uns darauf, Herr Harwalik, daß wir den Herrn Professor Koren selbst zu Wort kommen lassen! Können wir uns darauf einigen? (Abg. Harwalik: Gern!) Bitte. Mit Ihrer Genehmigung zitiere ich also Koren. (Zwischenruf des Abg. Weikhart.) Es steht nämlich ein Vermerk auf dem Bericht, Herr Staatssekretär Weikhart. Aus diesem Grunde holte ich sozusagen Herrn Harwaliks Genehmigung zum Zitieren ein! Ich tue mich jetzt leichter, Professor Koren zu zitieren, als vorher.

„Im Bereich der Schulverwaltung sollte geprüft werden, ob die bisherigen Erfahrungen mit den Schulgesetzen gewisse Änderungen nahelegen, die Personal- und Sachaufwand

sparen könnten, ohne den Erfordernissen moderner Schulbildung Abbruch zu tun. (Das neunte Schuljahr für die allgemeinbildenden höheren Schulen wird von der Mehrzahl der Fachleute als problematisch und unnötig bezeichnet.)“ (Abg. Harwalik: Dagegen steht die Rektorenkonferenz! Die Rektorenkonferenz hat es zuerst einmal verlangt!) „Falls seine Abschaffung unmittelbar nicht möglich ist“ — hören Sie, was Koren sagt — „sollte man zumindest den Beginn für einige Zeitaussetzen.“ (Abg. Weikhart: Na also!)

Das ist genau der Inhalt jenes Antrages, den ich namens der freiheitlichen Fraktion im Finanzausschuß verantwortungsbewußt eingebracht habe (Abg. Harwalik: Für den Polytechnischen Lehrgang haben Sie ihn gebracht!) und den Sie, meine Herren von der Mehrheitspartei, wie üblich niedergestimmt haben! (Abg. Harwalik: Für den Polytechnischen Lehrgang haben Sie den Antrag eingebracht, Herr Abgeordneter Peter! Sie stellen jetzt die Dinge anders dar! Sie bringen ein Gegenbild Ihrer eigenen Darstellung! Bitte, nicht mich zu verdächtigen!) Herr Abgeordneter Harwalik! Räumen Sie mir wenigstens so viel Konzessionen ein, daß Sie das kritiklose Glorifizieren von vorhin einschränken und sagen, daß es notwendig ist, die bisherigen Ergebnisse der Schulreform 1962 einer sachlichen Prüfung dahin gehend zu unterziehen, ob allfällige Revisions- und Novellierungsmöglichkeiten in Erwägung gezogen werden müssen. (Abg. Harwalik: Das ist selbstverständlich! Aber ich habe Respekt vor diesem Hohen Haus, vor der Volksvertretung, da die überwiegende Mehrzahl 1962 diesem Volk einen neuen Bildungsauftrag gegeben hat!) Es kann aber doch sein, daß etwas an diesem Bildungsauftrag falsch ist! Sie geben ja schon wieder apodiktische Erklärungen ab. Sind Sie bereit, zu überprüfen, ob jener Bildungsauftrag, der mit den Stimmen der beiden großen Parteien beschlossen wurde, richtig gewesen ist? (Abg. Harwalik: Das werden die Pädagogen sagen! Die Pädagogen haben hier das Wort!) Sind Sie kein Pädagoge? (Abg. Harwalik: Ja doch, ich melde mich auch als solcher, aber hier habe ich politische Verantwortung! — Präsident Wallner, der soeben den Vorsitz übernommen hat, gibt das Glockenzeichen.) Aha, hier sprechen Sie nicht als Pädagoge, sondern nur als Politiker! (Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Harwalik.) Ach, zwei Seelen wohnen in seiner Brust! Er weiß nicht, welche er zu Worte kommen lassen soll. (Abg. Soronics: Herr Peter, ich glaube, Ihnen geht es auch so!) Ich tu' mich wesentlich leichter als der Abgeordnete Harwalik. (Abg. Harwalik: Natürlich, Sie müssen immer nur nein sagen! — Abg. Doktor Hertha Firnberg: Und Sie nur ja sagen!)

5924

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Peter

Man soll nicht die „Stunde der Besinnung“ beschwören, Herr Abgeordneter Harwalik... (Abg. Harwalik: *Wir haben gemeinsam ja gesagt!*)

Präsident Wallner: Ich bitte, die Zwiesgespräche zu unterlassen, es kann sich jeder zum Wort melden!

Abgeordneter Peter (fortsetzend): Man kann, Herr Abgeordneter Harwalik, nicht so, wie Sie es heute getan haben, die „Stunde der Besinnung und der Einkehr“ beschwören und dann nicht bereit sein, ernsthafte Prüfungen an Hand der vorliegenden Erfahrungswerte in Erwägung zu ziehen. (Abg. Harwalik: *Aber gerne! Hören wir uns die pädagogischen Erfahrungsberichte vom Bundesministerium für Unterricht an! Dann werden wir weiterzureden haben!* — Abg. Libal: *Der Herr Präsident hat aufgefordert, die Zwischenrufe zu unterlassen!* — Heiterkeit.) Herr Libal! Dann müssen auch Sie ruhig sein! (Abg. Harwalik: *Aber einsagen ist auch verboten!*)

Nun kehren wir zu einem anderen schulorganisatorischen Bereich zurück. Es sind die höheren Schulen unseres Landes. (Abg. Weikhart: *Der Herr Abgeordnete Harwalik schwätzt in einem fort!*) Ein Landesschulinspektor darf das tun, Herr Staatssekretär! (Heiterkeit.) Er wird schon wieder aufpassen.

Auch die Organisationsformen unseres höheren Bildungswesens wurden im Rahmen der Schulreform 1962 neu gestaltet. Nicht erneuert wurden Form und Inhalt der Matura. Nicht erneuert und nicht einbezogen in die Schulreform 1962 wurde das Prüfungswesen an den höheren Schulen. Zuwenig überlegt wurde auch das Lehrplanwerk für die geänderten Bereiche unseres höheren Schulwesens.

Ich wiederhole in diesem Zusammenhang, was ich vor einem Jahr im Hohen Hause dargelegt habe: Die österreichische Jugend, die höhere Schulen besucht, ist nicht so unbegabt, wie es an Hand des Umfanges des Nachhilfeunterrichtes zutage tritt. Wir stehen nach wie vor der Tatsache gegenüber, daß 80 Prozent der Schüler an höheren Schulen des Nachhilfeunterrichtes bedürfen. Die Schulverwaltung hat nach wie vor keine Antwort auf die Frage erteilt, wie man in den höheren Schulen diesem Übelstand zu steuern gedenkt. (Abg. Dr. Gorbach: *Da gebe ich Ihnen hundertprozentig recht!*) Da spricht jetzt der Großvater aus Ihnen, Herr Altbundeskanzler, der an den Enkeln auch manchen Erfahrungswert in dieser Sache sammeln konnte. (Abg. Dr. Gorbach: *Geht es Ihnen gut oder haben Sie auch ein Kind in der Mittelschule?*) Ja. Ich glaube, hier bilden wir alle einschließlich des Herrn Unterrichts-

ministers eine „Leidgenossenschaft“. (Heiterkeit.)

Ich komme wieder zu Lehrplanproblemen. Der Mathematikunterricht wird im Rahmen der Schulreform durch Aufgabengebiete ergänzt, die es früher nicht gegeben hat. Der neue Stoff wird nicht organisch, nicht sinnvoll eingebaut. Wieder einmal wird aus heiterem Himmel eine Anordnung getroffen, die man bei der seinerzeitigen Vorbereitung des Lehrplanes zuwenig berücksichtigt hat. Das Stundenausmaß blieb gleich, der stoffliche Umfang des Mathematikunterrichtes wurde aber vermehrt. Daher kommt es dazu, daß sich die Presse notwendigerweise mit Dingen beschäftigt, die sowohl für die Eltern, für die Lehrer als auch für die betroffenen Schüler äußerst unangenehm sind.

Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen in Erinnerung rufe, was die „Oberösterreichischen Nachrichten“ im Zusammenhang mit der Anreicherung des Mathematikunterrichtes an höheren Schulen in den letzten Tagen feststellten:

„Die Eltern von“ Schülern an höheren Schulen in unserem Bundesland „können sich zurzeit nicht so recht darüber klarwerden, ob sie zu Professoren auf- oder zu Schülern abgewertet werden. Schuld an dieser Verwirrung ist die ‚Mengenlehre‘, ein neues Gebiet der Mathematik, das ab heuer in den Lehrstoff der“ höheren Schulen „aufgenommen wurde. Der neue Lehrstoff fällt vom Himmel und ist da — nicht da ist offenbar die Zeit, ihn den Kindern so nahezubringen, daß sie ihn auch verstehen. Die Stundenzahl für den Mathematikunterricht wurde nicht erhöht. Dieser, ach so schwer verdauliche Klumpen muß zwischen Geometrie und Arithmetik eingezwängt werden. Den Professoren ist es nicht möglich, in so kurzer Zeit diese fremde Materie den Kindern verständlich zu machen. Vater und Mutter können es erst recht nicht, selbst wenn sie akademisch gebildet sein sollten.“

„Aber nun beginnt man das Pferd beim Schwanz aufzuzäumen. Man hält Abende, an denen die Eltern mit der Mengenlehre vertraut gemacht werden.“

Herr Minister, es ist doch die Aufgabe der Schule, von der Pflichtschule bis zur höheren Schule, ohne Hilfe der Eltern die Schüler mit dem Bildungsgut so auszustatten und so vertraut zu machen (Abg. Steininger: *Das ist richtig!* — Abg. Dr. Gorbach: *Genau!*), daß ohne zusätzlichen Nachhilfelehrer wenigstens 70 bis 75 Prozent der Schüler an höheren Schulen das Lehrziel erreichen. In der Tatsache, daß das nicht so ist, Herr Abgeordneter Harwalik, liegt eine Fehlerquelle im Schulgesetzwerk 1962! Diesen Fehlerquellen gehen

Peter

Sie rücksichtslos auf Kosten der betroffenen Schüler aus dem Weg. Man muß von der Mehrheitspartei und der Bundesregierung so viel Einsicht erwarten, daß über derartige unerfreuliche Probleme sachlich und frei von parteiegoistischen Scheuklappen diskutiert werden kann. Man muß solche Übelstände auch ändern, wenn sie zum Nachteil der Schüler gereichen. „Schulreform“ heißt ja nicht „Selbstzweck“, sondern Schulreform bedeutet in der Endkonsequenz Dienst an unserer Jugend. Sie bedeutet aber auch, daß unsere Jugend mehr und besser als bisher auf die Fülle der Aufgaben vorbereitet wird, die sie im künftigen Leben zu bewältigen hat.

Ich bin auch ein Feind der heutigen Form der Matura. Ich sehe nicht ein, daß dann, wenn in einem Gegenstand ein Begabungsmangel vorhanden ist, beinahe unüberbrückbare Schwierigkeiten für den betroffenen Schüler entstehen. Meines Erachtens muß man entweder mit einem Punktesystem oder mit Hilfe anderer Überlegungen Begabungsschwerpunkte und Begabungsmängel einer Schülerpersönlichkeit ausgleichen und diesen Schüler so führen, daß er die Matura bewältigen und bestehen kann.

Darüber hat sich der Nationalrat im Interesse unserer Jugend den Kopf zu zerbrechen. Dabei ist es die Aufgabe der Fachleute, die Abgeordneten zu beraten. Letzten Endes aber müssen Novellierungen vom Gesetzgeber und nicht von den Fachleuten vorgenommen werden, Herr Abgeordneter Harwalik! Diesen Problemen kann der Gesetzgeber beim besten Willen nicht aus dem Weg gehen.

Ich möchte das Gewicht meiner Ausführungen nicht darauf legen, daß zuwenig Geld für die Bildungsarbeit im nächsten Jahr vorhanden wäre. Ich möchte dieses so weitreichende und dieses so bedeutungsvolle Kapitel nicht nur von der Zahl, nicht nur von der Ziffer, sondern von der Ganzheit der Persönlichkeit des jungen Menschen her sehen. Wenn wir von grundsätzlichen Überlegungen an die offenen Probleme herangehen, dann werden wir bestimmt über Parteidgrenzen hinweg eine gedeihliche Gesprächsgrundlage und Lösungen finden.

Ein gemeinsamer Weg, Herr Abgeordneter Harwalik, kann sich dann nicht ergeben, wenn Sie so verfahren, wie Sie es heute bei der Betrachtung des Buches getan haben. Sie haben erklärt, im nächsten Jahr werde die Regierung einen Weg zur steuerlichen Entlastung des Buches finden. Die Regierung hat den Vertretern des Buchhandels bisher keine Antwort gegeben. Die Regierung ist den Vertretern der Bundeshandelskammer ebenso die Antwort schuldig geblieben. Sie aber haben

heute namens der Mehrheitsfraktion dem Buch genau die gleiche Bedeutung zugeordnet, wie es jeder andere Abgeordnete, ganz gleich, welcher Partei er angehört, tun wird. Aber eine Antwort auf die Frage, wie wir die steuerliche Belastung des Buches mildern, haben Sie genausowenig erteilt wie die Regierung.

Wir betonen immer wieder — Sie taten es auch heute wieder — den Auftrag der kulturellen Großmacht Österreich. Gleichfalls wird stets daran erinnert, daß Österreich seine Mittleraufgabe zwischen Ost und West zu erfüllen habe. Nicht zuletzt gehört Österreich ja auch zum Kreis der Vorkämpfer für den freien Gedankenaustausch im Sinne der UNESCO.

Dieser grundsätzlich richtigen Theorie steht jene Praxis der Bundesregierung sowie der Mehrheitsfraktion gegenüber, die wir freiheitlichen Abgeordneten nicht verstehen. Die Schweiz, Herr Abgeordneter Harwalik, hat das Buch von der Umsatzbesteuerung ausgenommen, wahrscheinlich in der richtigen Erkenntnis, daß das Buch auf der einen Seite ein Unterhaltungsmittel und auf der anderen Seite ein unerlässlicher Bildungsbehelf für das gesamte Volk ist.

Dieser Auffassung hält Finanzminister Doktor Schmitz die Meinung entgegen, das Buch sei eine Ware wie jede andere, es gehöre daher auch wie jede andere Ware besteuert. Ist das lediglich die Auffassung des Finanzministers? Oder bekennt sich zu dieser Auffassung auch die Bundesregierung einschließlich des Herrn Unterrichtsministers, und ist diese Auffassung auch identisch mit jener, die die Mehrheitsfraktion dieses Hauses vertritt?

Rufen wir uns die steuertechnische Belastung des Buches noch einmal in Erinnerung! Derzeit: 5,25 Prozent Warenumsatzsteuer, in Deutschland: 1,5 Prozent. Die Ausgleichsteuer macht in Österreich derzeit 8,25 Prozent aus, in Deutschland 4 Prozent.

Wie geht es den Autoren in Österreich? 50 Prozent der Autorenhonorare werden dem Gewerbeertrag zugerechnet. In der Bundesrepublik Deutschland wird die geistige Arbeit dem Gewerbeertrag nicht zugerechnet! Wenn die Regierung die geistige Arbeit in Österreich nach wie vor diskriminiert, dann wundern wir uns nicht, daß die Erreichung der Bildungsziele gefährdet ist.

Wir stehen nun einmal einem buch- und kulturfeindlichen Finanzminister gegenüber. Dr. Schmitz erschwert durch seine Auffassung das Dasein der Autoren, der Schriftsteller, der Dichter und der Wissenschaftler. Diese einsichtslose Haltung des Finanzministers bedarf dringend einer Überprüfung und nach

5926

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Peter

Ansicht von uns Freiheitlichen ebenso einer Revision.

Ich vermisste den sehr geschätzten Gesprächspartner Dr. Mussil von der Bundeshandelskammer. Auf der einen Seite gelobt er der Vertretung des Buchhandels, daß die Kammer mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die steuerliche Besserstellung des Buches eintreten wird. Wenn es aber darum geht, hier im Nationalrat die Tat zu setzen, dann entscheidet der Generalsekretär der Bundeshandelskammer Dr. Mussil gegen seine Standeskollegen. (*Abg. Dr. Gorbach: Müssen!*) Müssen? So streng sind bei Ihnen die Sitten, Herr Bundeskanzler? (*Abg. Dr. Gorbach: Wir sind Demokraten, die Mehrheit entscheidet!*) Die Mehrheit entscheidet. Dann soll Dr. Mussil auch sagen, daß er anders entscheiden mußte, wenn er draußen wieder seinen Standeskollegen gegenübersteht. Dort redet er aber anders. Dort tut er so, als hätte er es denen da auf der Regierungsbank wirklich hineingesagt. In der Regel verteidigt Dr. Mussil aber jene, die auf dieser Regierungsbank sitzen.

1958 hat Österreich das UNESCO-Abkommen unterzeichnet. Sinngemäßer Bestandteil dieses Abkommens ist, daß das Buch im Interesse des freien Austausches von Ideen und Wissen und der Förderung internationalen Verständnisses von allen steuerlichen Belastungen befreit werden soll. Im Jahre 1958 hat sich die Republik durch Unterzeichnung eines Vertrages zur steuerlichen Besserstellung und zur Befreiung des Buches von Steuern bekannt. Von 1958 bis 1967 ist die österreichische Bundesregierung die Verwirklichung dieses Abkommens schuldig geblieben.

Der Herr Unterrichtsminister befindet sich bezüglich des Buches in einer nicht einfachen Situation. Es wäre aber interessant, zu wissen, wie seine persönliche Meinung zu diesem nicht unwesentlichen Thema ist. Nach wie vor gilt der Grundsatz: Du kannst kein Buch öffnen, ohne daraus etwas zu lernen! Sogar wenn man die Budgetreden des Finanzministers zur Hand nimmt, kann man daraus etwas lernen. Man braucht sie allerdings nicht aufzuschlagen, sondern nur von außen anzusehen (*der Redner zeigt einige Broschüren*), so zeigt sich: Je schlechter das Budget wird, um so aufwendiger läßt der Finanzminister seine Budgetreden drucken. Das ist wahrscheinlich seine Auffassung vom Buch. Da er von kulturellen Dingen so wenig hält, leidet also das Buch so sehr unter der steuerlichen Belastung in Österreich.

Aber auch dem Herrn Bundeskanzler erweist der Finanzminister einen überaus schlechten Dienst. Dr. Klaus bemüht sich seit ge-

raumer Zeit, unsere nachbarschaftlichen Beziehungen zu den Ostblockstaaten zu verbessern. Er tut dies auch deswegen, um die wirtschaftlichen Beziehungen zu beleben. Obwohl der Herr Bundeskanzler in den letzten Monaten sehr intensive Reisen durchführte, hat doch die Regierung manche Möglichkeit, Österreich auf dem Gebiete des geistigen Gedankenaustausches in Szene zu setzen, versäumt.

Die Bundesrepublik Deutschland hat mit Jugoslawien, Ungarn und Rumänien am 1. Juli beziehungsweise am 1. September 1967 ein Abkommen geschlossen, das bestimmt, daß die bundesdeutschen Verlage um 30 Prozent verbilligte Bücher nach den drei genannten Ländern exportieren. Das österreichische Buch ist in den genannten Ostblockstaaten aber um 45,8 Prozent teurer als das bundesdeutsche Buch. Auch das, Herr Abgeordneter Harwalik, liegt nicht auf der Linie einer Verbreiterung und Vertiefung unseres kulturellen Auftrages im Sinne eines Mittlers und Vermittlers zwischen Ost und West. Betrachten wir die kulturellen Krisen, denen wir ausgesetzt sind! Man könnte beinahe schon konstatieren: von der Krise der österreichischen Staatsoper zur Krise des österreichischen Buches und des österreichischen Verlagswesens.

Wir haben gestern aus dem Munde des Generalsekretärs der Österreichischen Volkspartei zur Kenntnis nehmen können, daß uns der beste Schmitz, den es je gab, auch künftig als Finanzminister erhalten bleiben wird. Wenn es sich um eine parteioffizielle Stellungnahme handelte, dann wird keine Regierungsumbildung vorgenommen. Das heißt also: Wir haben uns auf dem Gebiete der Bildungspolitik, auf dem Gebiete der Kultur, auf dem Gebiete des Buches und des Verlagswesens nach wie vor mit einem einsichtslosen Finanzminister auseinanderzusetzen!

Ob es bei dieser Einstellung des Finanzministers und der Bundesregierung möglich sein wird, die kulturelle Mittlerrolle Österreichs weiterhin aufrechtzuerhalten und wahrzunehmen, wird die weitere Entwicklung zeigen. Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß von der Mehrheitsfraktion den bildungspolitischen Anliegen zuwenig Bedeutung beigemessen wird. Die ÖVP bleibt bei der unabdingbaren Auffassung: Was die Mehrheit mit 85 Mandaten dekretiert, das müssen die Oppositionsfraktionen bedingungslos zur Kenntnis nehmen! Solange Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP-Fraktion, diese Haltung aufrechterhalten, sind wir Freiheitlichen nicht in der Lage, dem in Beratung befindlichen Kapitel unsere Zustimmung zu erteilen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Zankl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Zankl (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich zu meinem eigentlichen Thema, zu Denkmalschutzfragen übergehe, bin ich leider gezwungen, auf eine Äußerung des Abgeordneten Ofenböck einzugehen, die er hier über Kärnten hat fallenlassen. Ich bedaure, daß Kollege Ofenböck jetzt nicht hier ist. Aber ich nehme an, daß er im Parlamentsrestaurant sitzen und das vielleicht während des Essens über den Lautsprecher hören wird. (Abg. Dr. Gruber: *Da wird ihm der Appetit vergehen!*) Der Appetit wird ihm nicht vergehen, aber er wird vielleicht ein bissel etwas dazulernen. Er wird lernen, in Zukunft mit Äußerungen, mit denen er sich aufs Glatteis begibt, vorsichtiger zu sein.

Er hat hier gesagt, er hätte einer Kärntner Zeitung entnommen, daß im Kärntner Landesbudget der Kultur- und Schulhaushalt heuer prozentuell niedriger dotiert ist als im vergangenen Jahr. Ich kenne die Ziffern und auch die Zeitung nicht, die er zitiert hat, aber ich nehme an, daß wahrscheinlich bei den Endziffern des Budgets auch der außerordentliche Haushalt und das sogenannte Eventualbudget dabei sein werden, sodaß also ein laizistischer Leser den Eindruck gewinnen kann, daß der Kulturhaushalt geringer geworden sein könnte.

Dazu muß ich Ihnen folgendes sagen: Es ist doch in Österreich landesbekannt, wie kulturfreudig die Kärntner Landesregierung und der Kärntner Landtag eingestellt sind. Ich möchte gleich hier erwähnen — das ist eines meiner stärksten Argumente, Herr Kollege Gruber —, daß dieses Landesbudget, das Ihr Kollege Ofenböck kritisiert hat (Abg. Dr. Gruber zeigt eine Zeitung: *Im Kärntner Landtag ist das erklärt worden!*), einstimmig, also auch von Ihrer Partei und von der FPÖ, angenommen werden wird oder schon angenommen worden ist. (Abg. Dr. Gruber: *1,6 Prozent des gesamten Landesbudgets!* — Abg. Dr. Kranzlmayr: *Zuerst waren es 1,9!*)

Ich möchte, weil ich gerade beim Kollegen Ofenböck bin, doch noch etwas dazu sagen, Herr Kollege Gruber (Abg. Dr. Gruber: *Abgesenkt ist es!*), und zwar deshalb, weil Kollege Ofenböck aus Niederösterreich kommt und weil Niederösterreich ja das Land ist, das eine eigenartige und bemerkenswerte Schul- und Kulturpolitik gegenüber den anderen betreibt, vor allem gegenüber jener Partei, die eine sehr starke Partei ist, Ihre Partner in der Regierung, die Sozialistische Partei, und weil auch gewisse Äußerungen das

sehr stark beleuchten. Zum Beispiel die Äußerung des Bundesrates Singer aus St. Pölten, der die Schulpolitik so darstellt, wie sie wir Sozialisten bei Ihnen in Niederösterreich sehen. Ich möchte auch noch auf das hinweisen, was ich voriges Jahr anlässlich meiner Budgetrede über die schulpolitische Haltung der Niederösterreicher uns Sozialisten gegenüber gesagt habe. Ich habe anlässlich meiner Budgetrede über den Polytechnischen Lehrgang erwähnt, daß in Niederösterreich von zehn Polytechnischen Lehranstalten nur eine einzige von einem Sozialisten geleitet wird. Alle neun anderen werden von ÖVP-Schulleitern geführt.

Ich möchte diese fast barbarische Haltung der niederösterreichischen Schulpolitiker gegenüber der zweitgrößten Partei in diesem Lande vielleicht mit der Zitierung zweier Strophen eines Gedichtes von Erich Kästner beleuchten, das Ihnen vielleicht bekannt sein wird. Ich möchte von den vielen Strophen nur zwei zitieren. Zum Verständnis dieser beiden Strophen möchte ich vorausschicken — es handelt sich um das Gedicht „Die Entwicklung der Menschheit“ von Erich Kästner —, daß nur die ersten zwei Strophen auf die besondere Haltung Ofenböcks und vielleicht auch seiner Kommilitonen aus Niederösterreich zugeschnitten sind. (Abg. Dr. Gruber: *Eine Widmung: Kästner für Ofenböck!*) Gut, Kästner für Ofenböck, oder sagen wir: für Niederösterreich. Es heißt also folgendermaßen:

„Einst haben die Kerls auf den Bäumen gehockt“ (Abg. Dr. Gruber: *Das ist die erste Strophe!*), „behaar und mit böser Visage.

Dann hat man sie aus dem Urwald gelockt und die Welt asphaltiert und aufgestockt, bis zur dreißigsten Etage.

Da saßen sie nun, den Flöhen entflohn, in zentralgeheizten Räumen.

Da sitzen sie nun am Telephon“ — und jetzt passen Sie auf: —

„Und es herrscht noch genau derselbe Ton wie seinerzeit auf den Bäumen.“ (Abg. Dr. Gorbach: *Die Baumgartner Höhe ist da! — Heiterkeit.*)

Das muß ich leider auf den Kollegen Ofenböck zuschneiden. Mehr Sachliches wird ja noch zu den Dingen, die Kollege Ofenböck angeschnitten hat, Kollege Haas als niederösterreichischer Kollege zu sagen haben.

Bevor ich auf die Denkmalschutzangelegenheiten zu sprechen komme, lassen Sie mich noch kurz auf eine zweite Frage eingehen, die uns in Kärnten sehr stark berührt, und zwar die Raumfrage an den allgemeinbildenden höheren Schulen.

5928

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Zankl

Es hat uns angenehm und sympathisch berührt, daß in den letzten Jahren in Kärnten eine Reihe allgemeinbildender höherer Schulen genehmigt und errichtet worden ist. Aber wir stehen vor einer sehr schwierigen Raumsituation, weil die armen Gemeinden, um die es sich handelt — eine einzige Gemeinde ausgenommen, die ein Schloß gemietet hat, das ist Althofen —, ganz einfach nicht in der Lage sind, die Raumfrage für diese neuen allgemeinbildenden höheren Schulen zu lösen oder zu klären.

Ich kann dazu sagen, daß es zu der Situation kommt, daß die Klassen der höheren Schulen langsam aber sicher die Pflichtschulklassen aus den Schulen hinausdrängeln, sodaß man gezwungen ist, die Pflichtschulklassen aus diesen Schulen herauszunehmen. Es gibt sogar Situationen — weniger bei uns in Kärnten, ich habe das von einem Kollegen aus Tirol gehört —, daß man sogar dazu übergehen muß, Behelfsbauten zu errichten, um die Schulen unterzubringen.

Ich möchte dieses Thema deshalb anschneiden — ich habe das zwar schon im Budgetausschuß erwähnt —, weil es darüber hinaus auch in Kärnten alte, seit vielen Jahrzehnten bestehende höhere Schulen gibt, die in einer entsetzlichen Raumsituation sind. Ich meine die beiden Gymnasien 1 und 2 in Klagenfurt. Ich möchte das deshalb erwähnen, weil es uns schmerzlich berührt, meine Damen und Herren, daß zwar der Bund, also das Ministerium, den Finanzbedarf, um diese Raumnot der höheren Schulen beheben zu können, also um die Schulen bauen zu können, mit etwa 7 Milliarden Schilling beziffert hat — das ist natürlich nur eine geschätzte Ziffer, sie wird in Wirklichkeit in Anbetracht der ständig steigenden Baukosten ja viel höher sein —, daß aber in einem Jahresbudget trotz dieses Erfordernisses von 7 Milliarden nur 350 Millionen vorgesehen sind. Rechnen Sie sich aus: Das hieße also, daß man erst in 20 oder 25 Jahren in der Lage sein wird, den Raumbedarf dieser Schulen abzudecken.

Ich möchte daher noch einmal, wie ich das schon im Budgetausschuß gemacht habe, sagen: Meine Damen und Herren von der ÖVP, bemühen Sie sich doch, diese Summe von 350 Millionen pro Jahr doch wenigstens auf das Doppelte zu erhöhen, damit wir wenigstens die Hoffnung haben, daß wir in zehn Jahren damit fertig sein können.

Ich möchte auf noch etwas hinweisen, was mein Kollege Eberhard im Finanz- und Budgetausschuß angeschnitten und bekrittelt hat, das ist die Tatsache, daß man sich leider von der Ministerialbürokratie her anscheinend gezwungen sieht, den Gemeinden unbedingt

aufzuerlegen, für den späteren Bau eines Gymnasiums oder einer HTL oder was es nun sei unbedingt den aufgeschlossenen Baugrund zur Verfügung zu halten, das heißt: anzukaufen, aufzuschließen und zur Verfügung zu stellen. Ich muß das deshalb sagen, weil ich das von anderen Seiten auch höre, auch aus der Steiermark.

Bedenken Sie doch, meine Damen und Herren: Die Finanzsituation der meisten Gemeinden ist außerordentlich schwierig, und es ist für eine Gemeinde nicht so leicht, 20.000 m² Grund um ungefähr 4½ bis 5 Millionen Schilling zu kaufen und diesen Grund aufgeschlossen — das erfordert noch einige hunderttausend Schilling — dem Bund zu servieren und zu sagen: Bitte, lieber Bund, du brauchst jetzt nur noch zu bauen.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich, da Fragen des Pflichtschulwesens, der Landestheater, der Kärntner Hochschule, des Kärntner Sportwesens ja von meinen beiden Fraktionskollegen Lukas und Luptowits später noch beleuchtet werden, auf das eigentliche Thema, das ich mir für heute vorgenommen habe, eingehen, und zwar auf Fragen des Denkmalschutzes. Ich habe dafür drei Gründe und darf diese vielleicht gleich an den Beginn meiner Ausführungen setzen:

Erstens deshalb, weil die sogenannten Förderungszuwendungen für die Wiederherstellung von Kunstdenkmälern, die nicht im Besitz des Bundes sind, die an die Länder abgegeben wurden, gegenüber dem heurigen Jahr, gegenüber dem laufenden Budgetjahr im nächsten Jahr um ungefähr 3 Millionen Schilling vermindert werden, also von 20 Millionen auf fast 17 Millionen Schilling.

Zweitens möchte ich gleich am Beginn auf das schon sehr antiquierte Denkmalschutzgesetz aus dem Jahre 1923 hinweisen, bei dem man sich — das ist mir vom zuständigen Ministerialrat bekannt — zweifellos seit Jahren bemüht, ein neues Gesetz aufzulegen, es dem Parlament zur Beschußfassung vorzulegen, aber es kann noch immer nicht beschlossen werden, und es ist auch noch an keine Novellierung gedacht worden, obwohl ich mir persönlich denke, daß auch eine Novellierung einzelner Bestimmungen des alten Gesetzes eigentlich schon ausreichen müßte.

Und drittens: Die Bezahlung der Landeskonservatoren ist ein Problem, das uns auch Sorgen macht. Ich werde am Schluß noch einmal darauf zurückkommen. Diese sind ja Bundesbeamte, wie Sie wissen, und die Bezahlung ist so, daß sie keinen Anreiz bietet, einen Posten zu besetzen, der durch Pensionierung vakant geworden oder der neu geschaffen

Zankl

worden ist. Zum Beispiel ist bei uns in Kärnten der Posten eines Architekten als Mitarbeiter des Landeskonservators frei. Der kann nicht besetzt werden. Er wird nicht besetzt, weil sich einfach niemand bewirbt.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich Ihnen im allgemeinen folgendes sagen. Sie wissen ja genausogut wie ich, daß Österreich ein Kulturland ist, das das Glück hat, mit einer erfreulich großen Anzahl von Kunstdenkmalen ausgezeichnet zu sein. Sehr viele dieser Kunstdenkämler sind im Laufe der letzten Jahre und Jahrzehnte, obwohl sie schon im Verfall gestanden sind, wiederhergestellt worden, aber leider geht bei sehr vielen Kunstdenkmalen dieser Verfall weiter. Es besteht — und hier komme ich wieder auf die Förderungszuwendungen zurück — die große Gefahr, daß dieser Verfall nicht mehr aufgehalten werden kann.

Kärnten ist mit solchen Kunstwerken — ich muß sagen: Gott sei Dank — besonders gesegnet. Wir haben festgestellt, daß die Fremden, vor allem aus Deutschland, nicht nur deshalb nach Kärnten kommen, weil das Land landschaftlich sehr schön und sehr reizvoll ist, sondern sie kommen auch deshalb zu uns, weil sie darüber hinaus auch eine ganze Reihe von wirklich bemerkenswerten kunstgeschichtlichen Glanzpunkten aufzusuchen und besuchen können.

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung hat festgestellt — und darauf stützt sich das Landesstatistische Amt im Lande Kärnten —, daß in Kärnten allein durch den Fremdenverkehr 2,5 bis 3 Milliarden Schilling an Devisen hereingebracht werden. Wenn man das in Beziehung setzt zu den 12 bis 13 Milliarden in Gesamtösterreich, ist das ein gutes Viertel. Kärnten hat also das Glück, dem Staat eine sehr schöne Zahl von Millionen und Milliarden an Devisen zur Verfügung zu stellen. Es ist nicht übertrieben, wenn ich sage, daß die wirtschaftliche Bedeutung der Kunstdenkämler bei uns in Kärnten — nicht nur bei uns in Kärnten, aber auch bei uns in Kärnten — eminent ist.

Kärnten — und hier komme ich eigentlich wieder auf Ofenböck zurück — tut aber sehr viel, obwohl es im Landesbudget eine freiwillige Aufgabe ist. Kärnten tut sehr viel zur Kultur- und Kunstdförderung. Viele hunderttausend Schilling werden jährlich aufgewendet. Der Herr Minister kennt ja selbst unsere Bemühungen um den Magdalensberg, um die Ausgrabungen. Das kostet jährlich sehr viel.

Kärnten fühlt sich also, weil es eben über eine Unzahl vor allem schöner romanischer und gotischer Kunstwerke verfügt, verpflichtet,

auch von sich aus sehr viel zu tun. Deshalb glaube ich Ihnen nicht, lieber Kollege Ofenböck — jetzt sitzen Sie ja wieder da —, daß es stimmen könnte, daß der Betrag, der für die Kultur und Kunstdförderung, für die Schulpolitik in Kärnten aufgewendet wird, geringer geworden ist als in den Jahren vorher. (Abg. Dr. Gruber: *Nicht absolut, aber relativ!*) Ja, ich habe das aber schon widerlegt. Wahrscheinlich ist bei der Berechnung, wie ich Ihnen schon gesagt habe, Herr Kollege Gruber, das Eventalbudget und das außerordentliche Budget dabei.

Kärnten hat also, um darauf wieder zurückzukommen, zum Beispiel die größte Zahl an gotischen Flügelaltären: 70. Ein Teil dieser Flügelaltäre wird ja sogar ab und zu für Kunstausstellungen außerhalb des Landes ausgeliehen. Kärnten hat eine Riesenzahl an Fastentüchern, an Fresken, immer neue werden entdeckt, unzählige Holzstatuen, die leider von Anobien, von Holzwürmern schon angefallen sind und daher restauriert werden. Hier muß ich allerdings dankenswerterweise anerkennen, daß der Bund über eine Werkstatt verfügt, in der wirklich ausgezeichnete Fachleute zur Verfügung stehen und in der jedes Jahr solche Holzstatuen restauriert werden und ein weiterer Verfall bekämpft wird.

Darüber hinaus hat Kärnten eine ungeheure Zahl von malerischen Arkadenhöfen, Stadtbrunnen aus der Barockzeit, Gedenksäulen und Stuckdecken, nicht nur sakrale, sondern auch profane. Ich möchte auch erwähnen, daß ein Großteil des Kärntner Kunstsitzes sakraler Art ist und daß von diesen annähernd 1000 Kirchen — ungefähr 300 sind noch in Verwendung — 700 Kirchen, sogenannte Filialkirchen, die nicht mehr in Verwendung sind, zu verfallen drohen, obwohl sie auch, im kleinen gesehen, Glanzpunkte kunstgeschichtlicher Art sind.

Kärnten hat darüber hinaus 100 Burgen und 50 Schlösser, von denen sich 30 Schlösser in einem geradezu beschämenden und entsetzlichen Zustand befinden. Darüber hinaus hat Kärnten drei Städte mit sehr interessantem historischem Stadtteil: Friesach, Gmünd und St. Veit an der Glan. Ich möchte auf diese Dinge gar nicht näher eingehen.

Kärnten hat auch Bundesbesitzungen, die vom Bund noch nicht in Angriff genommen worden sind. Es wird von uns anerkannt, daß sich zum Beispiel das Stift Ossiach ja schon wieder in einem erstaunlich schönen Kleid befindet, also restauriert ist. Darüber hinaus aber gibt es in Kärnten noch drei im Bundesbesitz befindliche Ruinen, die es unbedingt verdienen würden, auch wiederhergestellt zu werden: die Ruine Arnoldstein,

5930

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Zankl

die fast an der Straße nach Italien liegt, die Ruine Finkenstein, die in der Nähe des sehr malerischen Faakersees liegt, und die Ruine Wullroß im Wimitztal in der Nähe von St. Veit, die auch sehr reizend ist und die wahrscheinlich, sobald sie ausgestattet und hergerichtet wäre, Gelegenheit geben würde, daß sie die Fremden besuchen.

Wir bekommen zahllose Briefe vor allem von den Bürgermeistern unseres Landes. Die Fremden machen Anregungen, fragen uns aber auch — und das ist keine Übertreibung, wenn ich das jetzt sage —: Um Gottes willen, seid ihr denn in Kärnten Barbaren, weil ihr so vieles verfallen läßt?

Ich möchte zum Schluß zu dem Thema sagen: Es wäre wirklich schade, wenn Österreich seine musealen Schätze unter freiem Himmel langsam aber sicher verlieren würde. Kärnten ist ein Land, das von sich aus allein nicht in der Lage ist, diese Kunstdenkmäler zu erhalten. Auch die finanzschwachen Gemeinden sind dazu nicht imstande, das habe ich ja schon früher erwähnt.

Ich möchte jetzt in aller Kürze doch noch auf die Tatsache eingehen, daß es andere Staaten gibt, und zwar meine ich vor allem Frankreich, die uns in dieser Hinsicht weit voraus sind. In Frankreich gibt es seit Jahrzehnten eine schöpferische Denkmalpflege. Dort werden Denkmäler seit vielen Jahrzehnten zu einer gewissen Stilreinheit zurückgeführt und von parasitären Zubauten befreit. In Frankreich gibt es auch ein eigenes Classement, das heißt eine Liste, die immer wieder aufgelegt und erneuert wird, in der denkmalgeschützte, denkmalwürdige oder schutzbedürftige Baulichkeiten festgehalten werden. In diesem Classement sind zum Beispiel in Frankreich allein 15.000 Baudenkmäler erfaßt.

Und nun — das ist für uns besonders interessant — werden aber in Frankreich aus Budgetmitteln 50prozentige Zuschüsse für die Erhaltung von Objekten gegeben, die in diesem Classement eingetragen sind. Auf diese Art war Frankreich in der Lage, in 20 Jahren ungefähr 200 Ortsbilder von Städten, Märkten und Dörfern zu restaurieren und zu erhalten.

Darüber hinaus hat Frankreich im Jahre 1962 ein neues Gesetz beschlossen, das nach diesem schöpferischen Minister als „Loi Malraux“ bezeichnet wird und das eine Revitalisierung funktionslos gewordener und überalterter Stadtteile von großer kultureller Bedeutung zuläßt. Die Jahresmittel, die im französischen Budget für die Erhaltung solcher Kunstdenkmäler eingesetzt werden, belaufen sich auf zirka 150 Millionen neue Francs. Das sind also umgerechnet 750 Millionen Schilling. Wenn wir das in Beziehung setzen,

also die französische Einwohnerzahl von 50 Millionen zu 7 Millionen Österreichern, dann kann man sich leicht errechnen, daß das hieße, daß man in Österreich ungefähr 108 bis 110 Millionen Schilling im Jahr für die Denkmalerhaltung ausgeben müßte.

In Österreich aber werden statt dieser wünschenswerten 108 bis 110 Millionen im Jahr nicht einmal mehr die 20 Millionen ausgegeben, die wir heuer noch im Budget haben, sondern nur noch 17,3 Millionen, also um fast 3 Millionen weniger. Das berührt natürlich uns Ländervertreter schmerzlich, weil wir daraus ableiten können, daß die Zuschüsse an die Länder und Gemeinden in Zukunft noch geringer werden, als sie ohnehin schon sind.

Nun möchte ich zum Schluß kommen. Meine Damen und Herren! Zum Denkmalschutzgesetz brauche ich nichts mehr zu sagen. Ich möchte nur noch erwähnen, daß es vielleicht ausreichend wäre, eine Novellierung des alten Gesetzes durchzuführen.

Zum zweiten Thema möchte ich nur noch einmal sagen: Die Frage der Konservatoren in den Ländern kann nur von der finanziellen Seite her angepackt werden. Ich weiß, daß zum Beispiel der Herr Landeskonservator von Vorarlberg nun gezwungen ist, auch Salzburg mitzubetreuen, und zwar nicht deshalb, weil Salzburg keinen Konservator hätte, Salzburg hat einen Konservator gehabt. Er ist in Pension gegangen, aber er kann nicht ersetzt werden, weil jeder voll ausgebildete Akademiker sagt: Wissen Sie, Herr Kollege, das ist für mich finanziell unattraktiv, uninteressant, ich lasse mich nicht mit der Gruppe VII abspeisen, unter der Gruppe VIII. Ich bin nicht mehr entschlossen, mich in diesen Dienst einweisen zu lassen.

Daher möchte ich am Schluß bei diesem Kapitel bitten: Es müßte doch möglich sein, meine Herren vom Ministerium und Herr Minister, eine kleine Korrektur im Dienstpostenplan vorzunehmen und die Landeskonservatoren, die ja wirklich erstklassig ausgebildete Fachleute sind, die alles mitmachen müssen, die auf die Leitern hinaufsteigen müssen wie ein Techniker, die alles auch von der technischen Seite und nicht nur von der rein künstlerischen Seite her beurteilen müssen, es müßte also doch möglich sein, die Landeskonservatoren wenigstens am Ende ihrer Laufbahn in die Gruppe VIII vorrücken zu lassen. Das ist doch bestimmt keine übermäßige Belastung des Bundesbudgets.

Als letztes möchte ich sagen, daß der Personalaufwand im Budget für 1968 leider auch zurückgegangen ist, und zwar um 300.000 S. Ich kenne zwar die Begründung aus den Erläuternden Bemerkungen, und ich

Zankl

habe sie zur Kenntnis genommen, aber ich muß hier noch einmal feststellen: Es müßte doch möglich sein, ein Budget zu erstellen, das im Personalaufwand nicht um 300.000 Schilling weniger aufweist, sondern mindestens um 300.000, 400.000 oder 500.000 Schilling mehr, damit man den berechtigten Wunsch, den ich vorhin vorgebracht habe in bezug auf die Bezahlung der Landeskonservatoren, endlich erfüllen könnte.

Ich hoffe, meine Damen und Herren, daß die drei von mir vorgebrachten Anregungen, die sicher auch der Auffassung aller anderen Abgeordneten entsprechen, auf fruchtbaren Boden fallen werden und bald berücksichtigt werden können. Die österreichischen Kunstdenkmäler wären es wahrlich wert. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Johanna Bayer. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Bei den Budgetberatungen im Finanz- und Budgetausschuß wurde von seiten der Opposition immer wieder auf die Notwendigkeit und Bedeutung einer Rangordnung hingewiesen. Dabei kann sich diese Rangordnung der Vorhaben nur auf den geringen Prozentanteil des Budgets beziehen, der nicht durch Gesetze gebunden ist.

Die Zahl und die Vielfalt der geäußerten Wünsche und die Forderungen würden vermutlich ein Gesamtbudget von 95 bis 100 Milliarden Schilling notwendig machen. Daß dies gänzlich unrealistisch ist, erscheint jedem klar, und keine Regierung könnte in Zeiten der allgemeinen Konjunkturabflachung, welche nicht nur Österreich, sondern viele Staaten betrifft, alle von den Abgeordneten geäußerten Wünsche erfüllen. Dabei sind diese Wünsche zum Teil auch sehr subjektiv. Sie betreffen eine Gemeinde, ein Bundesland, und man hat den Eindruck, daß hier nicht immer das gesamte Anliegen unseres Staatswesens beachtet wird.

Was die Rangordnung anbelangt, sollten doch alle Abgeordneten und die Bevölkerung die verstärkte Investitionstätigkeit zur Erhaltung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen als wichtigste und vordringlichste Maßnahme anerkennen. Die Arbeitsplätze sichern den Lebensstandard, die sozialen Erfolge, die Möglichkeiten der Bildung, Forschung und der Kulturförderung, wobei letztere wesentlich zur sinnvollen Freizeitgestaltung beitragen soll.

Auch das Budget des Unterrichtsministeriums müßte, wenn alle Wünsche der Abgeordneten sowie der direkt oder indirekt betroffenen Institutionen erfüllt werden sollten,

um 30 oder mehr Prozent höher sein. Dabei ist es — wie bereits festgestellt wurde — das höchste Kulturbudget, das es je gegeben hat, mit dem bisher größten Anteil am Gesamtbudget.

Der Herr Bundesminister für Unterricht betonte in seiner abschließenden Rede im Finanzausschuß, daß alle Anliegen gleich bedeutsam wären, daß jedoch leider einzelne Teilgebiete des Kapitels Kunst nicht die beachtlichen Erhöhungen erfahren konnten, wie sie vom Jahre 1966 zum Jahre 1967 vorgenommen wurden. Dies kommt in keiner Weise einer Mindereinschätzung dieser Teilgebiete gleich, sondern entstand aus der Notwendigkeit, mit den verfügbaren Mitteln Schwerpunktmaßnahmen für das Jahr 1968 zu setzen und in späterer Folge andere, zum jetzigen Zeitpunkt nicht mögliche zu begünstigen und in den Vordergrund zu stellen.

Wir bedauern, daß es nicht möglich ist, gewisse Teilgebiete in entsprechendem Maße auch im Jahre 1968 zu fördern. Jeder verantwortungsbewußte Abgeordnete, der nicht nur parteipolitisch, sondern vor allem staatspolitisch denkt, sollte bei sich selbst und auch in der Öffentlichkeit bei der Bevölkerung zum Verständnis dieser Notwendigkeiten beitragen.

Frau Abgeordnete Hofrat Klein-Löw hat gesagt, es gibt keinen Dringlichkeitsvorrang, alles ist dringlich. Das ist leicht gesagt und klingt sehr gut, überhaupt wenn es im Fernsehen gesendet wird. Ich frage: Was würden Sie zurückstellen, oder wie würden Sie dann die Mittel verteilen, wenn alles dringlich ist und alles mehr Mittel benötigt? Dazu haben Sie keinen Vorschlag gemacht. Also auf welchem Gebiet der Kulturpolitik würden Sie einsparen, um Mittel zu bekommen? Das steht eigentlich im Widerspruch zu der anderen Aussage, daß alles gleich dringlich sei.

Ich komme zu den Schwerpunktmaßnahmen des Unterrichtsressorts zurück, die uns als notwendig erscheinen. Die erste Schwerpunktmaßnahme gilt in neuerdings finanziell erhöhtem Ausmaß der Erschließung von Begabungsreserven aus allen weniger bemittelten Kreisen; das betrifft die Kinder der Arbeiter, der kleinen Angestellten, der Gewerbetreibenden und der Bauern.

Die größere Schülerzahl erfordert mehr Klassen, Lehrer, neue höhere Lehranstalten, Lehrkanzeln, Professoren und Assistenten — das wurde heute wiederholt gesagt —, Stipendien und alle möglichen sonstigen Vergünstigungen und Verbesserungen auf dem Gebiete des Schulwesens.

Durch die umfassenden und intensivierten Bildungsmöglichkeiten werden Menschen mit

5932

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer

Verständnis für die sozialen und wirtschaftlichen Belange unseres Landes, aber auch mit Verständnis für die Kultur Österreichs geformt.

Deshalb können wir vielleicht auch sagen, daß dies als erste Schwerpunktmaßnahme anzusehen ist. Allerdings ist es eine enorme Investition auf weite Sicht für die Zukunft dieses Landes und seiner Bevölkerung, für die wir Abgeordnete heute verantwortlich zeichnen.

Wenn ich nun noch einmal auf die Ausführungen der Frau Abgeordneten Hofrat Klein-Löw zurückkommen darf: Sie hat in ihrer Rede so getan, als ob diesbezüglich nichts oder zumindest viel zuwenig geschehe und alles geradezu versäumt würde. Ich habe den Eindruck, Frau Hofrat, Sie glauben selbst nicht, was Sie sagen. Haben nicht Ihre heutigen Ausführungen schon etwas an Demagogie gegrenzt? Sie sind in das Fernsehen gekommen, und es ist dort vielleicht ganz interessant, wenn man alles, was von der ÖVP-Regierung getan wird, als schlecht und unbefriedigend hinstellen kann. (Abg. R. Weisz: *Frau Dr. Bayer, Sie werden auch aufgenommen!*) Sie haben im Ausschuß so sachlich gesprochen, und es war ein großer Gegensatz, wie Sie heute hier geredet haben.

Dann haben Sie gesagt: Na ja, diese ganzen Mißstände röhren nicht von dem jetzigen Unterrichtsminister her, sondern von den früheren Jahren und von der ÖVP. Da möchte ich nur fragen, ob Sie eigentlich damals nicht in der Koalition gewesen sind. (Abg. Horr: *Der Unterrichtsminister war immer ein ÖVPler!*) Hätten Sie damals vielleicht Ihrem Sozialminister oder Ihrem Verkehrsminister Mittel wegnehmen können oder weggenommen? Ist es ist die Aufgabe der Opposition, alles herabzusetzen und kein einziges positives Wort in einer einstündigen Rede für die zahlreichen Schulbauten, die Lehrerbildung, die Bemühungen um die Hochschulen, die Stipendien, die Forschungsförderung und dergleichen mehr zu finden?

Noch nie ist auf dem Bildungssektor in Österreich so viel getan worden wie in diesen Jahren. Das Ausland blickt voll Bewunderung auf die Bestrebungen in unserem Land. Hätte die Konferenz der Unterrichtsminister in Österreich veranstaltet werden können, wenn hier tatsächlich die Situation so düster und traurig wäre, wie sie heute hier geschildert wurde? (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich kehre aber zurück zu den Schwerpunktmaßnahmen und komme zu der zweiten, die das Kapitel Kunst anbelangt. Hier gilt es, die Obsorge für in Not geratene Künstler und die Gewährung von Pensionen aus dem

Künstlerhilfesfonds in den Vordergrund zu stellen. Es ist eine soziale und zugleich kulturelle Verpflichtung, diesen Menschen, die große und unvergängliche Werke geschaffen, geleistet, dargestellt oder interpretiert haben, in vorgesetzten Jahren zu helfen und ihnen beizustehen. Sie sollen nicht in Leid und Einsamkeit vergessen sein, und es soll ihnen nicht erst die Nachwelt Kränze flechten.

Bedeutende Künstler und Nachwuchstalente erhalten durch Ehrungen, Staatspreise, Ankauf von Bildern und anderen Werken öffentliche Anerkennung und Ansporn zu neuen Leistungen. Die psychologische Bedeutung der Anerkennung spielt ja in jedem Beruf eine beachtliche Rolle, vielleicht aber am meisten beim Künstler, der für seine Existenz die Gunst des Publikums benötigt. Gerade diese Gunst aber ist von so vielfältigen Faktoren abhängig: Was den einen begeistert, wird vom anderen verurteilt. Ungezählte große Kunstwerke wurden erst nach Jahren oder Jahrzehnten als solche anerkannt.

Den Künstlern zu helfen, ihre Schaffensfreude zu erhalten und den Älteren unter ihnen ein lebenswürdiges Dasein zu ermöglichen, muß uns Verpflichtung und Aufgabe sein.

Als dritte Schwerpunktmaßnahme gilt es, echte vorhandene Kulturwerke, die vom Verfall bedroht sind, zu retten und nichts zu grunde gehen zu lassen. Wir müßten von kommenden Generationen einen entsetzlichen Vorwurf erhalten, würden wir nicht entsprechende Mittel und die derzeit ausgezeichneten technischen Möglichkeiten für ihre Erhaltung konzentrieren. Dies bedeutet keine beschauliche und romantische Rückgewandtheit in die Geschichte, sondern die nüchterne Erkenntnis unserer Verantwortung für die Zukunft.

Mit den wesentlich erhöhten Mitteln des Bundesdenkmalamtes wird im nächsten Jahr die Schallenburg, ein einzigartiger Renaissancebau, der knapp vor dem Verfall steht, restauriert werden, weiter der Blaue Hof in Laxenburg, die Stiftskirche in Spital am Pyhrn, die eingestürzte gotische Festungsmauer von St. Oswald in Eisenerz und der Kellerbezirk in Heiligenbrunn im Burgenland, der von größter volkskundlicher Bedeutung ist, um nur einige der wesentlichen Vorhaben zu erwähnen.

Die Erhaltung solcher Kunstwerke ist im Hinblick auf den Fremdenverkehr auch in wirtschaftlicher Hinsicht interessant. Österreich erfüllt aber damit zugleich die Bestimmung einer Konvention der UNESCO, die vom Nationalrat genehmigt, am 6. März 1964 ratifiziert und im BGBl. Nr. 22/1964 ver-

Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer

lautbart wurde. Sie besagt, daß wertvolle Kulturgüter als kulturelles Erbe der ganzen Menschheit auch in Friedenszeiten durch nationale und internationale Maßnahmen unter Schutz zu stellen sind. Dieser Konvention der UNESCO entsprechend sind für 1968 Mittel für den Schutz des Kulturgutes im Falle eines bewaffneten Konflikts und für den Zivilschutz der Kulturgüter vorgesehen. Mit der Unterzeichnung des Vertrages wurde ja die Verpflichtung übernommen, zu schützende Gebiete und Objekte zu kennzeichnen und eine Bestandsaufnahme des österreichischen Kunstbesitzes durchzuführen. Auf dem Gebiete des Zivilschutzes handelt es sich um die Schaffung von Schutträumen, um die Klärung von Transportproblemen und um Broschüren, welche die Technik des Schutzes, die Wirkung von Waffen, Angaben über Bodenerschütterung und so weiter enthalten.

Hohes Haus! Die furchtbare Hochwasserkatastrophe in Florenz im vergangenen Jahr hat die ganze Welt erschüttert. Alle Kulturstaaten helfen mit Experten und Mitteln, um die wertvollen Kunstschatze zu retten. Österreich wird im Laufe der kommenden Jahre rund 15.000 Bücher und Archivarien, Kupferstiche und 750 historische Waffen von unschätzbarem Wert in seinen Werkstätten restaurieren.

Schließlich ist beabsichtigt, Studenten und Absolventen der Akademie der bildenden Künste als Restauratoren nach Florenz zu entsenden. Wir können stolz sein, für diese Tätigkeiten ausgezeichnete Fachleute und Experten zu haben, die durch ihr Wirken wesentlich zum Ansehen Österreichs beitragen. Als besonderer Vertrauensbeweis ist es zu werten, daß diese kostbaren Objekte nach Österreich gebracht werden durften.

Auch das Museumswesen wird im Hinblick auf seine Bedeutung für Bildung und Fremdenverkehr besondere Beachtung finden. Hierbei ist nebenher daran gedacht, die Offenhaltungszeiten zu ändern, sodaß auch am Sonntag nachmittag und an manchen Abenden die Museen besucht werden können.

Nachdem schon heuer in der Stallburg die Neue Galerie mit jahrelang deponierten berühmten internationalen Gemälden eingerichtet werden konnte, ist für 1968 im zweiten Stock des Kunsthistorischen Museums eine Sekundärgalerie mit bisher deponierten Werken von Meistern des 15. bis 18. Jahrhunderts vor gesehen, weiter eine historische Porträtgalerie in Laxenburg, die ein Dokument österreichischer Geschichte sein wird, und die Abschlußarbeiten an der Daueraufstellung von Waffen und Rüstungen aus dem gesamten europäischen Raum, die als größte Waffensammlung der Welt gelten kann.

Abgesehen von den erwähnten Schwerpunktmaßnahmen erkennen wir nicht die Bedeutung der Erwachsenenbildung, der Förderung der Literatur und des wertvollen Films und geben der Erwartung Ausdruck, daß hiefür durch das Eventualbudget und durch das Budget des Jahres 1969 mehr Mittel zur Verfügung gestellt und somit weitere Schwerpunkte geschaffen werden können.

Ich möchte aber nun doch auch einige Zahlen mitteilen, die vielleicht ganz interessant sind. In den Jahren 1966 bis 1968 stiegen die Mittel für Musik und darstellende Kunst um rund 16 Prozent, für die Privattheater um 23 Prozent, für Orchester und Musikvereinigungen um 20 Prozent, für Museen um 29 Prozent, für das Bundesdenkmalamt um 56 Prozent. Hier möchte ich den Herrn Abgeordneten Zankl berichtigen: Für die Denkmalpflege sind nicht weniger Mittel vorhanden, sondern um 5,5 Millionen Schilling mehr als im Jahre 1967. Die Steigerung der Mittel für die Filmförderung schließlich beträgt in den Jahren 1966 bis 1968 13 Prozent, die Steigerung der Mittel für die Kunsthochschulen und Kunstsäle 53 Prozent. Ich glaube, diese Zahlen sprechen für sich und beinhalten tatsächlich beachtliche Steigerungen.

Hohes Haus! Wir erkennen nicht den Wert und die Aufgabe der zahlreichen Landes-, Stadt- und Privattheater, der Festspiele in verschiedenen Bundesländern und schließlich der Bundesbühnen, die geradezu eine magische Anziehungskraft auf Gäste aus dem In- und Ausland ausüben. Wir sind glücklich über die musik- und theaterbegeisterte Jugend, die sich heute wie eh und je stundenlang anstellt, um Eintrittskarten zu bekommen, und dankbar, enthusiastisch und begeisterungsfähig ist. Was wäre Österreich ohne die Künstler, die vor dem Vorhang, und ohne die Techniker, die hinter den Kulissen agieren, ohne die Philharmoniker und Darsteller, die als die besten Botschafter unseres Landes bezeichnet werden und manche Spannungen zwischen den Völkern auf der Ebene der Kunst auszugleichen vermögen.

In einer vor kurzem stattgefundenen Fernsehdiskussion über die kulturelle Situation Österreichs sagte ein Teilnehmer wörtlich: Die politische Gesellschaft hat mit Kultur nichts zu tun; kaum einer davon besucht einmal ein Museum oder ein Theater! — Vielleicht sollte man mit einer solchen Kollektivkritik doch etwas vorsichtiger sein. Manche der 165 Abgeordneten dieses Hauses, die ja auch zu der politischen Gesellschaft zählen, würden vermutlich gerne und oft Theater und Museen besuchen, wenn es ihr Terminplan, das Parlament, der Beruf, der Wahlkreis

5934

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer

und die Familie erlaubten. Sie sind schließlich auch nicht als Politiker auf die Welt gekommen, sodaß sie vermutlich früher Zeit hatten, Verständnis und Vorliebe für das kulturelle Geschehen zu gewinnen. Wenn die Abgeordneten oft ins Theater gingen, würde man sagen: Die bekommen Freikarten — ich möchte hier ausdrücklich feststellen, daß sie keine Freikarten bekommen —, man würde sagen: Die haben aber viel Zeit, sie sollen sich mehr um die Politik kümmern. Man sieht also, wie man es macht, macht man es falsch, und das ist immer ein bißchen schwierig.

Wir begrüßen als neuen Ansatz im Unterichtsbudget die Mittel für die kulturpolitischen Auslandsvertretungen und die bisher schon darin vorgesehenen Mittel für die Kulturinstitute im Ausland. Durch diese Institute werden junge Menschen, die in Österreich studieren wollen, beraten. Darüber hinaus veranstalten sie Vorträge österreichischer Wissenschaftler, Dichterlesungen, Filmvorführungen, musikalische Darbietungen unserer Künstler und Ausstellungen ihrer Werke. So wird in einigen Städten Ost- und Westeuropas, in New York und im Vorderen Orient der dort ansässigen Bevölkerung österreichische Kultur vermittelt, damit eine Brücke geschlagen und ein wesentlicher Beitrag zur Begegnung und zum gegenseitigen Verständnis geleistet. Für die Österreicher im Ausland aber bedeuten die Kulturinstitute ein Stück Heimat, an die sie zumeist mit Liebe und Sehnsucht denken.

Hohes Haus! Ein bekanntes Wort sagt: Wer nie fort kam, kam nie heim. Vielleicht sollte so mancher eine Zeitlang im Ausland verbringen, um zu erkennen, daß dort auch nicht alles Gold ist und daß es in Österreich nicht so trist und aussichtslos ist, wie es in diesem Hause täglich dargestellt wird. Ich möchte Ihnen jedenfalls die Versicherung abgeben, daß sich die Abgeordneten der Volkspartei ihrer Verantwortung bewußt und bestrebt sind, die wirtschaftlichen Gegebenheiten zu verbessern, die sozialen Erfolge zu sichern und die kulturellen Errungenschaften und Leistungen der Vergangenheit und Gegenwart nach besten Kräften zu fördern und zu unterstützen, damit sie dieser und den kommenden Generationen Freude, geistige Bereicherung und Erbauung bieten. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Liwanec. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Liwanec (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte eingangs meiner kurzen Rede zum Kapitel 13 auf ein Dokument hinweisen, das am 10. April 1967 dem Herrn Bundeskanzler für die Bundesregierung übergeben wurde. Es handelt sich

um das Wiener Memorandum, das anlässlich eines Besuches des Herrn Bundeskanzlers im Wiener Rathaus von der gesamten Wiener Landesregierung überreicht wurde. Zwei Punkte davon wurden bereits besprochen. Zum ersten, den allgemeinbildenden höheren Lehranstalten, wurde bereits alles gesagt. Ich betone nur, daß die Forderung danach eine Forderung des Wiener Memorandums darstellt.

Der zweite Punkt ist die von allen im Wiener Landtag vertretenen Parteien einstimmig beschlossene Forderung nach einem Rundfunkstudio Wien. Ich habe mir erlaubt, dazu ebenfalls bereits etwas zu sagen.

Heute bitte ich Sie alle, meine Damen und Herren, um Entschuldigung, wenn ich zu einem aktuellen Ereignis in diesem Zusammenhang ein paar Worte sage, obwohl es nicht zum Kapitel 13 gehört. Genaugenommen gehört es nämlich doch dazu, denn von so vielen Rednern wurde Demokratie und Fairneß betont. Ich denke dabei an die Eisenbahnerwahlen, die der Österreichische Rundfunk in seiner Berichterstattung in einem Maße unterbewertet, das ganz einfach unerträglich ist. Wenn ich daran denke — ich habe das selbst verfolgt —, mit welcher Freude die Nachrichtenredaktion des Österreichischen Rundfunks in Rundfunk und Fernsehen eine Nachwahl in England in einem Wahlkreis, in dem 18.000 Menschen zur Wahlurne schritten, zwei Tage hindurch in allen Nachrichtensendungen gebracht hat, erscheint mir das, was bei diesen Eisenbahnerwahlen an Berichterstattung im Rundfunk passiert ist, als unentschuldbar. (Zustimmung bei der SPÖ.) Man möge entschuldigen, wenn ich in einem Akt der Notwehr — auch das gehört zur Demokratie — wenigstens von dieser Stelle aus mitteile, daß das Endergebnis dieser Wahlen bei den Arbeitern und Angestellten der Österreichischen Bundesbahnen der sozialistischen Fraktion 16 Mandate und den christlichen Gewerkschaften wie den Kommunisten je 1 Mandat gebracht hat. (Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf bei der ÖVP.)

Ich habe gesagt, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich tue das aus einem Akt der Notwehr ...

Präsident Wallner: Ich bitte den Herrn Abgeordneten, zur Sache zu sprechen. (Abg. Czettel: Er spricht doch zur Sache! — Weitere Zwischenrufe.)

Abgeordneter Liwanec (fortsetzend): ... weil der Österreichische Rundfunk über diese Angelegenheit zuwenig berichtet hat. (Zwischenrufe bei der ÖVP. — Gegenrufe bei der SPÖ. — Abg. Czettel: Er spricht über den Rundfunk, und Sachen des Rundfunks sind auch Kultur-

Liwanec

fragen! Soviel Toleranz gehört schon noch dazu! — Abg. Dr. Withalm: Er sagt ja selber, daß es nicht dazugehört! — Ruf bei der ÖVP: Er hat es ja selber zugegeben!) Es ist

bei diesen Wahlen der sozialistischen Liste gelungen, 98 Prozent aller Mandate zu erreichen.

Ich möchte jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren ... (Andauernde Zwischenrufe bei der ÖVP und Gegenrufe bei der SPÖ. — Abg. Czettel: Wenn das die Energie ist, die das Haus braucht, dann danke schön! — Abg.

Sekanina: Wir werden das sagen, was uns paßt! — Abg. Dr. Withalm: Wir werden uns das gut merken: Sie werden das sagen, was Ihnen paßt! — Weitere Zwischenrufe. — Abg. Dr. Withalm: Herr Abgeordneter Sekanina, es muß doch für uns alle die Geschäftsordnung gelten! — Ruf bei der SPÖ: Wir sind doch nicht in der Schule! Ihr könnt doch das nicht als eine Verletzung der Geschäftsordnung hinstellen! — Abg. Probst: Sie wollen eine Verletzung der Geschäftsordnung konstruieren! — Abg. Dr. Withalm: Wir werden uns nur an die Geschäftsordnung zu halten haben! — Unruhe. — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.)

Ich möchte jetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu einem weiteren Punkt des Wiener Memorandums Stellung nehmen. (Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP und Gegenrufe bei der SPÖ. — Abg. Sekanina: Das werden Sie uns nicht vorschreiben, was wir sagen wollen! — Unruhe.)

Präsident Wallner: Ich bitte um Ruhe und den Abgeordneten nicht zu unterbrechen. (Abg. Sekanina: Ihre Nervosität ist durchaus verständlich! — Ruf bei der SPÖ: Sie haben Grund dazu, von Klagenfurt bis zu den Eisenbahnen! Sie werden uns nichts vorschreiben! — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen. — Weitere Zwischenrufe und Unruhe. — Ruf bei der SPÖ: Dazu brauchen wir nicht einen Dr. Withalm!)

Abgeordneter Liwanec (fortsetzend): Ich möchte jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren (weitere Zwischenrufe und Unruhe), nachdem der in einer Demokratie des Westens normalerweise unübliche Notwehrakt von mir gesetzt werden mußte, zum nächsten Punkt des Memorandums an die Bundesregierung zu sprechen kommen. (Abg. Dr. Withalm: Er redet von Notwehrakt, und Sie sagen, er redet zur Sache! Da gesteht er doch ein, daß das nicht zur Sache gesprochen ist! — Abg. Libal: Ihr zwingt uns dazu, weil ihr beim Rundfunk eine schwarze Diktatur errichtet habt! — Ruf bei der ÖVP: Ulbrich ist der Oberdiktator! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP und Gegenrufe bei der SPÖ. — Unruhe.)

Präsident Wallner (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe und die Zwiegespräche zu unterlassen. Der Redner hat das Wort.

Abgeordneter Liwanec (fortsetzend): Der nächste Punkt des Wiener Memorandums, das dem Herrn Bundeskanzler übergeben wurde und das das Bundesministerium für Unterricht betrifft, behandelt die Förderung der Wiener Festwochen und des Theaters an der Wien. Ich erlaube mir, ihn zu verlesen. Er ist sehr kurz.

„Die Bundesregierung wird gebeten, der besonderen kulturellen Bedeutung der Abhaltung von Festwochen in der Bundeshauptstadt Wien durch einen ständigen Beitrag des Bundes Rechnung zu tragen. Die Wiener Stadtverwaltung ist der Ansicht, daß Wien nicht schlechter gestellt werden dürfe als andere Festspielstädte. Ebenso ersucht die Wiener Stadtverwaltung, auch das Theater an der Wien in den Kreis der geförderten Gemeinde- und Landesbühnen einzubeziehen und auch für dieses Theater eine ähnliche Förderung vorzusehen, wie sie den übrigen Bühnen der Länder und Gemeinden in Österreich gewährt wird.“

Auf dieses Memorandum, das ich mir erlaubt habe, auch im Budgetausschuß zum Kapitel Unterricht vorzubringen, hat der Herr Bundesminister geantwortet:

„Eine Förderung des Theaters an der Wien setzt voraus, daß es Mitglied des Theatererhalterverbandes wird.“ Ich glaube, daß diese Schwierigkeit, daß das Theater an der Wien bisher noch nicht Mitglied ist, zu beheben sein wird. Der Herr Bundesminister sagte weiter:

„Die Bundesländer leisten wesentlich höhere Pro-Kopf-Beiträge für ihre Theater als die Gemeinde Wien.“ Diese Behauptung ist nicht ganz richtig, denn die Gemeinde Wien fördert nicht nur Landesbühnen, sondern auch Privattheater.

„Überdies leistet der Bund“ — sagt der Herr Bundesminister Piffl — „durch die Bundestheater eine Kulturaufgabe, die Wien in höchstem Maße zugute kommt. Darin liegt wohl auch eine von den Bundesländern teilweise kritisch betrachtete Bevorzugung der Bundeshauptstadt, die allerdings grundsätzlich zu verteidigen ist, weil Wien eben Hauptstadt ist.“

Ich möchte zum Theater an der Wien nichts mehr sagen, das Wichtigste ist durch diese beiden Aussagen deutlich geworden. Ich möchte nur zu den Wiener Festwochen erwähnen, daß in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz auf Seite 108, unter „Salzburger Festspelfonds“, von der gesetzlichen Verpflichtung des Bundesbeitrages für den Salzburger Festspelfonds mit 15,542.000 S ge-

5936

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Liwanec

sprochen wird. Was, wie mir scheint, not tut, ist, so wie ein Gesetz für die Salzburger Festspiele auch eine gesetzliche Regelung für die Subventionierung der Wiener und der Bregenzer Festspiele zu treffen, wobei ich mir nicht herausnehme, für die Bregenzer Bevölkerung oder die Vorarlberger Bevölkerung zu reden. Ich glaube aber, daß es nur ein Akt der Gerechtigkeit sein kann, das zu tun. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Das nächste, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ein Hinweis auf die Steuer, die der Buchhandel in der nächsten Zeit zu tragen haben wird. Es wurde darüber schon gesprochen, und ich kann deswegen kurz sein. Ich kann sagen, daß diese neuerliche Belastung eines echten Kulturgutes auf die Dauer deswegen unerträglich sein wird, weil es auch ein echtes Handicap für die wenigen Damen und Herren ist, die sich seit Jahren unter Hintanstellung ihrer persönlichen Freizeit und Bequemlichkeit in den Dienst des Kampfes für das gute Buch gestellt haben, die in Vorträgen, in Resolutionen, in Artikeln seit Jahren versucht haben, positiv gegen Schmutz und Schund zu wirken, eben weil in einer Demokratie eine Zensur abzulehnen ist und weil man in Österreich Wege suchen wollte, um dem guten Buch zu einem Erfolg zu verhelfen.

Mir scheint deshalb die Antwort des Herrn Bundesministers für Unterricht auf meine diesbezügliche Anfrage im Budgetausschuß zum Kapitel Kultur ungenügend zu sein. Der Herr Bundesminister antwortete:

„Die Resolution des Buchhandels ist selbstverständlich auch ein kulturelles Anliegen des Unterrichtsministers. Aber so, wie die Bundesländer und die Festspiele nicht in jenem Ausmaß gefördert werden können, wie es das Unterrichtsressort wünscht, so ist auch hier das Ministerium nicht in der Lage, die Forderung auf Abwehr einer zusätzlichen steuerlichen Belastung des Buches absolut durchzusetzen.“

Ich hoffe, daß der Schwerpunkt des letzten Nebensatzes auf dem Wort „absolut“ liegt, sodaß der Herr Bundesminister doch die Hoffnung hat, wenigstens etwas durchzusetzen. Denn mir scheint, daß die Belastung des Buchhandels, mir scheint, daß die echte Belastung des guten Buches auf die Dauer nicht erträglich sein wird. Es gibt keine Ausrede — und das möchte ich besonders betonen —, daß mit einer Ermäßigung oder einer Nichterhöhung der Umsatzsteuer oder der Ausgleichsabgabe der Schmutz und der Schund und das schlechte Buch ebenfalls gefördert werden könnte. Es wurde nachgewiesen — und die Statistik ist eindeutig —: 3 Prozent aller in Österreich

abgesetzten Bücher, wobei sogar die billigen Hefte dazukommen, sind als Schmutz und Schund zu bewerten. Es lohnt sich also „absolut“, für die restlichen 97 Prozent guter Bücher zu kämpfen.

Wir müssen hier — und ich leite schon zum nächsten Kapitel über — für Österreichs Kultur eben kämpfen, es kommt nichts von selbst. Wir dürfen den Bestrebungen derer, die das gute Buch schätzen und schützen, nicht in den Rücken fallen, indem wir es teurer machen, als es überall in anderen europäischen Demokratien ist.

Und nun, meine Damen und Herren, zum Kapitel Kunst und Kultur, zum Kapitel 13 des Bundesvoranschlages.

Ich würde gerne das Zitat, das Herr Abgeordneter Harwalik gebraucht hat, an den Anfang meiner Ausführungen stellen. „Wir müssen nämlich dieses Kapitel besonders gut beachten, weil“ — so zitierte Harwalik — „Österreich sonst den Anschluß an die Welt verloren.“

Mir scheint alles, was über Rang- und Wertordnungen gesagt wurde, hinfällig zu sein und auszugehen von der Einstellung zum lebenden Künstler in unserer Gesellschaft. Wir müssen, ob wir es wahrhaben wollen oder nicht, zur Kenntnis nehmen: Der Künstler ist seiner Zeit voraus, der Künstler prägt das Gesicht der Gesellschaft und das Gesicht seiner Zeit. Ihn zu vernachlässigen, ist eine nicht wiedergutzumachende Sünde, wie ich nun, meine Damen und Herren, die Ehre habe, bereits zum zweitenmal nachweisen zu dürfen.

Ich muß der sehr geehrten Frau Vorrednerin Dr. Bayer widersprechen. Es gab bei verschiedenen Ansätzen im Kapitel 13 von 1966 auf 1967 keine Erhöhung. Ich habe schon damals nachweisen können, daß auch hier zwar nicht bei allen, aber bei den wichtigsten Teilgebieten die Subventionen sinken. Sie sinken weiter von 1967 auf 1968.

Für die bildende Kunst werden nicht mehr 5 Millionen, sondern nur mehr 3,2 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Für Musik und darstellende Kunst werden statt 53,7 Millionen nur mehr 53 Millionen, für Literatur werden — das erscheint mir besonders unterstrichenwürdig — statt 6 Millionen nur mehr 4,7 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Andere Kunstförderungsbeiträge sinken von 14,8 Millionen auf 13,8 Millionen, die Filmförderung von 10,750.000 S auf 8 Millionen, für Kunsthakademien und Kunstschulen werden statt 4,2 Millionen nur mehr 3,5 Millionen zur Verfügung stehen. Im gesamten gesehen errechne ich mir aus den Ziffern des Teilheftes Kultur einen Abgang von 17,4 Millionen Schilling für die Förderung der Kunst.

Liwanec

Über den Film habe ich noch einiges zu sagen. Ich habe dazu auch in der letzten Budgetdebatte reden dürfen und gesagt, daß ich bemängle, daß der Gesamtbetrag ausgeworfen wird und nicht detaillierte Beträge. Heuer wird dieser Betrag zwar detailliert, mir scheint es aber noch immer nicht ganz klar zu sein, wozu die Beträge verwendet werden. Der Ausdruck „Künstlerischer Film“ zum Beispiel, für den der Löwenanteil von 2,5 Millionen reserviert ist, ist eine zu weitreichende Umschreibung einer Kunstgattung. Ich frage neuerlich: Wieviel von diesen Beträgen fließt in Kassen der privaten Spielfilmproduktion? Wieviel dieser 2,5 Millionen Schilling werden dazu verwendet, nichtkünstlerische Filme zu fördern?

Der wichtigste Zweig, der in Österreich leider verwaist ist — das betrifft auch die Buchverlage, aber diese etwas weniger —, ist der Kinder- und Jugendfilm, und ich muß leider sagen, daß die Dotierung mit 1 Million Schilling erfahrungsgemäß zu gering sein wird. Im gesamten habe ich nachgewiesen, daß um 2 Millionen weniger zur Verfügung stehen, aber diese 1 Million für den Kinderbeziehungsweise Jugendfilm, der die Vergleichsziffer aus dem Jahre 1967 aus dem von mir beanstandeten Grunde fehlt, ist auf jeden Fall zuwenig. Dafür gilt das gleiche, meine Damen und Herren, wie beim Buchhandel für die neuerliche Besteuerung des Buches. Wir müssen einer willigen Jugend, die bereit ist, mit uns für den guten Film zu kämpfen, helfen. Wir sind moralisch dazu verpflichtet, weil wir keine Zensur einführen, weil wir die Einfuhr schlechter Filme nicht verhindern können. Weil wir in der Demokratie weniger Möglichkeiten haben, müssen wir das Gute, das Positive unbedingt fördern.

Ich darf dieses Kapitel abschließen und sagen: Es mag stimmen, daß im Vergleich mit anderen Kapiteln das Unterrichtsressort nicht am schlechtesten bedacht wird, aber gerade das Kapitel Kunstförderung, zu dem ich wieder gesprochen habe, ist schlechter daran als in den vergangenen Jahren, und das, meine Damen und Herren, ist schlecht. Wenn von Frau Abgeordneter Bayer und von Herrn Abgeordneten Harwalik gesagt wurde, wie schön dieses Budget sei, was es alles könne und tue, so muß ich sagen, daß das Kapitel 13 schlecht behandelt ist.

Ich habe in den letzten Jahren bereits zweimal gesagt: Die österreichische Kunst ist robust. Sie ist robuster, als wir geglaubt hätten, sie hat zwanzig Jahre ÖVP-Kulturminister überstanden, sie wird auch den jetzigen noch überstehen. (Abg. Kulhanek: Und wir haben einen Kontraredner überstanden!) Aber wenn es so weitergeht, meine Damen und

Herren, wird es zu spät sein. So wird der lebende Künstler, so wird die Kunst in Österreich zugrunde gerichtet. Das ist eine Gefahr, die ich im Interesse der Gesellschaft aufzeigen möchte.

Ich komme jetzt zu einem Teilkapitel, bei dem mir die Aussagen sowohl in den Erläuterungen als auch im Teilheft zu ungenau sind; es geht um den Kunstförderungsbeitrag. Aus diesem Titel — es handelt sich um den 14. Beitrag, den alle Rundfunkhörer zu leisten haben — stehen dem Unterrichtsministerium 15 Millionen Schilling zur Verfügung. Diese 15 Millionen Schilling werden nun aufgeteilt. Ich habe bereits zweimal bemängeln müssen, daß der im Gesetz vorgesehene Beirat nicht rechtzeitig zusammentritt. Er wurde zwar jetzt — vielleicht auf Grund meiner Beschwerde, vielleicht auch nicht deshalb — heuer endlich zusammengerufen, hatte aber wieder nur bereits ausgeworfene Gelder zur Kenntnis zu nehmen. Er hatte keine Möglichkeit, die im Gesetz vorgeschriebene Beratungstätigkeit aufzunehmen.

Ich mache darauf aufmerksam, daß der Beirat, der den Kunstförderungsbeitrag zu verteilen hat, auch nach dem Willen des Gesetzgebers vom Unterrichtsminister beratend beizuziehen ist. Es genügt nicht, wenn man ihm nur die Listen der bereits ausgeworfenen Subventionen zur Verfügung stellt.

Auf die Frage der Frau Abgeordneten Dr. Bayer an die Frau Abgeordnete Dr. Stella Klein-Löw, was sie streichen, weglassen oder umändern würde, darf ich sagen: Ich wüßte schon, was man an stillen Subventionen, die als solche gar nicht echt aufscheinen, streichen könnte, um dort mehr zu tun, wo es wirklich notwendig ist. (Beifall bei der SPÖ.) Es ist nicht so, wie es die ÖVP auf diesem Gebiet machen möchte.

Ein ernster Einwand noch: In den Erläuterungen zum Kapitel 13 auf Seite 109 lese ich: „Als Einnahmen“ — gemeint sind die Kunstförderungsbeitragsseinnahmen — „werden die Kunstförderungsbeiträge der Rundfunkteilnehmer, die in der Höhe einer monatlichen Rundfunkteilnehmergebühr eingehoben werden ... veranschlagt. Diese Einnahmen werden gemäß BGBl. Nr. 131/1950 für Zwecke der allgemeinen Kunstförderung“ — jetzt kommt ein Klammersatz — „(Förderung der bildenden Künste, der Musik und der darstellenden Kunst, der Literatur, des Musealwesens, der Denkmalpflege, des Kunstschulwesens und des Filmwesens) verwendet.“

Meine Damen und Herren! Dieser Klammersatz steht nicht im Gesetze. Wer diesen Satz liest, dem muß es scheinen, als sei er ein Teil der Gesetzesbestimmung. Das ist nicht der

5938

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Liwanec

Fall. Auch in den Erläuterungen ist nichts davon zu lesen. Im Gegenteil, der Gesetzgeber hat in der Ersten Republik, als der sogenannte RAVAG-Schilling geschaffen wurde, sehr deutlich gesagt, wozu diese einmalige Monatsgebühr zu verwenden ist, nämlich dazu, um dem lebenden Künstler, dem durch den Rundfunk geschadet wird, zu helfen. Es gab damals die Orchester, die allmählich aufhörten, einen Sinn zu haben, in Kaffeehäusern, in Etablissements und in Restaurants, und es waren die lebenden Komponisten und Dichter, die durch den Rundfunk weniger zu tun bekamen. Niemals hat der Gesetzgeber irgendwo erwähnt, daß das Musealwesen, die Denkmalpflege, das Kunstschatz, das Filmwesen aus dem Kunstförderungsbeitrag zu fördern wären.

Ich richte eine Bitte an den Herrn Unterrichtsminister — sie betrifft schon wieder den Rundfunk. Er wird sicher, wenn er will, durch ein Gespräch mit dem Generalintendanten erreichen können, daß ein Versäumnis gutgemacht wird: Durch die neue Art der Programmgestaltung im Rundfunk werden die heute lebenden österreichischen Künstler — ich denke an Komponisten, an Textdichter, an Sänger und so weiter — vom Österreichischen Rundfunk in einem Maß nicht beachtet, daß es für diese lebenden Künstler unerträglich wird. (Abg. Czettel: *Sehr richtig!*) Ich gehöre nicht zu denen, die von vornherein und auf jeden Fall gegen ausländische Musik Sturm laufen und sie ablehnen. Sie soll gesendet werden, aber gleichzeitig muß der lebende Künstler vom Rundfunk beachtet werden. Das, bitte, ist ein echtes Anliegen an den Herrn Unterrichtsminister, dies an den Rundfunk als Forderung seines Ministeriums bei nächster Gelegenheit zu richten. Ich kann ihn nicht zwingen, es zu tun, ich darf nur die Hoffnung aussprechen, daß er es tun wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte am Schluß, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch zwei Dinge sagen. Das eine wurde im Budgetausschuß vom Herrn Abgeordneten Ofenböck bereits zur Diskussion gestellt. Ich möchte, da es meinen Wahlbezirk betrifft, auch von dieser Stelle aus etwas dazu sagen. Es betrifft die Verbauung der Schmelz im 15. Wiener Gemeindebezirk. Dorthin sollen verschiedene Gebäude kommen, dorthin soll die Bundesanstalt für Leibeserziehung von der Sensengasse verlegt werden.

Dieser Bezirk, ein Absiedlungsbezirk, der unter den schwierigsten Verhältnissen zu arbeiten hat, dem es nicht sehr gut geht mit jungen Menschen, hatte in der Schmelz durch Jahrzehnte ein Erholungsgebiet, ein Erholungs-

gebiet, das nicht nur für den 15. Bezirk, sondern auch für die angrenzenden Bezirke, für vier weitere Bezirke diente.

Der Beschuß, den die Bezirksvertretung gefaßt hat, lautete, daß die Verbauung der Schmelz zur Kenntnis genommen werden muß, da es sich um Bundesgrund handelt, daß aber im Interesse der Bevölkerung gebeten wird, wenigstens einen Teil des an sich sehr großen Gebietes als allgemein zugängliche Erholungsfläche zu erhalten. Ich trage von dieser Stelle aus dem Herrn Bundesminister diese Bitte vor und ersuche ihn, danach zu handeln.

Am Schluß muß ich mich als Vorstandsmitglied des Zentralvorstandes der Volksbildung doch noch zu der Kürzung der Subvention für die Erwachsenenbildung melden. Sie wird im Jahre 1968 um 4 Millionen weniger zur Verfügung haben. Sie wird heute in Protestaktionen ihre Meinung zu dieser Kürzung kundtun, die, wie der Herr Bundesminister ebenfalls im Budgetausschuß sagte, durch die allgemeine Budgetsituierung hervorgerufen wurde.

Ich darf sehr bitten, daß, wenn im Nachtragsbudget die Möglichkeit besteht, die Volksbildung nicht vergessen wird. Ich weiß, daß da und dort Bundesländer einspringen müssen. Ich weiß, daß man einzelne Volksbildungshäuser schließen müssen. Wem es wirklich echt ernst ist um die Volksbildung, muß sich bemühen, hier zu helfen.

Ich sage abschließend: Es gilt hier das gleiche wie das für den Bund im allgemeinen Gesagte. Das Bundesministerium für Unterricht hat neben vielen anderen Aufgaben eine sehr wichtige Aufgabe übernommen, nämlich die Weiterbildung und die Fortbildung der heute lebenden Generation. Diese Verpflichtung scheint, wenn es sich um eine Rangordnung handelt, an der Spitze stehen zu müssen. Was hier fehlt, ist ein wenig mehr fortschrittlicher Geist, etwas weniger an Tradition und mehr Ausblick in die Zukunft am Minoritenplatz. Ich werde der letzte sein, der bei einer Debatte negiert, was auf diesem Gebiete bis zur nächsten Budgetdebatte geschieht. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Haas. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Haas (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich heute nach einem speziellen niederösterreichischen Problem auch mit einem anderen beschäftigen, nämlich mit dem österreichischen Sport, seiner Bedeutung im Hinblick auf die Volksgesundheit, seinen erziehe-

Haas

rischen Auswirkungen und seinen Einflüssen auf die Wirtschaft.

Darf ich vorerst gleich einmal zu den Ausführungen des Kollegen Ofenböck Stellung nehmen, der, wie ich gehört habe, sich sehr gerne in seinem Wahlkreis als der Herr „Sportnationalrat“ betiteln läßt (*Heiterkeit*) und der heute in seiner Rede so getan hat, als ob seine Partei einzig und allein die Sportlerfreundlichkeit gepachtet hätte.

Er ist nicht angestanden, sogar das Kulturbudget des Landes Kärnten als Beweis für die geringere Sportfreundlichkeit der Sozialisten heranzuziehen. Er hat aber wohlweislich verschwiegen, wie es mit dem Kulturbudget des Landes Niederösterreich aussieht. Er hat sicherlich genau gewußt, weshalb. Denn das Kulturbudget des Landes Niederösterreich — ich kann die genauen Zahlen jetzt nicht nennen, aber ich bin fest davon überzeugt — hat bei weitem nicht den Umfang des Kulturbudgets des Landes Kärnten (*Abg. Ofenböck: Ich bin weniger fest davon überzeugt!*), da wir doch alle wissen, daß das Kulturbudget, Kollege Ofenböck, unseres Heimatlandes Niederösterreich vorwiegend aus der Fernsehsteuer gespeist wird.

Alles in allem muß man zur Rede des Herrn Kollegen Ofenböck sagen: Es war eine recht billige Argumentation, die er in vieler Hinsicht gebraucht hat. Er hat besonders herausgestrichen, wie sportfreundlich seine Partei auf Grund der Tatsache ist, daß im diesjährigen Budget die Förderungsmittel für den Sport nicht gekürzt werden. Ich kann dazu nur sagen: Kunststück, wenn sowieso nur sehr wenig zur Verfügung steht, kann man eben nicht allzuviel Abstriche machen. (*Abg. Ofenböck: Um 23 Prozent mehr als 1966!* — *Abg. Czettel: Aber geh!*)

Ich darf auch weiter, Herr Kollege Ofenböck, ganz kurz in Erinnerung rufen, daß zum Beispiel der ASKÖ bei seiner Frühjahrsländerkonferenz eine Resolution an die Bundesregierung mit der Forderung übermittelt hat, daß dem Sport mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Der Herr Finanzminister hat dem ASKÖ mitgeteilt, daß eine Erhöhung dieser Förderungsmittel bedauerlicherweise mit Rücksicht auf die budgetäre Situation nicht gewährt werden kann. (*Abg. Ofenböck: Die Verminderung haben wir verhindert, Herr Kollege!* — *Abg. Czettel: Kunststück!*) Na, das ist eine Leistung; das ist eine besondere Leistung! (*Abg. Ofenböck: Genau! Das ist es, genau!*)

Ich kann weiters, Herr Kollege Ofenböck, auf die Resolution der Österreichischen Bundes-sportorganisation vom 26. Juni verweisen, wo ebenfalls angeführt wird, daß es notwendig

wäre, dem Sport mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, und daß man insbesondere aus den Toto-Reinerträgen den Sport mehr unterstützen sollte. (*Abg. Ofenböck: Dazu habe ich mich heute schon bekannt!*)

Und zuletzt ein Protesttelegramm der Österreichischen Bundessportorganisation vom 20. September 1967 anlässlich der Streitereien um die Budgeterstellung 1968, worin die Bundessportorganisation dagegen protestiert, daß beabsichtigt ist, die Förderungsmittel entscheidend zu kürzen. (*Abg. Ofenböck: Eben! Genau darauf haben wir Rücksicht genommen! Es sind keine Kürzungen eingetreten!*) Wenn Sie heute darauf stolz sind, daß es gelungen ist, diese Förderungsmittel in annähernd gleichem Umfang aufrechtzuhalten wie voriges Jahr, so ist das wirklich kein allzu großes Verdienst.

Sie haben auch, Herr Kollege Ofenböck — ich glaube, es ist notwendig, auch dazu Stellung zu nehmen —, gesagt: Der Österreichische Gewerkschaftsbund sollte mehr für den österreichischen Sport tun. Ich bin wohl kein Vertreter des Gewerkschaftsbundes, ich glaube aber, ich kann hier ruhig erklären, daß der Österreichische Gewerkschaftsbund für die Jugendbetreuung, für die Errichtung von Jugendheimen und für seine Jugendfürsorgeaktionen mehr Geld ausgibt als alle zuständigen Ministerien. (*Abg. Ofenböck: Bis jetzt habe ich das Wort „Sport“ aber nicht gehört, sondern nur Jugendheime und Jugendorganisationen!*) Ich glaube, alle Gewerkschafter in diesem Hohen Hause sollten auf die Leistungen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes in dieser Beziehung sehr stolz sein. (*Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Ofenböck: Kein Wort von Sportförderung durch den ÖGB!* — *Abg. Weikhart: Sie sollten wissen, daß in diesen Heimen überall Sportplätze sind und Sport betrieben wird!* — *Abg. Haberl: Für Ihre Sportförderung ist das niederösterreichische Sportgesetz ein Musterbeispiel!*)

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu meinen eigentlichen Ausführungen. Sport ist heute ein Thema, über welches man in Österreich sehr viel spricht, weil es aktuell und interessant ist und gerade in den letzten Tagen in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt wurde. Das auslösende Moment dafür kennen wir alle. Es waren die beschämenden Vorgänge um die Entsendung der österreichischen Nationalklasseläufer zur Winterolympiade nach Grenoble. Hier ging es um die Frage, wie jene Mittel aufgebracht werden, die notwendig sind für die Teilnahme unserer Skiläufer an der Winterolympiade, von denen wir ja alle hoffen, daß sie bei den Wettkämpfen unseren Ruf als Wintersportnation Nummer 1 unter Beweis stellen oder,

5940

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Haas

wenn Sie wollen, wieder zurückgewinnen sollen. Alle Österreicher waren sich darin einig, unsere Läufer müssen Erfolge nach Hause bringen. Schon weniger einig ist man sich aber darüber, wie jene Mittel aufgebracht werden, die heute einfach notwendig sind, um jenen Sportlern, von denen man sich soviel erwartet, auch alle die Voraussetzungen zu schaffen, die mit einer der Ursachen für den Erfolg sind.

Es hat sich in diesem Falle wieder bewiesen: Wo es um das Geld geht, da scheiden sich die Geister, und da wird sichtbar, wem es wirklich ernst um die Anliegen des Sports ist. Gott sei Dank, die Angelegenheit hat sich mittlerweile positiv erledigt, aber nicht aus dem Grund, weil diejenigen, die von den Erfolgen unserer Sportler profitieren, in die Tasche gegriffen haben, sondern eine Firma, welche — ich glaube, es heißt richtig: — „köstliche Dauermilch aus den steirischen Alpen“ erzeugt, mit einem sehr großen Geldbetrag eingesprungen ist.

Gibt es ein anderes Land, meine sehr geehrten Damen und Herren, in dem bei Vorhandensein solcher Spitzensportler, die in breiter Front für Erfolge gut sind, solche kleinliche Streitereien das Antreten im sportlichen Wettkampf wegen des Geldes fast unmöglich machen? Ich glaube, nein!

Diese Affaire hat erneut gezeigt: Das Problem des Sports in Österreich liegt viel tiefer, weil es an vielen Voraussetzungen mangelt, die für das Gedeihen des Sportwesens eben notwendig sind. Es mangelt an einer längst als notwendig erkannten entsprechenden Sportförderung und nicht zuletzt auch an gesetzgeberischen Maßnahmen. Besonders letzteres bewegt seit fast 20 Jahren die vielen österreichischen Sportverbände, die mehr als 1,2 Millionen Sportler vertreten und die sich in der Bundessportorganisation freiwillig zu einer äußerst begrüßenswerten Zusammenarbeit gefunden haben. Diese Bundessportorganisation bemüht sich wirklich sehr um die Lösung der verschiedenen Probleme, aber sie hat mit ungemein großen Schwierigkeiten bei ihrer Arbeit zu kämpfen.

Nach unserer Verfassung haben nämlich die Länder die Kompetenzen in allen Angelegenheiten des Sportes. Diese nehmen die Länder teils mehr, teils weniger wahr. Einige bemühen sich sehr, haben im Rahmen ihrer Kompetenz eigene Sportgesetze geschaffen, andere haben bis jetzt nichts getan und somit überhaupt keine gesetzlichen Voraussetzungen für die dringend notwendige Unterstützung der vielen Sportvereine geschaffen, welche die Träger des Sportes sind.

Nun darf ich hier, sehr geehrter Herr Kollege Ofenböck, wieder einfliechten: In unserem Bundesland geht man jetzt daran, ein Sportgesetz zu verabschieden, mit dem die Sportverbände überhaupt nicht zufrieden sind, und zwar aus dem einfachen Grund, weil hier das Land Niederösterreich den Sportverbänden überhaupt kein Mitspracherecht bei der Vergabe diverser Förderungsmittel zugestehen will. (Abg. Ofenböck: *Das hat sich schon überholt! Es sind jene Bestimmungen, die ich vertreten habe und die von den ...!* — Abg. Czettel: *Sie haben das nicht vertreten, sondern haben die Verschärfung verlangt!* — Abg. Ofenböck: *Jawohl, das habe ich vertreten!* — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Czettel: *Die ÖVP hat ein schlechtes Gesetz vorgelegt!* — Abg. Ofenböck: *Von vier geforderten Punkten sind drei schon aufgenommen!* — Abg. Czettel: *Sie sind ja ein Dampfplauderer!* — Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Ofenböck: *Ich habe schon einmal gesagt, Sie haben Manieren wie der Ulbrich! Demokrat sind Sie keiner, Herr Kollege!* — Anhaltende Zwischenrufe.)

Präsident Wallner (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe! (Abg. Ofenböck: *Kollege Haas! Sie befinden sich jetzt in derselben Situation wie ich vorher!* — Weitere Zwischenrufe.)

Abgeordneter Haas (fortsetzend): Herr Kollege Ofenböck! Ich habe mir erzählen lassen, daß Sie im Rahmen einer Diskussion gefragt wurden ... (Anhaltende Zwischenrufe.)

Präsident Wallner (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe!

Abgeordneter Haas (fortsetzend): Herr Kollege Ofenböck! Darf ich vielleicht dazu folgendes sagen: Ich habe mir erzählen lassen, oder besser gesagt, es wurde mir berichtet, daß Sie anlässlich einer Diskussion mit Sportlern gefragt wurden, wie es mit dem niederösterreichischen Landessportgesetz aussieht. Damals haben Sie gesagt, Sie haben damit nichts zu tun, das liege auf anderer Ebene und Sie könnten über das Gesetz nichts sagen. (Abg. Ofenböck: *Ich bitte, mir zu sagen, wo die Diskussion stattgefunden haben soll!* Das müssen Sie mir sagen! — Abg. Wodica: *Beim Sportklub Christiania im Gasthaus Wiedetschka!*) Es wundert mich jetzt, daß Sie behaupten, daß es dank Ihrer Intervention jetzt anders geworden ist. (Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Ofenböck: *Mit mir hat niemand gesprochen!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Darf ich nun fortfahren. Der Bund selbst hat auf Grund der den Ländern übertragenen Kompetenzen keine andere Möglichkeit, als

Haas

über den Weg der Ausschüttung von Förderungsmitteln, die völlig unzureichend sind, den Sport zu unterstützen. Dieser Zustand ist für die Sportverbände unbefriedigend, und es ist verständlich, daß sich die Bundes-sportorganisation, welche seit 1948 besteht, allerdings ohne jede vereinsgesetzliche Fundierung, sich um eine für den Sport tragbare Lösung bemüht. Das Mindestziel dieser Bundes-sportorganisation ist die Erreichung eines Zustandes, in dem die Bundes-sportorganisation als berechtigter Gesprächspartner gegenüber den kompetenten Bundesstellen anerkannt wird.

Da es allen klar ist, daß man kaum zu einer Lösung der verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten gelangen wird, erhebt sich die Frage, inwieweit der Bund den Bemühungen der Sportverbände ohne Beschniedung der Länderkompetenzen Rechnung tragen kann. Einen Weg gibt es: die Schaffung eines Sportförderungsgesetzes. Würde man ein solches Förderungsgesetz beschließen und dabei der Bundes-sportorganisation, die selbstverständlich vorher ihre vereinsrechtliche Grundlage haben müßte, ein Mitspracherecht bei der Vergabe der Förderungsmittel einräumen, wäre das für den Sport in Österreich wirklich ein großer Fortschritt.

Ich darf hier namens der sozialistischen Fraktion erklären, daß wir dieser Bestrebung der Sportverbände äußerst positiv gegenüberstehen, und ich möchte Sie, meine Damen und Herren von der rechten Seite dieses Hauses, auffordern, mit uns gemeinsam schon recht bald in dieser Richtung eine gesetzgeberische Initiative zu ergreifen.

Mit der Schaffung eines solchen Förderungsgesetzes können wir unter Beweis stellen, daß es uns um die Förderung des Sports wirklich ernst ist! (Beifall bei der SPÖ. —

Abg. Ofenböck: Das habe ich auch schon angekündigt!)

Ich glaube, diese Initiativen sind notwendig, weil uns doch allen bewußt ist, daß auf dem Gebiet des Sports etwas geschehen muß, und zwar mehr als bisher. Es wird seit dem Vorjahr hier im Hohen Hause bei jeder Budgetdebatte über den Sport gesprochen, wobei ich feststellen möchte, daß das Prinzip hiebei nicht dem Kollegen Ofenböck alleine zukommt (*Abg. Ofenböck: Darüber bin ich sehr froh!*), sondern auch Sprecher der sozialistischen Fraktion sich schon im Vorjahr mit Problemen des Sports beschäftigt haben, wenn wir auch heuer und im vergangenen Jahr keinen Fußball mit in den Sitzungssaal gebracht haben. (*Heiterkeit.*)

Es wurde also im vergangenen Jahr und auch heute schon wieder aufgezeigt, welche

Bedeutung dem Sport in bezug auf die Volks-gesundheit, die geistige Bildung und die soziale Entfaltung der Gesellschaft zukommt. Ich brauche deshalb nicht mehr näher darzulegen, inwieweit der Sport ein wesentlicher Bestandteil unseres Erziehungswesens ist.

Beste Untermauerung all dieser Feststel-lungen, die von hier aus schon getroffen wurden, sind doch nicht zuletzt die Berichte über den Gesundheitszustand unserer Soldaten und unse-rer Schuljugend. Daraus ist ersichtlich, daß ein sehr enger Zusammenhang zwischen der Gesundheit der Menschen und der Pflege des Sports besteht. Mit Recht kann man davon ableiten, daß sportlich Geübte den Anforde-rungen des täglichen Lebens besser gewachsen sind als andere, weil die allseits vorhandene Bewegungsarmut im modernen Leben und die einseitige Beanspruchung des Körpers zu vielen Zivilisationskrankheiten führen, die wir allerorten antreffen.

Die Heilmaßnahmen bei solchen Krank-heiten — auch das ist erwiesen — kosten uns einen immensen Teil unseres Volks-vermögens, und man kann mit Recht die Frage aufwerfen: Wäre es nicht zweck-mäßiger, nur einen Teil der Gelder, die man dazu verwendet, Heilungen durchzuführen, dem Sport zur Verfügung zu stellen als eine Art Vorbeugungsmaßnahme? Ich glaube, daß wir uns mit der Prüfung dieser Frage schon in naher Zukunft sehr eingehend werden beschäftigen müssen.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch noch kurz auf die Frage der Sportstätten eingehen, die auch Herr Kollege Ofenböck liebenswürdigerweise schon sehr genau dar-gelegt hat. Er hat sich einer sehr mühevollen Kleinarbeit beim Abschreiben der Zahlen des uns gestern übermittelten Berichtes unter-zogen.

Ich habe auch gestern die Bestandsaufnahme über die österreichischen Sportstätten kurz durchgelesen. Aus diesem Bericht ergibt sich die katastrophale Versorgung der österreichi-schen Bevölkerung mit geeigneten Spiel- und Sportplätzen, Turnhallen und Schwimm-bädern. Wenn also vor allem unsere Jugend in den meisten Gemeinden Österreichs überhaupt keine Möglichkeit vorfindet, sich sportlich zu betätigen, dürfen wir uns wirklich nicht über die geringe Zahl der Sportausübenden und über den schlechten Gesundheitszustand unserer Jugend wundern.

Hier ist es wirklich unbedingt notwendig, mehr Mittel als bisher für den Bau von Sport-stätten zur Verfügung zu stellen, damit wir aufholen und nicht noch mehr gegenüber anderen Ländern zurückbleiben. Nur davon reden, daß etwas geschehen muß, nur die

5942

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Haas

Notwendigkeit einsehen, daß dem Sport geholfen werden muß, das ist, wie ich glaube, zuwenig. Es muß etwas geschehen. (Abg. Ofenböck: *Mittun!*) Wir werden mittun, hoffentlich auch Sie. (Abg. Moser: *Bringen Sie Ihre Regierung erst soweit!*)

Ich habe schon in einem Zwischenruf gesagt, es wäre sehr schön, hätten Sie bei unserem Antrag puncto Sporttotomittel mitgetan, wir könnten schon heute dem österreichischen Sport 10 Millionen Schilling mehr zur Verfügung stellen. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Ofenböck: *Es ist niemand von Ihnen bei mir gewesen, um mich einzuladen!* — Abg. Weikhart: *Da brauchen Sie noch eine Einladung?* — Abg. Ofenböck: *Wenn ich aufgefordert werden soll, mitzutun, müssen Sie wohl kommen!* — Abg. Weikhart: *Sie sind ja doch ein Dampfplauderer!* — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen. — Weitere Zwischenrufe.)

Ich glaube nochmals wiederholen zu müssen: Es muß etwas für den Sport geschehen, denn das sind wir den 1,2 Millionen Menschen in diesem Land schuldig, welche in den vielen tausenden Sportvereinen unseres Landes aus reiner Freude an der sportlichen Tätigkeit und im Bewußtsein der Notwendigkeit ihrer Arbeit mit so viel Liebe und Begeisterung und ohne jede finanzielle Entschädigung am Werke sind und denen wir allen von dieser Stelle aus für ihr ersprießliches Wirken recht herzlich danken wollen.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, zurück zu einer Angelegenheit, mit der ich mich in diesem Hohen Hause nun schon zum vierten Male beschäftige. Es ist nämlich der Artikel 14 Abs. 4 lit. a der Bundesverfassung, der sich mit der Lehrerernennung beschäftigt. Vorfälle in einigen niederösterreichischen Bezirken in der jüngsten Vergangenheit machen es notwendig, wieder auf dieses Problem hinzuweisen. Die Regelung des Vorschlagsrechtes nach Artikel 14 Abs. 4 lit. a der Bundesverfassung bei Ernennung von Lehrern an allgemeinbildenden Schulen ist nach wie vor ein Anliegen der Sozialisten.

Wir vertreten diesbezüglich mit Recht den Standpunkt, daß bei uns in Niederösterreich dem Willen und den Vorstellungen des seinerzeitigen Bundesgesetzgebers durch die ÖVP-Mehrheit nicht Rechnung getragen wird. Nachdem es heute schon zum vierten Male geschieht, brauche ich Ihnen die Sachlage nicht mehr näher darzulegen, denn sie ist, wie ich glaube, doch hinreichend bekannt. Ich möchte daher nur einiges hiezu feststellen.

Nur aus engstirnigen parteipolitischen Überlegungen mißachtet die ÖVP in Niederösterreich den Willen des Bundesgesetz-

gebers, der in dieser Angelegenheit als Grundlage für die Entscheidungen bei den Ernennungen einzig und allein die demokratischen Verhältnisse in den jeweiligen Bezirken und deren Respektierung zur Richtschnur der Entscheidung vorsah. In anderen Bundesländern hat man in diesem Sinne die notwendigen Ausführungsgesetze beschlossen. Nur Niederösterreich ging einen eigenen Weg, den Weg, der es der ÖVP in diesem Bundesland ermöglicht, bei den Lehrern die harte Methode ihrer sattsam bekannten Personalpolitik weiterhin fortsetzen zu können.

Durch kein sachliches Argument, durch keinen noch so eindringlichen Appell für mehr demokratisches Verhalten ist sie bisher zu bewegen gewesen, von ihrer starren Haltung abzugehen. „Wir sind die Mehreren“ ist nach wie vor ihre Rechtfertigung. Die ÖVP im Bund deckt diese Haltung ihrer Parteifreunde in Niederösterreich, denn nach wie vor ist auch die Mehrheit dieses Hohen Hauses nicht bereit, unseren Antrag auf Novellierung des Artikels 14 in Verhandlung zu ziehen beziehungsweise mit uns gemeinsam eine authentische Interpretation vorzunehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es kann und darf keine Ausrede sein — wie wir hier schon einige Male gehört haben —, daß trotz der bestehenden Möglichkeit, Vorschläge der Kollegien der Bezirksschulräte durch das Kollegium des Landesschulrates, wo die ÖVP die Mehrheit hat, umzuändern, die Zahl jener Fälle gering ist, in denen das Vorschlagsrecht der Bezirksschulratskollegien vollkommen mißachtet wurde.

Mit solchen Argumenten kann man das aus parteiegoistischem Denken so antidemokratische Gesetz in Niederösterreich nicht verhindern, denn Unrecht bleibt Unrecht, auch wenn es bis jetzt nur wenige zu spüren bekommen haben! In dieser Angelegenheit, so glaube ich, hätte die ÖVP schon längst beweisen können, wie es wirklich mit ihrer demokratischen Gesinnung aussieht und wie man zum Geist der einst gemeinsam beschlossenen Schulgesetze steht. Leider sind Sie uns den Beweis dafür bis heute schuldig geblieben.

Daß wir Sozialisten in Zukunft bei Vereinbarungen mit Ihnen vorsichtiger sein werden, ist deshalb nicht verwunderlich und dürfen Sie uns nicht übelnehmen.

Und gerade auf dem Gebiet der Schulgesetzgebung ist das mehr als bedauerlich, wissen wir doch, daß wir hier mir im Geist des gegenseitigen Verstehens und Vertrauens zu erfolgversprechenden Lösungen kommen können. (Der Präsident übernimmt wieder die Verhandlungsleitung.)

Haas

Ich darf daher zu diesem Problem auch heute wieder erklären: Solange Sie sich weigern, mit uns gemeinsam Vorsorge dafür zu treffen, daß die Schulgesetze 1962 jene Verwirklichung erfahren, die man bei den seinerzeitigen Beratungen im Auge hatte, so lange können Sie von uns nicht erwarten, daß wir neuen Schulgesetzen unsere Zustimmung geben. Sie wissen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Die landwirtschaftlichen Schulgesetze liegen deswegen seit dem Vorjahr auf Eis. Sie werden dort so lange liegenbleiben, bis die Mehrheit dieses Hauses bereit ist, für eine entsprechende Novellierung des Artikels 14 Abs. 4 lit. a der Bundesverfassung zu sorgen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Luptowits. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Luptowits (SPÖ): Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! An die Spitze meines Beitrages möchte ich ein Wort Ernst Jüngers stellen. Es lautet: „Durch jede polemische Bemerkung, die man zurückhält, sammelt man Verdienst, und das umso eher, je mehr sie an Geist enthielt.“ Ich will hier keine Verdienste sammeln; das möchte ich gleich zu Beginn betonen.

Zuerst möchte ich sagen, daß es mich gefreut hat, daß der Kunstsenat der österreichischen Bundesregierung den Vorschlag unterbreitet hat, Elias Canetti den großen Staatspreis für Literatur zu geben. Es wurde damit ein Versäumnis nachgeholt, einem der bedeutendsten lebenden österreichischen Dichter, der zu unserem großen Bedauern im Ausland lebt, diese Anerkennung zukommen zu lassen. Sie haben jetzt in diesen Tagen und Wochen Gelegenheit, Elias Canetti am Vortragspult und im Theater zu sehen und zu hören. Es freut mich dies doppelt, weil ich im Vorjahr an diesem Pult über Elias Canetti und die Begegnung mit ihm gesprochen habe. Ich meine, daß es eine Verpflichtung unserer Generation und auch der öffentlichen Stellen ist, die Anerkennung einer geistigen Leistung, die vollbracht wurde, den Lebenden zukommen zu lassen, wenn es auch nur in Form eines Staatspreises ist.

Weniger Freude bereitet uns das Budget, das uns heute vorliegt. Ich will mich nicht auf Zahlen einlassen, weil das schon einige vor mir taten und sicherlich noch einige nach mir tun werden. Aber ich will versuchen, die geistige Konzeption zu prüfen, denn jedes Gesetz und auch das Bundesfinanzgesetz ist doch Ausdruck einer geistigen Grundhaltung, bestimmter geistiger Leitlinien, die ja — so meine ich —, wenn sie stark geworden sind, in die Form von Gesetzen gegossen werden

müssen. Hiezu kommen natürlich auch die gesellschaftspolitischen Überlegungen, die auch darin ihren Ausdruck finden. So möchte ich in zwei oder drei Gedanken ausdrücken, warum mir dieses Budget bedenklich erscheint.

Ich glaube, daß dieses Budget von geistfeindlichen Leitbildern geprägt ist. Es zeigt, daß die geistige Wertschöpfung in diesem Budget nicht geschätzt wird. Man sollte nicht nur von Vorrang, von Kultur und vom Kulturstaat Österreich sprechen, sondern man sollte diese Güter wirklich prüfen und untersuchen und sie nicht nur dann, wenn man sie an Sonn- und Feiertagen als Feigenblatt braucht, strapazieren.

Zweitens möchte ich sagen, daß dieses Budget Ausdruck eines Geistes ist, der die Vergangenheit vergegenständlichen will. Ich werden noch in einzelnen Beispielen verdeutlichen, was ich damit meine.

Drittens empfinde ich es als bestürzend, daß die Finanzpolitik und der Finanzminister bestimmt, wie die österreichische Kulturpolitik auszusehen hat. Ich glaube, auch in einer Zeit der Rezession, der rückläufigen wirtschaftlichen Bewegung sollten wir gerade hier demonstrieren, daß uns Kultur mehr ist als ein Lippenbekenntnis. Und wenn wir unseren Enkeln mehr als Autos und Mopeds und Kühlschränke hinterlassen sollen, dann, glaube ich, ist es notwendig, jetzt die Grundsteine zu legen für die künftige geistige Entwicklung unseres Landes! (Beifall bei der SPÖ.)

Ich werde mich insbesondere mit drei konkreten Fragen auseinandersetzen; mit dem Herzensanliegen aller Kärntner, der Kärntner Hochschule; ich möchte einiges sagen zur Lage, Situation und Sorge der Volksbildung und vornehmlich der Erwachsenenbildung; schließlich und endlich will ich zur Situation der Bundestheater sprechen, die ja heute im In- und Ausland Gesprächsthema Nummer 1 ist.

Ich wundere mich, daß Frau Dr. Bayer eigentlich gerade zu diesem Problem überhaupt nicht Stellung genommen und gemeint hat, man sollte nicht soviel in Rundfunk und Fernsehen über Österreichs Kulturbedeutung — Großmacht, ja oder nein? — reden. Hier wäre aber doch die Möglichkeit, zu sagen, was uns an dieser kulturellen Förderung nicht paßt, wo wir Hebel ansetzen müßten, damit es besser wird, welche Maßnahmen wir setzen müssen, anstatt nur darüber zu jammern und zu klagen, daß es so ist. Daß das andere für uns besorgen und daß es nicht hier im Hause geschieht, das ist ja das Bedauernswerte. Denn hier sollten die Horizonte vermessen werden für unsere zukünftige Kulturpolitik. Wo sonst sollten wir das tun? Sollen es die Zeitungen und alle anderen Medien tun,

5944

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Luptowits

und wir hier nicht? Wundern wir uns dann darüber, daß die Herren in den Zeitungen, im Rundfunk und im Fernsehen sagen: man kann doch hier über Kulturpolitik praktisch nicht sprechen, weil sich so wenige Menschen ernsthaft damit befassen.

Noch etwas möchte ich dazu sagen. Es ist vielleicht keine Entschuldigung, wenn Frau Dr. Bayer gemeint hat, daß wir angeklagt wurden, zuwenig Konzerte, Theater und so weiter zu besuchen. Sicherlich ist es nicht immer leicht. Aber ich meine, wenn man will, findet sich auch hier sicherlich ein Weg. Ich will nur sagen: Es war für mich gestern abend beglückend, als ich nach der Sitzung hier weggegangen bin und mir das Ebert-Trio im Brahmsaal angehört habe. Das war für mich die richtige Ergänzung dessen, was man nach solch einer Anspannung zu suchen hat, denn gerade diese musikalischen Gebilde, die geboten wurden, ob es nun Brahms oder Beethoven oder Schubert zuletzt war, sollen doch zeigen, daß es eben mehr gibt als Dinge, die uns hier anderweits noch bewegen sollen. Wir sollten hier nicht den Eindruck erwecken, als ob uns diese wesentlichen Fragen unbedeutend erschienen, und wir sollten deshalb gerade hier diskutieren, und das Volk sollte spüren, daß von hier die Kraftquellen ausgehen.

Gerade die Intellektuellen, die vornehmlich und in vornehmster Weise sich mit der Frage der Kulturpolitik auseinandersetzen, sollten merken, daß hier in diesem Hause mitbestimmt oder mitentschieden wird über die Leitlinien, die für die nächste Zukunft unsere Kulturpolitik bewegen sollen. Wir sollten verhindern, daß wir, wie Kennedy einmal gesagt hat, „die Bequemlichkeit einer Meinung ohne die Unbequemlichkeit des Denkens“ genießen, wir sollten gerade auf diesem Gebiet der Kulturpolitik unseren Standpunkt fixieren und in einer offenen Aussprache die Möglichkeiten unserer Zukunft sehen.

Es ist oftmals grotesk — Herr Kollege Harwalik hat es vorhin genauso gesagt —: Der kulturpolitische Horizont reicht von der Staatsoper nur bis zu den Lipizzanern. Ich meine, wir können doch nicht unsere Repräsentanz einengen von der Staatsoper nur bis zu den Lipizzanern! Wobei sich die Lipizzaner überhaupt nicht wehren können und auch keiner Kritik ausgesetzt werden, wie ich richtigerweise sagen möchte.

Sicherlich: Dieses Unbehagen an der Kulturpolitik in unserem Lande sollte uns doch allen irgendwie zu denken geben. Ich möchte einen amerikanischen Kommentator zitieren, der Ihnen sicherlich dem Namen nach bekannt ist. Walter Lippman hat für Amerika, möchte ich sagen, folgendes konstatiert. Er sagt:

„Wir durchleben derzeit die Schlußkapitel der überkommenen Lebensweise. Wir stecken in den frühen Anfängen eines Kampfes, der wahrscheinlich Generationen währen wird, zur Neuschaffung unserer Kultur. Es ist keine gute Zeit für kleinkarierte Politiker. Es ist eine Zeit für Propheten und Führer und Erfinder und Pioniere und für jene, die willens sind, Bäume zu setzen, unter denen ihre Kinder dereinst sitzen können.“

Ich glaube, wir sollten diese Bäume jetzt setzen, wir sollten diese Gesetze jetzt beschließen, auf denen einmal unsere Kinder und Kindeskinder aufbauen können und worauf ihre Arbeit ruhen wird. Ich meine, wir sollten das tun, gerade, weil ich eingangs erwähnt habe, daß das Budget mit ein Kennzeichen der Vergegenständlichung der Vergangenheit ist.

Ich will das an einigen Beispielen demonstrieren: Auf allen Gebieten, ob es jetzt Theater sind, ob es Konzerte sind, immer und überall stellen wir fest, daß wir praktisch immer in der Vergangenheit sind. Wir führen immer Gedächtnisausstellungen durch, 20-, 30-, 50-, 100jähriges Gedächtnis. Wir veranstalten Feiern verschiedenster Art. Aber wir vergessen, in der Gegenwart zu leben, uns mit der Gegenwart auseinanderzusetzen!

Es erscheint doch interessant, daß unsere Gehirne dadurch so vollgefüllt werden mit diesen Erinnerungen an die Vergangenheit, daß wir gar keine Zeit mehr haben, keine Kraft haben, uns mit dem, was heute gedichtet, geschrieben und komponiert wird, überhaupt auseinanderzusetzen. Ich werde bei der Staatsoper noch Gelegenheit haben, auf diese Dinge hinzuweisen, weil gerade das mit ein Beweis und schließlich mit Ursache ist, daß es nicht nur heute so ist, Herr Kollege Harwalik, daß die Staatsoper heute allein dasteht innerhalb der Theater und der Opern in Europa und außerhalb Europas. Das ist ein gewaltiger Irrtum!

Vielleicht haben Sie sich die einschlägige Literatur zuwenig durchgelesen, denn solche Behauptungen kann man heute nicht aufstellen, wenn man weiß, wie hart der Kampf um die Spitzenkräfte auf den internationalen Märkten ist; leider Gottes ist das schon ein Markt geworden, aber wir können es nicht ändern.

Ich glaube, die Dinge, die uns in der offiziellen Kulturpolitik stören, führen dazu, daß diese offizielle Kulturpolitik schließlich und endlich in der Mumifizierung und in der geistigen Stagnation enden muß. Ich habe es auch im Ausschuß dem Herrn Minister gesagt: Ich halte nichts von dieser Gräber- und Grüfte-Kulturpolitik! Alles in Ehren, die Vergangenheit, selbstverständlich, wir ver-

Luptowits

leugnen sie nicht, wir bejahren sie, wir wissen, daß wir darauf stehen. Aber wir sollten uns nicht allein darauf beschränken, wir sollten nicht nur Brahms und Strauß spielen, so wie es einige Konzertgesellschaften tun, sondern wir sollten auch einen Schollum und andere spielen, die heute leben und heute schaffen. Denn was für ein Gefühl müssen diese Künstler haben, wenn sie merken, daß man nur die Vergangenheit spielt?

War es zur Zeit Schuberts doch anders gewesen! Lesen sie doch die Kulturgeschichte! Schubert hat doch seine Zeitgenossen gespielt, an den Wänden hingen die Bilder seiner Freunde. Zu Haydns Zeiten war es genauso. Und wie ist es heute? Es gibt heute Konzertgesellschaften, die vom Ministerium subventioniert werden, die es nicht wagen, einen lebenden Komponisten zu spielen!

Das sind doch Zustände in der offiziellen Kulturpolitik, die uns absolut keine Freude machen können. Dieses Rückwärtsblicken, dieses Zurückschauen in die Vergangenheit ist etwas, was uns keine Freude machen kann. Daß wir Schallplatten mit Aufnahmen von Renaissancemusik machen, daß wir die Musik sogar in Renaissancekostümen aufführen, das ist ein Beweis, daß wir uns aus der Auseinandersetzung in die Vergangenheit flüchten. Man könnte jetzt noch andere Beispiele anführen, die die Behauptung, die ich aufgestellt habe, schlagend beweisen.

Ich glaube, wir sollten uns nicht nur der Neuinterpretation der Vergangenheit bedienen, sondern wir sollten selbst Denkmäler bauen, jetzt schon für die kommende Generation in Form der Kompositionen, die wir fördern, der Dichter, der Schriftsteller, denen wir ihr Schaffen erleichtern und ermöglichen. Ich glaube, wir müssen die Patina unserer Begriffe und unserer Methoden lösen, damit sie wieder in vollem Glanz erstehen können, damit wir diesen Aufgaben gewachsen sind, die uns heute in der Kulturpolitik erwarten und deren Erfüllung von uns auch füglich und mit Recht verlangt wird.

Nun zur Hochschule in Kärnten. Wir haben viel Verständnis dafür aufgebracht, daß der Herr Minister uns erklärt hat, wir sollten ihm Zeit lassen, bis die Planungskommission, diese Arbeitsgruppe konstituiert ist, bis diese Arbeitsgruppe prüft, welche Möglichkeiten für Neugründungen es in Österreich überhaupt gibt. Wir sind natürlich der Meinung gewesen, daß das schon längst hätte getan werden sollen. Schön, es ist also nicht getan worden, es ist ein Versäumnis.

Aber wenn wir sehen, mit welcher Schwerfälligkeit, mit welch schleppendem Tempo alles das vor sich geht, dann müssen Sie ver-

stehen, Herr Minister, daß wir ungeduldig werden. Sie müssen auch verstehen, daß gerade wir, die wir eine so ausgezeichnete Studie über die Kärntner Hochschule geliefert haben, verfaßt von Professor Dr. Krasensky und dem Assistenten Dr. Schneider, die sicherlich einmalig in Österreich ist, meinen, daß es vielleicht doch Zeit wäre, nicht erst das endgültige Ergebnis dieser Kommission abzuwarten, sondern daß Sie uns jetzt schon grünes Licht geben, damit wir die ersten Vorarbeiten für eine Hochschule in Kärnten leisten können. Schließlich und endlich erklären sich das Land Kärnten und die Stadt Klagenfurt mit je 50 Millionen Schilling bereit, dieses Vorhaben zu finanzieren. Das ist sehr, sehr viel Geld für Land und Stadt. Mit 100 Millionen Schilling könnten wir die ersten Vorarbeiten leisten.

Sie wissen ja: Wir haben eine wirtschaftswissenschaftliche Hochschule vorgeschlagen. Man hat uns als Vorstandsmitgliedern des Universitätsbundes damals gesagt: Ja, was wollt ihr denn mit einer wirtschaftswissenschaftlichen Hochschule? Der Bedarf ist gedeckt, Professoren gibt es keine, woher sollten wir sie denn nehmen? Seht nach Linz! Die hatten ja Schwierigkeiten mit der Besetzung der Lehrstühle!

Dazu muß ich etwas sagen, was uns der Leiter der Abteilung Hochschulerziehung und Forschung im Europarat, Herr Schwarz-Liebermann, in Klagenfurt bei einem Vortrag erzählt hat. Wir vom Universitätsbund haben ihn damals eingeladen, weil er ja der kompetente Mann im Europarat für diese Dinge ist, und er hat uns gesagt: Meine Herren, die Situation ist eigentlich nicht so schlimm, denn allein in der Bundesrepublik gibt es 50 Assistenten beziehungsweise Forscher, die ihre Habilitation auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ablegen werden. Sie sind dabei, diese Habilitation zu schreiben. Das heißt also, daß der Bedarf auch von hier aus gedeckt werden könnte.

Sicherlich sind wir nicht so, daß wir uns nicht dem gesamtösterreichischen Bedarf unterordnen wollen. Nein, auf keinen Fall! Aber Schwarz-Liebermann hat ein Wort geprägt, Herr Minister, von dem wir glauben, daß es wert ist, registriert zu werden. Er sprach nämlich von einer „grenzüberschreitenden Hochschulpolitik“ als einer Frage unserer Zeit und einem Gebot der Stunde. Er meinte damals, gerade Kärnten wäre prädestiniert für eine solche „grenzüberschreitende Hochschulpolitik“. Herr Minister! Sollten Sie uns nicht, gerade weil auch die Fachleute des Europarates unserer Meinung sind, jetzt schon sagen: Fangt doch an! In Triest,

5946

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Luptowits

in Udine, in Laibach und überall ringsherum entstehen Universitäten, und wir stehen nun da und haben keine Möglichkeit, unserem eigenen Nachwuchs die Ausbildung zu ermöglichen, aber auch überregional zu wirken. Ich glaube, daß eine breite Streuung und eine regionale Berücksichtigung der Wünsche heute unerlässlich ist.

Hiezu kommt die Spezialisierung. Herr Schwarz-Liebermann hat etwas gesagt, was für unser Argument spricht. Er meinte damals, eine neue Universität müsse zwei oder drei Zentrierungspunkte haben. Herr Minister! Fangen wir doch mit einem Zentrierungspunkt an! Wir müssen ja nicht alle drei sofort haben; wir können mit einem Zentrierungspunkt anfangen und dann allmählich aufbauen, wie es andere Hochschulen auch tun.

Ich meine also, daß gerade wir in Kärnten mit Ungeduld das Ergebnis erwarten, aber es würde uns freuen, wenn sich der zuständige Herr Minister bereit fände, uns jetzt schon zu sagen: Ihr Kärntner, ihr könnt beginnen, in dieser Richtung wird sich der Ausbau eurer Universität, eurer Hochschule bewegen.

Das hat noch einen anderen Aspekt, den Aspekt nämlich, daß wir auch auf das Ausland in den Raum Julisch-Venetien-Friaul und in den Raum Slowenien hineinwirken können. Wenn wir Kultauraustausch betreiben wollen, dann ist doch die Voraussetzung eines jeden Kultauraustausches die Beherrschung der Sprache. Sollten wir nicht gerade hier den ausländischen bildungshungrigen jungen Leuten die Möglichkeit geben, die deutsche Kultur, die österreichische Kultur, die deutsche Sprache kennenzulernen? Warum sollen sie es nur in der Bundesrepublik am Goethe-Institut lernen und nicht bei uns? Ich erinnere daran, daß ich im Vorjahr in diesem Hause den Vorschlag gemacht habe, eine Gesellschaft zu gründen, die ich natürlich nach unserem großen Kärntner Dichter Josef Friedrich Perkonig Perkonig-Gesellschaft genannt habe, weil ich meine, daß gerade dieser große Kärntner Dichter so viel für dieses übergemeinschaftliche Verständnis, für diesen Raum getan hat, daß diese Gesellschaft, diese Institution in der Lage wäre, das zu tun, was das Goethe-Institut heute in der Bundesrepublik macht.

Wie schaut es in Laibach, Triest oder Udine aus? Die ältere Generation kann noch Deutsch, die mittlere Generation haben wir vernachlässigt, sie kann nicht Deutsch, die jüngere aber ist bestrebt und begierig, die deutsche Sprache zu erlernen. Warum sollten wir in Kärnten und in Klagenfurt diese Chance nicht nutzen? Es böte sich doch jedem Menschen an, der eine planvolle, eine sinnvolle Hochschulpolitik betreiben will, daß er dieses

Vorhaben unterstützt, diesen Wunsch Kärntens erfüllt. Ich bin voll der Hoffnung, daß es uns gerade aus diesem Aspekt heraus gelingen wird, ehestens das Zugeständnis des zuständigen Ministers zu bekommen.

Wenn die österreichische Kulturpolitik, wenn die österreichische Kulturnation in dem realistischen Raum Europas und in den Städten, in denen sich Europa realisiert, präsent sein soll, dann müssen wir dort vor allem kulturell präsent sein, aber nicht nur einmal, sondern kontinuierlich, wir müssen dort immer wieder in Erscheinung treten. Alles andere hat auf die Dauer keinen Erfolg. Die kulturelle Außenpolitik hat nur dann einen Sinn, wenn es uns gelingt, über die Kulturattachés und die Kulturinstitute beste österreichische Kultur, beste Repräsentanz der Gegenwart und natürlich auch der Vergangenheit zu bieten, damit das Ausland sieht, was Österreich auf kulturellem Gebiet geleistet hat und derzeit noch zu bieten hat. Es sollte das nicht nur durch die Bundesrepublik kennenlernen.

Nun einiges zur Volksbildung: Dieses Problem wurde hier schon von einigen Damen und Herren angeschnitten, aber in seiner Tiefe — diesen Eindruck habe ich noch immer — hat auch der Herr Minister noch nicht erkannt, was sich auf diesem Gebiet heute tut. Wir haben das 9. Schuljahr eingeführt und planen schon das 10., aber wir vergessen, daß das, was wir heute in der Schule lernen, in zehn, fünfzehn Jahren zum Teil überholt ist, sodaß ernsthafte Nationalökonomie, Bildungspolitiker und Bildungsforscher auf dem Standpunkt stehen, daß viel dringender und notwendiger eine ergänzende Ausbildung wäre, also das, was wir heute — es ist leider Gottes noch kein anderer Ausdruck gefunden worden — Erwachsenenbildung nennen, die aber nicht nur sporadisch, sondern permanent vor sich gehen soll.

Jeder einzelne von uns weiß: Wenn er nicht jeden Monat zumindest ein Buch liest oder sich mit dieser oder jener ernsthaften Zeitschrift auseinandersetzt, ist er nicht mehr in der Lage, mitzureden, er hängt im luftleeren Raum, alles was er sagt, ist leer und schal geworden, weil er sich nicht mit der Wirklichkeit konfrontiert. Es ist also notwendig, daß die Erwachsenenbildung unter diesem Aspekt als permanente Bildung gesehen werden soll. Die Franzosen sind uns auf diesem Gebiet weit voraus, sie haben auch das Wort von der permanenten, von der dauernden Bildung geprägt. Wir sollten nicht wieder ins Hintertreffen geraten und uns vom Ausland einmal sagen lassen müssen, was wir zu tun haben.

Man verlangt von der Erwachsenenbildung, daß sie den mündigen Staatsbürger zum Ver-

Luptowits

ständnis, zur Demokratie erzieht. Aber wie und wo soll das vor sich gehen? Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Wo gibt es diese Institutionen, wenn das Geld gerade für diese Institutionen der Volkshochschulen und der Bildungswerke gekürzt wird?

Es hat mich gefreut, als ich heute früh in der Zeitung gelesen habe, daß der Landeshauptmann von Oberösterreich Dr. Gleißner gegen die Kürzung des Ansatzes Volksbildung protestiert. Er wird sich natürlich nicht durchsetzen, weil der Finanzminister Kulturpolitik macht. Das ist auf die Dauer unerträglich. Auch in Kreisen der ÖVP müßte man sich endlich einmal dazu durchringen, daß über die Finanzpolitik doch die Kulturpolitik gestellt werden muß.

Wir müssen uns doch alle vor Augen halten: Nicht die Pipelines, die Forstwirtschaft, die Landwirtschaft, auch nicht die Straßen werden das Ansehen Österreichs in den nächsten 100 Jahren prägen, denn das vergessen die Leute. Was das Bild Österreichs aber prägen wird, ist das, was wir heute als Grundstein legen, indem wir die Begabungen fördern, die heute Gott sei Dank noch latent in unserem Volk vorhanden sind.

Das sollten wir gerade bei dieser Post bedenken, die von 0,435 Promille im Jahre 1954 auf 0,225 Promille, also auf rund die Hälfte, gekürzt wurde. Es ist schrecklich, daß man das überhaupt in Promille ausdrücken muß, daß man für eine so eminent wichtige Lebensaufgabe des Volkes beim zuständigen Ministerium so wenig Verständnis findet beziehungsweise daß der Herr Minister selbst wahrscheinlich ein unangenehmes Gefühl hat, das vertreten und sagen zu müssen: Der Finanzminister hat mir eben nicht mehr gegeben.

Noch etwas müssen wir machen, um aus diesem Dilemma herauszukommen. Ich habe es im Ausschuß auch dem Herrn Minister gesagt: Wir müssen die Volksbildung auch rein äußerlich der allgemeinen Schulbildung gleichstellen. Ich würde mich freuen, wenn es gelänge, das auch im Budget dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß man den Ansatz Volksbildung unter die allgemeine Schulbildung setzt und damit demonstriert und anerkennt, daß Volksbildung gleich Schulbildung ist. Das ist meine Meinung. Ich hoffe, daß es einmal gelingen wird, diese Gerechtigkeit dieses Gleichgewicht herzustellen.

Wir sollten die Volksbildung nicht so belassen, wie sie derzeit ist — dazu gehören die Volksbüchereien, die Volksmusikschulen —, sondern man sollte das alles irgendwie in Gesetze fassen und diese dann in ein großes Sammelgesetz gießen, damit endlich einmal jeder in Österreich weiß, womit er zu rechnen hat, wieweit er arbeiten und planen kann.

Ich meine, daß wir hier einige Forderungen aufzustellen haben.

Wir fordern erstens einmal die wissenschaftliche Grundlegung der Volksbildung.

Wir fordern zweitens hauptberufliche Mitarbeiter. Es werden die wenigsten von Ihnen, meine Damen und Herren, wenn Sie nie in der Volksbildung gestanden sind, wissen, daß die Lehrkräfte, die sogenannten Dozenten an den Volkshochschulen nach ihrer normalen Arbeitszeit unterrichten, daß es nur in den größten Städten hauptamtliche Leiter dieser Volksbildungseinrichtungen gibt. Sie können sich vorstellen, welche Belastung es für die Dozenten darstellt, die auch tagsüber arbeiten müssen, aber auch für die Hörer, weil sie keinen ausgeruhten Lehrer vor sich haben, sondern einen bereits mit Arbeit belasteten.

Drittens brauchen wir eigene Gebäude, Räume und Geräte. Für genauso wichtig wie einen Versammlungsraum, wie einen Festsaal erachte ich Klubräume für diese Einrichtungen der Erwachsenenbildung.

Natürlich steht und fällt das alles mit der ausreichenden Finanzierung. Es würde mich freuen, wenn es dem Herrn Minister im nächsten Jahr gelänge, seinen Parteikollegen, den Herrn Finanzminister, zu überzeugen, daß es notwendig ist, für diese Dinge etwas mehr einzusetzen.

An einem Beispiel wurde demonstriert, daß der Finanzminister Kulturpolitik betreibt und alles andere, was wir hier sagen, Illusion ist: am Beispiel der Literaturkürzung. Ich möchte das mit dem konfrontieren, was der Herr Minister am Grabe Heimito von Doderers gesagt hat. Ich darf Ihnen davon einen Satz vorlesen. Der Minister sprach am Grabe Doderers folgende Worte: „Sein Schaffen war ein bedeutender Beitrag zur Wesensbestimmung des Österreichers.“ Sehr schön und inhaltsschwer, aber am Grabe gesprochen!

Konfrontieren wir es mit der Wirklichkeit: Was tun wir und in welchem Maße tun wir etwas für diejenigen Menschen, die heute das Bild in der Literatur prägen? Auch die bescheidenen Mittel, die schon vorhanden waren, werden noch gekürzt. Ich muß sagen: Wir leisten Österreich keinen guten Dienst, denn es ist nicht richtig, daß wir gerade diese Kinder unseres „Selbstverständnisses“ — ich glaube, das ist richtig ausgedrückt, da sie uns so zeichnen, wie wir sind, da sie unsere Aufgaben fixieren — minder ansehen als alle anderen Gruppen. Ich glaube, wir sollten über allem Ökonomismus das doch nicht übersehen.

Ich war sehr glücklich, als ich vor wenigen Tagen — ich glaube, vor 14 Tagen war es — in der Literarischen Gesellschaft mit Lernet-Holenia in einer Lesung konfrontiert wurde.

Luptowits

Es ist dort sicherlich spektakulär zugegangen, die Zeitungen haben darüber geschrieben; ich will das hier nicht anführen. Aber es war doch erfreulich und beglückend, zu sehen, wie ein Mensch in seinen Werken in einer weiten Schau dieses Land und seine Probleme erkannt hat und wie er noch weiter schöpferisch zu arbeiten in der Lage ist.

Sollen wir nur am Grabe Kränze niederlegen? Sollten wir nicht schon heute den jungen Literaten Kränze für die Zukunftwinden? Das ist doch unsere vornehmste Aufgabe, die wir uns gerade auf dem Gebiete der Literatur stellen sollten.

Natürlich haben die Mitglieder des Pen-Clubs protestiert, es hat das Forum-Stadtpark aus Graz protestiert, aber alle Proteste haben nichts genutzt. Wir müssen auch hier sagen, daß der Finanzminister dominant ist und über all die Sorgen dominiert, daß er kein Verständnis hat für das, was heute uns allen notwendig und wichtig erscheint. Gerade diejenigen, die irgendwo in einer literarischen Gesellschaft tätig sind, wissen, wie schwer wir es dort haben.

Ich erinnere nochmals an das Wort des Herrn Ministers, das er in Anwesenheit des Dr. Kraus von der Literarischen Gesellschaft gesprochen hat; auch der Herr Bundeskanzler und der Herr Finanzminister waren dort. Dr. Kraus hat dort angeregt, eine Stiftung für junge Literaten zu schaffen. Herr Minister! Setzen wir doch ein Werk, rufen wir doch eine Stiftung für junge Literaten ins Leben! Denn man sollte nicht nur bei festlichen Anlässen Versprechungen machen, sondern man sollte sie realisieren, um endlich zu zeigen, daß das kulturelle Österreich vorhanden ist und daß man ihnen nicht erst dann, wenn sie gestorben sind, schöne Grabreden hält.

Nun noch einiges zum Theater. Ich glaube, daß alle Damen und Herren dieses Hauses die spektakulären Ereignisse um die Staatsoper und um die Bundestheater im allgemeinen ja erlebt haben und noch erleben. Ich will nicht darauf eingehen, was die Zeitungen darüber geschrieben haben und sicherlich noch schreiben werden. Aber es müßte uns allen doch zu denken geben, daß hier Beträge in der Größenordnung von über 400 Millionen Schilling zur Diskussion stehen! Sicherlich kann man auf dem Standpunkt stehen: 400 Millionen sind möglicherweise für ein gutes Theater zuwenig. Aber ebenso muß man sagen: 400 Millionen sind für ein weniger gutes Theater zuviel! Wir sollten uns fragen, warum es dazu gekommen ist, daß man heute in den ausländischen Zeitungen ungefähr so schreibt: Wenn in Wien die Blätter von den Bäumen fallen, dann gibt es wieder eine Theaterkrise

und eine Kulturkrise! — Also das Ausland mokiert sich über die Verhältnisse an unserer Staatsoper und an unseren Theatern im allgemeinen. Ich glaube, daß gerade unsere Bundestheater im Mittelpunkt des Interesses stehen müssen. Man muß unsere Argumente dazu hören. Man muß alle Argumente hören, die sich auf dieses Problem beziehen, denn Staatsoper, Burgtheater und Akademietheater, die zu dem Begriff Bundestheater zusammengefaßt werden, stehen vor einer schwierigen Aufgabe. Denn wenn auch eine kleine Erhöhung durchgeführt wurde, so wissen doch alle, die mit diesem Medium befaßt sind und die Verhältnisse kennen, daß das natürlich praktisch einer Kürzung gleichkommt. Ein Intendant, ein Direktor dieses großen Hauses soll ja Neuinszenierungen durchführen. Neuinszenierungen kosten ein Heidengeld; ich verweise auf die Kostüme und alles, was damit zusammenhängt. Mit großer Sorge blicken wir auf die geistige und kulturelle Potenz dieser Bühne.

Da muß ich wirklich den Herrn Kollegen Harwalik bitten, doch vielleicht von Zeit zu Zeit ins Theater zu gehen und sich die Niveauunterschiede anzusehen. (*Abg. Harwalik: Haben Sie eine Ahnung!*) Ich freue mich ja darüber. Aber wieso können Sie dann so reden? Dann müssen Sie doch Unterschiede sehen. Oder Sie fahren zu den Salzburger Festspielen. Ich weiß nicht, welchen Eindruck Sie in diesem Jahr hatten, ich weiß nicht, was Sie sich angesehen haben. Wenn man in Salzburg weilt und sich bestimmte Dinge heraus sucht, dann darf man doch mit kritischen Blicken nicht nur die Roben der Damen sehen, die dort Modeschau betreiben, sondern man muß auch hinter die Kulissen schauen, wie sich also die Potenz dort abspielt. (*Allgemeine Heiterkeit.* — *Abg. Harwalik: Ich werde die Luptowits'sche Regieanweisung befolgen, aber meine Frau macht nicht mit!* — *Abg. Dr. Kranzlmayr: Luptowits'sche Kulturpolitik hinter den Kulissen!*) Kulturpolitik wird leider Gottes auch hinter den Kulissen gemacht, Herr Staatssekretär! Das wissen Sie natürlich nicht, das können Sie vielleicht nicht wissen, das macht aber nichts. Trotzdem wird es so gemacht. Nicht immer nur auf der Bühne spielt sich das Leben in der Kulturpolitik ab.

Ich glaube, daß wir hier einen Substanzverlust erleben werden, wenn es so weitergeht, und zwar auch auf dem Gebiet des Schauspiels. Wer das Schauspiel, das Wiener Schauspiel verfolgt, weiß genau, wo die Schwierigkeiten liegen. Es könnte eines Tages so sein, wie ein Journalist einmal schrieb, das das „geistigen Selbstmord“ bedeuten würde.

Luptowits

Es werden schließlich und endlich in der Staatsoper strukturelle Maßnahmen versprochen. Sicherlich gibt es und gab es Möglichkeiten einer besseren Auslastung, eines besseren Einsatzes, daß man ein Stück nicht nur einmal, sondern öfter spielt und dadurch die Einnahmen höher sind. Aber alles das genügt nicht.

Das Unbehagen, das sich auch in der Kulturverwaltung ausdrückt, bestand ja darin, daß man eine Generalintendanz für die Bundestheater schaffen wollte. Ich habe mir damals, als ich das in der Zeitung gelesen habe, sofort Sorgen gemacht, denn eine Generalintendanz in diesen Medien, also im Theater, käme einem Dirigismus gleich. Gerade in den Bundestheatern können wir keinen Dirigismus brauchen. Trotzdem macht es mir Sorgen, denn ich hörte aus dem Arbeitskreis der „Aktion 20“ den Ruf nach einer straffer Form in der Verwaltung der Bundestheater. Was man darunter versteht, weiß ich nicht, vielleicht können Sie, Herr Minister, als Mitglied dieser „Aktion 20“ etwas Näheres darüber aussagen, was man sich unter einer straffer Form vorstellt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man also hier tatsächlich daran denkt, eine Generalintendanz ins Leben zu rufen. Sicherlich müßte man den Mut haben, diesen oder jenen Direktor — ganz gleich, welcher es sein wird, der nach Wien berufen wird, ob es Liebermann oder Juch oder sonst jemand ist — immer an seine Verpflichtung zu erinnern, die er gegenüber der Staatsoper, gegenüber dem Burgtheater zu erfüllen hat. Beim Burgtheater ist es natürlich selbstverständlich ähnlich, aber hier ist ja der Wechsel schon durchgeführt worden.

Ich bin aber nicht kleinlich, ich sage: Eine Oper braucht eine gewisse Opulenz, sicherlich, aber es müssen nicht immer die hohen Töne mit den hohen Gagen konform gehen. Auch hier hat man in der Vergangenheit des Guten zuviel getan. Man hat den Markt nicht richtig eingeschätzt, es sind Fehlabschlüsse getätigt worden. Ich will nicht all das aufzählen, Sie haben das sicherlich in den verschiedenen Zeitungen gelesen. Aber man sollte hier mit Klugheit und Überlegtheit steuern, denn es sollte nicht so kommen, wie es Pierre Boulez, der bei den Bayreuther Festspielen mit großartigem Erfolg gearbeitet hat, in bezug auf die Wiener Staatsoper ausdrückte: „Die Wiener Staatsoper ist eine Reliquie, ein gut gepflegtes Museum.“

So werden wir in der Welt der Kunst und von den Leuten beurteilt, die sich mit diesen Dingen auseinandersetzen. Darum ist das so, Herr Kollege Minkowitsch. (Abg. Dr. Gorbach: Was man da schreibt, ist doch nicht allgemein!) Herr Altbundeskanzler! Was

allgemein ist, ist wirklich sehr schwer zu definieren. Ich würde es nicht wagen, in diesem Zusammenhang eine Definition zu prägen. Natürlich ist es ein geringer Prozentsatz, Herr Altbundeskanzler, dessen bin ich mir bewußt. In allen diesen Dingen gibt es nur geringe Prozentsätze, aber die sind doch prägend. Ich glaube, daß Sie hier mit mir einer Meinung sind.

Das hat aber dazu geführt, daß an der Staatsoper gerade diesen Dingen, so glaube ich, zuwenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde, im Gegensatz zu der Hamburger Oper oder jetzt zu München. Ich frage mit großer Sorge, ob hier nicht wieder eine Konkurrenz für Salzburg und auch für Wien entsteht. Und ich weiß nicht, wie wir dieses Problem bei einem Wechsel der Direktion so meistern werden, daß wir keinen Substanzverlust erleiden können.

Das Theater soll ja Spiegelbild einer Gesellschaft sein. Der Spielplan müßte eben Komponisten berücksichtigen wie Egk, Orff und Britten. Es hat mich gefreut, daß der Komponist von Einem in einem der letzten Interviews nun endlich ebenfalls der Auffassung war, daß man die Staatsoper auch mit Gegenwartskomponisten konfrontieren sollte, daß er nicht der Meinung war, hier sollte nur das Alte, Bewährte immer wieder neu inszeniert oder neu auf die Bühne gebracht werden.

Herr Minister! Ich vermisste im Budget die Vorsorge für das 100-Jahr-Jubiläum der Staatsoper, denn der neue Operndirektor muß ja schon im nächsten Jahr die Abschlüsse tätigen. Womit soll er das denn tun, wenn er nicht die notwendigen Mittel zur Verfügung hat? Ich habe hier keine Ansätze gefunden. Vielleicht sind sie irgendwo so versteckt, daß man nicht sofort draufkommt. Aber gerade das 100-jährige Jubiläum sollte man in einer entsprechenden Form feiern, gerade dieses Jubiläum sollte eine Präsentanz sein.

Wie soll die Moskau-Reise des Burgtheaters bezahlt werden? Denn diese Moskau-Reise müssen wir ja selbst bezahlen, im Gegensatz zur Montreal-Reise, die ja zum Teil vom Gastgeberland finanziert wurde.

Alles das sind Fragen, die uns bewegen. Ich glaube, wir sollten uns gerade über diese Dinge unterhalten und Wege und Mittel suchen, um hier zu neuen Höhen zu kommen.

Ich bedaure es außerordentlich, daß der Plan fallengelassen wurde, das Theater am Kärntnertor zu bespielen. Das hätte ja aus der Sorge der jungen nachrückenden Künstler am Burgtheater geschehen sollen. Deshalb wurde ja das Theater am Kärntnertor verlangt. Und jetzt soll es geschlossen werden? Der Vertrag für die Miete ist abgeschlossen worden,

5950

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Luptowits

also man muß das wieder lösen, man muß einen neuen Mieter suchen. Wo soll sich jetzt der Nachwuchs erproben, wo soll er Bühnenerfahrung sammeln?

Alles das sind Fragen der Kulturpolitik, die uns alle sehr stark bewegen. Wir wären glücklich, wenn es im Interesse des Ansehens Österreichs gelänge, eine positive Antwort zu bekommen.

Dazu kommt, daß die Privattheater und die Ländertheater in keiner anderen Situation sind. Ich habe zu diesem Problem im Vorjahr gesprochen, ich will es jetzt nicht mehr tun. Aber ich muß sagen: Von den Ländertheatern wird das Theaterland Österreich mitgeprägt. Wir sollten immer an diese Dinge denken.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß ich in der Kürze der Zeit, die mir zur Verfügung gestanden ist, einige entscheidende Probleme angeschnitten habe, die einer gründlichen Prüfung und einer gründlichen Überlegung wert wären. Ich muß es noch einmal betonen, daß der Ökonomismus nur als eine der Funktionen in der Gesellschaft betrachtet werden sollte. Wir alle, die wir daran interessiert sind, daß dieses Land auch für die nächsten 20, 50 und 100 Jahre ein geistiges Profil bekommen soll, sollten mit dazu beitragen, daß sich dieses geistige Profil dem Profil der anderen Völker ohne weiteres stellen kann. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Withalm. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Withalm (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich hätte mir das, was ich jetzt hier vom Rednerpult bringe, an und für sich gerne mit Kollegen Sekanina hinter den Kulissen ausgemacht. (Heiterkeit. — *Abg. Weikart: Schon wieder! Verdächtig, Herr Generalsekretär!*) Aber seine Bemerkung beziehungsweise sein Zwischenruf war doch von einer Bedeutung, wie mir scheint, die es notwendig macht, daß hier eine grundsätzliche Feststellung getroffen wird.

Abgeordneter Liwanec hat zu einem Thema gesprochen, das, wie er selbst sagte, nicht Gegenstand der heutigen Verhandlung ist. (*Abg. Steininger: Freilich!*) Nein! Herr Kollege, da haben Sie nicht aufgepaßt während der Rede des Abgeordneten Liwanec. Er sagte selbst, daß er als Notwehrmaßnahme hier zu etwas spricht, was nicht zum Thema gehört. Wenn ich von einer Notwehrmaßnahmespreche, dann weiß ich ganz genau, daß das wirklich nicht zum Thema gehört.

Es entspann sich ein Zwischenrufgefecht zwischen unseren Bänken. Und deswegen habe ich mich zu Wort gemeldet, meine Damen und Herren, und nicht wegen des Kollegen

Liwanec. Präsident Wallner hat ihn richtigerweise zur Ordnung gerufen beziehungsweise ihn gebeten, er soll zur Sache sprechen. Aber darum geht es nicht. Wir sind da sicherlich tolerant, und es wird gut sein, wenn wir tolerant sind. Aber ein Zwischenruf des Abgeordneten Sekanina zwingt mich, daß ich auch meinerseits eine Feststellung treffe.

Meine Damen und Herren! Es wurde hier — und das nehme ich jetzt wirklich ernst, Herr Kollege Sekanina — von Ihnen in Form eines Zwischenrufes gesagt — so heißt es jetzt im stenographischen Protokoll, das ist festgehalten —: „Wir werden das sagen, was uns paßt!“ Ich habe Ihnen daraufhin in einem Zwischenruf entgegengehalten: „Herr Kollege Sekanina, es muß doch für uns alle die Geschäftsordnung gelten!“ (*Abg. Sekanina: Das habe ich nie bestritten, Herr Generalsekretär!*) Aber wir lassen uns von Ihnen nichts vorschreiben! Sie habe ich gemeint! Sie ausdrücklich! Ich habe nie den Herrn Präsidenten zitiert! Sie habe ich zitiert! — *Abg. Weikart: Das hat mit der Geschäftsordnung nichts zu tun!*) Nein, nein, das haben Sie nicht gesagt! Herr Kollege Sekanina, Sie können das Protokoll ja berichtigen lassen. Im Protokoll heißt es: „Wir werden das sagen, was uns paßt!“ (*Abg. Haberl: Zu Ihnen!* — *Abg. Weikart: Das ist den Zwischenrufer Withalm angegangen!*) Nein, nicht zu mir! Er hat nicht gesagt: Wir werden uns von Ihnen, also von mir, von Withalm, nicht vorschreiben lassen, was wir sagen dürfen. (*Abg. Sekanina: Ich habe erklärt: Wir werden das sagen, was uns paßt, und nicht das, was Ihnen paßt! Das ist Ihre Auslegung!*)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Jetzt lassen Sie den Abgeordneten Withalm das sagen, was er sagen will! (*Abg. Weikart: Den Präsidenten lassen wir aus dem Spiel! Er hat zum Präsidenten überhaupt keinen Zwischenruf gemacht!*)

Abgeordneter Dr. Withalm (fortsetzend): Herr Kollege Weikart, reden wir doch ganz vernünftig miteinander. Ich habe durchaus Verständnis dafür, daß man in der Hitze des Gefechtes einen Zwischenruf macht, der meinet-wegen nicht ganz überlegt ist. (*Abg. Sekanina: Er war überlegt!*) Aber dann muß man Manns genug sein, Herr Kollege Sekanina, und sagen: Ja, ich habe es gesagt. Das Protokoll hat es auch festgehalten. (*Abg. Sekanina: Mein Zwischenruf war überlegt, Herr Kollege Withalm!*) Ich habe zu Ihnen hinaufgerufen: Ich schreibe mir das sofort auf, was Sie gesagt haben. Ich schrieb es mir auf, und das, was ich sagte, stimmt genau mit dem überein, was im stenographischen

Dr. Withalm

Protokoll festgehalten worden ist. (Abg. Sekanina: *Das habe ich nie bestritten!*)

Also noch einmal: Sie haben erklärt: „Wir werden das sagen, was uns paßt!“ (Abg. Sekanina: *Das hat nichts mit der Geschäftsordnung zu tun! Nichts mit dem Präsidenten!*)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, darüber müssen wir uns im klaren sein (*anhaltende Zwischenrufe — der Präsident gibt das Glockenzeichen*): Für uns gilt die Geschäftsordnung! (Beifall bei der ÖVP.) Gerade für uns Abgeordnete! Das ist in erster Linie, meine Damen und Herren, das Gesetz, unter dem wir Abgeordnete stehen (Abg. Pay: *Sie sprechen ja auch nicht immer zum Thema, Herr Kollege!*), und diesem Gesetz haben wir uns bedingungslos zu unterwerfen. Das tun wir. (Abg. Pay: *Sie haben schon einmal eine halbe Stunde gesprochen, ohne zum Thema zu reden!*) — Bitte, Sie müßten mir sagen, wann das gewesen ist. Ich habe das nicht im Gedächtnis. (Abg. Pay: *Im Vorjahr über die Witwenpension! Sie haben erklärt, Sie werden unsere Anträge nicht annehmen!*) Herr Kollege Pay, Sie haben jetzt nicht aufgepaßt. Darum geht es mir gar nicht, habe ich gesagt. Es geht mir gar nicht darum, daß der Kollege Liwanec meinetwegen nicht zum Thema gesprochen hat. Hier müssen wir tolerant sein, habe ich gesagt. Es geht nur darum, daß ein Abgeordneter sagt: Was interessiert das mich, was auf der Tagesordnung steht; ich rede zu dem, was mir paßt. Das ist das entscheidende. (Widerspruch bei der SPÖ. — Abg. Weikhart: *Nein, so hat er es nicht gesagt! Das interpretieren Sie, Herr Generalsekretär!* Aber wir lassen uns nicht befehlen, was Sie wünschen!) Dann lassen Sie das Protokoll berichtigen, meine Damen und Herren! Im stenographischen Protokoll ist es so festgehalten.

Noch einmal für uns alle: Hier und hierherüber muß selbstverständlich bedingungslos die Geschäftsordnung gelten! (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: *In Ordnung! Jawohl! Aber wir sprechen nicht das, was Sie von uns wünschen!* — Abg. Czettel: *Das war ein Eigengoal, Herr Dr. Withalm!* — Abg. Dr. Withalm: *Wenn Sie es bestreiten, was im Protokoll steht!*)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Sekanina. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Sekanina (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich darf genauso einleiten wie der Herr Generalsekretär Dr. Withalm: Ich hatte nicht die Absicht, mich beim heutigen Tagesordnungspunkt zu Wort zu melden. Aber Sie, Herr Generalsekretär, haben in Ihren Ausführungen jetzt hier von diesem Rednerpult

aus ausdrücklich die Meinung geäußert, daß es meine Absicht ist — anscheinend, nach Ihrer Auffassung — und daß ich durch meinen Zwischenruf zum Ausdruck gebracht hätte, ich mißachte die Geschäftsordnung dieses Hohen Hauses.

Ich stelle für meine Person ausdrücklich und dezidiert fest: Erstens achte ich die Geschäftsordnung dieses Hohen Hauses. Zweitens war mein Zwischenruf nicht an den Herrn Präsidenten Wallner gerichtet, sondern ausschließlich an Ihre Adresse.

Und damit kein Mißverständnis entsteht, Herr Generalsekretär Dr. Withalm: Auch in Zukunft werde ich als frei gewählter Abgeordneter dieses Hauses das sagen — an Ihre Adresse —, was mir beliebt. Ich werde mir von Ihnen nie vorschreiben lassen, in welcher Form und in welcher Art und Weise ich meine Meinung äußere. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: *An meine, bitte! Dann sind wir uns klar darüber!*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Robak. Ich erteile es ihm. (Abg. Hartl: *Esterhazy!* — Abg. Robak: *Dazu werde ich auch etwas sagen, wenn Sie wollen!* — Unruhe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Wir sind schon beim nächsten Redner!

Abgeordneter Robak (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Viele burgenländische Eltern, nicht nur deutsche, sondern auch kroatische, wollen, daß ihre Kinder in der Schule deutsch unterrichtet werden. Sie wollen, daß ihre Kinder Schulunterricht so wie alle übrigen Kinder der Republik Österreich bekommen.

Wir haben außer der burgenländischen kroatischen Minderheit auch eine slowenische Minderheit in Kärnten. In Kärnten können aber die slowenischen Eltern, wenn sie haben wollen, daß ihre Kinder slowenisch unterrichtet werden, dies bei Schulbeginn verlangen, und die Kinder werden einen Slowenischunterricht bekommen. Alle anderen Kinder werden in Kärnten deutsch unterrichtet.

Im Burgenland ist das nicht der Fall. Im Burgenland werden die Kinder deutscher und kroatischer Eltern in kroatisch sprechenden Gemeinden gezwungen, kroatischen Unterricht zu nehmen. Im Schuljahr 1966/67 betrug die Gesamtzahl der Schulkinder mit kroatischer Muttersprache in Volks- und Hauptschulen zusammen 3153. Dazu kommen rund 500 Kinder deutscher Eltern in kroatischen Gemeinden. Wir wissen nicht, wie viele Kinder davon Volkschulen besuchen, aber sicher sind von diesen 3600 Kindern mindestens 2500 in Volksschulen. Also hier handelt es sich um eine große Zahl

5952

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Robak

von Kindern, die gegen ihren Willen einen Schulunterricht in einer Sprache bekommen, die sie nicht wollen.

So will ich wieder das Interesse des Hohen Hauses, aber auch der österreichischen Öffentlichkeit auf das Schulproblem der kroatischen Minderheit im Burgenland lenken. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang den Herrn Abgeordneten Graf bitten, mir aufmerksam zuzuhören, damit er nicht wieder bei irgend einer seiner pompösen Reden etwas behauptet, was unwahr, was eine Lüge ist. Wenn er will, komme ich dann später darauf zurück. (Abg. Dr. Kranzlmayr: *Vorsichtig!*) Ich werde das auch in der Öffentlichkeit sagen, wenn er will. Ich habe mir etwas vorbereitet; ich werde so manches sagen. Er soll das widerlegen; solange er das nicht widerlegt, ist er bei mir absolut ein Lügner!

Präsident: Bitte, wegen des Ausdrückes „Lügner“ muß ich einen Ordnungsruf erteilen. (Abg. Hartl: *So kann man das nicht machen!* — Weitere Zwischenrufe. — *Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Das Wort hat der Redner.

Abgeordneter **Robak** (*fortsetzend*): Er hat mich auch sehr, sehr beleidigt. Ich werde das bringen. (Abg. Hartl: *Aber da kannst du doch nicht Lügner sagen!*) Wenn er das nicht widerlegt? (Weitere Zwischenrufe und Unruhe. — *Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Hohes Haus! Ich habe darauf hingewiesen daß ich über das Schulproblem der kroatischen Minderheit etwas sagen werde. Ich möchte aber dabei nicht auf die Minderheitenproblematik überhaupt eingehen. Ich möchte auch vorausschicken, daß meiner Ansicht nach die Lösungsvorschläge, die ich hier vorbringe, beispielsweise nicht anwendbar sind auf Minderheiten in Kärnten, aber auch nicht anwendbar auf Minderheiten in einigen anderen Ländern. Wir wollen aber unsere Auffassungen über die Minderheiten auch niemandem aufzwingen, so wie wir uns von niemandem fremde Ansichten in dieser Frage aufzwingen lassen, weil wir wissen, daß die Vielfalt und die Verschiedenartigkeit der Minderheiten stets andere Lösungen verlangt.

Strenggenommen handelt es sich im Burgenland bei einem großen Teil der kroatischen Bevölkerung um ein Minderheitenproblem in umgekehrtem Sinne. Hier möchte ich sagen, daß uns das Schulgesetz 1937, das in einer Zeit beschlossen wurde, als es keine Demokratie gegeben hat, in keiner Weise befriedigt.

Ich möchte auch dem Herrn Unterrichtsminister sagen, daß auch der Status quo für einen großen Teil der burgenländischen Kroaten keine Lösung ist. Wir glauben, daß es nach

vielen, vielen Vorstößen und nach viel Unzufriedenheit endlich einmal zu einer tragbaren Lösung kommen muß.

Hohes Haus! Ich komme jetzt zu den Ausführungen über eben dieses Schulproblem. Ich habe hier das stenographische Protokoll vom 17. Mai 1967. Herr Abgeordneter Harwalić hat unter anderem darauf hingewiesen, daß durch verschiedene Maßnahmen auch das Minderheitenschulwesen einer Lösung zugeführt worden ist.

Der Herr Unterrichtsminister hat laut Pressemeldungen in der Ausgabe der Lehrpläne für das Minderheitenpflichtschulwesen in Österreich, die der Bundesverlag in Wien gedruckt hat, unter anderem folgendes ausgeführt: „Mit Verordnung vom 25. Mai 1966 wurden für das zweisprachige Schulwesen im Burgenland und in Kärnten Lehrpläne in Kraft gesetzt, die auch für diese Schulen dem bisherigen unbefriedigenden Zustand ein Ende setzen.“

Ich habe weiter die Kopie eines Schreibens des Kroatischen Kulturvereines Hrvatsko Kulturno Društvo an den Herrn Bundesminister für Unterricht. In diesem Schreiben wird auch auf diese Lehrpläne Bezug genommen. Hier heißt es unter anderem:

„Durch das Schulgesetzwerk 1962 hat das Volksschulwesen der kroatischen Volksgruppe im Burgenland eine zufriedenstellende Regelung ... erfahren“.

Es heißt dann noch weiter:

„Der Kroatische Kulturverein gestattet sich auch im Namen des Kroatischen Pressevereines und des Kroatischen Akademikerklubs folgende Bitten vorzulegen, die im Zuge der Novellierung von Teilen des Schulgesetzwerkes 1962 realisiert werden mögen:“

Hier heißt es unter anderem: „1. Errichtung von zweisprachigen Polytechnischen Lehrgängen ...“

2. Errichtung von zweisprachigen Hauptschulen, an denen die Minderheitensprache als Pflichtgegenstand unterrichtet wird.

3. Errichtung von zweisprachigen Sonderschulen ...

4 a. Kooptierung von zwei Minderheitenvertretern ...“, aber das gehört nicht hierher, und einige andere Punkte.

Wir haben nichts dagegen, wenn der Kroatische Kulturverein für sich oder für jene Eltern, die wünschen, daß ihre Kinder in kroatischer Sprache unterrichtet werden, einen kroatischen Polytechnischen Lehrgang und kroatische Hauptschulen verlangt. Wogegen wir uns wehren, ist, daß dadurch auch andere Kinder gezwungen werden, diesen Schulunterricht mitzumachen, denn wir wissen, daß ein zweisprachiger Unterricht für die Grundschule,

Robak

also die Volksschule, nicht jenen Schulerfolg bringt wie eine Schule, in der nur in einer Sprache unterrichtet wird. Ich möchte mich in diesem Kreise nicht damit auseinandersetzen, warum und wieso das ist. Ich möchte nur wünschen, daß mir geglaubt wird.

Ich habe einen Auszug aus einem Gutachten einer internationalen Kommission, die dieses Minderheitenschulwesen im Auftrage einer internationalen Schulorganisation studiert und ein Gutachten abgegeben hat. Diese Studienkommission schreibt unter anderem:

„Bei der Ausgangsfrage, ob an den zweisprachigen Schulen die Fähigkeit der Schüler, daß sie erfolgreich genug die Schulen der zweiten Stufe fortsetzen können, allseitig entwickelt werden kann, wurde neuerdings festgestellt, daß die Unterrichtserfolge in diesen Anstalten merklich schlechter sind als in den anderen Volksschulen.“

Hier kann ich Ihnen auch Beweise bringen von den Erfolgen an zweisprachigen Schulen im Burgenland. Vor kurzem ist die Schulstatistik der Burgenländischen Landesregierung veröffentlicht worden. Diese besagt, daß nur 5,6 Prozent der kroatischen Schüler höhere allgemeinbildende Schulen besuchen. Diese Tatsache zeigt, daß auch bei uns die Unterrichtserfolge in den Minderheitenschulen merklich schlechter sind als in anderen Schulen unseres Landes. Kein Wunder, wenn man weiß, daß dieses Kroatisch, das man bei uns unterrichtet, weder mit der kroatischen Sprache etwas zu tun hat, die für uns Wert hätte, noch damit, daß die Kinder kroatisch beginnen müssen, damit sie auch deutsch unterrichtet werden können.

Ich habe hier eine Schulzeitschrift, die offiziell im Schulunterricht verwendet wird, die „Mladost“, das heißt „Die Jugend“. Hier strotzt es nur so von sogenannten „unbekannten Wörtern“; „nepoznate riječi“ heißt das kroatisch. Die Kinder kennen diese Ausdrücke gar nicht und müssen Tausende Ausdrücke erst lernen. Auf der anderen Seite behauptet man, daß diese Kinder erst dann deutsch unterrichtet werden können, wenn sie erst einmal schön langsam den Übergang bekommen. Das zum Schulunterricht.

Ich möchte auch noch ein anderes Problem aufzeigen: Zur Schule gehört ein Schulinspektor. Hier muß ich auf die Besetzung der Schulinspektorstelle für das kroatische Schulwesen im Burgenland hinweisen. Die Besetzung des Schulinspektorpostens für das kroatische Schulwesen hat in unseren Gemeinden Befremden und Widerspruch hervorgerufen, sie war nicht in Ordnung. In unseren Gemeinden mußten wir feststellen, daß die Bevölkerung sehr aufgebracht war, weil man die überwie-

gende Mehrheit der kroatischen burgenländischen Bevölkerung beziehungsweise ihre Vertreter überhaupt nicht gefragt hat. Wir verlangendeshalb, daß die Besetzung eines so wichtigen Postens in Zukunft mit beiden Vertretern der kroatischen Minderheit einvernehmlich abgesprochen wird und nicht nur Sonderwünsche einer bestimmten Gruppe den Ausschlag geben.

Ich weiß aus amtlichen Aussendungen, daß zum Beispiel mit Erlaß des Unterrichtsministeriums vom 11. Juli 1964 der Schulleiter von Abtei, Herr Rudolf Vouk, zum Bezirksschulinspektor für das Minderheitenschulwesen in Kärnten bestellt worden ist. Dieser Schulleiter wurde von beiden Organisationen der slowenischen Minderheit der Schulbehörde im Lande Kärnten vorgeschlagen. Das Unterrichtsministerium hat wirklich großzügig und richtig gehandelt und hat den Vorschlag beider Organisationen zur Kenntnis genommen und den Herrn Schuldirektor Vouk zum Schulinspektor ernannt.

Im Burgenland hat man bei der Ernennung des Volksschuldirektors Konrad Mersich zum definitiven Bezirksschulinspektor für das kroatische Schulwesen im Burgenland mit Wirksamkeit vom 1. April 1964 ernannt, aber man hat dabei keinen Kontakt mit den Vertretern der überwiegenden Mehrheit der burgenländischen kroatischen Bevölkerung aufgenommen. Soweit mir bekannt ist, wurden aber die Vertreter des Kroatischen Kulturvereines zu Rate gezogen, und es wurden ihre Wünsche auch einseitig berücksichtigt.

Ich habe darauf hingewiesen, daß die Vertreter der überwiegenden Mehrheit der kroatischen Bevölkerung nicht zu Rate gezogen worden sind. Ich möchte das auch beweisen. Erst bei einer Wahl, die vor einigen Wochen im Burgenland stattgefunden hat, hat die Gruppe, von der ich gesprochen habe, die sozialistische Gruppe, über 61 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen können, und den Rest haben die Vertreter der anderen Gruppe bekommen.

In den von den Sozialisten verwalteten Gemeinden wohnen aber mehr Einwohner, als das Wahlergebnis bei den Landtagswahlen gezeigt hat. Ich möchte das nicht weiter ausführen, sondern nur sagen, daß zugleich mit der Regelung des Unterrichtes auch die materielle Seite des Schulproblems endlich einmal geregelt werden muß. Es handelt sich um folgendes:

Nach dem Burgenländischen Pflichtschul-erhaltungsgesetz ist es möglich, daß Eltern kroatischer Kinder, aber auch Eltern deutscher Kinder ihre Kinder in eine andere Gemeinde zur Schule schicken können, wenn sie nicht wollen, daß ihre Kinder kroatisch unterrichtet

5954

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Robak

werden. Wir begrüßen das. Aber dadurch entstehen den Gemeinden ungeheuer große und doppelte finanzielle Belastungen.

Wir haben bereits in diesem Sinne eine Anfrage an den Herrn Unterrichtsminister gestellt. Wir hoffen, daß wir bald eine positive Antwort und einen Lösungsvorschlag bekommen.

Ich möchte aber von dieser Stelle aus einige Beispiele bringen, die zeigen, wie sich das praktisch auswirkt: Die Gemeinde Parndorf, eine kroatische Gemeinde mit rund 2800 Einwohnern, muß jährlich 45.000 S an Gastschulbeiträgen an andere Gemeinden für Kinder bezahlen, deren Eltern nicht bereit sind, sie in der Heimatgemeinde zur Schule zu schicken.

Aber nicht nur das: diese Gemeinde hat mit einem großen Schulneubau begonnen. Es besteht momentan die Gefahr, daß diese Schule leerstehen wird, weil die Eltern nicht bereit sein werden, ihre Kinder in eine Schule zu schicken, in der sie kroatisch unterrichtet werden.

Ein zweites Beispiel: Eine zweite große kroatische Gemeinde in der Nähe von Eisenstadt, die auch die einzige kroatische Hauptschule beherbergt, die Gemeinde Siegendorf, muß jährlich an die Gemeinde Eisenstadt über 80.000 S Gastschulbeiträge zahlen. Ihre Volks- und Hauptschule aber ist halb leer.

Diese Gemeinde muß außerdem zehn Jahre lang der Gemeinde Eisenstadt jährlich rund 120.000 S bezahlen, weil die Gemeinde Eisenstadt eine neue Hauptschule errichtet hat und weil soundso viele Eltern nicht bereit sind, ihre Kinder in Siegendorf zur Schule zu schicken, obwohl Siegendorf eine eigene Schule hat, die ebenfalls nur halb belegt ist.

Wir wissen aber auf der anderen Seite, daß das Unterrichtsministerium bereit ist, schon seit Jahren dem Kulturverein, der nur eine kleine Minderheit innerhalb der Minderheit vertritt, jährlich rund 500.000 S für die Förderung von Volksbrauchtum, Musik, Literatur, Volkstanz und so weiter zu geben. Wir begrüßen das, aber ich glaube, daß auch ein Weg gefunden werden muß, um auch den Gemeinden diese Beiträge zu ersetzen, denn diese Beiträge bedeuten eine doppelte und schwere finanzielle Belastung für unsere Gemeinden.

Ich möchte noch ein weiteres Problem anführen und das Hohe Haus an folgendes erinnern: Es handelt sich um den Empfang des Herrn Präsidenten Marschall Tito anlaßlich seines Besuches in Österreich. Bei diesem Empfang waren unter anderem laut Pressemeldung auch Vertreter des Kroatischen Kulturvereines eingeladen. Ich kenne die Namen, aber die sind wenig interessant.

Interessant ist, daß zum Abschluß des Staatsbesuches eine gemeinsame Erklärung des Staatspräsidenten Tito und der österreichischen Regierung veröffentlicht wurde und es in dieser unter anderem folgendermaßen heißt:

„Von österreichischer Seite wurde aufs neue betont, daß die kulturellen und wirtschaftlichen Bestrebungen der Minderheiten im Einvernehmen mit ihnen eine dauernde Förderung erfahren werden.“

Auch anlässlich seines Staatsbesuches in Belgrad hat der Herr Bundeskanzler betont, daß Österreich die Frage des Artikels 7 des Staatsvertrages befriedigend zu lösen wünscht.

Es ist interessant: Man verhandelt auf höchster Ebene mit Jugoslawien, man verhandelt mit dem Kroatischen Kulturverein, aber nicht mit den gewählten und daher legitimen Vertretern der burgenländischen Kroaten. Die Konferenz der Bürgermeister und Vizebürgermeister kroatischsprechender Gemeinden besteht aus gewählten Vertretern, die in geheimer Wahl bei den Gemeinderatswahlen das Vertrauen bekommen haben, nicht nur die Gemeinden zu vertreten und zu verwalten, sondern sie haben auch die Legitimation, auch andere Fragen, unter anderem die Fragen des Schulunterrichts in den kroatischen Gemeinden, zu vertreten. Immer wieder wird in Gemeinderatswahlkämpfen vom Kulturverein die Frage des Schulunterrichts in den Wahlkampf geworfen. Es heißt immer wieder: Wer kroatisch unterrichtet werden will, der wählt ÖVP; wer aber nicht will, daß seine Kinder kroatisch unterrichtet werden, der wählt SPÖ. — Die SPÖ erhält aber immer eine große Mehrheit.

Ich weiß, daß die jugoslawische Regierung in jeder Hinsicht mit der Lösung des Minderheitenproblems im Burgenland zufrieden ist. Sie weiß, daß es im Burgenland kein Minderheitenproblem im üblichen Sinne, sondern nur das Problem gibt, daß die Kroaten der Meinung sind, daß sie nicht kroatisch unterrichtet werden wollen.

Als Kenner der Verhältnisse werde ich nie das Gefühl los, daß gewisse Kreise um den Kulturverein ein großes Interesse daran haben, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Jugoslawen an der Minderheitenfrage der burgenländischen Kroaten interessiert sind. Man will von Seiten des Kulturvereins einen Zustand konservieren, der es ihnen ermöglicht, daß die Kinder kleiner Leute, die Kinder von Bauern und Arbeitern immer die Ungebildeten bleiben, billige Arbeitskräfte, Landarbeiter und Hilfsarbeiter bleiben. Hier wehren wir uns. Wir glauben, daß die Minderheitenschulfrage für uns keine nationale, keine sprachliche, sondern eine soziale Frage ist. Nur wenn unsere Kinder die deutsche Sprache in dem-

Robak

selben Sinn und genauso gut erlernen wie Kinder deutscher Eltern, werden sie im Leben konkurrenzfähig sein und werden bessere Berufe ergreifen können, statt Landarbeiter und Hilfsarbeiter sein zu müssen.

Ich möchte noch kurz auf etwas hinweisen. In der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers vom vorigen Jahr heißt es unter anderem, Österreich werde in der Südtirolfrage niemals eine Regelung akzeptieren, der die Vertreter der betroffenen Minderheit nicht ihre Zustimmung erteilen.

Was ist naheliegender — so möchte ich fragen —, als zu verlangen, daß sich auch Österreich bei der Behandlung der kroatischen Minderheit im eigenen Land an den gleichen Grundsatz halten soll, denn das Recht ist unteilbar und muß in gleichem Maße für die Minderheit in Südtirol wie für die Minderheit im Burgenland gelten. Daher wäre es notwendig, endlich einmal eine erträgliche und dauerhafte Regelung der Minderheitenschulfrage im Burgenland in irgendeiner Weise, und zwar im Zusammenwirken und mit der Zustimmung der betroffenen Minderheit, herbeizuführen. Wir wissen, daß jede andere Regelung nicht hält. Nur die Minderheiten selbst wissen, was für sie richtig ist. Sie allein können entscheiden, wenn es um ihre Lebensrechte geht. Daher verlangen wir, daß ein ständiger Ausschuß von Vertretern der Bundes- und Landesregierung sowie beider Gruppen der kroatischen Minderheit gebildet wird, der rasch alle Fragen bespricht und alle unbefriedigt geregelten Minderheitenprobleme bald einer brauchbaren Lösung zuführt.

Hohes Haus! Damit hätte ich diesen Teil beendet. Weil aber mein wirklich sehr scharfer Zwischenruf an den Herrn Abgeordneten Graf hier einige Erschütterung hervorgerufen hat, muß ich auch sagen, weshalb ich so stark reagierte. Es bedeutete für mich eine Bekleidung, als der Herr Abgeordnete Graf in sehr theatralischer Form in seiner Rede zur dringlichen Anfrage im Falle Esterhazy unter anderem zu Herrn Abgeordneten Czettel gesagt hat: „Sie haben eine Menge Sozialisten, die zum Beispiel in Kammerversammlungen im Burgenland anders reden als im Landtag. Und das meinte ich, und das trifft auch für Herrn Abgeordneten Robak zu“.

Ich werde mich gern mit dem Herrn auseinandersetzen. (Rufe bei der SPÖ: *Er ist schon wieder nicht da!*) Er hätte dableiben sollen, er war da. Der Herr Abgeordnete Graf hat vor einigen Monaten eine Broschüre geschrieben. (Ruf bei der ÖVP: *Graf ist kein Kroat!*) Nein, aber der Herr Graf hat mich etwas beschuldigt, was nicht stimmt. In dieser Broschüre „Forderungsprogramm der

burgenländischen Handelskammer“ hat er unter anderem folgendes geschrieben:

„Wenn diese Broschüre ein größeres Verständnis für die Wirtschaftslage des Burgenlandes schafft und wenn sie erreichen sollte, daß die Punkte dieses maßvollen und realistischen Programms in Behandlung gezogen werden, hat sie voll und ganz ihren Zweck erreicht.“

Er schreibt weiter: „Angesichts dieser Tatsachen glaubt die burgenländische Handelskammer, daß die Erfüllung nachstehender Forderungen besonders dazu geeignet ist, das wirtschaftliche Ziel des Burgenlandes zu erreichen. Sie ist sich dabei bewußt, daß die Verwirklichung des Forderungsprogramms nicht in allen Punkten kurzfristig möglich ist.“

Unterschrift: Graf. (Abg. Dr. Gorbach: *Sehr gut!*) Ja, sehr gut.

Als ich eine Anfrage an den Herrn Finanzminister gestellt habe, ob er bereit ist, eine Forderung dieses Forderungsprogramms zu erfüllen, hat er ... (Abg. Machunze: *Sie sind bei der falschen Leich!* Heute reden wir über die Kindererziehung und nicht über Esterhazy!) Ich bin der Meinung, ich bin beleidigt worden, und ich sage das, damit das Hohe Haus nicht glaubt, ich bin zu Recht beleidigt worden. Ich habe damals verlangt, daß ein Forderungsprogramm erfüllt wird, und der Herr Abgeordnete Graf hat einen Zwischenruf gemacht. Ich bin der Präsident der Handelskammer, hat er gesagt, wir brauchen kein Zollamt; aber dort hat er es verlangt.

Bei dieser Gelegenheit habe ich daran gedacht, was einmal Turgenjew, der große russische Dichter, gesagt hat: Wenn du deinem Feind Schaden zufügen willst, dann beschuldige ihn dessen, was du verbrochen hast.

Noch etwas, was bei uns im Burgenland sehr, sehr unangenehm war. Der Herr Abgeordnete Graf hat in seiner Rede zum Esterhazy-Gesetz folgendes gesagt: „Mein Kollege Robak wird vermutlich versuchen, die Sache anders darzustellen“. — Ich habe es nicht versucht. Ich habe gewußt, daß andere ihn korrigieren werden.

Graf hat unter anderem folgendes gesagt: „In der Zwischenzeit aber wuchs der Präsident des Burgenländischen Landtages über sich selbst hinaus.“ Und er hat Beschuldigung auf Beschuldigung gegen den Präsidenten des Landtages vorgebracht.

Er hat weiter gesagt: „Dieses Vorgehen des Herrn Landtagspräsidenten Karl Krikler ... ist ohne Beispiel! Einen ähnlichen Vorfall gibt es in der Geschichte des österreichischen

596

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Robak

Parlamentarismus nicht. Herr Krikler hat nicht nur sich selbst blamiert, sondern er hat der gesetzgebenden Körperschaft unseres Landes moralischen Schaden zugefügt.“

Und noch viel Ärgeres hat er gesagt. Einen „rüden“ Ton hätte der Herr Präsident des Burgenländischen Landtages angeschlagen.

Ich bin gleich fertig, ich möchte dem Hohen Hause nur sagen: Ich habe hier Beschlüsse und Urteile des Gerichtes. Leider hat man den Herrn Abgeordneten für seine hier vorgebrachten Vorwürfe und Beschuldigungen nicht vor Gericht stellen können. Das Gericht hat unter anderem das „Burgenländische Volksblatt“ — die ÖVP-Zeitung — verurteilt, und hier heißt es: Diese Erklärung ist zu veröffentlichen. Die Erklärung selbst lautet: Die Behandlung des Auslieferungsbegehrens gegen den Abgeordneten Knotzer und so weiter durch den Burgenländischen Landtag war in Ordnung.

Eine zweite Zeitung, die „Kronen-Zeitung“, auf die sich der Herr Abgeordnete berufen hat, mußte ebenfalls alles zurücknehmen.

Alles, was er an Beschuldigungen gegen den Herrn Präsidenten vorgebracht hat, alles, was er über den Präsidenten gesagt hat, war nicht wahr, und daher möchte ich sagen: Der Herr Abgeordnete Graf soll das nächste Mal etwas vorsichtiger sein, wenn er von dieser Stelle aus etwas behauptet. Nicht nur ich weiß, was von seinen Reden zu halten ist, auch die Wähler seiner Gemeinde wissen, daß es nicht darauf ankommt, ob einer ein hübscher Mann ist (*lebhafte Heiterkeit*), sondern daß es darauf ankommt, ob man ihm glauben kann, was er spricht. Seine Wähler haben am 5. November mit der Stimmabgabe ein Urteil über die Politik des Herrn Abgeordneten gesprochen. Er hat 20 Prozent der Stimmen verloren, das sind zwei Mandate, und die Sozialisten haben zwei Mandate gewonnen. Ich glaube, das ist die beste Antwort. Vielleicht weiß er das nächste Mal, was er hier von dieser Stelle behaupten darf und was er nicht behaupten darf. (*Beifall bei der SPÖ*. — *Abg. Weikhart: Er ist zwar schön, aber er hat zwei Mandate verloren! — Heiterkeit.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Zeillinger** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich hatte nicht die Absicht, zu diesem Kapitel zu sprechen, aber (*Abg. Dr. Gorbach: Das sagt schon der dritte!*) es waren Zwischenrufe des Regierungssprechers Harwalik, die mich veranlaßt haben, doch auf einige Fragen Antwort zu geben, nachdem er die Opposition dazu aufgefordert hat.

Der Sprecher der Regierungspartei hat erklärt, die Opposition habe es leichter, sie brauche nur nein zu sagen. Man könnte dazu fast sagen: So stellt sich die Regierungspartei die Opposition vor, Herr Kollege Harwalik. Das ist aber ein Irrtum. Wir nehmen die Opposition ernster als Sie die Regierungstätigkeit. Wir hätten gern eine bessere Meinung von Ihrer Arbeit, aber Sie verhindern es selber durch die Oberflächlichkeit, mit der Sie sich über alles hinwegsetzen.

Es ist heute hier und in der Vergangenheit sehr oft über das Problem der Schulreform gesprochen worden. Die Meinungen gehen auseinander. Ich habe schon einmal in diesem Hause erklärt, daß die Ansicht der Praktiker eine ganz andere ist als jene, die Sie, die Sie die Gesetze gemacht haben, hier vertreten. Ich habe gar nichts anderes getan, als Briefe aus der letzten Zeit zusammengesucht, und ich werde mir erlauben, auf Ihre Fragen, die Sie dem Herrn Abgeordneten Peter zugeufen haben, eine Antwort zu geben.

Ich möchte gleich sagen, die interessanteste Stelle in einem Brief ist jene, wo die Meinung vertreten wird, daß viele der Anordnungen, die von den Schulbehörden kommen, von Theoretikern gemacht worden sind, die jede Verbindung zur Praxis verloren haben. Ich sage das deshalb, weil Sie die Konferenz der Landesschulinspektoren zitierten, die festgestellt hat, daß die Schulreform in Ordnung ist. Man könnte darauf sagen: No na — was anderes werden sie tun! Sie als Landesschulinspektor, der Sie hier ein Gesetz gemacht haben, ein Gesetz, von dem Sie genau wissen, daß es von dem überwiegenden Teil der Bevölkerung und der Lehrerschaft in diesen und jenen Teilen abgelehnt und bekämpft wird, werden es natürlich verteidigen.

Aber Sie haben dem Abgeordneten Peter, dem Sprecher der Freiheitlichen, gesagt, er soll Beispiele bringen, Beispiele aus der Praxis. Ich möchte jetzt die hohe Sphäre der theoretischen Diskussion verlassen und Beispiele bringen, die in Briefen aus der Praxis an uns herangetragen worden sind und von denen ich Ihnen deswegen erzählen muß, weil ich es erschütternd finde, daß Sie und die Landesschulinspektoren von allen diesen Dingen keine Ahnung haben, beziehungsweise daß Sie sie vielleicht kennen, aber sie in Ordnung finden. Herr Kollege Harwalik, die Lehrer und die Eltern der Schüler, die davon betroffen sind, sind keineswegs zufrieden. Sie werden selber wissen, wie viele Klagen gerade aus dem Kreise der Eltern und der Elternvereinigungen kommen, und Sie werden auch wissen, wie Sie sich immer darüber hinwegsetzen und nicht bereit sind, auch nur die

Zeillinger

geringste Verbesserung herbeizuführen, weil Sie glauben, es fällt Ihnen ein Stein aus der Krone, wenn Sie zugeben, daß die Schulreform in wesentlichen Teilen der Praxis ein Fehlschlag war und sich in dieser Form als nicht durchführbar herausgestellt hat.

Darf ich Ihnen gleich ein erstes Beispiel bringen: die Frage des Wechselunterrichtes. Sie haben gesagt, wir Freiheitlichen hätten es leichter, nein zu sagen. Aber wir sitzen bei uns im Land in allen Schulbehörden und haben uns mit Fachleuten und mit Ärzten über diese Fragen auseinandergesetzt. Wir Freiheitlichen stehen auf dem Standpunkt, daß der Wechselunterricht, wo immer es geht, eingedämmt werden soll. Es ist dies eine Frage, die auch von Ihrer Partei im Wahlkampf bejaht worden ist. Wir sind der Meinung, man soll im Moment alles vermeiden, was den Wechselunterricht noch verbreitert, vergrößert, noch mehr Kinder zwingt, nachmittags in die Schule zu gehen. Wenn Sie selbst ein Kind haben, das nachmittags um 4 oder 5 Uhr in der Schule sitzt, dann werden Sie wissen, wie die Leistungen abfallen. Das bestreiten die Schulinspektoren aber, Sie sagen, es ist alles in Ordnung, die Kinder sollen bis 6 Uhr in die Schule gehen und vormittag die Aufgabe machen.

Sie als Vertreter der Regierungspartei finden es in Ordnung, daß in einer Familie drei Kinder vormittag und zwei Kinder nachmittag in die Schule gehen. Das sind alles Auswirkungen der Schulreform, die Sie beschlossen haben, die Sie verteidigen und die Sie hier gutheißen.

Ich darf Ihnen ein einziges Beispiel aus einer Stadt in Österreich bringen. Ich habe dieses Beispiel aus Salzburg, wo die Einführung der Polytechnischen Lehrgänge — beziehungsweise die Zusage, es wird mit dem Wechselunterricht besser werden — dazu geführt hat, daß in dieser Landeshauptstadt heute bereits 83 Klassen im Wechselunterricht arbeiten. Es sind fast ausschließlich Volksschulklassen. Herr Landesschulinspektor, sagen Sie in der nächsten Konferenz der Landesschulinspektoren, daß das Hunderte Kinder sind, die nicht nur in ihrer Bildung geschädigt werden, sondern die auch — das wird von allen Ärzten bestätigt — gesundheitlich benachteiligt werden. Aber die Landesschulinspektoren sagen: Es ist alles in Ordnung, die Schulreform soll bleiben, es darf nichts geändert werden. Sie beruhigen das Ministerium, damit es ja nicht aktiv wird, weil Sie sich mit einem Gesetz beweiherräuchern wollen, das von den Praktikern in vielen, vielen Fällen mit harter Kritik bedacht worden ist und wozu viele Anregun-

gen herangetragen worden sind — das weiß ich —, von denen Sie aber glauben, in dem Moment, wo Sie diesen Anregungen nachgeben, müßten Sie zugeben, daß nicht alles in dieser Form in Ordnung war.

Darf ich also, weil Sie gesagt haben: „zum Beispiel?“, ein erstes Beispiel bringen: In Österreich werden Tausende Klassen im Wechselunterricht geführt. Zehntausende Kinder — ich weiß es nicht genau, vielleicht sind es hunderttausend, ich kann die genaue Zahl nicht beurteilen; das werden Sie besser wissen, nur sagen Sie es nicht — nehmen in ihrer Bildung Schaden auf Grund eines Gesetzes, das Sie in dieser Form unvorbereitet und zur Unzeit beschlossen haben, denn man hätte es besser vorbereiten können, man hätte es sich zeitlich besser einteilen können. Die Schulärzte und die Ärzteschaft überhaupt stellen eindeutig fest, daß diese Kinder selbstverständlich auch gesundheitlichen Schaden nehmen. Das ist ein solches Beispiel.

Ein weiteres Beispiel: Wir haben in Österreich einen Lehrermangel. Der Lehrermangel ist durch die Schulreform, die Sie durchgeführt haben, ins Unermeßliche gestiegen. Wir stehen heute vor unlösbaren Aufgaben. Es wird Ihnen als Landesschulinspektor doch bekannt sein, daß wir heute bereits Lehrer haben, die drei Klassen führen. Sie finden das in Ordnung. Stellen Sie sich das einmal vor: Ein Volksschullehrer muß drei Klassen führen! Man gibt ihm zwar dafür das doppelte Gehalt, und man macht es nur, wenn er es freiwillig tut, aber hier sagt der Sprecher der Regierungspartei Harwalik: Das ist vollkommen in Ordnung! (Abg. Harwalik: *Das habe ich nicht gesagt!*) Nicht das! Sie haben gesagt: Die Schulreform ist in Ordnung! (Abg. Harwalik: *Unterstellen Sie mir nicht etwas, was ich nicht gesagt habe!*) Ich mache Sie aufmerksam, im Ministerium liegt ein Bericht, in dem steht, daß man den vielen Doppelunterricht der Lehrer und auch den Fall des dreifachen Unterrichtes als eine Folge der Schulreform einführen mußte. Unterschrieben ist er von den Funktionären aller Parteien in dem Bezirksschulrat, die gegen diesen Übelstand ankämpfen. Aber das Ministerium, der Sprecher der Regierungspartei Harwalik und die Herren Landesschulinspektoren beruhigen sich gegenseitig und sagen: Die Reform war so gut, sie kann nicht schlecht sein, sie darf nicht schlecht sein, es ist alles in Ordnung!

Herr Kollege Harwalik! Ich bin kein Fachmann für die Schule; ich spreche hier, möchte ich fast sagen, nur insofern als Fachmann, als ich selbst Kinder habe, darunter

Zeillinger

ein Kind, das noch in die Schule geht, und als ein Abgeordneter, der genauso wie Sie wahrscheinlich Briefe bekommt, aber diese Briefe nicht in den Papierkorb wirft, sondern sich die Mühe gemacht hat, diese Briefe zu verwerten. — Das sind alles Beispiele aus der Praxis in den verschiedensten Bundesländern, die ich Ihnen hier anführe.

Mir wurde von Lehrerkreisen immer erklärt: Ein Lehrer kann nur soundso viele Stunden unterrichten; die übrige Zeit braucht er zur Vorbereitung auf den Unterricht, braucht er zum Verbessern der Hefte. Nun frage ich Sie, Herr Landesschulinspektor: Können Sie diesen Standpunkt noch aufrecht erhalten, wenn Sie Lehrern zwei Klassen gleichzeitig geben? Wann verbessert der Lehrer? Wann bereitet er sich auf den Unterricht vor? — Er geht unvorbereitet in den Unterricht, er kann die Hefte nicht mehr so ordentlich verbessern. Ich könnte Ihnen Hefte von den verschiedensten Schulen zeigen, und Sie werden zugeben müssen: Der Lehrer hat nicht mehr die Zeit gehabt. Oder — das ist die neue Praxis, die ich zu meiner Zeit noch nicht kannte — es wird nur mehr in der Schulzeit verbessert, das heißt, der Professor oder der Lehrer kommt herein, sagt: Vorlesen!, die Kinder freuen sich darüber, und dann beginnt das Verbessern.

Das ist eine Folge der Schulreform, Herr Kollege Harwalik. Sie finden das in Ordnung! (Abg. Harwalik: Aber, aber! Sie dichten ja!) Herr Kollege Harwalik! Gehen Sie hier heraus oder geben Sie eine Stellungnahme ab, kommen Sie nur; ich werde mich nach Ihnen noch einmal melden. Ich möchte Ihre Erklärung darüber, ob Sie es in Ordnung finden, daß ein Lehrer drei Schulklassen hat, oder ob Sie nicht auch der Ansicht sind, daß es für den Lehrer tödlich ist; letzten Endes geht seine Gesundheit drauf. Im Moment verdient er zwar das Doppelte, er kriegt doppelt soviel Gehalt, wenn er drei Klassen führt, aber seine Gesundheit geht drauf, es leidet die Bildungsentwicklung der Kinder und sicher auch der ganze Schulbetrieb, weil das ein Lehrer nervlich doch nicht durchstehen kann.

Es ist Ihnen bekannt — und das ist Ihnen auch gemeldet worden —, daß die Übernahme zweier und nun auch schon dreier Volksschulklassen durch einen Lehrer, der von 8 Uhr früh bis 18 Uhr abends ununterbrochen im Klassenunterricht steht und dann nachts die Hefte verbessern und sich für drei Klassen vorbereiten muß, eine Folge der von Ihnen verteidigten Schulreform ist. Und da sagen Sie, Sie bitten um Beispiele! Sie kennen die Beispiele, Sie wollen das hier nur nicht zugeben.

Das war also das Beispiel Nr. 3: der Doppelunterricht, die drei Klassen eines Lehrers. Es wäre sehr interessant zu erfahren, ob Sie das in Ordnung finden. Außerdem würde mich interessieren, warum die Landesschulinspektoren und Sie diese Beispiele nicht kennen. Darüber war ich persönlich erschüttert; nicht darüber, daß die Landesschulinspektoren sagen: Mit der Schulreform ist alles in Ordnung. Das ist eine Selbstverständlichkeit: So wie Sie als Vertreter der Regierungspartei kaum gegen die von ihr fabrizierten Gesetze etwas vorbringen werden, so sind eben auch die Landesschulinspektoren anscheinend nicht mehr bereit, die Kritik, die von den Lehrern und Professoren an sie herangetragen wird, weiterzugeben. Der Umstand, daß Sie heute hier nach so langer Zeit Praxis in der Schulreform die Opposition um Beispiele fragen müssen, um Beispiele, wo es nach Verbesserung schreit und wo Sie die Verbesserung verweigern, weil Sie nicht zugeben wollen, daß es schiefgegangen ist, zeigt, Herr Kollege Harwalik, daß die Landesschulinspektoren entweder ihren Aufgaben nicht mehr gewachsen sind oder daß sie in ihren Erklärungen nicht das sagen, was sie wissen; das müßte ich allerdings als eine Pflichtverletzung ansehen.

Ich glaube, ein drastischeres Beispiel für die verheerenden Folgen einer Schulreform als das, wonach Lehrer drei Klassen führen, kann es nicht mehr geben.

Ich darf dann noch das Beispiel bringen, das ich einmal in der Fragestunde gebracht habe, jenes Beispiel, für das allerdings der Herr Minister eine Begründung gefunden hat, die mich — das muß ich ganz ehrlich sagen, Herr Minister — nicht befriedigt hat. Das ist jenes, daß als Folge der Einführung des 9. Schuljahres die Unterrichtszeit von 50 auf 45 Minuten gesenkt werden mußte. Die Kinder freut das. Die Eltern schimpfen über das 9. Schuljahr, aber die Kinder freut es natürlich, wenn die Schulglocke schon nach 45 Minuten läutet. Aber bereits die Volkschüler haben ausgerechnet, daß diese fünf Minuten pro Stunde in neun Jahren ein volles Schuljahr ergeben. Damit haben wir den Kreis geschlossen: Man führt das 9. Schuljahr ein, vermindert die Unterrichtszeit von 50 auf 45 Minuten, und das Kind, das statt nach acht Jahren nun nach neun Jahren aus der Schule herausgeht, hat nicht um eine Minute mehr Unterricht gehabt als vorher. Es hat nur einen Lehrer, der schlecht aufgelegt ist, der nicht ausgeschlafen ist, weil er nachts hat arbeiten müssen, der in Zeitdruck ist, weil er zwei oder drei Klassen unterrichten muß. Das ist die „Ordnung“,

Zeillinger

die Sie herbeigeführt haben und die Sie nun hier verteidigen.

Ich darf Ihnen folgendes sagen: Wenn man nun wegen Lehrermangels, Klassenzimmermangels und wegen der völligen Desorganisation, die sich immer stärker ausbreitet, gezwungen ist, die Unterrichtszeit um 10 Prozent zu kürzen, dann hätte man auf das 9. Schuljahr auch verzichten können. Wären wir bei acht Jahren geblieben, dann hätten wir fast genug Klassenzimmer, der Lehrermangel wäre nicht so groß, und die Kinder hätten die gleiche Unterrichtszeit, die sie jetzt mit neun Schuljahren haben. Denn durch das 9. Jahr und vor allem dadurch, daß Sie die Neuregelung so unvorbereitet und so schlecht organisiert eingeführt haben, dadurch ist ja der Lehrermangel, der Klassenzimmermangel und nun auch der Zeitmangel beim Unterricht eingerissen.

Das heißt also: Sie haben die Wirtschaft belastet, Sie haben eine riesige Desorganisation hervorgerufen, Sie sind an der Unzufriedenheit der Eltern schuld, und per Saldo hat das Kind nicht um eine Minute länger Unterricht, als es vorher hatte. Aber das wissen die Landesschulinspektoren nicht, sie haben keinen Grund, darüber etwas zu sagen, und Sie mußten heute erst die Opposition bitten: Sagen Sie ein Beispiel! Das ist das Beispiel Nr. 4 oder Nr. 5 gewesen: die Kürzung der Unterrichtszeit von 50 auf 45 Minuten. Ich darf Ihnen dazu noch sagen: Ich bin auch viele Jahre in die Schule gegangen, da dauerte der Unterricht noch 50 Minuten, aber ich glaube nicht, daß ich durch den 50minutigen Unterricht irgend einen Schaden genommen habe.

Es wurde aber schon eine weitere Folge von mir erwähnt, Herr Kollege Harwalik, weil Sie es auch nicht wissen und die Opposition heute ersucht haben, sie soll Ihnen Tips geben. Ich würde Sie nur bitten, daß Sie das den Landesschulinspektoren bei der nächsten Konferenz sagen, weil es deprimierend ist, wenn die Öffentlichkeit morgen in der Zeitung liest, daß die Landesschulinspektoren das alles nicht wissen. (Abg. Harwalik: *Der Zeillinger weiß alles!*) Nein, Herr Kollege! Ich weiß es durch Briefe, die mir Wähler schreiben, und von Kindern, die in die Schule gehen. (Abg. Harwalik: *Ich weiß es von der Schule!*) Seien Sie mir nicht böse, Kollege Harwalik, ich bin jetzt höchst überrascht, daß der Fachsprecher der Regierungspartei in Schulfragen, selbst ein Landesschulinspektor, das alles bis jetzt nicht gewußt hat. Aber ich bin gerne bereit, Sie noch weiter aufzuklären, nachdem Sie uns Freiheitliche schon gefragt haben.

Eine weitere Folge, Herr Kollege, die ich schon erwähnt habe, ist der Klassenzimmermangel. Vielleicht könnten Sie das auch notieren und den Landesschulinspektoren sagen. Wir haben also heute einen Klassenzimmermangel, der ja wohlbekannt ist, und es hat gar keinen Zweck, nun den Gemeinden zu sagen, sie sollen mehr bauen, denn wir haben genau gewußt, wie groß die Möglichkeiten der Gemeinden sind, und wir wissen, wieviel Klassen ihnen fehlen. Wir Freiheitliche haben auf diesen Mißstand noch vor Beschuß dieses Gesetzes, noch bei der Beratung hingewiesen, und da hat der Herr Kollege Harwalik gesagt: Das spielt gar keine Rolle, das wird alles gelöst. Ich hoffe, daß die Klagen, die an uns Freiheitliche dringen, auch bis zu Ihnen, sei es als Politiker, sei es als Landesschulinspektor, herankommen.

Und dann kommen wir in Klassen hinein, und da sitzen die Kinder wie die Schwalben auf dem Draht nebeneinander. Sie geben groß hinaus: Ein Lehrer soll nur 30 Kinder unterrichten. Ich muß Ihnen sagen: Ich habe gerade am vergangenen Sonntag, weil es mich interessiert hat, einige Klassenzimmer besucht und gefragt: Warum stellen Sie eigentlich 42 Stühle hinein, wenn nur 30 Kinder da sind? Da hat der Lehrer gesagt: Natürlich haben wir 42 Kinder, wir müssen in allen Klassen mehr Kinder unterbringen. Wir haben also zuwenig Lehrer, wir haben zuwenig Klassenzimmer, es sitzen zu viele Kinder darin, der Lehrer kann sich nicht genügend mit dem einzelnen Kind befassen — für das Kind ist das vielleicht ganz angenehm, aber wir sollten das ja von einer anderen Warte aus beurteilen. Ich sehe jetzt ganz von der gesundheitlichen Frage ab, daß es nach Ansicht der Mediziner ungesund ist, wenn 40 Kinder in einem Raum sitzen, der für 30 gedacht ist. Vielleicht könnte man das auch den Landesschulinspektoren sagen, die behauptet haben, es wäre alles in Ordnung, es gebe keine Klagen bei der Schulreform. Vielleicht können Sie gleich dazu Stellung nehmen, wie Sie es sich vorstellen, daß man daraus — wie Sie selbst dekretiert haben — jene Schülerzahl bekommt, die der Lehrer überblicken kann.

Der Herr Kollege Harwalik hat mich um Beispiele gefragt. Nun, eines dieser Beispiele ist, daß das Klassenziel nicht erreicht wird. Ich habe einen erschütternden Brief erhalten, in dem Professoren schreiben, daß eine Klasse das Klassenziel nicht erreichen konnte und sich alle Professoren dieser Schule — das ist sehr schön, aber ich habe dieses Beispiel nicht deswegen gebracht — freiwillig bereit erklärt haben, allen Schülern

5960

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Zeillinger

dieser Klasse unentgeltlich Nachhilfestunden zu geben, mit der Begründung — vielleicht würden Sie das den Landesschulinspektoren sagen —, daß die Schüler nichts dafür können, daß das Klassenziel nicht erreicht werden kann, weil wirklichkeitsfremde Klassenziele gesetzt worden sind. Das ist Ihnen aber sicherlich bekannt. Es freut mich, daß alle Professoren dieser Schule — also auch die, die gar nicht in dieser Klasse unterrichten — den Fehler — so steht es wörtlich in dem Brief —, den wirklichkeitsfremde Politiker mit der Schulreform gemacht haben und der mit den Lehrplänen laufend gemacht wird, dadurch ausgleichen, daß sie freiwillig Nachhilfeunterricht geben. Dieses Beispiel sollte man erwähnen, und man soll nicht sagen, es ist alles in Ordnung, man braucht darüber gar nicht zu sprechen.

Herr Kollege Harwalik, nun kommt etwas, worüber man sprechen kann, denn es ist eine Frage der persönlichen Beurteilung. Mein persönlicher Standpunkt ist, daß die Kinder heute vielfach überfordert werden. Ich bin der letzte, der ein Erzieher mit der leichten Hand ist, ich bin sehr dafür, daß man die Kinder anhält. Ich brauche aber nur das, was zu meiner Zeit verlangt worden ist, mit dem zu vergleichen, was heute verlangt wird — und ich behaupte, daß doch der eine oder andere aus unseren Jahrgängen etwas geworden ist. (Abg. Dr. Gorbach: *Wir würden im Gymnasium jetzt durchfliegen!*) Herr Altkanzler, ich darf Ihnen ruhig sagen: Ich bin manchmal nicht mehr in der Lage, Aufgaben der zweiten Klasse zu lösen, weil Ausdrücke vorkommen, die ich nicht verstehe. Ich sage es in aller Offenheit: Ich komme manchmal nicht mehr mit. Ich will das gar nicht beschönigen.

Ich habe mir meine Schulbücher und vor allem alle meine Schulhefte aufgehoben, und ich muß Ihnen ehrlich sagen: So klar der Unterricht zu meiner Zeit war — ich war bestimmt kein Vorzugsschüler, und damals war mir nicht alles klar, was mir heute klar ist —, so klar damals die Methoden waren, so unklar ist der Unterricht heute. Darüber klagen auch die Professoren. Interessant ist, daß sie das nur bei uns machen und nicht bei den Landesschulinspektoren, denn die Landesschulinspektoren sagen, ja, es ist alles in Ordnung, es ist nicht notwendig, daß etwas geändert wird. Ich erkläre Ihnen: Meine Meinung ist, die Kinder werden heute überfordert.

Ich gebe zu, ich habe das neunjährige Schulsystem unfreiwillig bereits ausgeübt, indem ich damals zum achtjährigen Gymnasium neun Jahre gebraucht habe, das war aber

meine persönliche Schuld und nicht die Schuld des Gesetzgebers. (Abg. Dr. Gorbach: *Sie sind auch heute noch kein Vorzugsschüler!*) Ich muß Ihnen aber sagen, daß die Aufgaben, die wir damals bekommen haben, wesentlich verständlicher und auch wesentlich zielführender waren und daß auch die Schulbücher wesentlich besser waren. Ich habe zum Beispiel in meiner ganzen Gymnasialzeit nie erlebt, daß eine Schularbeit wiederholt werden mußte, weil mehr als die Hälfte der Schüler ein Nichtgenügend hatte. Ich habe das erst bei meinen Kindern kennengelernt, und ich muß sagen, ich bin erschüttert, daß das gang und gäbe ist. Noch mehr erschüttert es mich aber, wenn die Kinder nach Hause kommen und sagen: Der Herr Professor hat zweien die Note geschenkt, damit die Schularbeit nicht wiederholt werden muß. Wenn Sie mit den Professoren reden, werden sie Ihnen ehrlich sagen: Wir können einfach nicht mehr! Auch wir Professoren sind überfordert!

Herr Kollege Harwalik, das halte ich für nicht in Ordnung. Ich glaube, daß man mit etwas mehr Beschränkung — man soll ruhig zugeben, daß in der alten Zeit nicht alles schlecht war und daß man das eine oder andere von früher übernehmen könnte — wesentlich mehr erreichen würde.

Ich habe mir spaßeshalber die Analyse eines Satzes aus der ersten Klasse mitgenommen, die mir zugeschickt worden ist. Ich möchte sie aber jetzt nicht vorlesen. Es ist nicht die, die ich dem Herrn Minister gezeigt habe, die habe ich leider nicht mit, die war noch ärger, und ich gebe ehrlich zu, daß ich sie nicht kann. Aber hier ist eine zweite, die mir eine Mutter geschickt hat, eine Analyse, bei der man den Satz gar nicht versteht, bei der man erst nachdenken muß, was der Satz bedeutet. Es ist die Wort- und Satzanalyse eines Satzes, der fast eine dreiviertel Seite lang ist. Das Kind, das drei Monate, nachdem es in die Mittelschule eingetreten ist, eine solche Aufgabe bekommt, ist auf Jahre abgeschreckt und für die Schule verdorben. Die Professoren aber erklären, sie müssen, es steht so in den Lehrplänen. Ich glaube, Herr Kollege, das ist ein Beispiel dafür, daß doch nicht alles so in Ordnung ist.

Darf ich mich jetzt noch dem Problem der Schulbücher zuwenden. Wie ich in die Schule gegangen bin, haben wir Schulbücher gehabt — ich habe sie zum Teil noch, und es ist ein Vergnügen, darin zu lesen; seinerzeit war das Vergnügen allerdings nicht so groß —, die wir am Ende des Schuljahres an die Schüler der Klasse, die nachgekommen ist, verkauft haben.

Zeillinger

Das war ein kleines Körberl-, ein Taschengeld, das wir als Mittelschüler damals hatten. Heute ist das ausgeschlossen, denn jedes Jahr werden neue Schulbücher eingeführt, kein Schulbuch kann im nächsten Jahr noch verwendet werden. Die Eltern, die zwei oder drei Kinder in der Schule haben, müssen für jedes Kind neue Schulbücher kaufen. Ich erlebe das bei meinen Kindern schon zum zweiten Mal. Das ist die häufigste Klage. Da können die Landesschulinspektoren nicht sagen, das sei ihnen nicht bekannt, denn das steht jedes Jahr im Herbst in allen Zeitungen. Das ist eine finanzielle Belastung für die Eltern, die in die Hunderte Schilling geht. Hier findet man keinen Ausweg? Ich glaube, man könnte schon einen Ausweg finden, man könnte schon erreichen, daß man sich auf wirklich gute Bücher konzentriert und versucht, diese Bücher wenigstens einige Jahre im Gebrauch zu halten, und die Eltern nicht zwingt, jedes Jahr neue Bücher kaufen zu müssen und die alten Bücher nicht mehr weiterverkaufen zu können, weil in der Zwischenzeit schon wieder ein neues Buch verlangt wird.

Es mag sein — ich möchte aber gleich sagen, ich schließe mich nicht der Meinung der Eltern an, die das immer wieder behaupten —, daß eine gewisse Geschäftstüchtigkeit gewisser Kreise dahintersteckt. Die Lehrer können nichts dafür, aber ich glaube, daß sich die Schulbehörden doch mit diesem sehr ernsten Problem beschäftigen sollten.

Ich möchte hier auf ein Beispiel hinweisen, von dem ich mich selbst überzeugt habe, daß es richtig ist. In einer Schulkasse wurde ein Deutschbuch eingeführt. Nach einem Monat hat sich aber herausgestellt, daß das Deutschbuch nicht in der notwendigen Anzahl verfügbar ist, und nachdem ungefähr 60 Prozent der Eltern dieses Deutschbuch gekauft hatten, hat sich die Schule entschlossen, ein anderes Deutschbuch vorzuschreiben. Das bereits gekaufte Deutschbuch können die Eltern nicht mehr anbringen, weil es nur in der Schule verlangt worden ist, höchstens eine Buchhandlung nimmt es antiquarisch für einige Schilling zurück. — Das Beispiel, das ich jetzt gebracht habe, ist in der Zeitung gestanden. Ich würde empfehlen, daß die Landesschulinspektoren hie und da die Zeitungen lesen, sie würden dann bei den Konferenzen nicht sagen, daß alles in Ordnung ist, sondern sich doch mit den Mißständen, die nun einmal vorhanden sind, beschäftigen. Es wird dann sicher möglich sein, das eine oder andere zu ändern.

Herr Kollege Harwalik — Landesschulinspektor, möchte ich in diesem Falle sagen —, nun kommt noch eine Bitte, die ich an Sie

richte: daß die Vorschriften, wenn sie existieren, auch eingehalten werden müssen. Es gibt nichts Furchtbares, als wenn sich die Pädagogen dauernd über die ihnen gesetzten Vorschriften hinwegsetzen. Ich kannte zu meiner Schulzeit die Vorschriften nicht, heute kennen bereits Volksschüler die Vorschriften, die für die Professoren für den Unterricht gelten, und es ist erschütternd, immer wieder festzustellen, daß die Kinder kommen und sagen: Du, Vater, das darf der Lehrer doch gar nicht, und er tut es trotzdem! — Wenn Sie das einmal verfolgen, werden Sie feststellen, daß es das fast an jeder Schule und fast in jeder Klasse gibt. Das ist eine Anregung, wobei ich Ihnen sage, ich habe es schon als Kind sinnlos empfunden und finde es heute genauso sinnlos, wenn die Kinder, die etwas angestellt haben, dreihundertmal schreiben müssen: Ich soll nicht schwätzen, oder: Ich soll nicht spazieren gehen. Sollen sie etwas Sinnvolles abschreiben! Das ist eine Vorschrift, aber es nützt nichts. Gemacht wird es in der Praxis ununterbrochen.

Oder: Es dürfen nicht zwei Schularbeiten an einem Tag sein, und auch an bestimmten Tagen — ich glaube, Montag und Samstag — dürfen keine Schularbeiten sein. Was ist aber, wenn doch welche sind? Dann umgeht man es, dann ist das eine Schularbeit und das andere eine benotete Schulübung oder wie das heißt. Man findet also sofort einen Ausweg. Für das Kind, das eine Stunde dort sitzt und vier Mathematikaufgaben machen muß oder einen Deutschaufsatz schreiben muß und dann darauf einen Vierer oder Fünfer bekommt, ist es vollkommen gleichgültig, ob die Lehrkraft nun, um eine Vorschrift zu umgehen, sagt: Das war keine Schularbeit, sondern das war eine benotete Schulübung! Das ist bekannt, das ist x-mal besprochen und diskutiert worden. Ich finde, das ist nicht in Ordnung. Man soll nicht sagen, es ist alles in Ordnung, wenn man jeden Tag und jede Woche über solche Dinge lesen kann. Sie werden ja sicher auch Briefe bekommen, die das kritisieren.

Herr Kollege Harwalik, Sie werden mir vielleicht doch glauben, wenn ich eingangs gesagt habe, ich hab' mich zu Worte gemeldet, weil ich erschüttert war, daß Sie alle diese Beispiele als Landesschulinspektor nicht kennen und daher nicht in der Lage waren, auf der Tagung der Landesschulinspektoren denen dort zu sagen: Also so in Ordnung, wie ihr das findet, ist das gar nicht; es gebe doch das eine oder andere zu verbessern. — Es nützt nichts, sich nun hinzustellen und zu sagen: Das ist so, wir haben keine Lehrer, oder: Die Lehrer, die wir haben, sind schlecht, und wir haben nicht genügend Klassenzimmer. Das nützt nichts. Denn Sie verteidigen ja gesetzgeberische Maßnahmen, die größtenteils diese Schwierigkeiten

5962

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Zeillinger

erst hervorgerufen haben. Vieles wird nicht mehr zu ändern sein, nur soll man nicht den Kopf in den Sand stecken und sagen: Es ist alles in Ordnung. Aber dort, Herr Kollege Harwalik — und ich glaube, Sie sprechen doch neben dem Minister das wichtigste Wort in der Regierungspartei in diesen Fragen —, wo man die Gesundheit und die Weiterbildung der Kinder noch retten, verbessern kann, dort sollte man sich nicht beweihräuchern und sagen: Es ist alles in Ordnung! Hier sollte man den Mut zur Wahrheit haben.

Es ist natürlich sehr leicht, zu sagen: Ihr Freiheitlichen habt es leicht, ihr braucht nur nein zu sagen. Herr Kollege Harwalik, die Verantwortung eines Regierungsabgeordneten ist auch groß. Es ist sehr gefährlich, wenn ein Regierungsabgeordneter hergeht und in Gegenwart des Ministers und in Gegenwart der Beamten alles für gut findet. Der Minister, die Beamten gehen nach Hause und sagen: Gut, die Mehrheit, die Regierungspartei, hat alles in Ordnung gefunden, und, wie ja die Regierungspartei sagte, die Freiheitlichen, die Opposition, die brauchen ja nur nein zu sagen, die sagen zu allem nein, und konstruktive Vorschläge kommen nicht. Es ist alles in Ordnung.

Deswegen, Kollege Harwalik — und jetzt kommt die große Schuld des Abgeordneten Harwalik —, weil Sie seit Jahren alles verteidigen und in Schutz nehmen und weil Sie jede Abänderung ablehnen, wird auch das Ministerium nicht aktiv und deshalb wird nichts geschehen. Nur wenn Sie einmal bereit sind, ein bißchen zuzugeben, daß auch Sie in Ihrem Leben schon Fehler gemacht haben und daß nicht alles so goldig ist, wie Sie es hier glänzend darstellen, dann werden Sie — nicht wir Freiheitlichen, wir können nur aufdecken — das Ministerium zwingen, hier Änderungen herbeizuführen. Das müssen Sie in der Fraktion machen!

Das waren also nur Beispiele aus dem praktischen Leben, aus Briefen, die Sie sicher alle kennen und die ich Ihnen nur in Erinnerung gerufen habe, damit wir nicht immer hören müssen — was ja beschämend ist —, daß in so wichtigen Fachfragen die Landesschulinspektoren zusammenkommen und das alles nicht wissen, weil sie anscheinend nicht einmal die Zeitung lesen.

Darf ich nun, da ich schon beim Wort bin, noch ganz kurz zu zwei Punkten Stellung nehmen. Das erste ist: Ich darf den Herrn Minister bitten — da wir im Budget unter der Nummer 7661 den Bundesjugendplan haben —, seine Aufmerksamkeit auf die ja schon im Rechnungshofausschuß besprochenen Mißstände im Bundesjugendring zu lenken. Ich möchte heute hier nicht darüber Klage führen, daß der Bundesjugendring ein Exklusivklub

ist, zu dem den freiheitlichen Jugendorganisationen der Zugang verwehrt ist, weil er unkontrolliert über das Geld verfügen will. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß eben gerade — und das ist das Erschütternde — in der Jugendführung vom Rechnungshof festgestellt werden mußte, daß die Steuergelder, die wir der Jugend geben, zum Teil mißbräuchlich verwendet worden sind. Das Wort „Alkoholgelage“ im Zusammenhang mit Jugendführern ist doch etwas — ich möchte sagen — erschütternd, und so gesehen verstehe ich nun, warum sich die Männer des Bundesjugendringes so weigern, Freiheitliche in den Bundesjugendring hineinzulassen, weil sie eben die Kontrolle fürchten. Aber ich möchte den Herrn Bundesminister eben nur aufmerksam machen und bitten, diesem Bundesjugendring, diesem Exklusivklub, dessen Gebarung einer erschütternden Kritik unterworfen worden ist — erschütternd deswegen, weil diese Dinge gerade durch Jugendliche begangen worden sind —, besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Ich darf abschließend und als letztes die Aufmerksamkeit des Herrn Ministers — daß das Interesse des Herrn Ministers persönlich vorhanden ist, weiß ich — auf die Frage des Sports lenken. Es gibt kaum ein Gebiet, das so im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion steht, wie es der Sport immer wieder ist. Es ist nun einmal im modernen Leben unvermeidbar, daß mit dem Sport und durch den Sport auch große Geldmittel in Bewegung kommen. Aber ich glaube, es ist im Interesse des Sports notwendig, daß wir uns nicht nur theoretisch alle als Sportler bekennen, sondern daß man auch einmal aktiv für den Sport dadurch etwas tut, daß man die entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen etwa durch Beratung und Beschußfassung des von den Sportverbänden schon seit längerer Zeit verlangten allgemeinen Sportförderungsgesetzes schafft, daß man ehestens an diese Aufgaben herangeht. Wir dienen damit dem Sport, und ich glaube, daß wir vielleicht auch manche Kritik in der Öffentlichkeit dadurch abfangen können. Ich glaube, das liegt letzten Endes im Interesse des Sports in Österreich, einem kleinen Staat, der sich finanziell nie mit den großen Nationen messen kann, der aber auf gewissen Gebieten doch eine große Nation ist. Ich glaube, daß wir damit dem Sport den besten Dienst erweisen. Ich möchte mich selber gleich daran halten und sagen: Nicht lange reden, sondern möglichst bald in die Beratungen eintreten und durch Taten die notwendigen Voraussetzungen schaffen.

Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen, und ich darf also zu diesem Kapitel noch einmal sagen — gerade in Erinnerung an

Zeillinger

die Rede des Herrn Abgeordneten Harwalik —: Etwas weniger Eigenlob, auch etwas mehr Nüchternheit und Mut zur Kritik — gerade von der Regierungsseite — bei der Abstellung so vieler kleiner Mißstände wäre notwendig. Es ist ein Grundfehler, wenn man einfach mit politischen Scheuklappen alles in Ordnung findet, weil dann das Ministerium gar nicht daran denkt, aktiv zu werden, weil es hier im Haus immer dieses Lob findet.

Aus diesen Gründen, weil diese Mängel vorhanden sind und weil uns das Vertrauen fehlt, werden wir Freiheitlichen auch gegen dieses Kapitel stimmen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Lukas. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Lukas (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte mich mit dem Kapitel des Lehrermangels an den Pflichtschulen beschäftigen. Der Herr Abgeordnete Harwalik hat Zahlen genannt, und am Rande hat sich damit jetzt auch der Herr Abgeordnete Zeillinger befaßt. Aber dieses schwierige Problem nur zu nennen und nicht darauf einzugehen, halte ich für etwas zuwenig. Wenn wir das Ansteigen der Zahlen des Lehrermangels in Österreich verfolgen, dann muß uns die Entwicklung bedenklich stimmen. (*Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Wir hatten im Schuljahr 1965/66 in Österreich 3100 Lehrer zuwenig; im Jahre darauf waren es schon 4000 Lehrer; im Schuljahr 1967/68, also in dem Schuljahr, in dem wir stehen, ist anzunehmen, daß der Lehrermangel schon die Zahl 5000 überschritten hat.

Das führt zu unerfreulichen pädagogischen und auch finanziellen Auswirkungen. Die Schülerzahlen haben in den letzten Jahren zugenommen, die Zahl der Lehrer nimmt ab. Die Klassenschülerzahlen werden größer, und wir stellen fest, daß besonders die Landschulklassen enorm größer werden. Es gibt bereits Landschulklassen mit 60 und 70 Kindern.

Man hat diese Entwicklung zwar schon im Jahre 1963 gesehen und hat damals im Hohen Hause den Beschuß gefaßt, bis zum Jahre 1968 die Klassenschülerzahlen, die im Gesetz festgelegt sind, zu überschreiten, die Zahl von 36 nicht einzuhalten, sondern darüber hinauszugehen. Aber niemand hat daran gedacht, daß es 60 und 70 sein sollen. Alle haben damals vielleicht geglaubt, inzwischen werde doch etwas geschehen, daß dieser Lehrermangel abgestoppt werde, daß er begrenzt werde, daß wir wieder an Lehrern aufholen. Aber die Zahlen, die wir nun sehen, meine sehr Verehrten, sind für uns erschreckend.

Vergessen wir nicht: Im Jahre 1968 läuft dieser Beschuß ab. Er ist mit dem Jahr 1968 terminiert. Wenn er abläuft und die Schülerzahl 36 pro Klasse beträgt, so steigen automatisch die Klassenzahlen an. Dann gibt es automatisch noch einen größeren Lehrermangel als in diesem Jahr.

Dazu kommt: Die Lehrerbildungsanstalten haben im heurigen Jahr ihre Pforten geschlossen. Der erste echte Lehrernachwuchs wird erst im Jahre 1970 sein, denn mit dem Jahre 1970 werden in den Bundesländern, außer in Wien, die ersten akademischen Lehrer ihren Dienst in Österreich antreten.

Dieses Manko an Lehrern wird sich wahrscheinlich in den nächsten zwei Jahren ganz katastrophal auswirken. Die Meinungen von bedeutenden österreichischen Pädagogen gehen dahin, daß sie erklären: Bis jetzt ist es noch leidlich gegangen, aber in der Zukunft, in den nächsten zwei Jahren wird wahrscheinlich ein Berufsnotstand eintreten, von dem wir noch nicht wissen, wie wir ihn überbrücken können. Mit den Mehrdienstleistungen wird wahrscheinlich diese Lücke nicht mehr ausgefüllt werden können. Außerdem muß der Herr Finanzminister bei diesen Mehrdienstleistungen sehr tief in seinen Säckel greifen, denn ein Junglehrer kommt billiger als ein älterer Lehrer oder gar ein Lehrer an Hauptschulen, wo nur die Mehrdienstleistungen gemacht werden können; der kostet ihn enorm viel mehr.

Ich habe in diesem Hause schon zweimal auf diese Gefahr aufmerksam gemacht und habe auch Vorschläge zur Beratung gestellt, man möge die Propaganda in dieser Hinsicht verstärken. Die bisherige Propaganda, so mußte ich feststellen, ging über den Schulbereich nicht hinaus und konnte somit keine Brücke für die kommenden zwei Jahre werden.

Wie ich weiß, gibt es im österreichischen Staat Instanzen, die eine sehr bedeutsame Propaganda durchführen, die auch Mittel in einem Ausmaß dafür zur Verfügung haben, worüber man staunt. Ich denke nur an die Polizei. Dort steht 1 Million Schilling für Propaganda im Budget. Fragen Sie den Herrn Minister für Landesverteidigung: Er wird Ihnen auch eine erkleckliche Summe nennen. Für die Propaganda, damit wir mehr Lehrer bekommen, scheint nichts auf! Das muß alles auf Schulwegen erledigt werden, da können wir über den Schulbereich nicht hinausgehen.

Ich bin der Meinung, daß wir uns doch Gedanken machen müssen, wie wir auf diesem Gebiet die nächstfolgende Propaganda, um dem Lehrermangel zu begegnen, gestalten sollen. Wir sollen uns nicht damit selbst

5964

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Lukas

entschuldigen, daß auch in anderen Staaten Lehrermangel herrscht, der halt auch uns so hereingerutscht ist. Ich darf Ihnen sagen, daß in anderen Staaten durch Propaganda schon eine ganz neue Situation geschaffen wurde. Ich führe nur ein Beispiel aus Deutschland an. Man hat die Pädagogische Hochschule in Bonn einst nur für 800 Studenten erbaut. Man hat sie, als sie eröffnet wurde, nicht füllen können, denn es haben sich weniger als 400 Bewerber gemeldet. Es war kein Interesse vorhanden. Aber die Propaganda für den Beruf war so gut und wurde so günstig geführt, daß heute an der Pädagogischen Hochschule in Bonn 2400 Studenten inskribiert sind, die Lehrer werden wollen. Das zeigt doch deutlichst auf, daß, wenn man etwas tut, diese Schwierigkeiten überwunden werden können. Könnte man diese Rezepte nicht auch einmal bei uns eingehend studieren und versuchen?

Der Lehrermangel in den Bundesländern ist verschieden. Die Länder haben im eigenen Bereich auch verschiedene Maßnahmen getroffen und haben so auch verschiedene Erfolge erzielt, die wahrscheinlich auch die Zahlen des Lehrermangels dann so verschieden gestalten.

In Niederösterreich versucht man, und ich finde es gar nicht sehr schlecht (*Abg. Minkowitsch: Geh!*) — ja, Kollege Minkowitsch, ich lobe manchmal auch Ihren Freund Maurer —, die ein- und zweiklassigen Schulen aufzulassen, wenn sie geringe Schülerzahlen gehabt haben; man hat dafür Zentral-schulen, höherorganisierte Schulen errichtet. Dabei hat man sich Klassen und Lehrer erspart und ist in dieser Form auch dem Lehrermangel entgegengetreten.

Den stärksten Lehrermangel in Österreich verzeichnet in diesem Jahr Oberösterreich. In Oberösterreich fehlen zwar nicht so viele Lehrer wie in Niederösterreich, aber im Verhältnis zur Schülerzahl erscheint der Lehrermangel in Oberösterreich größer. Nun bekommt ja dieses Land einen neuen geschäftsführenden Präsidenten des Landesschulrates — Sie wissen es ja sicherlich auch alle aus der Presse —, ein Mann, der, wie ich hörte, einmal Lehrer war, aber dann eine stärkere Neigung zur Landwirtschaft und zum Gaststättenbetrieb verspürte und heute Bauer und Wirt ist. Das muß nicht absolut ein Nachteil sein. Aber wir hoffen wenigstens, daß, wenn der Herr nun in seine neue Funktion kommt, er doch eine stärkere Bindung wieder zur Schule aufbringt, als er sie bisher hatte. Denn man braucht schon, um die Probleme der Schule zu lösen, Erfahrungen und Kenntnisse aus dem Lehrberuf.

Wenn ich nun die zwei Länder mit dem stärksten Lehrermangel genannt habe, so soll bei Ihnen nicht die Vorstellung Platz greifen, daß die Bekämpfung dieser Erscheinung nur Landessache sei. Der Lehrermangel ist in erster Linie ein Problem des Bundes und soll in Zusammenarbeit mit den Ländern gelöst werden.

Schon in diesem Jahr müßte eine verstärkte Propaganda in den allgemeinbildenden höheren Schulen, vor allem in den Musisch-pädagogischen Gymnasien einsetzen. Mit Rundschreiben an Direktionen, mit einem Vortrag durch den Herrn Direktor wird man wahrscheinlich nicht viel erreichen. Man soll doch einmal den Mut haben, die Propaganda so zu gestalten, wie es uns die Wirtschaft tagtäglich vorexerziert, wenn sie Arbeitskräfte braucht. Sie schaltet den Rundfunk ein, sie ist im Fernsehen bemerkbar, sie ersucht die Presse um Mithilfe, und sie hat Erfolge. Ich gebe noch einen Tip, Herr Minister: Wenn die Schüler vor allem der Musisch-pädagogischen Gymnasien und der Realgymnasien in der letzten Klasse ihre Ausflüge machen, ihre Wandertage abhalten, dann könnte ja ein Besuch einer Volksschule oder einer Hauptschule miteingebaut sein. Sie sollen dort dem Unterricht beiwohnen. Sie werden Erlebnisse haben, und diese Erlebnisse sind unglaublich stark propagandistisch wirksam.

Im Herbst 1968 beginnt, wie das Gesetz es vorsieht, an den Pädagogischen Akademien die Ausbildung für den Lehrberuf. Wir würden uns alle sehr freuen, wenn sich in allen Bundesländern eine große Zahl von Absolventen höherer Schulen zum Weiterstudium an den Akademien einfinden würde. Auch wenn es dann sehr viele Studenten sind — diesen Gedanken möchte ich hier einflechten —, so soll es dabei nicht zu jener Atmosphäre kommen, die praktisch ein Massenbetrieb erzeugt, wie wir es heute vielfach auf unseren Hochschulen vorfinden. Es kommt ja auf den Hochschulen vielfach nie der Kontakt zustande — das mag kein Vorwurf an die Professoren sein —, daß zwischen Hochschulprofessor und Studenten ein gutes Arbeitseinvernehmen ist.

Die Pädagogischen Akademien brauchen die Atmosphäre einer guten Partnerschaft, in der sich die Zusammenarbeit und der Gedankenaustausch frei entfalten können und das Gespräch und die Urteilsbildung gefördert wird. Dieser grundlegende Kontakt zwischen Schülern und Lehrer — in diesem Falle zwischen Studenten und Professor — ist absolut möglich, weil die Zahl der Schüler an unseren Akademien vielfach 400 nicht übersteigen wird. Das Verhältnis zwischen Studenten und Professoren läge dann bei 15 : 1 bis 20 : 1. Daraus müßten doch kleinere Bildungs-

Lukas

gemeinschaften entstehen, in denen sich eine echte pädagogische Gesinnung entwickeln kann.

Die Wiener Versuchs-Akademie, die heuer die ersten akademisch vorgebildeten Lehrer in den Lehrberuf entsendet, hat sicherlich gute Arbeit geleistet, Erfahrungen gesammelt, den Studienbetrieb erforscht. Sie ist somit in der Lage, den neuen Akademien in den Bundesländern mit Ratschlägen zu helfen und auch den Ministerien schon Vorschläge auf Grund ihrer Erfahrungen zu machen.

So empfiehlt man, für die schulpraktischen Übungen an den Akademien Arbeitsgruppen von nur drei Studenten zu schaffen, damit jeder Student sehr oft die Möglichkeit hat, zu Lehrversuchen herangezogen zu werden, weil der Absolvent der Akademie ja keine Lehrbefähigungsprüfung mehr zu machen braucht. Der Maturant der Lehrerbildungsanstalt ist praktisch zwei Jahre als provisorischer Lehrer in der Schule gestanden, hat tagtäglich unterrichtet, selbständig eine Klasse geführt, hat dabei enorm viel gelernt und war laufend eingespannt. Wenn man eine große Zahl in jede Arbeitsgruppe nimmt, dann könnte die Gefahr bestehen, daß an praktischer Übung nicht das erreicht wird, was nach zwei Jahren wirklich gebraucht wird.

Da der Student auch sehr viel Zeit benötigt, um sich gründlich auf die praktischen Übungen vorzubereiten, soll die Wochenstundenanzahl — und das rät man auch aus der Erfahrung — höchstens 30 bis 32 Stunden betragen. 40 Wochenstunden, wie man es vorsieht, hält man für zuviel. Man glaubt, das sei eine zu große Belastung. Eine große Belastung bringt weiterhin Nachteile.

Aber es fehlt auch in dienstlicher Hinsicht noch vieles an den Pädagogischen Akademien. Es fehlt — obwohl sie noch heuer oder im nächsten Jahr eröffnet werden — die Dienstrechtsverordnung, es fehlt eine Besoldungsverordnung für die Professoren, und es ist auch die Besoldungsfrage für die ersten akademischen Lehrer, die bereits im Herbst aus der Wiener Akademie herauskommen, nicht gelöst, vielleicht kaum beraten. Diesbezüglich darf ich die Herren des Ministeriums doch bitten, sich mit der Gewerkschaft zusammenzusetzen und diese Fragen schleunigst zu behandeln, denn wenn man hier auch nichts tut, meine sehr Verehrten, dann wird der Glaube der Jugend an die Politik im Staate und an die Staatsführung noch weiterhin erschüttert.

Der Herr Bundeskanzler hat auch auf eine Resolution am 25. Juli 1967 schriftlich geantwortet, es werde alles zeitgerecht erledigt sein. Doch trotz dieser klaren Antwort bin ich besorgt, denn ich finde für eine zeitgerechte Erledigung noch nichts im Budget

vorgesehen. Wenn sich schon die Herstellung der Bauten für die Pädagogischen Akademien sehr verzögert und wir wahrscheinlich schon den 10. Jahrestag der Begründung der Akademien feiern werden, bevor das letzte Akademiegebäude seiner Bestimmung übergeben wird, so müßte man doch die Besoldungsfragen termingemäß lösen.

Der Beginn an den Akademien wird in den Bundesländern, aber auch in Wien schwer und unerfreulich sein, denn es wird in jedem Land einen sehr verzettelten Betrieb geben, der nicht werbend und nicht einladend ist. Die konfessionellen Akademien, die katholischen Akademien in Österreich werden ihre Studenten bereits in neue Gebäude führen, aber von den staatlichen Akademien wird zu diesem Zeitpunkt nicht eine einzige fertiggestellt sein. Man muß wirklich die Preisfrage stellen: Woran mag das wohl liegen? Das sind Erscheinungen, die dazu beitragen, daß die Jugend kein Vertrauen zur Politik und kein Vertrauen zur Staatsführung bekommt. Ich empfinde eine solche Planung, wo man doch die Termine aus dem Gesetz lesen kann, für beschämend.

Nun noch einige Gedanken zum Polytechnischen Lehrgang. Man spricht selbst hier im Hause ständig von einem 9. Schuljahr. Ich erkläre Ihnen: Diese Bezeichnung ist falsch. Wir haben in Österreich eine neunjährige Schulpflicht, und das letzte Schuljahr für jene Schüler, die in das Berufsleben übertritten, ist der Polytechnische Lehrgang.

Es herrscht in der Bevölkerung noch keine klare Vorstellung über den Polytechnischen Lehrgang. Die Gegner des Polytechnischen Lehrganges — und sie sind im Lande ziemlich gut verstreut — tun ihr möglichstes, um Verwirrung zu stiften. Mit dem Polytechnischen Lehrgang gibt man den Jugendlichen, die keine weitere Schule besuchen, eine Verbesserung ihrer Grundbildung sowie eine Hilfe beim Eintritt in das Berufsleben, um einen behutsamen Übergang von der geschützten Welt der Schule zur Welt der Arbeit zu schaffen.

Der Besuch des Polytechnischen Lehrganges ist nicht nur von Bundesland zu Bundesland verschieden, sondern er ist auch im Stadtbereich und im Landbereich unseres Staates sehr unterschiedlich. Im Stadtbereich, wo ausreichende Möglichkeiten zum Besuch der höheren Schulen gegeben sind, verteilt sich der Prozentsatz durchschnittlich wie folgt: Rund 50 Prozent unserer Vierzehnjährigen besuchen höhere und mittlere Schulen, 25 Prozent besuchen den Polytechnischen Lehrgang, und weitere 25 Prozent verbleiben in der Hauptschule, in der Volksschule oder

5966

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Lukas

in der Sonderschule. Im ländlichen Bereich ist der Prozentsatz derjenigen, die den Polytechnischen Lehrgang besuchen, höher.

Es ergeben sich aber auch noch weitere Unterschiede für den Polytechnischen Lehrgang zwischen dem städtischen und dem ländlichen Bereich. In den Städten finden sich mehrere polytechnische Klassen, die man in einer Zentralschule zusammenfassen kann, die man auch nach Leistungsfähigkeit der Schüler, nach Berufsneigung, nach Geschlechtern differenzieren kann. Eine solche Differenzierung, die sehr wertvoll ist, gibt es im ländlichen Bereich nicht, und das ist ein sehr großer Nachteil, den wir hier feststellen müssen. Wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie wir den Kindern aus den Landgebieten diesbezüglich helfen können.

Die Lehrer in den Zentralschulen sind auch nur mit der Aufgabe, die der Polytechnische Lehrgang zu erfüllen hat, betraut. In einer Landhauptschule oder in einer Volksschule auf dem Lande muß dieser Lehrer auch den Unterricht an der Hauptschule und womöglich auch noch in einer anderen Klasse führen und kann sich nicht eingehend und konzentriert mit den Problemen des polytechnischen Jahres befassen.

In polytechnischen Klassen, die Volkschulen zugeteilt sind, gibt es keinen Fachunterricht, sondern der Klassenlehrer führt in allen Gegenständen den Unterricht. Das sind somit noch weitere Nachteile für die Kinder unseres ländlichen Bereiches.

Der Lehrplan sieht auch vier neue Gegenstände vor. Diese Gegenstände sind: Lebenskunde, Sozial- und Wirtschaftskunde, Naturkundliche Grundlagen der modernen Wirtschaft sowie Berufskunde und praktische Berufsorientierung. Für diese Gegenstände findet man aber noch keine Bücher für Unterrichtszwecke, sondern nur einschlägige Literatur. Vorträge gab es, soweit ich über Kärnten orientiert bin, wohl schon etliche; sie wurden von Wissenschaftlern gehalten. Doch es wird Klage geführt, daß diese Vorträge doch besser von Schulpraktikern gehalten werden sollten, denn sie könnten uns mehr geben, sie führten uns viel näher an die Materie heran. Im Bereich der Zentralschulen findet man zwar Lehrer, die für die neuen Gegenstände fachlich gut verwendbar sind; im ländlichen Bereich sind sie nur Einzelerscheinungen.

Ich habe mir Polytechnische Lehrgänge in Kärnten und auch in der Steiermark angesehen. Ich habe überall das gleiche Bild gewonnen: daß gerade in den ländlichen Bereichen der Lehrer vielfach hilflos ist, daß

er, so wie wir Lehrer sagen, schwimmt; er geht zwar nicht unter, aber er schwimmt, und diese Erscheinung können wir nicht begrüßen. Es muß mit einer gut geplanten Lehrerfortbildung für Lehrer an polytechnischen Schulen oder Lehrer für polytechnische Klassen begonnen werden.

Es fehlt auch an Fachgruppenaufteilungen. Man soll der Lehrerschaft, die in diesen Schulen beziehungsweise in diesen Klassen unterrichtet, doch endlich bekanntgeben, ob Prüfungen zur Unterrichtserteilung im Polytechnischen Lehrgang stattfinden werden und über welche Stoffgebiete die Prüfung abgehalten wird. Eine Prüfungsverordnung ist daher schon sehr dringend.

Es kann auch niemand an diesen Schulen definitiv werden. So erkennen Sie all die Mängel, die auch der Lehrer verspürt und die sich schließlich und endlich irgendwie auch in seiner Unterrichtsarbeit auswirken.

Die großen Unterschiede zwischen den ländlichen und städtischen Schulbereichen müssen doch endlich verschwinden. Ich sehe keine andere Lösung als die, daß man allmählich darangeht, Zentralschulen im ländlichen Bereich zu errichten. Dort werden auch die Räumlichkeiten vorhanden sein, damit man auch in Spezialfächern den Schülern den Unterricht in wünschenswerter Form erteilen kann.

Im städtischen Schulbereich wird auch sehr stark der Wunsch geäußert, Maschinschreiben und Stenographie als obligate Gegenstände zu führen; diese Fächer sind als Frei-gegenstände im Lehrplan eingebaut. Es wäre daher zweckmäßig, diese Frage zu untersuchen und, wenn es möglich ist, eine weitere Differenzierung für jene Jugendliche vorzunehmen, die sich kaufmännischen Berufen zuwenden, oder für jene, die einen gewerblichen Beruf erlernen wollen.

Ich habe nun etliche Mängel aufgezeigt. Sie liegen nicht allein an der Unerfahrenheit, sondern man hat fünf Jahre verstreichen lassen, ohne sich mit den schon sichtbaren Problemen auseinanderzusetzen. Die einjährigen Lehrkurse, die Vorläufer des Polytechnischen Lehrganges waren, haben schon alle diese Probleme aufgezeigt und wären schon Anlaß gewesen, eine raschere Arbeit zu vollbringen.

Doch einen Fortschritt — diesen muß ich objektivieren — haben wir schon im ersten Jahr der Polytechnischen Lehrgänge erreicht: Die Kinder wollen nicht mehr Hilfsarbeiter werden, sondern sie wollen einen Beruf erlernen und haben ihn selbst innerhalb eines Jahres gewählt.

Lukas

Hiezu möchte ich dem Hohen Hause ein Beispiel anführen: An einer polytechnischen Schule, die 268 Schüler zählte, haben im Vorjahr am Anfang des Schuljahres 132 Schüler, die man fragte, was sie werden wollen, die Schultern gezuckt und keine rechte Antwort gegeben. Sie wußten noch nicht, welchen Beruf sie erlernen sollten. Am Ende des Schuljahres haben von den 268 Schülern 267 klar den Beruf genannt, den sie sich ausgewählt haben und erlernen wollten. Sie traten in diesem Beruf auch in die Lehre.

So ist der Polytechnische Lehrgang die erste Stufe zum österreichischen Wertarbeiter. Das Kind lernt jenen Beruf, zu dem es Freude und Geschick hat. Darum müssen auch schleinigst die vorliegenden Probleme gelöst werden. Auch die Gegner und Zauderer werden darum nach einigen Jahren erkennen, daß man mit dem Polytechnischen Jahr der Wirtschaft, der Gesellschaft und unseren Kindern bestens dient. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister für Unterricht Dr. Piffl. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Unterricht Dr. Piffl-Perčević: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 25. November endete die Unterrichtsministerkonferenz, die von der UNESCO hier in Wien veranstaltet wurde. Die Schlußsitzung faßte einstimmig eine Dankadresse, die an ganz Österreich, insonderheit an den Herrn Bundespräsidenten und an die Bundesregierung, gerichtet ist.

Ich freue mich, alsbald nach diesem 25. November vor diesem Hohen Hause Gelegenheit zu haben, diesen Dank der europäischen Unterrichtsminister, den Dank der UNESCO der Volksvertretung Österreichs gegenüber zum Ausdruck bringen zu können beziehungsweise weiterleiten zu dürfen. (Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)

Bereits der erste Redner des heutigen Tages befaßte sich mit dieser Unterrichtsministerkonferenz und regte an, hierüber einige Worte zu berichten. Ich möchte dem in gebotener Kürze nachkommen.

Das Thema der Konferenz lautete: „Der Zugang zu höherer Bildung“. In diesem Fall ist unter „höherer Bildung“ die Hochschulbildung gemeint.

Die zwei Perspektiven, die zur Untersuchung gewählt wurden, beschäftigten sich mit folgenden Teilproblemen: mit dem Zugang zur Hochschulbildung vom Standpunkt des sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Herkommens der Studenten und zum zweiten mit der Frage des Zuganges zur höheren Bildung im Verhältnis zur gegenwärtigen und voraussehbaren Entwicklung der Gesellschaft.

Im ersten Beratungsbereiche kam zum Ausdruck, daß es noch keiner Nation gelungen sei, voll und ganz das Ziel zu erreichen, wirklich alle Begabungen aller Berufskreise voll zu erfassen, sodaß jede Nation auf diesem Gebiet noch Anstrengungen zu machen habe. Selbstverständlich haben auch wir Österreicher auf dieser Ebene noch überaus bedeutsame Aufgaben vor uns. Das hat die Untersuchung, die wir im Burgenland im Rahmen des OECD-Berichtes angestellt haben, in deutlicher Weise gezeigt. Aber nicht nur dort, sondern auch im übrigen Bundesgebiet haben wir noch bedeutsame Aufgaben zu bewältigen.

Im Zuge dieser Bemühungen ist in diesem Jahre doch ein schöner erster Teilerfolg gelungen: Mit Ausnahme der unmittelbar an Hauptstädte grenzenden Verwaltungsbezirke haben wir in Österreich keinen Verwaltungsbezirk mehr, der nicht eine zur Hochschule führende höhere Bildungsanstalt besäße. Sicher sind diese Schulen zum Teil erst in der 1. beziehungsweise, was das Musisch-pädagogische Gymnasium anlangt, in der 5. oder in der 6. Klasse, also noch nicht voll bis zur Matura hinaufgelangt, aber die Basis ist gelegt.

Auf ein anderes Kapitel, das heute immer wieder anklängt, eingehend, muß ich sagen: Es ist die große und entscheidende Frage, ob wir dieses Netz noch verdichten können, ob wir alle diese Neugründungen gesichert bis zur Matura hinaufführen können. Das betrifft die Frage des Professorennachwuchses, auf welchen ich später kurz zurückkommen möchte.

Die Ergebnisse dieses ersten Beratungspunktes waren, daß sich jeder Staat noch gewaltig anstrengen muß, um allen Begabten wirklich die Bildungsmöglichkeit so zu geben, daß auch die Hochschulpforte erreicht und dann natürlich das auf der Hochschule erworbene Wissen weiter fortgeführt werden kann.

Die zweite Frage war interessanterweise für einige Staaten besonders drängend, für solche Staaten, die auf dem Gebiete der Ausschöpfung der Begabungen, obwohl noch gar nicht alle Begabungen ausgeschöpft sind, bereits einen Stand erreicht haben, daß sie sich Sorgen machen, alle so Ausgebildeten ihrer Ausbildung entsprechend auch wirtschaftlich einsetzen zu können. Daher der zweite Tagesordnungspunkt, der sich eben mit der höheren Bildung im Verhältnis zur gegenwärtigen und voraussehbaren Entwicklung der Gesellschaft beschäftigt.

Hier schien es mir, im Zuge der Debatte doch darauf verweisen zu sollen, daß unter Gesellschaft und Bedarf der Gesellschaft nicht etwa bloß der Bedarf der Wirtschaft zu verstehen sei. Ich versuchte dies mit dem Hin-

5968

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Bundesminister Dr. Piffl-Perčević

weis darauf auszudrücken, daß wir die unabdingbare Pflicht haben, jeder Begabung die ihr entsprechende Bildung anzubieten, dies auch dann, wenn sich die vermittelte Bildung nicht sogleich in einen adäquaten Beruf ummünzen läßt.

Dieser Grundsatz, der auch insbesondere von den Vertretern Frankreichs und Italiens stark herausgearbeitet wurde, bewegt uns in hohem Maße aus dem Gesichtspunkt heraus, daß es sich hier um ein angeborenes Recht jedes Menschen handelt, die ihm verliehenen Gaben höchstmöglich auswerten zu können, und zwar gemäß dem Stande, den schulischen Einrichtungen und den gesellschaftlichen Möglichkeiten jedes Staates.

Jedoch ist es zweifellos von höchster Bedeutung, daß diese Begabungen Direktiven bekommen, nicht im Sinne von Befehlen, aber Hinweise, wo die wünschenswerte Kongruenz zwischen ausgebildeter Begabung und wirtschaftlicher Verwertbarkeit dieser Ausbildung erzielbar sei, also ein Hinweis darauf, welche Berufschancen sich bieten, auf welchem Studienweg diese Berufschancen am besten erlangt werden können beziehungsweise welcher Weg überhaupt am besten zur Ausbildung der konkreten Begabung führe.

Die Konferenz ist daher zur Überzeugung gekommen, daß es wohl richtig und vertretbar sei, ja je nach Überlegung der einzelnen Staaten unerlässlich sei, eine Bildungsplanung in dem Sinne vorzunehmen, daß jene Einrichtungen geschaffen werden, die dann für die Wirtschaft die nützlichsten Ergebnisse zeitigten, und jene Weisungen oder Vorschläge an die jungen Menschen zu erteilen seien, die nicht nur ihrer Begabung, sondern im Effekt auch der Wirtschaft bestmöglich dienten.

In diesem Sinne kam es auch zu Entschließungen, die in vorsichtiger Form versuchten, die an sich doch divergierenden Auffassungen über diese Planung und über diese Hinlenkung so zu vereinen, daß sich alle vertretenen Staaten dieser Resolution einstimmig anschließen konnten.

Ich glaube, daß das gut gelungen ist. Das Unterrichtsministerium wird sich erlauben, die Resolutionen, die in den offiziellen UNESCO-Sprachen Französisch und Englisch abgefaßt wurden, zu übersetzen und den Mitgliedern des Hohen Hauses zugänglich zu machen. Im übrigen verweise ich darauf, daß neben diesen zwei offiziellen Dokumentationssprachen der UNESCO und neben den weiteren Verhandlungssprachen Spanisch und Russisch bei der Wiener UNESCO-Konferenz erstmals im Rahmen einer großen inter-

nationalen Organisation das Deutsche eine offizielle Verhandlungssprache war.

Wir haben österreichischerseits in dieser Debatte insbesondere darauf verwiesen, daß die Bildung eben nicht nur ein ökonomischer Faktor sei und nicht bloß ein ökonomischer Faktor sein dürfe. Interessanterweise hat ein Sprecher eines Ostblockstaates auf die Tatsache verwiesen, wie schwierig es sei, eine Berufsberatung durchzuführen, die nach Wirtschaftsplanungsdenken erfolge, da sich doch die Erfordernisse der Wirtschaft viel rascher änderten, als der einzelne junge Mensch auf diese Erfordernisse „umgelenkt“ werden könne, daß die Beratung in einem Zeitpunkt erfolge, in welchem die wirkliche Notwendigkeit der Wirtschaft dann, wenn er sein Ziel erreicht haben wird, noch gar nicht mit Sicherheit abgeschätzt werden könnte.

Dies bestärkte uns in der Überzeugung, daß jede Begabung, wenn auch im Augenblick ihre Ausbildung keinen wirtschaftlichen Bilanzeffekt zu versprechen scheint, als ein Gut zu pflegen ist, das unabhängig von seiner wirtschaftlichen Verwertbarkeit dem Menschen dauernd verbleibt, ihm dauernd zugute kommt, sein Menschsein erhöht, auf jeden Fall aber sein Lebensgefühl stärkt, wenngleich aber — das betonten wir sehr deutlich — die Kongruenz zwischen diesem hohen Lebensgefühl, sein Talent ausgebildet bekommen zu haben und mit eigenem Fleiß auszubilden, und der wirtschaftlichen Verwertbarkeit natürlich das erstrebenwerte Ziel ist.

Wir konnten in diesem Zusammenhang feststellen, daß wir im OECD-Bericht, der nunmehr in seiner abschließenden Vollfassung vorliegt — ich habe die Kurzfassung bereits vor einigen Monaten den Mitgliedern des Hohen Hauses vorgelegt; die Möglichkeit, nun die Großfassung zugestellt zu erhalten, ist selbstverständlich gegeben —, darauf verwiesen, daß wir nicht etwa Phantasten seien, die schwärmerisch etwa nur dem Latein und Griechisch nachhingen, sondern sehr realistisch die Ausbildungsmöglichkeiten, die wir zu bieten haben und die wir nötigenfalls zusätzlich einzurichten verpflichtet erscheinen, mit den Notwendigkeiten in Verbindung setzen. Dieses Elaborat wurde nämlich im Vertrag mit einer Wirtschaftsorganisation — mit der OECD — ausgearbeitet, es heißt „Erziehungsplanung und Wirtschaftswachstum“ und ist also auf die Notwendigkeiten der österreichischen Wirtschaft abgestellt.

In diesem Zusammenhang darf ich aber mit Genugtuung darauf verweisen, daß im Zuge des Begutachtungsverfahrens dieser Ausarbeitung eine der bedeutendsten wirtschaftlichen Organisationen Österreichs zu der Be-

Bundesminister Dr. Piffl-Perčević

rechnung, wie viele Maturanten etwa in den Jahren bis 1970, 1975 und 1980 in Österreich erforderlich wären, eine interessante Feststellung traf. Da verweist diese wirtschaftliche Organisation mit einem kleinen Tadel, daß sich dieser Bericht nur auf die wirtschaftlichen Angelegenheiten und Notwendigkeiten beziehe, auf folgendes:

„Zweitens wäre auch ein Hinweis darauf angezeigt, daß die Zahl der Maturanten nicht nur der ‚Bedarfsdeckung‘ in Wirtschaft und Verwaltung dient und zu dienen hat, sondern einer Hebung des Bildungsniveaus im Interesse des einzelnen, weil man — wie in der Studie aus ‚L’explosion scolaire‘ von Louis Cros zitiert wird —, ... in zunehmendem Maße gebildet sein muß, um leben zu können.“

In einer immer komplizierter werdenden Welt ist also nicht bloß ein Berufsausbildungsstudium das absolut endgültig Entscheidende, sondern ein hoher Bildungsgrad überhaupt.

Wir sind daher der Meinung, daß in Verbindung der zwei Überlegungen: jeder Begabung die ihr angepaßte höchstmögliche Ausbildung einerseits, möglichste Entsprechung des wirtschaftlichen Erfordernisses andererseits, eine Laufbahn-Beratung in verstärktem Maße einzusetzen hat. Das war die gemeinschaftliche Überzeugung aller Staaten: eine Schullaufbahnberatung, damit von Anfang an, sobald die Fähigkeiten erkannt werden, der richtige Schulweg gepflogen wird, die Möglichkeit, bei Irrtümern, die sich herausstellen sollten, durch Brücken und Übergänge, sofern nicht überhaupt von allem Anfang an ein Einheitsweg gewählt wird, auf den richtigen Weg zu gelangen, und eine Berufschancenberatung, eine Beratung, die zum Teil im österreichischen höheren Schulwesen eingesetzt hat. Ich verweise hier auf den psychologisch-pädagogischen Dienst, der sich das zur Aufgabe macht, dann auf die Bitten an die Arbeitsämter, jeweils in Abschlußjahrgängen berufsberatend tätig zu werden, eine Einrichtung, die ihren Wert hat, aber noch keineswegs den Effekt haben kann — vorläufig noch —, der notwendig ist. Es wird eine starke Intensivierung aller dieser Bestrebungen einzusetzen haben.

Im übrigen habe ich die Rektorenkonferenz der österreichischen Hochschulen gebeten, die Internationalisierung eines Laufbahn- und Berufschancen-Beratungsdienstes an jeder hohen Schule in Beratung zu nehmen — eine Aufgabe, die bisher an diesen hohen Schulen noch nicht in Angriff genommen, noch nicht durchgeführt wurde. Gerade die Beratung, welche Inschriften durchzuführen sein würden, welche Chancen dem einen oder dem anderen Studien-

gang zuzumessen sind, wird von höchster Bedeutung sein, um im Sinne einer ökonomischen Bildungspolitik nicht Studiengänge einschlagen zu lassen, die sich dann für den Betreffenden als nicht optimal erweisen. Ich hoffe, von den Rektoren einen Vorschlag zu bekommen, der es ermöglicht, eine solche Beratung durch Professoren und Assistenten selbst zu institutionalisieren.

In diesem Zusammenhang darf ich auf das Problem verweisen, das einige Redner angeschnitten haben, daß eben ganz offenkundig durch eine nicht ganz zielbewußte und glückte Laufbahnberatung vielfach Studienrichtungen eingeschlagen werden, die dann nicht zu Ende geführt werden, oder bei denen es allzu lange dauert, weil man dafür nicht das Zeug in sich hat, bis der Abschluß endlich erreicht ist. Ich schließe mich hier der Meinung des Herrn Abgeordneten Dr. Scinzi voll an, daß die derzeitige Studiendauer in verschiedenen Fächern unseres Hochschul- und Universitätswesens untragbar lang geworden ist. Wir haben im Zuge unserer Bemühungen und Vorbereitungen für die besonderen Studiengesetze sehr deutlich gemacht, daß auf diesem Gebiete eine radikale Klarstellung erfolgen muß.

In letzter Zeit sind wir in dieser Tätigkeit durch zwei wissenschaftliche Ausarbeitungen bestärkt worden. Die eine liegt uns aus dem Bereich eines Universitätsinstitutes in Innsbruck vor. Die Ausarbeitung beschäftigt sich mit der Dauer des Studiums zum Mittelschulprofessor, also zum Professor an einer allgemeinbildenden höheren Schule. In den letzten 10 Jahren ist die Dauer von 10 auf etwas mehr als 13 Semester gestiegen. Im Bereich der Technischen Hochschulen erweist sich dieses Ansteigen ohne gesetzliche Notwendigkeit oder Grundlage besonders kraß.

Das Bundesministerium für Unterricht hat den zum Rector Magnificus gewählten Professor Dr. Inzinger von der Technischen Hochschule in Wien gebeten, Untersuchungen anzustellen. Sie haben ein aufrüttelndes Ergebnis gezeigt, mit dem sich nun die Technischen Hochschulen in Österreich beschäftigen werden.

Wir haben die Professoren gebeten, im Lichte dieser nunmehr vorliegenden — ich wiederhole noch einmal das Wort, es ist nicht zu gering gewählt — aufrüttelnden Studie und ihrer Ergebnisse die Vorschläge für ein besonderes Studiengesetz für die Studien an den Technischen Hochschulen nochmals zu überprüfen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte von den vielen Themen, die Sie angeschnitten haben, hier wie im Ausschuß nur eine Wort-

5970

Nationalrat XI. GP. — 73. Sitzung — 29. November 1967

Bundesminister Dr. Piffl-Perčević

meldung herausgreifen, in der Annahme, daß es zu weit führen würde, wollte ich mich in einer von Ihnen doch wohl an sich erwünschten Gründlichkeit mit jedem einzelnen Problem befassen. Ich möchte eine Wortmeldung herausgreifen, die heute stattfand und von der ich sagen muß, daß sie mich tief schmerzt, schmerzt keineswegs als Unterrichtsminister, sondern als Österreicher.

Wir haben von dieser Stelle aus gehört, daß man erst am Grabe großen Dichtern Nachrufe halte. In diesem Zusammenhang ist der Name des großen österreichischen Schriftstellers Heimito von Doderer genannt worden, an dessen Grabe auch ein Nachruf gehalten wurde. Ich möchte sagen, warum mich das schmerzt: Es ist gerade Heimito von Doderer gewesen, der dem Unterrichtsministerium gegenüber zu seinen Lebzeiten sehr deutlich gemacht hat, wie sehr er sich wohlfühle, wie sehr er dankbar sei für die Hilfen, die ihm geboten würden, und daß er sich überhaupt kein anderes Ministerium in Europa vorstellen könne, in dem ihm so wohlgetan würde. Die gleichen Erklärungen haben wir von Persönlichkeiten wie Max Mell, Felix Braun, Holzmeister und von vielen anderen, die uns immer wieder diese Erklärungen abgeben, und zwar nicht zuletzt deswegen, weil wir sie nicht bloß ehren — das möchte ich sehr deutlich unterstrichen haben — und an ihren hohen Festtagen etwa zu einem Mahle einladen, ihnen Kränzewinden oder ein Buch widmen, sondern aus sehr realen Gründen der Vorsorge für ihre Existenz, und nicht nur für ihre, sondern auch für die Existenz ihrer unmittelbar auf sie angewiesenen Angehörigen, sei es die Witwe, sei es eine Schwester.

Wenn also in diesem Zusammenhang gesagt wurde, nur am Grabe werde ein schöner Nachruf gehalten, so schmerzt mich das, weil es nicht den Tatsachen entspricht. Wir sind bestrebt, alles, was an uns liegt, für unsere hohen und großen Männer zu tun, solange sie noch unter den Lebenden weilen, und sie gegen irgendwelche Bedrohnsisse abzusichern, die sie vielleicht im Alter in wirtschaftlicher Hinsicht haben könnten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte zum Abschluß noch auf ein Sprichwort zurückkommen, das der Herr Abgeordnete Peter zitiert hat, in Übersetzung, da es aus dem Chinesischen kommen soll. Ich glaube, daß die Übersetzung nicht stimmen kann. Wenn ich richtig mitstenographiert habe, lautete dieses Wort: Gebildet ist, wer weiß, wo er findet, was er nicht weiß. Dieses Zitat stammt doch ganz sicher aus einer Zeit vor Mao und kann daher nicht so übersetzt werden. Denn das ist den klugen Chinesen

nicht zuzumuten. Es kann doch wohl höchstens heißen: Routiniert ist, wer weiß, wo er findet, was er nicht weiß. Aber gebildet ist der keineswegs, der weiß, wo er findet, was er nicht weiß. Denn dann sind wir mitten im Computer-Zeitalter, wo man sich das Lernen erspart, weil man weiß: Auf diesen Knopf gedrückt, bekomme ich sämtliche Jahreszahlen der Karolingischen Könige, auf diesen Knopf gedrückt alle Aufgaben der Mathematik gelöst, die ich für die Matura oder für die Staatsprüfung brauche.

Es ist für die Frage, wer gebildet ist, nicht entscheidend, wo ich es finde; dann gehe ich zum Lexikon hin, hole mir dort die Literatur heraus und suche weiter. Darin, glaube ich, liegt der Begriff der Bildung nicht, sicher nicht der, auf welchen hin wir unsere Kinder erziehen wollen.

Ich glaube, daß die Bildung nicht darin liegen kann, zu wissen, wo man etwas findet, was man nicht weiß, sondern die Bildung ist sicher im wesentlichen dort gegeben — es gibt andere Kriterien, und ich will jetzt nicht versuchen, eine allumfassende Definition zu setzen —, wo mit dem Wissen das nötige Verantwortungsbewußtsein verbunden ist, jenes Verantwortungsbewußtsein, das ich niemals in einen Computer hineinstecken kann, der mir das wieder herausgibt, wenn ich auf einen Knopf drücke. Das geht mit Wissen und mit Rechenkombinationen und ähnlichem, aber niemals hat eine solche Rechenmaschine oder hätte ein mit bloßem Wissen versehener Kopf die Möglichkeit, Gewissen zu haben, wenn diesem Kopf diese Erziehung nicht gegeben wäre.

Die Bildung, die wir anstreben, besteht darin, zum Wissen das notwendige Gewissen dazuzugeben (*Beifall bei der ÖVP*), denn ohne ein solches Gewissen, meine Damen und Herren, wäre die Bildung etwas Gefährliches; dann wäre sie nicht ein Gut, sondern dann wäre sie eine Gefahr.

Ich glaube Sie mit einem Text ansprechen zu dürfen, den wir alle gemeinschaftlich beschlossen haben, mit dem Text aus dem § 1 des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes, der unsere gemeinschaftliche Zustimmung fand und in dem zum Ausdruck kommt, daß die Verantwortung das entscheidende ist. Wenn ich noch mehr Wissen habe als ein anderer, dann bin ich noch mehr verantwortlich! Darin liegt die Bildung. Das Wissen mag gering sein, aber entscheidend ist das Bewußtsein der Verantwortung, mit diesem geringen Wissen eine Aufgabe zu erfüllen. So ist etwa eine alte Mutter, die niemals mehr als eine Volksschule besucht hat, gebildet, wenn sie mit diesem ihrem Wissen das entsprechende Verant-

Bundesminister Dr. Piffl-Perčević

wortungsbewußtsein verbindet. Und dahin sind unsere Kinder zu erziehen! Wir haben beschlossen, daß dies an unseren hohen Schulen geschehen möge, und ich bin der Meinung, daß das nicht nur an unseren hohen Schulen zu geschehen hätte, sondern daß das das Grundprinzip unserer ganzen Bildungsanstrengungen sein muß, sei es in der Schule, sei es im Elternhaus, sei es in der Kirche.

Wir haben den Text am 15. Juli des vergangenen Jahres beschlossen. Er heißt: „Die Studierenden sollen jene Haltung erwerben, die in sachlicher Einstellung, klarer Urteilsfähigkeit, intellektueller Redlichkeit und Toleranz sowie erhöhter Verantwortlichkeit gegenüber der demokratischen Republik Österreich und der menschlichen Gesellschaft zum Ausdruck kommt. Sie sollen ferner die Bedeutung ihres Faches im Ganzen der Wissenschaft und die Bedeutung der Wissenschaft im Ganzen der Kultur begreifen lernen.“

In diesem Sinne bitte ich alle in Österreich, gemeinschaftlich sich unserer Jugend zuzuwenden! (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Zum Wort hat sich niemand mehr gemeldet. Wünscht der Herr Spezialberichterstatter ein Schlußwort? — Es ist nicht der Fall. Damit ist die Aussprache beendet.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beratungsgruppe VI. Diese umfaßt: Kapitel 12: Unterricht, Kapitel 13: Kunst, Kapitel 14: Kultus, Kapitel 71: Bundestheater.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Spezialberichterstatters beitreten, diesen Kapiteln in der Fassung des Ausschuß-

berichtes ihre Zustimmung zu geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den zu dieser Beratungsgruppe dem Ausschußbericht beigedruckten Entschließungsantrag, in dem die Bundesregierung ersucht wird, den Belangen des Sports in Österreich besondere Aufmerksamkeit zu widmen und den Schul- und Breitensport zu fördern. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Einstimmig angenommen.

Wir stimmen ab über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Stella Klein-Löw und Genossen, betreffend Studienbeihilfen an Schüler der höheren Schulen. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich breche die Verhandlungen ab.

Die nächste Sitzung berufe ich ein für morgen, Donnerstag, den 30. November, um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung:

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (630, Zu 630 und 656 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968 (650 der Beilagen), Spezialdebatte über die Beratungsgruppe VII. Diese umfaßt: Kapitel 15: Soziales, Kapitel 16: Sozialversicherung, Kapitel 72: Bundesapotheeken.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 17 Uhr 55 Minuten